



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 33. Sitzung - Endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 29. Januar 2015, 11.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Martin Golke, BSI, Separator-Prüfer (Beweisbeschluss Z-66)	5
- A. S., BND, Separator (Beweisbeschluss Z-67)	68
- U. L., ehem. Telekom (Beweisbeschluss Z-70)	107
- Dr. B. K., Telekom (Beweisbeschluss Z-71)	122

* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen der Zeugen Herr Martin Golke (Anlage 1) und Herrn Udo Laux (Anlage 2) sind in das Protokoll eingearbeitet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Kiesewetter, Roderich Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick	Ostermann, Dr. Tim Warken, Nina Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Lischka, Burkhard Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Fischer, Sebastian Wodrich, Anja
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Dr. Harald Geier, Catrin Hanke, Christian Diego Leuxner, Alexander
DIE LINKE.	Cyrson, Monique von Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Busold, Christian Kant, Martina Keller, Dr. Iris



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung	
Bundeskanzleramt	Bernard, Jan Wolff, Philipp Zygojannis, Dr. Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Blidschun, Jürgen Arthur Darge, Dr. Tobias Fremke, Eva Hauer, Florian Hodouschek, Fabian Jacobi, Stephan Matthes, Thomas Weiss, Jochen
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Kirchner, Dr. Heino
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Linden, Stephan
Bundesministerium für Verteidigung	Rauch, Rüdiger Theis, Björn Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd

Teilnehmer Bundesrat	
LV Hessen	Steinbach, Arvid
LV NRW	Rohlfing, Heinrich



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.00 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 33. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Bevor ich in die angekündigte Tagesordnung einsteige, möchte ich mitteilen, dass die SPD-Bundestagsfraktion unseren stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Dr. Hans-Ulrich Krüger, als Mitglied des Ausschusses abberufen hat. Herr Dr. Krüger scheidet aus gesundheitlichen Gründen aus.

Ich darf dem Kollegen Dr. Krüger im Namen des gesamten Ausschusses ganz herzlich danken für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wir wünschen Herrn Dr. Krüger alles Gute, insbesondere für die Gesundheit. Wir haben Herrn Dr. Krüger sowohl in den Ausschusssitzungen und Beratungssitzungen, aber auch in den Ob-leuterunden als ganz engagierten Kollegen kennengelernt, der sich eingebracht hat, der an vielen Stellen den Ausschuss sicherlich sehr weitergebracht hat. Von daher tut uns das leid. Und wir bedanken uns ganz herzlich - ich denke, das darf ich im Namen aller sagen - für die gute Zusammenarbeit und sein Engagement in diesem Untersuchungsausschuss.

(Beifall)

Als neues ordentliches Mitglied des Ausschusses darf ich die Kollegin Susanne Mittag begrüßen und als neues stellvertretendes Mitglied Herrn Dr. Jens Zimmermann. Frau Kollegin Mittag ist uns schon lange bekannt, da sie als stellvertretendes Mitglied - ich habe eben mal überlegt; ich wüsste keine Sitzung, wo Sie nicht da waren - kontinuierlich an unseren Sitzungen teilgenommen hat. Und ich habe den Eindruck - Herr Dr. Zimmermann, ich sehe auch Sie hier -, dass das bei Ihnen auch der Fall ist und auch hier ein hohes Engagement für diesen Untersuchungsausschuss zu sehen ist.

Mit dem Ausscheiden von Herrn Dr. Krüger muss der Ausschuss einen neuen Stellvertreter bestimmen. Das hat er auch gemacht in der vergangenen Beratungssitzung. Ich freue mich, dass Frau Mittag als stellvertretende Vorsitzende einstimmig in der vorhergegangenen Beratungssitzung bestimmt worden ist, und ich freue mich auf die Zusammenarbeit, Frau Mittag. Ich denke, das wird eine gute Zusammenarbeit werden. Ganz herzlichen Dank und Glückwunsch für diese neue Aufgabe.

(Beifall)

Nach Artikel 44 Absatz 1 des Grundgesetzes - jetzt kommen wir wieder zum typischen, gewohnten Ablauf; für die, die schon öfters an der Sitzung teilgenommen haben - erhebt der Untersuchungsausschuss seine Beweise in öffentlicher Verhandlung. Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Pressevertreter darf ich an dieser Stelle herzlich begrüßen. Die meisten von Ihnen sind regelmäßig Gäste und Teilnehmer des Untersuchungsausschusses in den letzten Wochen gewesen. Und ich freue mich, dass Sie auch von dieser Sitzung wieder berichten und die Öffentlichkeit herstellen und damit auch zur Kenntnis geben, dass die Arbeit des Untersuchungsausschusses wichtig ist und auch das öffentliche Interesse findet.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen, die auch die kennen, die regelmäßig an den Sitzungen teilnehmen: Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauerhaften Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugenvernehmung:

- Martin Golke, BSI, Separator-Prüfer
(Beweisbeschluss Z-66)
- A. S., BND, Separator
(Beweisbeschluss Z-67)
- U. L., ehem. Telekom
(Beweisbeschluss Z-70)
- Dr. B. K., Telekom
(Beweisbeschluss Z-71)

Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag Bundestagsdrucksache 18/843 durch Vernehmung von Herrn Martin Golke, Herrn A. S., Herrn Udo Laux und Herrn Dr. Bernd Köbele als Zeugen.

Zunächst werden alle Zeugen hintereinander öffentlich vernommen. - Das als Information auch für Sie, meine Damen und Herren. - Im Anschluss findet die nichtöffentliche Vernehmung statt. So haben sich sowohl gestern die Obleute als auch heute der Ausschuss auf die Reihenfolge geeinigt. Nach der öffentlichen Vernehmung werden Ihnen die Obleute für Statements zur Verfügung stehen.

Vernehmung des Zeugen Martin Golke

Als Erstes begrüßen darf ich unseren Zeugen Herrn Martin Golke. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Martin Golke, Sie haben die Ladung am 26. Januar 2015 erhalten. Ich darf mich herzlich bedanken, dass Sie meiner auch so kurzfristigen Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für Vernehmungen zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Dies dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen

Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Martin Golke: Nein. Dazu habe ich keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet werden. Ich darf den Rechtsbeistand bitten, sich kurz vorzustellen.

RA Dr. Johann M. Plöd: Mein Name ist Dr. Plöd, Johann. Ich bin Rechtsanwalt und bin in einer Kanzlei in Regensburg tätig. Meine Verbindung zum Untersuchungsausschuss besteht darin, dass ich Mitte 2000 bis fast Ende 2002 als Mitarbeiter der CDU/CSU-Fraktion hier im Deutschen Bundestag beim Parteispendenuntersuchungsausschuss anwesend war und insoweit natürlich die Gebräuche des Untersuchungsausschusses kenne. In dieser Funktion und aufgrund dieser Kenntnisse vermute ich, dass ich mandatiert worden bin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich gehe davon aus, dass Sie das nicht befangen macht. Herr Rechtsanwalt, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie den Zeugen zwar beraten dürfen, Ihnen selbst jedoch kein Rede- oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandaten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben; denn Sie sind ja nicht inhaltlich in die Sache eingebunden. Gegebenenfalls kann Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zweck der Beratung mit Ihnen beantragen. Und das sollten wir dann auch so handhaben. Wenn Sie also meinen, es besteht Beratungsbedarf zu einzelnen Fragestellungen, geben Sie uns ein kurzes Zeichen, und dann würden wir dementsprechend auch die Sitzung unterbrechen.

Herr Golke, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren: Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch zum Beispiel Disziplinarverfahren. Sollten Teile Ihre Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, das heißt also, die weitere Befragung in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung fortzusetzen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Martin Golke: Nein. Danke. Habe ich keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie dies wünschen. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen und eigene Fragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Martin Golke: Nein. Habe ich keine Fragen. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich darf Sie nun bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Martin Golke: Ja. Mein Name ist Martin Golke. Ich bin 53 Jahre alt. Ich bin Diplom-Ingenieur der Allgemeinen Elektrotechnik von Beruf. Und eine Dienstanschrift - - Meine Anschrift ist: Godesberger Allee 185 in 53175 Bonn.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen nämlich, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes - ich hatte es eben erwähnt - Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Wenn Sie dies wünschen, würden wir natürlich auch gut hören, was Sie sagen. Meine erste Frage wäre: Möchten Sie sich im Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand äußern?

Zeuge Martin Golke: Ja. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann haben Sie jetzt Gelegenheit dazu.

Zeuge Martin Golke: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Ich möchte ein Eingangsstatement abgeben, um eine Verständnisgrundlage für Ihre Fragen zu legen.

Ich arbeite seit 1992 im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, BSI, und war in verschiedenen Bereichen tätig. Das fing an mit der Entwicklung und Evaluierung von Kryptosystemen, später von informationssichernden Komponenten und schließlich von vernetzten Systemen mit den damit einhergehenden Prüfungen. Da ich davon ausgehe, als Prüfer geladen worden zu sein, möchte ich Ihnen das Vorgehen bei einer Prüfung nach TKÜV, also der Telekommunikations-Überwachungsverordnung, von 2002 für die heutige Grundlage näherbringen.

Eine Zertifizierung nach § 9 BSI-Gesetz umfasst die Prüfung von Komponenten und Systemen der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Informationstechnik. Des Weiteren werden in der BSI-Zertifizierungsordnung als Prüfkriterien nicht nur die einschlägigen Kriterienwerke, sondern unter anderem auch eigene BSI-Richtlinien und Standards erlaubt. Um den speziellen Anforderungen der TKÜV zu genügen, wurde damals ein eigenes, sich daran orientierendes Prüfverfahren entwickelt.

Das Verfahren beginnt mit dem Ersuchen der zu prüfenden Stelle und einer initialen Besprechung. Es müssen entsprechende technische Dokumentationen zur Verfügung gestellt werden, um dem großen Informationsbedarf des BSI nachzukommen. Dazu gibt es später noch mal etliche Telefonate, Rückfragen, Nachlieferungen und eventuell weitere technische Besprechungen. Irgendwann gibt es dann einen Vor-Ort-Termin, an dem die Gerätschaften in Augenschein genommen werden.

Finden diese Termine an den letztlichen Einsatzorten statt? Nein. Die Zertifizierung umfasst nicht die Einsatzphase, sondern findet am Ende der Entwicklungsphase statt. Die letztlichen Einsatzorte sind mir gar nicht bekannt. Außerdem befinden sich die Geräte häufig noch in der Entwicklung. Es wird entwicklungsbegleitend geprüft, damit am Ende keine Zeit verloren geht, wenn die Geräte einsatzreif sind und der abschließende Prüfbericht zeitnah übersandt werden soll.

Wenn Sie jetzt mal meinen Prüfbericht* zur Hand nehmen, sehen Sie, wie er strukturiert ist und wie ich die Prüfung angegangen bin. Ich habe fünf einzelne Zertifizierungspunkte aus § 27 TKÜV identifiziert und entsprechend interpretiert. Siehe Kapitel 2. Im Kapitel 3 des Prüfberichts sehen Sie dann die Bezugsdokumente und erfolgten Prüftermine. In Kapitel 4 erfolgt die Abgrenzung des IT-Systems von der Umgebung. Das ist wichtig, um Missverständnissen vorzubeugen. Also: Was wird geprüft und was nicht? In Kapitel 5 folgt die Beschreibung der Einsatzumge-

bung. Hierüber habe ich einige Annahmen getroffen, damit es auch da keine Missverständnisse gibt.

Im umfangreichen Kapitel 6 folgt die eigentliche Prüfung nach TKÜV. Dazu sind laut Verordnung einzelne Geräte, die später in den Räumen des Verpflichteten, also des Providers, aufgestellt werden, zu prüfen. Laut Dokumentation des Bundesnachrichtendienstes, BND, handelt es sich aber um ein vernetztes System, das sich bis in die weiterverarbeitende Zentrale hin ausbreitete.

Deshalb habe ich die Gerätschaften dieses Systems zunächst daraufhin untersucht, welchen Beitrag sie zu welchem der fünf TKÜV-Zertifizierungspunkte leisten. Bei der infrage stehenden Prüfung von 2005 habe ich mehrere relevante Verarbeitungsstufen ausgemacht, auf deren Komponenten ich die fünf Zertifizierungspunkte anzuwenden hatte. Dabei sind also fünfmal die Anzahl der Komponenten an Prüfpunkten angefallen. Und nach Abzug derjenigen Prüfpunkte, bei denen es trivialerweise nichts zu prüfen gab, bin ich auf insgesamt neun einzelne Prüfpunkte gekommen, die intensiver zu prüfen waren. Dabei wurde der Erfüllungsgrad jeder relevanten Komponente bezüglich jedes relevanten Zertifizierungspunktes geprüft und bestimmt. Am Schluss liegen alle Erfüllungsgrade als neun Teilergebnisse vor.

In Kapitel 7 wird das abschließende Prüfergebnis benannt und Auflagen in Form von resultierenden Empfehlungen gegeben. Diese Empfehlungen muss der BND für diejenigen Teile seiner strategischen IP-Aufklärung einhalten, für die er sich auf diese BSI-Zertifizierung abstützen möchte.

Da diese Empfehlungen sich, wie Sie sicher bemerkt haben, hauptsächlich auf die Einsatzphase beziehen, für die ich aber, wie erwähnt, kein Prüfmandat - wie zum Beispiel Inspektionsrechte - hatte, konnte ich die von mir auferlegten Empfehlungen also nie überprüfen, sondern muss mich da auf die geprüfte Stelle verlassen.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Siehe MAT A BSI-8a.



Nur zur dienstlichen Verwendung

So wie ich die TKÜV verstanden und angewendet habe, ist also meine Prüfung eine unabhängige Dienstleistung für die geprüfte Stelle, die ihr zeigt, wie sie TKÜV-Konformität erreichen kann, aber nicht, ob sie auch tatsächlich TKÜV-konform gewesen ist und sich an die Auflagen gehalten hat oder nicht.

Abschließen möchte ich damit, dass ich Ihre Fragen mit größtmöglicher Transparenz in öffentlicher Sitzung beantworten möchte, aber gleichzeitig um Verständnis bitten möchte, wenn ich aufgrund der beschränkten Aussagegenehmigung und der Tatsache, dass Teile der Ihnen vorliegenden Unterlagen auf Wunsch des BND restriktiv eingestuft wurden, dazu gar nicht oder nur in nichtöffentlicher Sitzung aussagen werde können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. - Ihre Fragen, bitte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank für Ihr Eingangsstatement. - Ich denke, da werden wir an unterschiedlichen Stellen sicherlich Nachfragen haben. Aber Sie haben uns schon mal einen ersten Einblick in den Themenkomplex gebracht.

Ich hätte einige Fragen an Sie und würde jetzt einfach beginnen, dass ich gern noch mal etwas mehr zu Ihrer Ausbildung selber wissen möchte. Sie hatten das ja kurz angesprochen. Wie ist denn Ihr Ausbildungsgang? Was haben Sie wo studiert? Wie ist es dann weitergegangen? Haben Sie vorher eine technische Ausbildung gemacht? Können Sie das noch etwas differenzierter darstellen, als Sie es bisher gemacht haben?

Zeuge Martin Golke: Ich bin direkt vom Gymnasium - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie waren also kein Zeitsoldat danach. Direkt an die Hochschule.

Zeuge Martin Golke: Nein, nein. Ich bin direkt an die Hochschule gegangen. Ich habe Allgemeine Elektrotechnik studiert. Ich habe noch

einen Hochschulwechsel gemacht, also erst in Aachen und dann -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: An der RWTH in Aachen.

Zeuge Martin Golke: - ja - an der Bergischen Universität Wuppertal. Und habe da auch mein Diplom gemacht mit Schwerpunkt Nachrichtentechnik.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann haben Sie sich quasi nach dem Studium direkt beim BSI beworben, oder waren Sie erst noch woanders?

Zeuge Martin Golke: Ich war noch bei privaten Arbeitgebern und bei öffentlichen Arbeitgebern. Also, das zog sich ein bisschen. Ich habe ja da noch als Tutor gearbeitet im Institut für Rundfunk- und Fernsehtechnik.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei den öffentlichen Arbeitgebern - die privaten interessieren mich jetzt erst mal nicht so -, waren Sie da quasi zeitvertragsmäßig beschäftigt, oder waren Sie da fest angestellt?

Zeuge Martin Golke: Das waren immer Zeitverträge. Die wurden immer verlängert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Diese öffentlichen Arbeitgeber waren nicht der BND?

Zeuge Martin Golke: Nein. Nein. Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Muss ich ja mal fragen. Hätte ja sein können. - War auch nicht der Verfassungsschutz oder der MAD, also keiner unserer Dienste?

Zeuge Martin Golke: Nein. Keiner unserer Dienste.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Wann haben Sie Ihr Studium abgeschlossen, in welchem Jahr? Ich komme gleich - - Weil ich auf das Jahr 1992 hin will, wo Sie beim BSI angefangen haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Ich habe 1990, habe ich, im Mai, glaube ich, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das Diplom gemacht.

Zeuge Martin Golke: - das Diplom gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach den verschiedenen Etappen dann 1992 beim BSI begonnen.

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Dann macht das für mich einen Zusammenhang. Schön. - Im BSI, haben Sie gesagt, haben Sie angefangen mit dem Thema „kryptierte Systeme“ usw.

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 1992 ist ja lange her. Sind Sie immer in diesen Bereichen, die Sie beschrieben haben, geblieben? Oder was waren da Ihre Schwerpunktaufgaben?

Zeuge Martin Golke: Also, der rote Faden in meinem BSI-Leben sozusagen ist der, dass ich so ein bisschen in der harten Kryptotechnik, also Hardware - - Ich habe mit Hardware begonnen und bin dann so ein bisschen in die Software, habe mich in die Software entwickelt. Und zum Schluss dann so Netzwerktechnik. Das ist so der rote Faden. Es fing so mit Kryptogeräten an, Entwicklung, auch bilaterale Projekte, also internationale, und auch Evaluierungsprojekte, natürlich auch teilweise international, aber mehr als EU-Zulassungsstelle, praktisch gearbeitet. Und dann mehr in die Software, wo ich dann so Software-evaluierungsprojekte hatte. War auch mit der Zertifizierung dann schon mal in Kontakt gekommen. Und, ja, so Software, auch Entwicklungsprojekte gehabt, die große Verbreitung gefunden haben. Und ja, letztlich dann jetzt in die - - bin ich so in die Netzwerktechnik gekommen.

Ich glaube, ich habe dreimal das Referat von mir aus gewechselt. Alles andere waren - - Das

kommt nicht so raus. Das BSI wird ja ständig umstrukturiert. Das ist ein hoher Innovationsgrad - Informationstechnik. Und da werden ständig Referate geteilt, von A nach B und so. Also, ich habe eigentlich dreimal nur wirklich, dass ich das Referat gewechselt habe, teilweise weil ich das wollte oder teilweise weil man mich gezogen hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na klar. Ist ja auch ein bisschen, wenn ich das als Laie richtig beurteile, vielleicht der Zeit geschuldet, dass man erst in den 90ern, Anfang der 90er auf die Hardware guckte, dann immer mehr die Software in den Blick kam und jetzt die Netzwerke.

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist vielleicht auch historisch bedingt einfach mit der Entwicklung.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber dann kann man schon sagen, dass Sie in allen drei Bereichen die Fachexpertise haben, sowohl auf die Geräte als auf die Software, die die Geräte steuern, und dann auch die Netzwerke, in die das alles eingebunden ist heutzutage.

Zeuge Martin Golke: Das kann man nicht alles umfassen. Also, das ist so strukturiert; das Expertenwissen ist halt wirklich Expertenwissen. Und das kann man nicht alles wissen. Also, jeder muss sich da wirklich auf seine Arbeit konzentrieren. Und das ist halt - - Da muss ich die Kollegen fragen oder so. Das ist - - Wir haben alle unsere Fachgebiete, sind auch - - Also, wie ich anfang, da waren wir ein paar Männekes. Und jetzt haben wir uns, glaube ich, stramm verdoppelt schon. Also, früher kannte man noch jeden mit Namen. Mittlerweile ist das natürlich - - Die vielen jungen Leute, da kennt man sich natürlich dann nicht mehr aus irgendwann. Das ist klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. – Für was würden Sie denn sich selbst als Experten bezeichnen, für welchen Bereich?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Ja, ich mache heute - - Das steht ja hier. Also, ich bin jetzt in der Abteilung Cybersicherheit und mache natürlich Sicherheit von Netzen, Prüfungen gemäß IT-Sicherheitsakkreditierung. Das ist ein Begriff, der noch nicht so - - Aber da sind auch Inspektionen zum Beispiel drin. Prüfungen von IT-Sicherheitsvorschriften auch, auch international, und natürlich dann noch internationale Fachgremien.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und um das, wo es hier geht, dieser Prüfbericht, das ist genau so etwas, wo man sagen würde: „Da geht es um so was“, was Sie da geprüft haben als Erfassungs- und Verarbeitungssystem. Das ist genauso was, was gemeint ist.

Zeuge Martin Golke: Ja, wie gesagt, das ist ja von 2005 jetzt hier, der Prüfbericht. Und, ja, soweit ich da nichts vergessen habe, bin ich da noch fit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich will nur fragen: Da sind Sie auch derjenige, der dazu was sagen kann? Das meine ich damit, mit dieser verkürzten Frage.

Zeuge Martin Golke: Das werden Sie ja sehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Nicht, dass Sie uns hinterher sagen, das haben Sie alles von Kollegen zusammengeschrieben, und eigentlich kennen Sie sich da gar nicht aus.

Zeuge Martin Golke: Nein, nein, nein. Also, das kriegen Sie schon mit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Schön, dass wir das zusammen hinkriegen.

Jetzt hatten Sie bei Ihrem Eingangsstatement gesagt: Im Einsatz sehen Sie das nicht mehr. Sie bewerten das, was Ihnen vorgelegt wird. - Sage ich jetzt mal mit eigenen Worten. Bitte korrigieren Sie mich. Ich möchte Ihnen nichts in den Mund legen. Ich hatte so ein bisschen den Eindruck: Vorher sehen Sie es nicht, bevor es eingebaut ist. Hinterher sehen Sie es nicht. Sie sehen die technischen Komponenten - bewerten das theoretisch - nicht im Einsatz. Habe ich das so richtig verstanden, oder ist das falsch wiedergeben?

Zeuge Martin Golke: Das ist richtig. Also, ich schaue mir auch schon lange nicht mehr irgendwie blinkende LEDs an, sondern es kommt wirklich auf das Innenleben an. Im Detail steckt die Sicherheit drin. Und da muss man halt sehr genau Beschreibungen lesen, muss da auch nachfordern.

Vielfach sind die, ich sage mal, die Kunden bzw. die Behörden natürlich oder Firmen - - Gerade wenn Firmen mit drin sind, dann muss man nachfordern. Und da haben wir einen Informationsbedarf, und der muss befriedigt werden. Da gibt es überhaupt nichts. Und bevor ich irgendwie irgendwohin fahre, will ich wirklich wissen, was los ist. Und da steckt das Wissen drin, und das muss ich wissen. Und da muss ich sorgen, dass ich da genug Kenntnis habe, sodass ich das beurteilen kann. Anders geht das nicht. Also, Geräte - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber dass die Geräte dann im Einsatz verändert werden, die Einbindung in einem System verändert wird, ist das ausgeschlossen? Oder sagen Sie, das können Sie nicht überprüfen, weil das auch nicht Ihr Prüfauftrag ist? Nur, um das schon mal vorab klarzumachen: Könnte es theoretisch sein, dass Sie zwar etwas zertifizieren, dann das ganze System aber vor Ort ganz anders aufgebaut wird mit andere Optionen, zum Beispiel Datenströme abzuleiten? Könnte das der Fall sein, oder ist das eher unwahrscheinlich, technisch gar nicht so möglich?

Zeuge Martin Golke: Es könnte alles der Fall sein. Also, wir machen natürlich auch Laboruntersuchungen. Wir nehmen auch die Firmware, Software, machen da so Softwarestände, die wir uns behalten. Aber natürlich nur da, wo es Sinn macht. Wenn wir jetzt irgendwie zertifizieren - das ist „certify and go“ -, dann sehen wir ja nichts mehr, also weil wir keine Inspektionsrechte haben. Also, das machen wir hauptsächlich bei Kryptogeräten usw., wo wir dann so eine Referenzgeschichte haben. Die kommen aber auch wirklich in die Labore. Das sind natürlich die Sachen, die am strengsten und am tiefsten auch angeguckt werden oder angeguckt werden müssen. Aber so eine - - Also, das war - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Liveprüfung, mit anderen Worten: vor Ort, so etwas hat es nicht gegeben?

Zeuge Martin Golke: Das sind diese Inspektionen, die ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hinterher bei den Empfehlungen.

Zeuge Martin Golke: Hm?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das bei den Empfehlungen in Ihrem Prüfbericht, oder wo? Die Inspektionen sprachen Sie gerade an.

Zeuge Martin Golke: Ja, die wir nicht hatten hier, also die ich im anderen Bereich mache. Wir machen das auch - angemeldet, nicht angemeldet -, alles, was halt gewünscht wird.

Und hier ist das aber, wie ich meine, so wie ich die TKÜV verstanden habe, also, Zertifizierung ist nicht irgendwo was Operationelles, sondern Zertifizierung ist wirklich was - - Bevor die Sache in den Einsatz geht, wird geguckt: Entspricht das ...? Sind die Sicherheitsfunktionalität, ist sie da? Ist die Vertrauenswürdigkeit da? Also, tut es das, was es soll? Tut es nichts, was es nicht so?¹ Und das muss angeguckt werden. Und dann ist das Ding, wenn das okay ist, dann ist das Ding halt weg. Dann ist es im Einsatz nach dem Zertifikat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und so ist es auch in anderen Fällen gehandhabt worden?

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Martin Golke: Also, früher - - Heute befristet man ja schon mal Zertifizierungen. Früher - das ist jetzt zehn Jahre her - wurde das weniger gemacht, weil - - Ich sage mal, die IT, die ist so schnelllebig. Also, keiner will ja irgendwie alte Technik haben. Also, da überlebte sich so eine Zertifizierung von selbst sozusagen. Und heute

geht man schon dran, wie auch die letzte Zertifizierungsordnung vom BSI, die beinhaltet dann auch eine Befristung. Das war damals - - Vor zehn Jahren hätte man das natürlich machen können. Aber da habe ich keinen Anlass für gesehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ist ja nur gut zu wissen, wie dieser Prüfrahen aussieht. Und deswegen haben Sie ja auch angefangen, uns den zu beschreiben, dass wir uns einfach ein Bild machen können, wie so eine Zertifizierung aussieht. Also, ich glaube nicht, dass jemand von uns das schon so mitgekriegt hat.

Ich komme dann mal zu Ihrem Prüfbericht. Auf Seite 2 stehen unter anderem die Dokumentationen zu den Entwicklungsvorhaben aufgeführt, nämlich den Entwicklungsvorhaben EVN G 10 III, zum Entwicklungsvorhaben Separator sowie DAFIS. Sind da aufgezählt die Bezugsdokumente und Weiteres. Ich nehme an, dass es sich hierbei um die im Rahmen der von Ihnen vorgenommenen Prüfung zu unterscheidenden Operationen oder Systeme des BND handelt. Ist das richtig? Oder was soll ich unter diesen Bezugsdokumenten EVN G 10 III, Separator und DAFIS verstehen?

Zeuge Martin Golke: Das sind die - - Das ist das, was vom BND geschickt worden ist, um unseren Informationsbedarf zu decken, teilweise vom BND bzw. von der Herstellerfirma.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das letzte Wort habe ich nur etwas undeutlich verstanden.

Zeuge Martin Golke: Vom BND bzw. wohl von der Herstellerfirma dann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herstellerfirma.

Zeuge Martin Golke: Indirekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie wird so was geschickt? Mal eine rein pragmatische Frage:

1) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wie kommt denn so was? Per Paket? Oder wie ist so was?

Zeuge Martin Golke: Es gibt ja eine initiale Besprechung. Da haben die dann schon mal diesen ersten Foliensatz, den sie da sehen, um das einfach mal zu beschreiben: Wo wird das eingesetzt usw.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt Foliensatz? Powerpoint-Folien oder wie?

Zeuge Martin Golke: Powerpoint-Folien, wo die dann kommen und sagen: Hier, so und so. Da setzen wir es ein. Das haben wir vor. - Ja. Und bringen, glaube ich - - Haben die damals schon? Ich weiß nicht. Das geht aus den Unterlagen hervor, ob die dann da schon - - Doch. Die haben, glaube ich, gerade dieses EVN - - Also, für das System haben sie da schon eine Beschreibung mitgebracht. Und das andere haben sie nachgeliefert. Das kam teilweise auch per verschlüsselter Mail, weil das alles NfD-Sachen sind. Die schickt man jetzt nicht so und jetzt ja sogar noch höher eingestuft wurden, weil NfD für sie praktisch wie offen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist denn neben Powerpoint-Folien Ihnen noch was geliefert worden, auf Grundlage derer Sie prüfen können?

Zeuge Martin Golke: Das steht alles im Prüfbericht drin. Bezugsdokumente und erfolgte Prüftermine in Kapitel 2. Da ist alles das drin. Da sollte auch alles das mit verzeichnet sein, was ich vor zehn Jahren zur Verfügung hatte. Da sollte alles verzeichnet sein, außer natürlich Telefonate, Rückfragen und so was. Das ist natürlich da nicht drin. Oder obwohl, ich habe, glaube ich, auch einmal so ein Beispieltelefonat da aufgeführt. Wenn Sie da in Kapitel 2 gucken: Das müsste da sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe das hier gerade vor mir liegen. Ich frage deswegen: Das ist ja die Aufzählung. Da gab es die initiale Besprechung, wie Sie gerade beschrieben haben.

Sie können da auch gerne gleich noch mal reinschauen, wenn Sie es noch mal sehen möchten. Dann gab es eben Korrespondenz. Dann steht da: technische Dokumentation. Da sagten Sie gerade: Das war auch schon bei der Initialbesprechung, Powerpoints. - Muss ich jetzt den Punkt „technische Dokumentation“ als Powerpoint-Präsentation verstehen?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Martin Golke: Entschuldigung. Habe ich jetzt gerade nicht mitgekriegt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auf dieser Auflistung steht halt, dass es die initiale Besprechung gab. Dann steht: Es gab technische Dokumentationen zum Entwicklungsvorhaben EVN G 10 III. - Da hatten Sie gerade erwähnt, dass das Powerpoint-Folien gewesen seien. Und da würde mich halt interessieren: Gab es darüber hinaus zu diesen Vorhaben EVN G 10 III, Separator, DAFIS, über diese technische Dokumentation hinaus, wo Sie erwähnten, das seien Powerpoint-Folien, noch hinausgehende Dinge? Weil hier steht mehrmals: technische Dokumentation.

Zeuge Martin Golke: Ja².

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Telefonate etc. Da interessiert mich natürlich, was alles Ihnen so mitgeteilt worden ist beim BSI.

Zeuge Martin Golke: Das haben Sie alles - - Müssten Sie alles vorliegen haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie es noch mal erläutern?

Zeuge Martin Golke: Ja. Gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, die Powerpoints brauchen Sie jetzt nicht einzeln durchzugehen mit mir.

2) Richtigstellung des Zeugen: "nein", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Also, ich gehe mal vielleicht die Punkte durch, die Referenzpunkte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gerne.

Zeuge Martin Golke: Also, eins ist initiale Besprechung, hier vom Datum 2005.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Geschenk.

Zeuge Martin Golke: Dann Korrespondenz BND, auch 2005, mit technischer Dokumentation zum Vorhaben EVN G 10 III.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was steckt da drin, unter dem Begriff „Korrespondenz technische Dokumentation“? Waren das wieder Powerpoints?

Zeuge Martin Golke: Ich glaube, das sind die Powerpoints. Das dürften die Powerpoint-Sachen sein. Drei ist die Beschreibung dazu³.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt - - Ist das so ein Handbuch, oder was ist das?

Zeuge Martin Golke: Ja, das ist das Ihnen vorliegende Handbuch. Also, erst kommen ja die Folien, dann kommt das Handbuch. Das ist hier die laufende Nummer 3 - Person³ 1.0a. Ich glaube, das ist auch - - Da habe ich nie irgendwie was Aktuelles³ bekommen dann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie nicht bekommen?

Zeuge Martin Golke: Da habe ich nichts Aktuelleres bekommen als die 1.0a, die Sie hier vorliegen haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha, okay, gut.

Zeuge Martin Golke: Also, das ist immer noch -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Version.

Zeuge Martin Golke: - die aktuelle, also die Version. Vielfach kommen ja schon mal Updates. Da kriegt man irgendwie mal so einen Preliminary-Entwurf da, mit dem man natürlich schon mal arbeiten kann. Man muss sich einarbeiten in die Sache, und dann liefern die später dann neuere Versionen, die dann wirklich den Iststand des Gerätes dann umfassen.

Punkt 4 ist dann also hier, dass³ der sogenannte Separator - - Ich glaube, das darf man auch sagen: die technische Dokumentation.⁴

Punkt 5 ist dann hier DAFIS; hatten Sie auch schon genannt. Die liegt Ihnen auch vor.⁵

Korrespondenz⁶, Technik, und dann³ 6: Das kann sein, dass das eine neuere Version dann ist, 1.0.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, ich habe es verstanden. Und das sind dann die Dokumente, anhand derer Sie die Prüfung vornehmen. Richtig?

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, die Powerpoints, dieses Handbuch: Das habe ich mir auch gerade mal angeguckt; so diese Beschreibung, um was es da geht. Das Handbuch hat, glaube ich, dann der auftraggebende BND zur Verfügung gestellt.

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und eben noch weitere Powerpoints, Telefonate etc.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich frage deswegen, um zu verstehen, auf welcher Grundlage Sie dann Ihre Prüfpunkte durchführen können.

Zeuge Martin Golke: Ja, ganz richtig.

3) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

4) Ergänzung des Zeugen: ", also 47 Seiten Spezifikation inkl. 5 Seiten Testumgebung vom BND", siehe Anlage 1.

5) Ergänzung des Zeugen: ", sind 2 Seiten", siehe Anlage 1.

6) Ergänzung des Zeugen: "und 16 Seiten Spezifikation, also", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt ist da ein Punkt, da steht drin - bei 8. -: „Vor-Ort-Prüfetermin“.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie mir den etwas genauer erklären? Weil den finde ich interessant.

Zeuge Martin Golke: Ja. Also, wie gesagt - das hatte ich ja schon erläutert -: Irgendwann kommt es dann auch zu so einem Vor-Ort-Termin, wo ich mir das dann mal anschau, die Gerätschaften, soweit sie da schon fertig entwickelt sind. Das ist einmal in diesem Labor.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welches Labor ist das?

Zeuge Martin Golke: Das sind die Entwicklungslabors vom BND bzw. Tarnbehörden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und dann haben Sie sich das im Labor angeguckt. Und wie läuft so ein Termin ab? Weil das andere habe ich alles jetzt schon verstanden, glaube ich. Wie läuft so ein Vor-Ort-Prüfetermin ab?

Zeuge Martin Golke: Ja, meistens ist das so eine Besprechung. Man fährt da hin, verabredet sich und fährt dann mit der Bahn hin. Das waren jetzt hier zwei Tage, genau. Dann haben wir den ersten halben Tag angefahren, und dann kommt so eine Besprechung. Da trifft man sich. Was liegt an? Wie weit ist meine Prüfung? Was meine ich noch, zu brauchen? Und, ja, später nimmt man die Geräte in Augenschein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Der Teil interessiert mich am meisten. Die Bahnfahrt jetzt noch nicht so.

Wie schaut es denn bei der Inaugenscheinahme dieser Geräte aus? Da geht man ins Labor und sieht die Gerätschaften, die Sie ja beschreiben auch als ein größeres System mit Frontend usw., sieht die sozusagen in vitro, also in einer Testlandschaft des Labors. Sehe ich das richtig, oder

ist das anders? Korrigieren Sie mich ruhig. Also, ich bin Laie.

Zeuge Martin Golke: Ja, das ist zehn Jahre her, hören Sie mal. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich habe da wirklich nur meine Dokumente noch, an die ich mich jetzt so - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie können gerne den Prüfbericht zur Hilfe nehmen. Ich weiß nicht: Haben Sie ihn vor sich liegen? - Nehmen Sie sich Zeit! Weil das finde ich eben zur Reichweite dieser Prüfung schon interessant.

Zeuge Martin Golke: Was haben Sie denn da für Fragen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im Endeffekt hätte ich gern erläutert, wie so ein Tag der Prüfung vor Ort im Labor aussieht, also was man da macht, ob man sich - ich sage mal: Sie müssen sich anscheinend irgendwelche Geräte eingebaut anschauen - - ob man sich da Datenflüsse anschaut, ob man sich da - - Also, was überhaupt - - Das ist reine Fantasie jetzt. Ich war noch nie bei so was dabei. Also, was man sich im Grunde aus Ihrer Sicht des BSI vor Ort anschaut. Was wollten Sie wissen? Wie gesagt, Sie können mir jetzt alles erzählen. Ich habe so was noch nie erlebt, aber mich interessiert halt, wie so ein Tag aussieht - im Labor jetzt.

Zeuge Martin Golke: Also nach der Bahnfahrt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Da kommen wir dann nach der Sitzung gerne noch mal drauf zu sprechen.

Zeuge Martin Golke: Also, das ist zehn Jahre her. Also, unabhängig davon - - Also, wie gesagt, das sind drei Verarbeitungsstufen, glaube ich, hier gewesen, und dementsprechend - - Die stehen ja dann in so einem Rack drin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Also, Sie können es gerne aufschlagen zur Hilfe. Ich habe es auch aufgeschlagen.

Zeuge Martin Golke: Ja, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das da aufgebaut, das Frontend, das Verarbeitungssystem?

Zeuge Martin Golke: Das sollte da aufgebaut sein, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Fände ich auch.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn man sich schon die Mühe macht, dahin zu fahren mit der Bahn.

Zeuge Martin Golke: Aber fragen Sie mich jetzt nicht nach dieser speziellen Prüfung. So viel weiß ich da nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Sie machen wahrscheinlich viele Prüfungen, nehme ich an.

Zeuge Martin Golke: Ja, gut. Wie gesagt, also, das ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wie gesagt, wenn Sie sich nicht mehr erinnern, hilft auch nichts - - Haben Sie denn vergleichbare Prüfungen vorgenommen, dass Sie grundsätzlich mal sagen können, wie so ein Vor-Ort-Termin ausschaut? Also, für mich ist das ein sehr wichtiger Bestandteil, wo ich als Laie sagen würde: Sie zertifizieren ein System. Weil anhand von Powerpoints, einem relativ mageren Dokumentationshandbuch, zu entscheiden: „Das läuft alles tipp-topp“, wäre doch wahrscheinlich nicht so auch in Ihrem Sinne gewesen. Da werden Sie doch auch als Prüfer sicherlich mal nachgefragt haben, weil von einem Powerpoint-Sheet aus zu entscheiden: „Das Separieren von Daten etc. läuft alles einwandfrei“, kann ja nicht Aufgabe eines Technikers sein. Das ist ja mehr eher dann Zusammenfassen von gelieferten Dokumenten. Das kann auch, wer Textanalyse gut kann.

Also, Sie müssen doch wahrscheinlich mit Ihrer technischen Expertise sich jetzt dieses System mal angeguckt haben und auch eine Analyse vorgenommen haben vor Ort. Deswegen waren Sie ja wahrscheinlich vor Ort, und das ist eben der Punkt, wo ich dann hinterher bewerten würde: „Mensch, da kann man dieser Expertise auch über den Weg trauen“, um es mal knallhart zu sagen. Keine Sorge, ich stelle Sie jetzt nicht infrage, aber ich muss schon ein gutes Gefühl hinterher haben.

Zeuge Martin Golke: Ja, vielen Dank für Ihre Darstellung. - Also, das ist ja nicht nur Powerpoint. Das sind ja - - Ich hatte ja schon darauf hingewiesen, dass wir durchaus einen Informations hunger auch haben, und der muss natürlich beschrieben sein. Wie gesagt, ich müsste mich jetzt wiederholen. Also, blinkende LEDs mir anzuschauen, das bringt mir nichts. Ich bin wirklich daran interessiert: Was passiert in den Geräten? Das kann ich nicht, indem ich angucke oder eine Vernetzung: Das ist ja trivial. Oder - - Verstehen Sie? Da sehen Sie nicht viel. Da wird Vertrauen aufgebaut im Grunde, dass ich das Gefühl habe: Die machen das auch so, wie das da steht in den Dokumenten.

Ich lerne meine Pendants, die Ingenieure vom BND, die Techniker, kennen, ja, auf Arbeitsebene, und da ist es wichtig, was für ein Gefühl habe ich da auch. Wissen Sie, da werden Sie nur immer Racks finden. Da geht ein Kabel nach unten, eins nach oben, und verschiedene LEDs blinken.

Gut. Oder - - Ich sage es mal anders: Ich mache natürlich auch andere Prüfungen, zum Beispiel diese IT⁷-Sicherheitsakkreditierung zum Beispiel für - - Ich weiß nicht, soll ich da - - Moment, wir versuchen, hier mal so weiterzukommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, dann frage ich mal was anderes.

Zeuge Martin Golke: Ja, gerne.

7) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich das richtig verstehe, dann erfolgt also Ihre Prüfung anhand der ausgewiesenen Dokumente, -

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - anhand einer Ortsprüfung, wo Sie im Labor ein System sich anschauen, -

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und, ich sage mal, aufgrund auch von Ihrer hohen Erfahrung, die dann die Dokumente auch bewerten kann, -

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - was ich zum Beispiel als Laie überhaupt nicht kann. Ich nehme die zur Kenntnis, kann die Seitenzahl noch bemessen, aber was drin steht, da komme ich schnell an die Grenze. Das kann ich verstehen.

Zeuge Martin Golke: Doch, doch, das können Sie schon; ein bisschen können Sie das schon.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dafür haben Sie das studiert und ich was anderes.

Wenn ich jetzt mal frage: Dieses Ding - ich komme gleich auch noch auf Separator zu sprechen - EVN G 10 III: Für was war das eigentlich gut nach Ihrer Überzeugung? Was sollte das können?

Zeuge Martin Golke: Da geht es um die strategische IP-Aufklärung des Bundesnachrichtendienstes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und ganz konkret? Welche Leistungen sollte EVN G 10 III erbringen?

Zeuge Martin Golke: Ja, das habe ich ja schon im Eingangsstatement gesagt: also § 27 TKÜV, die fünf Prüfpunkte, die ich da identifiziert habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Entschuldigung, dass ich Sie jetzt dann noch mal frage, obwohl Sie es schon gesagt haben. Können Sie es noch mal wiederholen? Was sollte das leisten, EVN G 10 III? Dann mit Ihren eigenen Worten: Wofür wurde diese Komponente, dieses System genutzt?

Zeuge Martin Golke: Ja, für die strategische IP-Überwachung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, es wurden Daten dadurch abgegriffen. Oder?

Zeuge Martin Golke: Ja, natürlich, sicher, natürlich. Beim Provider werden dann da, sagte ich ja, in den - - Die Geräte werden dann da eingestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie Nachsehen mit mir. Wie gesagt: Laie. Haben Sie Nachsehen, auch wenn ich Sachen doppelt frage.

Zeuge Martin Golke: Nein, ich finde gut, dass Sie fragen und dass ich dadurch so ein bisschen darauf gestoßen werde, um da - - Sie müssen es ja -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Verstehen, genau.

Zeuge Martin Golke: - verstehen, und deswegen ist es richtig, dass ich da immer wieder drauf gestoßen werde, dass ich da auch die richtigen Antworten gebe, die Sie weiterbringen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das EVN G 10 ist eher ein Projekt gewesen für ein Erfassungs- und Verarbeitungssystem in Gänze, könnte man sagen.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Deswegen heißt es auch EVN. Okay.

Separator: Was ist das dann nach Ihrer Kenntnis?

Zeuge Martin Golke: Ja, wir haben ja ein Netz des BNDs. Diese Geräte sind die Geräte an der Kopfstelle, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Martin Golke: - die Rohdaten dann übernehmen vom Provider. Also, die werden ja rückwirkend zwar³ übernommen. Dafür muss die Bundesnetzagentur - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was werden die? Entschuldigung, habe ich nicht - -

Zeuge Martin Golke: Die werden rückwirkungsfrei übernommen vom Provider.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: „Rückwirkungsfrei“. Was heißt das: „rückwirkungsfrei“?

Zeuge Martin Golke: Das muss die Bundesnetzagentur oder früher RegTP, Regelungsbehörde für Telekom und Post, sicherstellen. Das ist wie so ein „one way“, wie so eine Einbahnstraße. Also, es kommen Daten in das BND-Netzwerk rein, direkt auf den Separator. Das ist sozusagen das Kopfglied.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die laufen da auf.

Zeuge Martin Golke: Genau. - Und das sind - - Und die werden dann übernommen in das BND-Netz mit diesem Separator und werden dann der ersten Verarbeitungsstufe sozusagen zugeführt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie noch mal genau aus dem, was Sie wissen, beschreiben, was so ein Separator macht? Nach den Ausführungen des Zeugen Reinhardt Breitmfelder in der Sitzung vom 18. Dezember 2014 handelt es sich bei einem Separator um ein Gerät, welches im Rahmen der leitungsgebundenen Erfassung den einlaufenden Datenstrom nach G-10- und Nicht-G-10-Verkehren, also sogenannte Routineverkehren, trennt. So hat er es gesagt. Also ist das der Separationsprozess, dass dieser Datenstrom gefiltert wird nach G 10 und Nicht-G-10? Ist es das?

Zeuge Martin Golke: Das ist richtig. Der Separator hat einen Eingang - - bzw., Entschuldigung,

zwei natürlich. Es gibt ja immer zwei Richtungen: eine Hinrichtung, eine Rückrichtung. Die werden natürlich getrennt vom Provider per Glasfaser ausgeschleust und eingeschleust. Also, es sind dann zwei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ein Ein- und ein Ausgang, könnte man sagen.

Zeuge Martin Golke: Ja, beim Provider haben Sie auf jedem Kabel eine Hinrichtung und eine Rückrichtung, und die werden getrennt. Also Sie haben also zwei Mal zum Beispiel 10 Gigabit pro Sekunde Glasfaserkabel.

Und dieser Eingang - - Also, der Separator hat einen Eingang und zwei Ausgänge. Ein Ausgang ist bezeichnet mit - wie der BND das nennt - „Routine“. Das ist also das, was er gesetzlich machen darf, also Auslandsaufklärung. Da sind dann keine deutschen Staatsbürger, keine Leute mit deutschem Pass irgendwie involviert.

Und alles andere muss durch den G-10-Zweig. Das heißt, da wird irgendwas übertragen, was mit deutschen Firmen oder mit Deutschen⁸ - - Auch im Ausland übrigens - egal wo. Also, der deutsche Pass reicht, und dann muss das durch den G-10-Zweig, und dann gelten unsere gesetzlichen Anforderungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie ganz kurz vorher sagen - hat jetzt eigentlich nichts damit zu tun, aber das interessiert mich schon seit längerem -: Dieses Ausleiten an den Separator, da muss ja erst mal irgendwie vom normalen Kabelstrang ein Strang - - irgendetwas abgezweigt werden. Da darf ja nichts verloren gehen. Der normale Datenfluss muss ja normal weiterlaufen.

Zeuge Martin Golke: Beim Provider?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Uns hat man das mal mit als T-Stück beschrieben.

Zeuge Martin Golke: Richtig.

8) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das - - Das klingt mir so laienhaft, wie so ein Koaxial-T-Stück, wenn ich zwei Fernseher ans Koaxialkabel anschließen will. Ist das so, dass man da einfach so eine Art T-Stück einbaut? Oder? Das muss ja vor dem Separator sein. Richtig?

Zeuge Martin Golke: Das ist vor dem - - Das ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder ist der Separator das T-Stück?

Zeuge Martin Golke: Nein, der Separator ist nicht das T-Stück, nein, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So denke ich es nämlich auch.

Zeuge Martin Golke: Beim Provider: Der hat ja da Kabelstränge, also Glasfaser, und die werden dann mit diesem T-Stück - - Ach, Mensch, wie heißt es denn jetzt? - Splitter! Also, mit diesen optischen Splitttern werden die dann ausgekoppelt. Das ist einfach auch ein Ding. Das³ hat einen Eingang, einen optischen Eingang, und zwei Ausgänge, wobei die eigentlich einfach dupliziert sind. Es wird sozusagen Licht einfach ausgekoppelt. Einer geht ganz normal zum Provider hin - da, wo es hin soll - und einer geht weiter zur Kopfstelle des BNDs, der BND-Kopfstelle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Und käme als Nächstes, nach dem Teil, der vom T-Stück an den BND geleitet wird, schon der Separator? Richtig?

Zeuge Martin Golke: Richtig. Da muss der Separator stehen mit seinem Eingang. Und nach dem - - Also da - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gibt es dann den G-10-Strang und den Routinestrang?

Zeuge Martin Golke: Richtig. Also, der ist erst mal dazu da: Datenreduktion. Also, der schmeißt unheimlich viel weg erst mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Noch mal ganz kurz, wo ich Sie gerade hier habe: Der Splitter: Sind das Standardgeräte? Wissen Sie das?

Oder wenn Sie es nicht wissen, brauchen Sie jetzt auch nichts dazu sagen.

Zeuge Martin Golke: Das ist eine Sache, die Ihnen am besten die RegTP erzählen kann bzw. - - ja, genau, die Bundesnetzagentur.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Martin Golke: Gut, das ist natürlich - - Das ist Standard, würde ich sagen. Aber wenn ich als Zeuge hier gefragt werde - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hätte ja sein können. Wenn Sie da jetzt Fachwissen haben, dann würden wir es gerne mit Ihnen jetzt mal klären. Weil das sind für uns komplizierte Fragen. - Okay.

Kommen wir wieder zum Separator. Also der - -

Zeuge Martin Golke: Es ist -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, ich wollte Sie nicht unterbrechen.

Zeuge Martin Golke: - aber rückwirkungsfrei. Das geht dann nur in Richtung des BND-Netzwerkes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist dann, wenn ich das richtig verstehe, die Funktion der Trennung in G-10- und Routineverkehre die einzige Funktion des Separators, oder hat der noch irgendeine andere Aufgabe?

Zeuge Martin Golke: Der hat vor allen Dingen Datenreduktionsfunktion. Also, da wird ja auch viel Müll übertragen oder Dinge, die den BND erst mal gar nicht interessieren, und die verschwinden im Separator, kann man sagen. Also, es gibt - - Da gehen - - Gigabyteweise kommen die Daten da an, und raus geht auch Routine. Da ist schon ganz viel raus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also der filtert schon mehr als nur die Trennung G 10/Routine. Der schmeißt quasi bei den Routineverkehren auch schon was raus.

Zeuge Martin Golke: Absolut! Muss!



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was schmeißt der da raus?

Zeuge Martin Golke: Da gibt es diese Tabelle da, die Sie da - - Also, Müll zum Beispiel, was man schon erkennen kann. Oder es gibt ja diese Regionalgeschichte, dass man sich auf spezielle Regionen - - Der BND muss sich auf spezielle Regionen beschränken. Das heißt, er hat ganz bestimmte⁹ IP-Ranges, und nur die zieht er raus. Und das andere guckt er sich kurz an: Das ist die und die IP-Range; interessiert mich nicht, wird überhaupt nicht weiterverarbeitet, wird sofort sozusagen gelöscht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt stelle ich mir das mal ganz laienhaft vor: So ein Separator ist ein Kasten, ist ein Gerät, und da ist die Software drauf auf bestimmten Chips. Richtig?

Zeuge Martin Golke: Das ist kommerzielle Hard- und Firmware, die praktisch - - wo man Software dazugestrickt hat. Das ist im Grunde - - Das wird hardwaremäßig verdrahtet, weil da diese hohe Geschwindigkeit da ist, dass - - Praktisch die Software bestimmt dann, wie die Hardware, die ASICs verdrahtet sind, sodass das ganz schnell geht. Die und die IP-Adresse: Zack, weg damit. Also, im Grunde - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber die Software ist da fest eingebunden. Das ist keine Software im Sinne eines - - Früher hat man ja ROM und RAM mal unterschieden. Also, die ist nicht da draufgespielt, sondern die ist fest auf dem Chip installiert. Oder ist die richtig draufgespielt? Kann man die verändern, zum Beispiel nach Filterkriterien? Oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Martin Golke: Die Hardware, wie gesagt, ist kommerziell. Die Firmware ist, soweit ich das weiß, kommerziell. Da können Sie jetzt noch Packages zukaufen von der Herstellerfirma oder was Eigenes stricken, wie der BND halt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, man kann theoretisch den Separator je nach Lage,

könnte man sagen, optimieren. Man könnte zum Beispiel sagen: Jetzt wollen wir eine andere Region haben.

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kann ich den Separator auch, sagen wir mal, optimieren. Ich muss dann nicht ein neues Gerät da hinstellen. Also, ein Separator ist je nach Wunsch modifizierbar.

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt - - Langsam kriege ich da wirklich ein klareres Bild. Das ist schön.

Zeuge Martin Golke: Das macht die Software, die Software, die Sie dann aufspielen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wie steuert man die dann? Die steuert man dann auch online? Oder muss man da rausfahren mit einem USB-Stick und da was Neues draufspielen? Oder wird so was - -

Zeuge Martin Golke: Also, grundsätzlich können Sie das - - Das geht ja ganz einfach: Da gehen Sie mit dem Laptop hin, an die Konsole, verbinden sich damit, und dann können Sie Passwords, also Codes, eintippen, und dann können Sie da neue Software draufspielen, also¹⁰ zum Beispiel neue IP-Ranges oder irgendwelche neue Listen da reinspielen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber da fährt man schon dann mit dem Laptop hin? Das erfolgt nicht von irgendwo online? Also, ich könnte mich jetzt nicht mit meinem Laptop, wenn ich die Daten und Zugangscodes hätte, von hier auf einen Separator irgendwo in Deutschland draufschalten und verändern? Das wird anders praktiziert?

Zeuge Martin Golke: Der Separator hat auch noch einen LAN-Port, und der ist auch vernetzt für - das habe ich also erlaubt - passive Zugriffe,

9) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

10) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

also, zum Beispiel, um zu schauen: „Leben die Geräte überhaupt noch?“, also, dass sie sich da melden können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Martin Golke: Also praktisch über so einen Managementport.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Fehlfunktionen oder so was.

Zeuge Martin Golke: Richtig. Und man will ja auch wissen: „Ist der schon an der Kapazitätsgrenze?“, wenn wir wieder irgendeine Spamwelle haben oder so. Muss ich vielleicht hin? Oder ist vielleicht Hochsommer, und die Lüftung ist ausgefallen? Dass ich dann schon sehe, von der Temperatur her: Moment, da muss ich jetzt was machen, sonst verliere ich die Geräte. Also, solche Dinge habe ich dann - -

Es gibt ja auch da diesen Prüfpunkt „Fernzugriff ist ausgeschlossen“. Da habe ich dann also schon unterschieden und habe gesagt: Also, diese Dinge, die „state of the art“ sind, von, ich sage mal, Managementkontrolle, die erlaube ich, aber alles, was G-10-relevant ist, habe ich ja ausdrücklich dann - da gibt es ja auch einen Satz, dass ich - - Weitere Zugriffe sind nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Das ist ja auch das Wichtige, dass man nicht von irgendwo hinterher auf den G-10-Strang zugreifen kann, -

Zeuge Martin Golke: So ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - weil der Separator steht ja am Anfang - wenn ich das richtig von anderen Zeugenaussagen verstanden habe - einer Art Filterkaskade.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dann käme jetzt, wenn ich das richtig sehe, irgendwann DAFIS.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch der Zeuge Breitfelder in diesem Fall hat in seiner Zeugeneinvernahme ausgeführt, dass der DAFIS-Filter seit 2005 für die G-10-Filterung im Bereich leitungsvermittelter Kommunikation eingesetzt wird. Also, das wäre dann die nächste Filterung. Können Sie den Ansatz von DAFIS etwas näher beschreiben, wie das jetzt funktioniert?

Zeuge Martin Golke: Ja, DAFIS ist die nächste Verarbeitungsstufe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich das richtig sehe, wahrscheinlich nur für den G-10-Strang. Richtig?

Zeuge Martin Golke: Richtig, genau. Also Routine ist dann - - betrachte ich nicht weiter, liegt nicht in meinem Aufgabenbereich. Und, ja, dieses DAFIS, dieser Datenfilter, ja, gut, da muss erst mal das Protokoll zusammengesetzt werden, dann die Session zusammengesetzt werden. Das ist ja bei IP so. Ich übertrage einzelne Pakete. Also, die ganze Lieferung wird sozusagen in einzelne Pakete da unterteilt, und die muss natürlich, damit ich irgendwas überhaupt erkennen kann - - muss ich die erst mal zusammensetzen, und das macht also erst mal dieser DAFIS-Filter.

Und dann gibt es dann wieder diese G-10-relevanten Parameter, wo die dann ihre Anordnungen praktisch übersetzen in einen Code, der dann - - Das ist auch handelsübliche Hardware. Das ist einfach ein Rechner bzw. verschiedene Rechner mit verschiedenen Aufgaben, und da sind immer so Teilbereiche. Der eine setzt das Protokoll, einer setzt die Session zusammen, und einer guckt „on the fly“ danach: Was haben wir denn für G-10-Kriterien, die wir haben wollen, die wir haben dürfen, denen also praktisch vom BMI und Parlamentarischen Kontrollgremium zugestimmt wurde? Und dann dürfen die auch danach suchen. Das passiert in diesem - - Soweit man das automatisch machen kann, passiert das in diesem DAFIS-Filter in der letzten Stufe, nachdem diese Vorstufen im DAFIS - also Protokoll, Session usw. - zusammengesetzt wurden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Verstehe. - Jetzt habe ich eigentlich nur noch ganz wenige



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fragen wahrscheinlich. - Mich würde interessieren: Haben Sie denn nach Ihrem Prüfbericht mit den Themen, die dieses Erfassungs- und Verarbeitungssystem betreffen, insbesondere natürlich auch mit den Fragen nach dem Separatorgerät oder der DAFIS-Filterung, danach noch zu tun gehabt - speziell auf dieses Projekt bezogen? Sprich: Haben Sie danach noch mal gehört, wie es denn läuft? Haben Sie - - Sind Sie danach noch mal eingebunden worden in eine weitere Prüfung dieses Projekts? Hat es da eine erweiterte Prüfung - - weitere Prüfungen gegeben? Oder war das für Sie mit diesem Prüfbericht abgeschlossen - und Ende und nie wieder davon gehört?

Zeuge Martin Golke: So war es. Also, das war danach abgeschlossen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie haben nicht weiter mitbekommen, was im Grunde aus EVN G 10 III geworden ist, wie es betrieben worden ist, ob es erfolgreich war, ob es funktioniert hat? Das war dann nicht mehr Ihre Aufgabe, weil Sie sind ja auch nicht im BND, sondern im BSI. Also, da haben Sie keine großartige Einbindung mehr gehabt?

Zeuge Martin Golke: Nein. Zertifizieren heißt: „Certify and go“.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Das wäre eigentlich mein Fragenteil. Ich meine, ich hätte noch viele Fragen, aber ich denke, die Kolleginnen und Kollegen auch, und von daher werde ich mich im Zweifel dann punktuell einklinken. Aber ich glaube, wir haben schon erst mal einen Einblick bekommen. Dafür danke ich Ihnen ganz herzlich.

Aber jetzt haben die Fraktionen die Möglichkeit, sicherlich viele Fragen, die sie haben, zu stellen. Die Fraktionen können ihre Fragen nach den Regeln der sogenannten Berliner Stunde in festen Zeitbudgets stellen. Das bedeutet, dass die CDU/CSU 27 Minuten hat, die SPD 17 Minuten, die Fraktion Die Linke 8 Minuten und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch jeweils 8 Minuten.

In der ersten Fragerunde beginnt die Fraktion Die Linke, gefolgt von der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU/CSU, und ab der zweiten Fragerunde haben wir die Reihenfolge: Die Linke, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD.

Und ich darf als Erstes der Fraktion Die Linke daher auch das Wort geben, und ich nehme an, Frau Kollegin Renner. Bitte schön.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde beginnen, Herr Vorsitzender. - Herr Golke, wie oft haben Sie derartige Geräte wie den Separator geprüft?

Zeuge Martin Golke: Jetzt im Rahmen der TKÜV oder überhaupt Netzwerktechnik?

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde sagen, erst mal im Rahmen der TKÜV.

Zeuge Martin Golke: Wie oft Geräte - - oder Prüfungen gemacht?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Oder Anlagen, genau, ja.

Zeuge Martin Golke: Also, es geht ja hier nur um die eine. Also, ich habe auch noch bei weiteren mitgewirkt.

Martina Renner (DIE LINKE): Da würde mich interessieren, wie häufig.

Zeuge Martin Golke: Wie häufig? Ich glaube, bei zweien noch.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die laufen alle nach dem von Ihnen geschilderten Prüfmodus ab?

Zeuge Martin Golke: Ja, das ist immer derselbe - das, was ich vorgestellt habe, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Dieser Prüfmodus irritiert mich - das sage ich ganz klar -, und zwar an drei Stellen: Einmal, dass man auf Grundlage von Dokumenten, die der Betreiber, in dem Falle der BND, zur Verfügung stellt, sich überwiegend



Nur zur dienstlichen Verwendung

das Bild macht, zweitens, dass man die Gerätschaften nicht am Einsatzort in Augenschein nimmt und Annahmen trifft zu diesen Einsatzbedingungen, die möglicherweise different sind von denen, die dann tatsächlich im Betrieb vorliegen, und drittens, dass man entwicklungsbegleitend nur prüft und nicht den Endzustand noch mal in Augenschein nimmt.

Das muss ich jetzt erst mal so sagen: Wenn ich mir ein Prüfverfahren vorstelle, würde ich sagen, gehört wenigstens dazu, sich den Einsatz vor Ort im Endzustand anzusehen mit den Unterlagen. Da können wir noch mal Abstriche machen. Gerade bei Unterlagen, die durch einen Geheimdienst zur Verfügung gestellt werden, wo wir davon ausgehen müssen, dass da eine ganze Menge Legenderungsinteresse dahinter ist, würde ich dann auch Abstriche machen. Beim Handbuch, was mir möglicherweise ein kommerzieller Betreiber gibt, würde ich solche Unterstellungen eben nicht vornehmen, aber in dem Falle, denke ich, muss das der Prüfer auch ein bisschen ins Kalkül ziehen.

Also, das sind die sozusagen Fragen zu den Prüfmodalitäten, und dann würde ich genau an diesen Stellen da noch mal ein bisschen versuchen, anzusetzen: Sie haben ja auch in Ihrem Bericht geschrieben, dass Sie Annahmen zu den Einsatzumgebungen gemacht haben und dass es sich dabei zum Beispiel um separierte Räume gehandelt hat. Inwieweit haben Sie sich das bestätigen lassen, dass das abgeschlossene Räume sind, die mit der ansonsten bei dem Provider im Betrieb stehenden Technik nicht verbunden sind? Also, haben Sie sich das nur sagen lassen, oder haben Sie sich das in irgendeiner Form bestätigen lassen?

Zeuge Martin Golke: Könnten Sie die Frage noch mal wiederholen, die Sie mir jetzt stellen möchten, bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Gerne. Sie treffen in Ihrem Bericht Annahmen zu der Einsatzumgebung des Separators, -

Zeuge Martin Golke: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - und zu diesen Annahmen gehört, dass es sich um physisch getrennte Betriebsräume handelt.

Zeuge Martin Golke: Was meinen Sie mit „physisch getrennte Betriebsräume“? Also jetzt - - Vom Provider?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Es wird vorausgesetzt, dass die Einsatzumgebung in einem Bereich liegt, der entsprechend der Sensibilität der Aufgabe und der entsprechenden geltenden Richtlinien abgesichert ist.

Zeuge Martin Golke: Ja, entsprechend - - Also, das ist ja so, dass diese - - Also, die Daten sind, sobald die irgendwie - - Die sind ja geheim, also so Abhördaten. Auf der anderen Seite sind sie offen, aber auf dieser BND-Seite sind sie eingestuft. Ja, das ist ja - - Das ist die Gesetzeslage; da kann ich ja gar nichts dran ändern. Deswegen habe ich da reingeschrieben: Ich treffe die Annahme, dass da nicht jeder durch die Räume durchspazieren kann und jetzt gucken kann, welche Daten abgegriffen werden. - Das finde ich eigentlich ganz okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie haben sich nie vor Ort vergewissert, beim Provider, dass das auch so ist?

Zeuge Martin Golke: Nein, habe ich nicht. Habe ich ja erläutert, das Verfahren. Also, das ist nicht - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Martin Golke: Das tut mir vielleicht leid, aber das ist wirklich das Verfahren so.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir hatten ja jetzt zu dem Einsatz dieser Technik auch die entsprechenden Mitarbeiter des Telekommunikationsunternehmens hier, und die haben uns geschildert, dass insbesondere die Geräte zur Datenerfassung zum Teil nicht in den abgesicherten Räumen des BND waren, sondern in einem Be-



Nur zur dienstlichen Verwendung

etriebsraum der Telekom. Damit ist ja eine Annahme, die Sie in Ihrem Prüfbericht getroffen haben, erst mal so nicht realisiert worden. Hätte das Einfluss auf Ihren Prüfbericht gehabt?

Zeuge Martin Golke: Das würde ich jetzt so erst mal nicht sagen. Also, erst mal ist es so, dass die Geräte ja in den Räumen des Verpflichteten, also des Providers, stehen müssen, um unter die TKÜV zu fallen. Insofern ist das, was das Telekommunikationsunternehmen gesagt hat, völlig okay. Und zum Zweiten würde ich jetzt nicht davon ausgehen, dass die Daten da offen rum- - Ja, schon, aber ich sage mal: Die Geräte des BND müssen entsprechend meinen Annahmen abgesichert sein. Da gehe ich von aus.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann reden wir mal über dieses Abgesichertsein.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Was für Richtlinien gibt es oder gab es denn für den Einsatz solcher Geräte, was die Einsatzumgebung angeht? Also, was heißt „abgesichert“ für Sie? Also: Leitung, Zugriff, Verbindungen von Komponenten zum Provider, physisch getrennt usw.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Martin Golke:

Es wird vorausgesetzt, dass die Einsatzumgebung in einem Bereich ...

Ich zitiere jetzt aus meinem Prüfbericht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber was heißt das? Was heißt: Es wird vorausgesetzt, dass es abgesichert ist?

Zeuge Martin Golke: Ja, da gibt es doch gesetzliche Vorgaben, die ich nicht mehr prüfen muss. Da hat der BND wirklich - - Da möchte ich Sie eigentlich auf den BND verweisen. Die dürfen nicht einfach so - - Das liegt gar nicht in meiner Prüfkompetenz. Also, das habe ich jetzt da nicht

in meiner Prüfkompetenz. Die haben - - Also das ist schon klar geworden bei meinen Besuchen, dass die wirklich - - Das sind Geheimdaten. Also die Daten, die noch gerade beim Provider offen waren, durch die Lande, durch Deutschland verschickt wurden: Sobald die irgendwie in diese BND-Geräte kommen, sind das Geheimdaten. Die Tür muss abgeschlossen sein, die Schlüssel müssen unter Verwahr sein. Der eine - - usw.

Und das sind - - Da gelten Richtlinien. Also, wenn ich da - - Ich kann nicht alles machen. Also, das geht gar nicht. Und solche Dinge, die eigentlich klar sein müssten - - Also, ich habe nicht den BND geprüft, sondern die Gerätschaften, und das ist die Aussage, die ich treffen kann. Und da mische ich mich gar nicht ein. Aber ich sage ich Ihnen: Da gibt es Regelungen, die müssen die einhalten. Sonst - - Also wenn ich die auch noch prüfen soll, dann muss man mir das Mandat dafür geben. Also das sehe ich nicht, dass ich das hatte.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber wenn zum Beispiel zu diesen Voraussetzungen gehören würde, dass es abgeschlossene Räume sind, zu denen nur spezielle Mitarbeiter Zutritt haben, würde das ja nur in eingeschränkter Art und Weise für Betriebsräume der Telekom gelten, weil da haben ja auch Mitarbeiter der Telekom Zutritt -

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): - und nicht nur Mitarbeiter des BND.

Zeuge Martin Golke: Vielleicht zitiere ich auch noch aus den Empfehlungen meines Prüfberichtes:

Eine Untersuchung ... der Absicherungen in den Räumen der Außenstellen war nicht Teil der Prüfung. Es wird auf diesbezügliche Vorschriften hingewiesen und auf Prüfmöglichkeiten, die das BSI u. a. im Bereich materieller Sicherheit (Schutz von Betriebsräumen etc.) bietet und die



Nur zur dienstlichen Verwendung

unterstützend bei Bedarf vor Ort erfolgen könnten.

Da habe ich mich also jetzt nicht eingemischt, sondern das ist - -

Martina Renner (DIE LINKE): Da verlassen Sie sich auf die Angaben des BND.

Zeuge Martin Golke: Ja, ja, muss ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, und da kann man nämlich sehr schön anschließen, weil auch bei dieser Prüfung - ich sage mal: in vitro, also unter Laborbedingungen; ich fand den Begriff ganz gut - verlässt man sich ja auch darauf, dass der Zustand, den man dort vorfindet, der Zustand ist, der dann später auch im Betrieb aufzufinden ist.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Man überprüft es aber nicht mehr, dass es nicht im Nachgang noch Modifikationen gibt?

Zeuge Martin Golke: Also hier nicht, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es läuft an vielen Stellen auf Treu und Glauben hinaus.

Zeuge Martin Golke: Das ist - - Das sehe ich nicht als mein - - Ja, Treu und Glauben?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Martin Golke: Das sehe ich - - Da würde ich gar nicht mit „Treu und Glauben“ sagen, da würde ich sagen: Das ist nicht meine - - Sorry, aber da endet irgendwo meine Zuständigkeit.

Wir machen Prüfungen, wenn wir Krypto¹¹ - - Die zerlegen wir¹⁰ im Labor. Also, das machen wir richtig, aber das sind¹² wirklich dann Geräte, die - - Das ist was anderes als TKÜV.

Martina Renner (DIE LINKE): Apropos „zerlegen“: Ich weiß ja immer noch nicht, wie das aussieht. Also, ich habe kein Bild dazu. Aber vielleicht sagen Sie uns noch mal was zu dieser Prüfung unter den Laborbedingungen. Wie viele Stunden haben Sie sich mit dem Gerät befasst? Haben Sie das auch auseinanderggebaut?

Zeuge Martin Golke: Dieses im Rahmen dieser - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, bei dem Besuch.

Zeuge Martin Golke: Nein, nein, habe ich nicht auseinanderggebaut. Ich sage doch: Also, die Dokumentation ist das - - Also, eine Hardwareprüfung, dass wir jetzt gucken - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Martin Golke: Also, Software mit Analysegeräten zu testen¹³, Disassemblierung¹⁴ usw. nur bei wirklich - - Also nicht¹⁰ TKÜV. Also, das - - Vor allen Dingen, wenn wir überhaupt keine Möglichkeit nachher haben mehr, das irgendwie zu verifizieren, dass das auch¹⁵ - - Stellen Sie sich mal vor, ich hätte noch viermal mehr Zeit da reininvestiert, und ich habe ja eh keine Möglichkeit, das im Betrieb¹⁶ - - Da habe ich kein Prüfmandat für die operationelle Phase.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt so ein bisschen auf die Uhr gucken.

Martina Renner (DIE LINKE): Letzte Frage zu dieser Laborsituation: Wurde da eine Datenverarbeitung simuliert?

Zeuge Martin Golke: Die haben Simulationen, die haben ein Testsystem, wo die - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, als Sie dort waren, ob da eine Datenverarbeitung simuliert wurde. Nicht der - -

11) Ergänzung des Zeugen: "geräte", siehe Anlage 1.

12) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

13) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

14) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

15) Ergänzung des Zeugen: "so eingesetzt wird.", siehe Anlage 1.

16) Ergänzung des Zeugen: "zu verifizieren", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Da kann ich mich nicht mehr dran erinnern, tut mir leid. Das ist zehn Jahre her, sorry.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt in der ersten Fragerunde zur Fraktion der SPD. Der Kollege Flisek, nehme ich an, wird fragen.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Golke, ich würde vielleicht starten mit einer Anregung, wenn es möglich wäre. Sie hatten ja ein sehr ausführliches und auch ausformuliertes Eingangsstatement hier abgegeben. Wäre es möglich, dass Sie uns das bereits jetzt zur Verfügung stellen könnten, dass die Obleute das bekommen?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Martin Golke: Also, angesichts der tollen Infrastruktur, die Sie hier haben, gehe ich davon aus, dass das nicht nur mitgeschrieben wurde, sondern mitgeschrieben werden muss. Der Vorsitzende hat auch schon darauf hingewiesen, dass es auch mitgeschnitten wird. Insofern sehe ich jetzt keine Notwendigkeit, das einzige Exemplar, was ich habe, hier aus den Händen zu geben.

Christian Flisek (SPD): Nein. Es geht darum, dass wir das vervielfältigen können und dass die Obleute das dann bekommen. Das wäre - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

RA Dr. Johann M. Plöd: Darf ich kurz was dazu sagen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei rechtlichen Punkten natürlich.

RA Dr. Johann M. Plöd: Das Problem ist, dass in diesem Statement handschriftliche Änderungen enthalten sind und insoweit also praktisch das Original, so wie es hier vorgetragen worden ist,

in ausgedruckter Form nicht vorliegt. Wir wären natürlich bereit, dass praktisch dieses Statement vorgelegt wird, wenn das Ganze überarbeitet ist und diese handschriftlichen Anmerkungen herausgenommen worden sind.

Christian Flisek (SPD): Nein, der Zweck meiner Frage ist ja jetzt einfach nur: Wir hätten gerade noch mal diese Punkte gerne gehabt, auch im Rahmen der Zeugenvernehmung. Dass wir das im Nachgang dieser Sitzung bekommen, das ist uns selber klar, sondern ich hätte das gerne hier noch mal gehabt jetzt während der Zeugenbefragung in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung, um daraus auch Fragen abzuleiten.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

RA Dr. Johann M. Plöd: Können wir kurz unterbrechen, damit wir diese Frage schnell klären können?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, machen wir fünf Minuten Unterbrechung. Ich denke, das sollte reichen.

RA Dr. Johann M. Plöd: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Sitzung ist damit für fünf Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung von 12.14 bis 12.24 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr geehrte Damen und Herren, ich würde gern weitermachen - dazu müssten wir die Tür schließen -, weil die fünf Minuten sind schon deutlich überschritten. Unser Zeuge ist da, und die Fraktion der SPD hat das Recht, Fragen zu stellen. Ich glaube, die eine Frage, dieser Punkt, ist inzwischen geklärt. Herr Kollege Flisek, ich gebe Ihnen direkt das Wort für weitere Fragen.

Christian Flisek (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch noch mal herzlichen Dank, dass uns das jetzt kurzfristig zur Verfügung gestellt wurde.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich hätte jetzt zunächst einmal eine Frage. Bei der Zertifizierung - - Ich meine, das BSI zertifiziert ja so einiges, auch privater Anbieter. Wenn es jetzt darum geht, Dinge zu zertifizieren, die einen geheimdienstlichen Kontext haben, ist da spezielles Know-how aufgebaut worden, oder - ich sage es jetzt mal lapidar - ist das eine Zertifizierung 08/15 wie jede andere auch?

Zeuge Martin Golke: Ja, es ist schon ein spezielles Verfahren. Es ist dafür speziell entwickelt worden. Die Anforderung, so wie ich die TKÜV verstanden und interpretiert habe, unterscheidet sich schon grundlegend. Also, ich meine, Zertifizierung, das ist schon - - Also, bei den Zertifizierungen, bei denen ich beteiligt war - - Das ist ja nach diesen Kriterienwerken - - Das sind schon umfangreiche Werke. Das sind dann aber auch umfangreiche Softwareprodukte, die auch, ich sage mal, strukturiert werden müssen. Der Ingenieur teilt immer: Teile und herrsche. Da ist dann richtig vorgeschrieben, was wer an welcher Stelle zu tun hat, und dann kann ich das so teilen und Zeit einsparen. Und hier habe ich ja nur fünf Prüfpunkte gehabt: eins, zwei, drei, vier, fünf. Insofern konzentriere ich mich natürlich auf die und prüfe die und - -

Christian Flisek (SPD): Gut. - Also, es ist aber so, dass da spezielles Know-how für aufgebaut wird und auch, ich sage mal, wenn solche Fälle dann immer wieder mal auftauchen, auch gepflegt wird; okay.

So eine Konformitätserklärung - - Ist Ihnen bekannt, dass da bei der Prüfung, also bei diesen Prüfungsverfahren nach TKÜV, schon mal was verweigert wurde? Oder haben Sie das selber schon mal erlebt, dass Sie im Prüfergebnis gesagt haben: „So wie das jetzt da läuft, verweigere ich die Konformität“?

Zeuge Martin Golke: Also, bei den Prüfungen, die hier infrage stehen, also die zu tun haben mit dem Untersuchungsgegenstand, nein.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie schränken das jetzt ein auf die Dinge, die mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben -

Zeuge Martin Golke: Ja.

Christian Flisek (SPD): - okay, gut -, was, ich sage mal jetzt, dann natürlich e contrario nicht ausschließt, dass es außerhalb des Untersuchungsgegenstandes schon mal Verweigerungen gab. Aber ich respektiere das, wenn Sie sagen: Das ist dann nicht Teil des Untersuchungsgegenstandes.

Ich will mal noch auch vorwegschicken - - Ich meine, es ist - - Momentan wird ja kritisiert so ein bisschen, dass das Ganze nur, ja, sozusagen nach der Entwicklungsphase zertifiziert wird. Also, ich verstehe das auch so, dass das Gesetz natürlich das auch so vorsieht. Es ist jetzt nichts Außergewöhnliches, dass Sie sich da an das Gesetz halten. Gleichwohl frage ich jetzt mal - und das ist auch Teil unseres Untersuchungsauftrages -: Wir haben ja sozusagen auch Vorschläge am Ende aller Tage auszuarbeiten, inwieweit Dinge, die uns hier auffallen, sinnvoll und richtig sind. Wenn ich lese - - Im Prüfergebnis, der zweite Absatz, sagen Sie:

Die geprüften und umgesetzten Anforderungen und Maßnahmen sind jedoch vielfach abhängig von der richtigen Konfiguration der Komponenten und damit von Einstellungen, die erst im operativen Einsatz erfolgen.

Das heißt, Sie sagen selber deutlich: Ja, ich habe geprüft vor diesem operationellen Einsatz, weil ich dazu gesetzlich verpflichtet bin. - Und, wie gesagt, das ist ja auch gar kein Vorwurf, dass Sie das so machen. Aber gleichzeitig deuten Sie an: Eigentlich entscheidet die Praxis, wie der Hase läuft.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und wenn wir jetzt sagen: „Dieses Prüfprogramm, das in der TKÜV ja dort der Gesetzgeber vorgesehen hat, ist eigentlich ja ein Teil der Verwirklichung von Artikel 10 Grundgesetz“ - also, da geht es um eine Ausgestaltung von Grundrechten -, stellt sich jetzt für mich natürlich dann die Frage an Sie auch als Experten in diesem Bereich: Halten Sie das denn



Nur zur dienstlichen Verwendung

überhaupt für sinnvoll, dass man in dieser Form - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Ich gehe jetzt davon aus, dass Sie nicht zweimal gleichzeitig zuhören können. Deswegen - - Halten Sie das denn überhaupt für sinnvoll, dass man dann so eine Prüfung überhaupt nach der Entwicklungsphase ansetzt? Oder wäre es nicht notwendig, tatsächlich mit solchen Prüfungen dann auch in den Praxisbetrieb zu gehen und vielleicht auch regelmäßig, routinemäßig noch mal nachzuschauen: Wie läuft das?

Zeuge Martin Golke: Das obliegt dem Gesetzgeber, dem Verordnungsgeber. Das ist seine Hoheit. Also - -

Christian Flisek (SPD): Entschuldigung, dass ich jetzt nachhake: Der Gesetzgeber sind wir. Deswegen haben wir im Bundestag einen Untersuchungsausschuss: nicht nur, um Sachverhalte aufzuklären, sondern eben auch - und das ist der dritte Teil unseres Einsetzungsauftrages -, um konkrete Vorschläge am Ende herauszuarbeiten, was gegebenenfalls zu ändern ist. Und Sie sind ja hier zwar auch Zeuge; aber Sie sind natürlich auch jemand, der einen Sachverstand hat aus einem Bereich, den wir beleuchten. Und ich möchte diese Gelegenheit gerne nutzen, Sie da als, ich sage mal, Experten oder Sachverständigen auch zu befragen.

Wenn Sie selber in Ihrem Prüfbericht, der uns vorliegt, so etwas andeuten, dass eigentlich die Praxis dann am Ende darüber entscheidet - ich sage es noch mal -, wie es mit dem Grundrechtsschutz bestellt ist, und nicht, sage ich mal, die abstrakte Prüfung, die Sie zu Recht auf der Grundlage des geltenden Gesetzes ja nach der Entwicklung gemacht haben, dann frage ich Sie: Ist das so sinnvoll? Oder würden Sie nicht eher sagen: „Man muss da anders ansetzen; man muss in den Wirkbetrieb reingehen und sich den anschauen, gegebenenfalls auch routinemäßig nachfassen“?

Zeuge Martin Golke: Also, so wie ich Sie verstehe und auch gerade die Frau Renner verstanden habe, könnte ich da eigentlich nur zu dem Schluss kommen, dass das in der Tat sinnvoll wäre, da auch die Betriebsphase, so wie wir das ja auch machen - - Ich mache das ja bei vielen anderen Dingen. Da haben wir ja Inspektionsrechte, und da gehen wir auch regelmäßig hin und prüfen das wirklich: „Ist die Sicherheit auch wirklich vor Ort angekommen?“ - regelmäßig. Also, das gibt es auch.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Also, Sie sprechen solche Inspektionsrechte an, die sich dann sozusagen auf den Praxisbetrieb beziehen, und Sie würden sagen: Ja, es wäre sinnvoll, dass wir zum Beispiel als Gesetzgeber über so was nachdenken, dass wir so was zusätzlich einbeziehen. Also, das ist ja eine völlig neutrale Aussage. Ich meine, wir sind dankbar für jeden Punkt, den wir da herausarbeiten können und der uns dann eben auch von Menschen, die da Experten sind, bestätigt wird. Dafür sitzen wir ja auch hier.

Ich möchte jetzt noch mal auf das Prüfprogramm zu sprechen kommen. Sie haben es ja auch angedeutet, dass das BSI unglaublich viele verschiedene Aufträge hat. Sie prüfen auch Private nach § 9 des BSI-Gesetzes.

Wenn Sie mal so Zertifizierungen in anderen Bereichen sich anschauen und jetzt mal das Prüfprogramm vergleichen, das die TKÜV dort anlegt - - Auch da meine Frage: „Ist das aus Ihrer Sicht ausreichend?“, weil es ja doch ins Auge fällt, dass beispielsweise private Hersteller, Dienstleister eventuell tatsächlich ja sogar auch strengeren Anforderungen im Prüfprogramm unterliegen, als es beispielsweise jetzt ein Nachrichtendienst ist, der hier in einem äußerst grundrechtssensiblen Bereich unterwegs ist. Also noch mal konkret die Frage: Halten Sie das Prüfprogramm im Vergleich zu anderen Prüfprogrammen bei anderen Zertifizierungen, so wie es hier angelegt ist in der TKÜV, für ausreichend? Oder glauben Sie eher, das müsste ausgedehnt werden?

Zeuge Martin Golke: Ja, ich bin da noch nicht so ganz entschlossen. Also, ich habe - - Auf diese



Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage habe ich mir - - Ich könnte es mir vorstellen, dass das sinnvoll wäre, ja.

Christian Flisek (SPD): Gut. Natürlich - logischerweise - käme die Folgefrage: Fällt Ihnen jetzt - - Ich will Sie ja auch nicht überfordern jetzt, weil über so was - - Wenn man sich jetzt anlässlich so einer Befragung zum ersten Mal Gedanken macht, dann habe ich auch Respekt davor, wenn man dann die Punkte nicht so einfach aus dem Ärmel schüttelt. Aber fällt Ihnen ein Punkt jetzt ein, wo Sie spontan sagen würden: „Das müsste eigentlich mitberücksichtigt werden, das müsste mit aufgenommen werden, das müsste mit geprüft werden, in das Prüfungsprogramm hinein“?

Zeuge Martin Golke: Also, so wie ich die Kette sehe, geht die ja von diesen Anordnungen, diesen G-10-Anordnungen - - Das ist ja das, was vom BMI dann genehmigt wird und von der Parlamentarischen Kontrollkommission, und das ist ja das, was dann gedurft wird. Und dass dieser Weg in die Technik rein - - Ist es auch - - So ist diese Sicherheit oder ist das, was wir wollen, auch wirklich so umgesetzt, dass es da dann irgendwie einen Rückkanal gibt, jemanden, der berichtet und da auch Kompetenzen bekommt in irgendeiner Form, dass das dann sichergestellt wird, würde ich jetzt mal spekulieren können.

Christian Flisek (SPD): Da bin ich jetzt ganz offen: Das habe ich jetzt nicht verstanden. Könnten Sie das noch mal - - Einen Rückkanal? Also, in Bezug auf was?

Zeuge Martin Golke: Dass praktisch das Parlamentarische Kontrollgremium einen Rückkanal - - Also, dass sichergestellt wird, dass das, was angeordnet wird, und nichts anderes auch gemacht wird. Da müsste man dann Prüfrechte haben usw. und die - - dann wieder berichtet werden an das - - zum Beispiel, nicht dass da - - weil der fehlt ja überhaupt. Also, ich habe den einmal gesehen, diesen dicken Ordner da. Das ist so ein dicker, wo dann die ganzen Dinge dann drin sind, die dann wirklich - - was Sie sagen: die Grundrechtseingriffe. Und das fehlt ja überhaupt. Wir zertifizieren und dann - - Das ist ja eine Sache, die - - So was könnte ich mir zum Beispiel

vorstellen, dass das sichergestellt wird, dass auch nur das wirklich in den Geräten ist.

Und dieser Rückkanal - - Da meine ich natürlich, dass dann irgendjemand wirklich prüft, Prüfrechte bekommt vor Ort, sich das anguckt und dann auch berichten kann: Ja - - oder die Modifikation oder Protokollierung zum Beispiel, dass da Dinge protokolliert werden, die sich irgendjemand angucken kann und dann überprüfen kann: Entspricht das wirklich den Anordnungen? Also, so könnte man ja dann so eine Kette, die dann sicherstellt, dass auch wirklich - - Wenn man jetzt so viel Misstrauen hat gegenüber - -

Christian Flisek (SPD): Na ja, wie gesagt, das ist auch keine Frage jetzt grundsätzlich des Misstrauens. Das ist natürlich eine Frage der parlamentarischen Kontrolle. Das ist eine Frage auch des Grundrechtsschutzes in dem Fall natürlich vor allen Dingen; aber gut. Ich nehme das jetzt einfach mal so mit.

Ich hätte mal eine Frage. Wenn jetzt in der TKÜV zum Beispiel dort steht: Zugriffskontrollen sind einzusetzen nach dem Stand der Technik - - „Stand der Technik“ ist ja jetzt ein unbestimmter Rechtsbegriff; zumindest würden Juristen das so nennen. Sie sind jetzt Techniker. Wie füllen Sie diesen Begriff denn aus? Was ist aus Sicht des BSI bei einer Zertifizierung Stand der Technik?

Zeuge Martin Golke: Also, vor zehn Jahren, würde ich sagen, ein normaler Zugriffsschutz mit Wissen, dass ich ja irgendwie den Zugangscode weiß. Und heute gehen wir ja schon also auch mit Besitz so ein bisschen - - also dass wir irgendwelche Chipkarten haben, mit denen wir dann noch zusätzliche Sicherheit bieten, wo ich dann irgendeine PIN eintippen muss oder so. Also, da entwickelt sich das schon. Also, da würde ich heute anders drüber denken als vor zehn Jahren.

Christian Flisek (SPD): Verstehe ich das richtig: Das ist Ihnen als Prüfer überlassen, das zu füllen? Oder gibt es dort Standards, Richtlinien innerhalb Ihres Hauses, auf die Sie dann bei solchen Prüfungen zurückgreifen und die, ich sage mal,



Nur zur dienstlichen Verwendung

fortlaufend auch aktualisiert werden und der technischen Entwicklung angepasst werden?

Zeuge Martin Golke: Da gibt es mit Sicherheit irgendwas, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich will nur mal ergänzen, dass Sie anfangs von einschlägigen Kriterienwerken gesprochen hatten. Vielleicht hilft Ihnen das - und uns.

Zeuge Martin Golke: Ja, wir verlassen jetzt so ein bisschen unseren Fokus auf den Untersuchungsgegenstand. Wir sind schon ziemlich - -

Christian Flisek (SPD): Nein, wir sind haarscharf drin. Also, das ist - - Glauben Sie es mir.

Zeuge Martin Golke: Okay. - Sicher, also, da gibt es mit Sicherheit Expertise, wie, nach welchem Schutzbedarf und dann - - welche Technik daraus folgen soll. Das gibt es mit Sicherheit, ja.

Christian Flisek (SPD): Ja, jetzt noch mal bei den Zertifizierungen, die Sie durchgeführt haben: Haben Sie da auf Regelwerke zurückgegriffen, wenn es zum Beispiel bei der Prüfung - - Oder haben Sie selber das dann mir Ihrer Expertise ausgefüllt, weil Sie die Regelwerke kannten oder weil Sie einfach gesagt haben - ich sage es jetzt mal, wie es die Bayern sagen -: „Das passt schon“?

Zeuge Martin Golke: Nein, das ist ja - - Stand der Technik ist da, Passwortschutz - - Das ist ja nichts¹⁷. Das ist schon fast - - Ja, das ist ja Grundlage. Also, das ist „state of the art“ sozusagen damals.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Martin Golke: Also nicht, dass man - - Also, Zugang ohne Zugriffscode, dass man da keinen Zugang zu den Geräten bekommt, also mit diesem Wissen des Passwortes - - Und wie diese Passwortlängen sind usw. - - Ich weiß nicht, wie das damals - - wie ich das - - Das ist jetzt zehn Jahre her. Das kann ich jetzt nicht mehr sagen.

Also, jetzt mittlerweile hat man ja - - Ich kann bestimmen, wie lang es sein muss, wie viele Ziffern, Großbuchstaben, Kleinbuchstaben usw., wie man sich das merken kann usw. Man muss die Nutzer auch mitnehmen; das ist ganz wichtig. Also, man kann nirgendwo gegen den Nutzer arbeiten, sondern man muss Dinge auch anbieten können.

Christian Flisek (SPD): Also, Nutzer ist in dem Fall dann der Bundesnachrichtendienst.

Zeuge Martin Golke: Der jeweilige Mitarbeiter da, natürlich.

Christian Flisek (SPD): Genau. - Bei diesen Gesprächen, die auch geführt werden, Initialgespräche und Telefonate, kriegen Sie irgendwelche Informationen, auch vielleicht nur entferntester Natur, über die eigentliche Operation, die dahinter steht? - Gar nichts?

Zeuge Martin Golke: Nein. Also, wo die Geräte eingesetzt werden, wird mir nicht gesagt und - - Braucht ja auch nicht. Ich meine, das ist - - Kenntnis nur, wenn nötig. Das wissen teilweise auch meine Pendants auf Arbeitsebene auch nicht. Das ist wieder ein ganz anderer Bereich beim BND. Das ist ja dieses „Kenntnis nur, wenn nötig“. Also, jeder darf nur das wissen, was er auch wissen muss zur Erfüllung seiner Arbeit. Das wird ja da ganz streng dann durchgehalten. Also, das musste ich nicht wissen für diese Arbeit.

Christian Flisek (SPD): Wir haben ja bei dem Komplex, den wir hier untersuchen, vor allen Dingen ja auch ein wenig das Problem, dass es da im Prinzip ja zwei Informationsstränge, sage ich mal, gibt. Das sind eben G-10-relevante Daten und zum anderen eben die Routineverkehre, reine Ausland-Ausland-Kommunikation. Diese Zertifizierung, die dort gemacht wird durch Sie, bezieht die sich auch auf diese Routineverkehre, auf die Ausland-Ausland-Kommunikation? - Nein?

17) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Nein. Da sind ja nicht Deutsche betroffen von, und dann ist das außerhalb meines Fokus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann jetzt auch wahrscheinlich von der Zeit her erst mal die letzte Frage. Wir kommen zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Golke, wozu machen Sie die Prüfungen, die Sie machen? Also, warum ist so eine Prüfung durch das BSI notwendig?

Zeuge Martin Golke: Also, ich mache sie, weil es da diese Verordnung gibt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber warum gibt es diese Verordnung?

Zeuge Martin Golke: Ich nehme an, weil irgendwann das mal beschlossen wurde so.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist mit Sicherheit richtig. Ich wüsste jetzt auch das Datum nicht genau; aber genau.

Also, der Gesetzgeber hat meiner Ansicht nach das gemacht, weil es um einen grundrechtsrelevanten Vorgang geht bei diesen Eingriffen und man das nicht nur - ich sage das jetzt ganz undemagogisch - dem Geheimdienst überlassen wollte. Deswegen hat man, glaube ich, gesagt, dass man so eine Prüfung macht.

Würden Sie mir zustimmen, dass Sie im Grunde so etwas wie eine Schlüssigkeitsprüfung machen? Vielleicht - wenn ich das beschleunigen kann -: Sie haben vorhin das so schön beschrieben: Das Rack letztlich, es steht da, ein monolithischer Block mit grünen und was weiß ich was für kleinen LED-Lämpchen, und unten geht ein Kabel raus. - Ich fand das sehr treffend; so gucke ich auf die Sachen auch drauf. Aber Sie gucken ja gar nicht in diese Maschine rein, also

auch nicht im Labor, sondern Sie kriegen dazu eine Anleitung. Da steht, wie das Ding funktioniert, und Sie prüfen, ob das schlüssig ist.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn da jetzt - keine Ahnung - eine Kaffeemaschine stehen würde, dann würden Sie sagen: Gut, also, das passt irgendwie nicht; aber das, was hier steht, scheint dem zu entsprechen. - Und so, wie das hier technisch beschrieben ist - und das ist ja Ihre Kompetenz -, können Sie nachvollziehen, dass das technisch schlüssig dargelegt ist.

Zeuge Martin Golke: Ja. Das stimmt, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihre Arbeit, genau; aber das hat letztlich nichts damit zu tun, was diese Maschine praktisch tut. Also, das können Sie zumindest nicht beurteilen. Natürlich hilft es, wenn es schon mal schlüssig aufgeschrieben ist. Aber Sie können ja einmal nicht sagen, wenn ich es richtig verstanden habe, was diese Maschine tatsächlich tut, die da im Labor steht. Aber Sie können schon gar nicht sagen - wie auch? also, deswegen ist das überhaupt kein Vorwurf -, was nachher eine Maschine tut, die irgendwo aufgestellt wird nach dieser Schlüssigkeitsprüfung. Ob das dann eine ganz andere Maschine ist, ob Ihre Auflagen erfüllt sind, das weiß der liebe Gott allein.

Zeuge Martin Golke: Und der BND.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und der BND, genau; das ist genau der Punkt.

Jetzt bezüglich der Informationen, die Sie dann bekommen, also dieser Anleitung - - Wenn jetzt - ich fantasiere jetzt mal - diese Maschine, die Sie auf Schlüssigkeit prüfen sollen, nicht ein gängiges, bei Saturn-Hansa erhältliches Gerät wäre, sondern aus Nordkorea käme, wäre das für Ihre Prüfung relevant?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Sie sprechen da - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage praktisch, ob Sie als Techniker des BSI sozusagen jetzt eine Prüfung einer Maschine, die aus Wuppertal kommt, anders durchführen, als wenn sie aus Nordkorea kommt.

Zeuge Martin Golke: Im Allgemeinen ja, sicher. Es kommt immer auf die Einsatzumgebung an.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Aber wenn sie in Deutschland eingesetzt würde auf der deutschen Glasfaser, spielt das eine Rolle, wo die Maschine herkommt?

Zeuge Martin Golke: Für die Tiefe der Prüfung, denke ich mal, normalerweise schon. Ich muss das einschränken, weil - - Oder fragen Sie mal weiter; Sie wollen bestimmt noch tiefer.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Martin Golke: Bitte sehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde es mal so formulieren: Nach Ihrem Technikerethos, würden Sie sich getäuscht fühlen, wenn es sich bei den Maschinen, die Sie prüfen, nicht um handelsübliche Racks und Computer und Software und Hardware handeln würde, sondern wenn diese von einem anderen Geheimdienst kämen, also von einem anderen als dem BND, von einem ausländischen Nachrichtendienst kämen? Würden Sie sich getäuscht fühlen in Hinsicht darauf, was Sie da prüfen und wie Sie beurteilen, was Sie lesen?

Ich sage es noch mal ganz kurz. Weil Sie vorhin gesagt haben - und ich fand das bemerkenswert -, dass sozusagen Teil eines solchen Zertifizierungsprozesses eben das Aufbauen von Vertrauen auch ist, und Sie haben auch sozusagen den Begriff „Gefühl“ genannt, was ich für einen Techniker bemerkenswert finde; aber ich kann das sozusagen gut verstehen. Und innerhalb dieses Vertrauensverhältnisses, in dem man da dann eben

unterwegs ist, ist ja eine der Fragen für das Vertrauen, ob die Informationen, die man zur sachgerechten Beurteilung der Schlüssigkeit erhält, eben auch wahrhaftig sind. Und wenn Sie jetzt nicht gesagt bekämen, dass die Technik, die Hardware und die Software, die Sie hier vorge-setzt bekommen, gar nicht vom BND kommt oder dass die handelsüblich ist, sondern dass das Material eines anderen Nachrichtendienstes ist, führt man Sie damit als Techniker nicht hinter die Fichte, wenn ich das mal so sagen darf? Oder ist das völlig egal für Ihren Prozess?

Zeuge Martin Golke: Vielleicht sollte ich jetzt einfach mal ein Szenario von mir aus in den Raum stellen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte.

Zeuge Martin Golke: Also, wo ich eine Aussage machen kann, um - - Vielleicht können Sie dann wieder weiter - -

Also, sagen wir mal so: Also, wenn man jetzt - - Wir befinden uns im Netzwerk des BND. Also, da gibt es überall hohe Mauern um uns rum, es gibt einen Tunnel, der geht zur Zentrale, und sonst sehen Sie nur Mauern. Und wenn Sie jetzt mal zur Rohdatenübernahme gehen, dann werden Sie einen Mauerdurchbruch sehen, wo dann viele Daten reinkommen - und auch nur rein; die können nicht raus. Das muss ja die Bundesnetzagentur sicherstellen.

Und jetzt unterstellen wir mal, wir würden in ein Gerät, was wir oder was ich vom BSI zu prüfen habe, jetzt genauer reingucken, oder ein Szenario und würden da irgendwie, ich sage mal, wenn man ganz tief ins Herz hineinschaut, in so ein Gerät, zum Beispiel dann - - Sie brachten das Beispiel Nordkorea - - oder irgendwelche drei Buchstaben finden. Wird das irgendeinen Unterschied machen für mich?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Und da muss ich sagen: Wenn es Nordkorea wäre, ja. Und wenn es irgendwelche drei Buchstaben sind, die von befreundeten - - oder unseren Partnerländern sind, würde ich sagen Nein, und zwar - - Das ist ein viel - - Diese Kapselung ist ein viel verwendetes Sicherheitsfeature. Was kann groß passieren? Also, ich sage mal jetzt im Sinne von Datenabfluss: nicht ohne Wissen des BND.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie können Sie das ausschließen, wenn Sie - - Also, das fand ich interessant, und vor allen Dingen finde ich es interessant, dass Sie das sagen; Sie sind ja heute noch beim BSI. Nach den Snowden-Veröffentlichungen und Regin und vielen anderen Dingen finde ich das interessant. Aber wie können Sie das ausschließen, was Sie da hingestellt bekommen - - Ich werde jetzt mal so etwas plakativer, weil ich auch nicht mehr viel Zeit habe. Sie prüfen es ja auf Schlüssigkeit. Und das hat viel mit der Beschreibung zu tun, die Sie da in die Hand gedrückt bekommen. Aber ob diese Hardware, die dann in irgendeinen Raum geschoben wird, so was wie ein Trojanisches Pferd ist oder so, das können Sie halt ja nicht beurteilen. Und da spielt es doch eine Rolle, ob man ein BND-Pferd in den Raum schiebt oder ein NSA-Pferd in den Raum schiebt, weil es ist doch völlig offensichtlich, dass es da unterschiedliche Interessenlagen gibt.

Und das ist übrigens auch von der grundrechtlichen Relevanz - - Und das ist der Ausgangspunkt meiner Fragerunde ja gewesen. Von der Relevanz für Ihre Prüfung - denn es geht ja um einen hochsensiblen grundrechtsrelevanten Bereich - ist es doch ein entscheidender Unterschied, ob die Technik, die ich benutze, die des deutschen Geheimdienstes ist, der dazu da ist, hier unsere Rechte zu schützen - man muss sich das ja ab und zu noch mal vergegenwärtigen -, und dass sozusagen ein US-Geheimdienst ganz andere Interessen verfolgt.

Zeuge Martin Golke: Bin ich dran?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Martin Golke: Vielen Dank für Ihre Erläuterungen. - Wir haben es - - Oder Sie nannten das Beispiel von einem Trojanerangriff. Ein Trojaner muss irgendwann Kontakt mit seiner Zentrale aufnehmen können. Sonst ist der - - Der ist gekapselt. Diese Kapselung - - Sie kommen ja da nicht raus aus¹⁸ diesem geschlossenen System¹⁸ - - Um ihn herum sind Mauern. Sie kommen nicht drum¹⁷. Also, was Sie vielleicht noch machen können, wäre Denial of Service, so was. Deswegen sage ich: Nordkorea wäre schon eine andere Geschichte. Ich sage mal - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum wäre Nordkorea da eine andere Geschichte? Das verstehe ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danach müssen wir an die nächste Fraktion übergeben.

Zeuge Martin Golke: Weil - - Wegen des Denial of Service.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wegen des?

Zeuge Martin Golke: Denial-of-Service-Attacks.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Vielleicht kann da der Kollege Kiesewetter weiter nachhaken, weil jetzt wäre die nächste Fraktion mit Fragen dran, die CDU/CSU. Ich glaube, Kollege Kiesewetter fängt an.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich möchte zunächst aber auf ein paar Punkte kommen, die bereits der Kollege Flisek angesprochen hat und die sich mir nicht so ganz erschließen, was Ihre Antworten angeht, bzw. so können wir das vielleicht auch klären.

Zunächst sprechen Sie, auch in dem, was uns verteilt wurde - - dass Sie als Prüfer geladen worden sind und dass Sie Prüfungen machen. Wenn

18) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

wir aber in die TKÜV schauen, dann geht es um Zertifizierungen. Würden Sie noch mal deutlich machen: Verstehen Sie unter Prüfung das, was unter Zertifizierung fällt? Oder was bedeutet für Sie der Begriff „Prüfung“ und „Zertifizierung“?

Zeuge Martin Golke: Eine Zertifizierung setzt eine Prüfung voraus. Zertifizierung ist der Endpunkt der Prüfung, sozusagen das Endergebnis.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Sie prüfen Geräte. Ist das richtig?

Zeuge Martin Golke: Ja. Geräte, ¹⁹Systeme, Komponenten, ja.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Auch Leitungen?

Zeuge Martin Golke: Jetzt allgemein oder hier für diesen - -

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Gemäß Ihrem offensichtlichen Prüfauftrag.

Zeuge Martin Golke: Nach TKÜV? Prüfe ich auch Leitungen? Netzwerkleitungen gehören dazu, ja. Also ja.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Also, zunächst halte ich mal fest: Das, was Sie prüfen, endet in einer Zertifizierung. Aber es ist nicht umgekehrt: Sie zertifizieren etwas und prüfen dann, wie das eingesetzt wird.

Zeuge Martin Golke: Nein, nein. Das wäre ja völlig unsinnig. Nein, nein.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Ja. Mir geht es nur um diese Unterscheidung. Also, das, was Sie prüfen, führt zur Zertifizierung.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Dann kriegt das ein Zertifikat, wie auch immer das bezeichnet wird.

Zeuge Martin Golke: Richtig, ja.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Und mit diesem Zertifikat ist dann gemäß TKÜV das Gerät oder das Netzwerk für den Einsatz zugelassen.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Ist das der Fall?

Zeuge Martin Golke: Ja. Also, das ist - - Genau. Gut, es gibt - - „Zulassung“ ist wieder ein anderer Begriff, so ein behördlicher. Also, Kryptogeräte werden²⁰ - -

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Was bedeutet es dann, wenn etwas zertifiziert ist? Was darf dann mit diesem Netzwerk oder diesem Gerät geleistet werden?

Zeuge Martin Golke: Wir zertifizieren ja gegen irgendwas, zum Beispiel hier gegen die TKÜV. Damit ist - - Mit dieser TKÜV-Zertifizierung bestätigt das BSI, dass die Sicherheitsvorgaben nach TKÜV eingehalten werden, mit den Auflagen. Also, ich sage mal, wenn jetzt die Auflagen eingehalten werden, dann - -

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Was bedeutet das dann? Darf dann der BND das entsprechende Gerät in den entsprechenden Liegenschaften einsetzen?

Zeuge Martin Golke: Ja. Also - -

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Mit dieser Zertifizierung?

Zeuge Martin Golke: Ja, mit dieser Zertifizierung - - den Zweck des Gerätes, der dargestellt wurde - -

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Prüfen Sie jedes einzelne Gerät?

Zeuge Martin Golke: Nein, ich habe ja - - Nein, nein, Zertifizierung - - Es ist nicht üblich, jedes

19) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

20) Ergänzung des Zeugen: "zugelassen", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

einzelne Gerät zu prüfen, sondern Zertifizierung ist immer²¹ ein Muster.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Das bedeutet, Sie prüfen ein Muster, und anhand dieses Musters werden die anderen Geräte justiert bzw. sind analog. Und wenn ein Gerät zertifiziert ist, gilt das dann für alle anderen auch.

Zeuge Martin Golke: Richtig, das ist ja der - - Wenn zum Beispiel ein Betriebssystemhersteller sein Betriebssystem nach was weiß ich zertifizieren lässt, dann wird das einmal zertifiziert und kann dann beliebig vervielfältigt werden. Mit Geräten ist es genauso; genau, ja.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Dann, Herr Zeuge, noch eine andere Unklarheit - zumindest habe ich das noch nicht ganz verstanden -: Es wurde mehrfach, auch von Kolleginnen und Kollegen, hier angesprochen, wie das sei mit Geräten der NSA oder anderer Dienste. Nun heißt es hier in der TKÜV - § 27 Absatz 3 -:

Der Verpflichtete hat in seinen Räumen die Aufstellung und den Betrieb von Geräten des Bundesnachrichtendienstes zu dulden ...

Und die weiteren Einlassungen beziehen sich dann auf diese Geräte. Bedeutet das, dass der Zertifizierungsgegenstand ausschließlich Geräte des Bundesnachrichtendienstes umfasst?

Zeuge Martin Golke: Ja, das denke ich schon.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Das bedeutet also: Geräte, die die NSA möglicherweise den Diensten zur Verfügung stellt, sind nicht Gegenstand der Zertifizierung?

Zeuge Martin Golke: Wie soll ich das verstehen? Die TKÜV macht ganz klare Vorgaben, und die prüfe ich. Wie kommen Sie jetzt auf Geräte, die die NSA zur Verfügung stellt?

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Nein, es sind ja - - Kollegen vor mir haben Fragen gestellt, -

Zeuge Martin Golke: Ach so, okay.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): - und eine der Fragen war: Wie ist das, wenn Geräte eines anderen Dienstes zur Verfügung gestellt werden?

Für mich ist der Punkt folgender: Gemäß TKÜV ist der Betrieb von Geräten des Bundesnachrichtendienstes zu dulden, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen, die hier in fünf Punkten niedergelegt sind. Für mich ist jetzt der Punkt: Handelt es sich dabei ausschließlich um Geräte des BND, oder können es auch Geräte sein, die der BND von anderen Diensten zur Verfügung gestellt bekommen hat, die dann als BND Ihnen zur Zertifizierung vorgelegt werden?

Zeuge Martin Golke: Das wäre grundsätzlich möglich. Ich meine, woher das kommt, das weiß ich ja nicht. Also, es ist in der Tat so, dass manchmal auch selbst in der²¹ Herstellerfirma - - dann nicht genannt wird, also nicht immer. Manchmal hat man mir den bereitwillig mitgeteilt, aber manchmal eben auch nicht.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Ich halte es für sinnvoll, dass wir im Untersuchungsausschuss diese Frage betrachten, weil laut Gesetz - hier: laut TKÜV - es sich um Geräte des BND handelt. Nur, es kann ja durchaus sein - das halte ich auch für überlegenswert -, dass der BND Geräte, die ihm zur Verfügung gestellt werden, einer Zertifizierung unterzieht, auch wenn es Geräte sind, die dem BND zur Verfügung gestellt sind; denn im Grunde handelt ja der BND als Alleiniger in diesen Bereichen im Inland. Und wenn er Geräte von Partnerdiensten nutzt, müsste er sie ja einer Zertifizierung unterziehen. Sehen Sie das genauso?

Zeuge Martin Golke: Sofern die - hier - TKÜV-relevant ist, natürlich.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Noch einmal bitte, ich habe Sie unterbrochen.

Zeuge Martin Golke: Sofern die TKÜV-relevant ist, natürlich. Im Rahmen dieser Verordnung

21) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

stattfindet - - Wenn wir als BSI da irgendwas zertifizieren sollen, dann natürlich.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ist Ihnen aus Ihrer Prüfungstätigkeit bekannt, dass außer Geräten, die der BND in Deutschland beschafft hat bzw. die zum BND gehören, der BND Ihnen Geräte zur Zertifizierung vorgelegt hat, wo Sie wussten oder erkennen konnten, dass sie anderen Ursprungs sind?

Zeuge Martin Golke: Ich verstehe die Frage nicht so richtig. Also, wir haben hier - wie gesagt, das habe ich ja schon gesagt - kommerzielle Hardware und kommerzielle Firmware²² von einem Hersteller. Also wir - - Die Firma, die blenden wir hier aus, weil Firmen hier grundsätzlich nicht genannt werden sollten²².

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Aber es gibt ja nicht nur kommerzielle Produkte. Es gibt ja auch Produkte, die selbstentwickelt sind. Sind auch diese selbstentwickelten Produkte oder von woanders her beschafften Produkte, die ja eingesetzt werden, möglicherweise im Rahmen der TKÜV auch zu zertifizieren?

Zeuge Martin Golke: Wenn sie - bezüglich G 10 - unter die TKÜV fallen, ja, okay.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet also de facto: Wenn Geräte entwickelt wurden, sei es innerhalb des BND mit Komponenten, die sicherlich der BND nicht selbst herstellt, erstens, oder zweitens der BND Komponenten oder Geräte von anderen Diensten erhalten hat, die im Rahmen der TKÜV eingesetzt werden, sind sie grundsätzlich oder immer TKÜV-relevant von Ihnen zu zertifizieren? Das ist die Kernfrage.

RA Dr. Johann M. Plöd: Herr Vorsitzender, darf ich einen rechtlichen Einwand bringen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, sagen Sie mal.

RA Dr. Johann M. Plöd: Ich will bloß hinweisen auf den Text der Telekommunikations-Überwachungsverordnung.

(Zuruf: Mikro!)

- Entschuldigung. - Ich will bloß darauf hinweisen auf den Text der Telekommunikations-Überwachungsverordnung. Im § 27 Absatz 3 heißt es wortwörtlich:

Der Verpflichtete hat in seinen Räumen die Aufstellung und den Betrieb von Geräten des Bundesnachrichtendienstes zu dulden, die nur von hierzu besonders ermächtigten Bediensteten des Bundesnachrichtendienstes eingestellt und gewartet werden dürfen und die folgende Anforderungen erfüllen: ...

Der Gesetzestext spricht nur von Geräten des Bundesnachrichtendienstes. Es wird keine Unterscheidung getroffen dahin gehend, woher diese Geräte letztendlich stammen, ob es sich um eine kommerzielle Software handelt oder ob der BND diese Geräte möglicherweise von anderer Stelle bezogen hat. Es geht nur darum, dass zur Zertifizierung Geräte vom Bundesnachrichtendienst vorgelegt werden, und das fällt in den Prüfbericht des Herrn Golke.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja, Herr Rechtsanwalt, genau da liegt ja der Hase im Pfeffer.

RA Dr. Johann M. Plöd: Ist schon klar.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Und das ist eben nicht klar; denn wenn jemand etwas vorlegt, ist es der BND; richtig. Aber was legt der BND vor? Was bedeutet „ein Gerät des BND“? Ist ein Gerät des BND ein Gerät, das von befreundeten Diensten zur Verfügung gestellt wird, ja oder nein? Darauf haben wir keine Antwort erhalten. Ich gehe davon aus, dass alle Geräte, die der BND hat, Geräte des BND sind, auch wenn sie von anderen zur Verfügung gestellt wurden. Deshalb -

22) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

und Sie nicken - gehe ich auch für das Protokoll davon aus, dass der BND Geräte, die nicht vom BND sind, sondern sich im Besitz des BND befinden - - dass diese Geräte im Rahmen der Zertifizierung über das BSI laufen. Das ist gern eine Feststellung, die ich treffen möchte.

RA Dr. Johann M. Plöd: Das hat Herr Golke nicht zu prüfen.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Bitte?

RA Dr. Johann M. Plöd: Das hat Herr Golke nicht zu prüfen.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Generell ist aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das muss aber dann jetzt Herr Golke wieder beantworten, was er prüft, weil das wird wahrscheinlich nur Herr Golke wissen, außer Sie haben schon eine frühere Mandatierung erhalten, wovon ich jetzt nicht ausgehe.

Helfen kann wahrscheinlich auch die uns vorliegende technische Dokumentation; da würde ich einfach mal drauf hinweisen an alle. Dort stehen Dinge drin, die einiges erklären können, was vor Ort eingesetzt wird. Mehr möchte ich in öffentlicher Sitzung dazu nicht sagen. Aber das erklärt vielleicht einiges, was man hier in öffentlicher Sitzung - vielleicht auch Sie, Herr Golke - zur Klärung auf die Fragen beitragen könnte.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Also, ich habe die Informationen, die ich wissen wollte, in öffentlicher Sitzung erhalten, oder haben Sie da noch etwas zu ergänzen, Herr Golke, in diesem Zusammenhang?

Ich gehe davon aus, dass alle Geräte, die Ihnen vorgelegt werden, im Besitz des BND sind. Sie können aus unterschiedlichen Quellen stammen. Sie sind durch Sie zu zertifizieren. Das heißt, alle Geräte, die der BND im Rahmen der TKÜV einsetzt, sind, egal woher sie stammen, vom BSI zu zertifizieren. Das ist die Feststellung, die ich aus Ihren Aussagen entnehme. Ist daran etwas aus Ihrer Sicht hinzuzufügen?

Zeuge Martin Golke: Ich weiß noch nicht so richtig, wie ich es ausdrücken soll.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Falls Sie sich beraten wollen: gerne.

Zeuge Martin Golke: Das ist mir ja eigentlich - - Ich weiß gar nicht, worauf Sie hinauswollen, ehrlich gesagt. Das ist mir immer noch nicht so klar. Deswegen ist das alles irgendwie - - Mir ist das eigentlich - - Also, der BND stellt mir Geräte vor und sagt: Das muss jetzt, weil ich das im Rahmen G 10 einsetzen will - - dafür brauche ich eine TKÜV-Zertifizierung. - Punkt. Wo ist das Problem?

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Nein, ich habe nur eine Feststellung gemacht und kein Problem geäußert. - Vielen Dank.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich komme zu den weiteren Fragen. Ich möchte jetzt zum Ablauf der Zertifizierung des Systems zur IP-Erfassung kommen. Der von Ihnen verfasste Prüfbericht vom 13. Oktober 2005 befasst sich mit dem „Erfassungs- und Verarbeitungssystem (IP) für strategische Kontrollmaßnahmen nach dem novellierten G 10-Gesetz“. Das war die TKÜV von 2002. So bezeichnen Sie zumindest das geprüfte System im Titel Ihres Berichts. Bitte schildern Sie uns noch mal kurz, um was für ein Erfassungssystem es sich dabei handelt. Und aus welchen Komponenten bestand oder besteht dieses System?

Zeuge Martin Golke: Ja, das ist alles schon mal gelaufen hier. Also, da haben wir erst mal an der Rohdatenübernahme diesen Separator. Der Separator - die Aufgaben haben wir auch schon gesagt -, der hat zwei Ausgänge: Routineverkehr, den wir nicht weiter betrachten; dann haben wir den G-10-Verkehr. Der G-10-Verkehr kommt in die nächste Verarbeitungsstufe. Das ist DAFIS. Da



Nur zur dienstlichen Verwendung

werden dann Protokolle, Sessions usw. - - müssen ja²³ - - So. Die letzte Stufe von DAFIS ist dann diese G-10-Konformität. Also, das sind diese Anordnungen, von denen wir ja gesprochen haben, wo die greifen müssen, soweit man das automatisiert machen kann. Da fällt auch schon mal alles weg, und das, was ich dann wirklich haben will, das geht dann weiter an die Zentrale. Das sind die - - Also, Separator und DAFIS nicht, das sind jetzt andere Netzwerkkomponenten.²³ Das lassen wir mal. Also, das sind die Hauptkomponenten, die der G-10-Verkehr nimmt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja, danke. - Auf der ersten Seite Ihres Prüfberichts vermerken Sie als Prüfungszeitraum Juli 2005 bis Oktober 2005, eine Art Chronologie. Unter der Überschrift „3. Bezugsdokumente und erfolgte Prüftermine“ auf der Seite 2 des Berichts lässt sich aber entnehmen, dass es schon am 30. März 2005 eine initiale Besprechung zwischen BSI und BND gegeben hat. Wie lang hat also die Zertifizierung des IP-Erfassungssystems des BND gedauert, rund sechs Monate oder vier Monate?

Zeuge Martin Golke: Wenn man die initiale Besprechung dazunimmt, dann sind es - - Drei bis zehn sind - - Einen Moment. Da kann man schon sagen: sechs, sieben Monate. Ich nehme an - - Hier steht: Prüfungszeitraum sozusagen Juli 2005. Also, da hat man dann, oder da habe ich - - Also, die initiale Besprechung - - Es ist ja so: Bei uns läuft alles immer bei der Beratung auf. Das sind so die, die Level 1, Level 2, Support machen, die schon mal vieles abhalten, und immer dann, wenn sie tiefere Expertise brauchen, dann wird jemand von den Fachabteilungen dazugezogen. Bei dieser initialen Besprechung, das war auch noch so von der - - Da waren noch die beiden Leute von der BSI-Beratung mit dabei, die das, ich sage mal, so ein bisschen eingefädelt haben. Und ich sage mal so: Im Juli 2005 hat dann der Prüfer, also ich, das so richtig begonnen. Deswegen diese - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also muss man quasi unterscheiden zwischen dem Vorgang

an sich, dem Gesamtvorgang TKÜV, und dann den konkreten Zertifizierungsschritten, die Sie dann gemacht haben.

Zeuge Martin Golke: Ja, ich habe - - Das ist so ein kleiner - - Da haben Sie recht, das ist so eine kleine - wie sagt man? - Ungenauigkeit.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Sie haben es ja erklärt, okay.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Markiert der Abschluss Ihrer Prüfung das Ende des Zertifizierungsvorgangs? Also, ist der Abschluss der Prüfung zugleich auch das Ende des Zertifizierungsvorgangs nach § 27, oder setzt erst nach Abschluss der Prüfung die Zertifizierung ein?

Zeuge Martin Golke: Ich habe mal gelesen in irgendeiner Interpretation des Gesetzes: Das Bundesamt teilt dem BND das Prüfergebnis mittels Prüfbericht mit. - Also, der Prüfbericht ist dann die Zertifizierung, wenn er positiv verlaufen ist.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay. - Was mich auch interessiert, ist: Wie groß war denn an Ihrer Arbeitszeit der Anteil dieser Prüfungen? War das Ihre hauptsächliche Tätigkeit, diese Prüfung zu machen?

Zeuge Martin Golke: Nein, das ist maximal 20 Prozent. Ich schätze mal 5 bis 10 Prozent.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Bitte noch mal!

Zeuge Martin Golke: 5 bis 10 Prozent, würde ich sagen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also ist das quasi ein Routinevorgang, den man in den normalen Arbeitsprozess mit integriert bei dem, was Sie sonst zu tun haben, so eine Zertifizierung und Prüfung?

23) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Das sind so - - Ich meine, es gibt natürlich Tage, wo man 100 Prozent dafür arbeitet. Man muss sich auch tiefer einarbeiten. Aber dieser lange Zeitraum von vier Monaten, der - - Da habe ich also nicht 100 Prozent daran gearbeitet, nein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Mich interessiert dann der weitere Verlauf. Auf der besagten Seite 2 Ihres Prüfberichts findet sich auch unter der Überschrift „Bezugsdokumente und erfolgte Prüftermine“ die von mir eben angesprochene Chronologie.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dort steht unter anderem auch: Korrespondenz BSI vom 23.09.2005 mit Prüfbericht Version 0.1 zur Abstimmung. - Bitte erläutern Sie mal, was das bedeutet: Prüfbericht zur Abstimmung.

Zeuge Martin Golke: Das mache ich immer. Also, bevor ich den Prüfbericht offiziell rauschicke, hat die geprüfte²⁴ Stelle noch mal Gelegenheit, dazu sich zu äußern. Und ab da müssen sie halt schweigen. Das ist ihre Gelegenheit, noch mal zu sagen: „Moment, da stimmt was nicht“, oder „Da sind wir nicht mit einverstanden“, und um auch, ich sage mal, das beiderseitig zum Abschluss zu bringen; da können sie dann noch mal Einspruch erheben, oder: „Das da habe ich falsch gesehen“, oder so. Das ist die Gelegenheit der geprüften Stelle, da noch mal Stellung zu nehmen. Dann bringe ich das mit rein.

Und hier - Moment, 23.09. bis 12.10. -, da war wohl dann nicht so viel mehr, dass man am 12.10. dann hier diesen abschließenden Prüfbericht schicken konnte.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das führt mich genau zum nächsten Punkt. Offensichtlich ist das ein Routinevorgang; denn Sie sprachen es gerade an, 12.10., unter der laufenden Nummer 10: Anmerkungen des BND. - Hat dort der BND dann Stellung genommen zu Ihrem Bericht?

Zeuge Martin Golke: Zu dem Prüfbericht?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Zu dem Prüfbericht.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gab es da gravierende Änderungen? Können Sie etwas dazu in öffentlicher Sitzung sagen, wie der BND auf den Prüfbericht reagiert hat?

Zeuge Martin Golke: Also, das sind meistens kleine Sachen. Also, das waren kleine Sachen. Das ist ja auch, glaube ich - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also ein Routinevorgang?

Zeuge Martin Golke: Das ist ein Routinevorgang. Das sind also keine großen Dinge. Moment, 12.10., wann habe ich - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

13.10., sehen Sie: Ich habe am nächsten Tag schon die Version rausgeschickt, die richtige. Das ist nur ein Tag. Da kann überhaupt - - Das sind meistens so editorische Sachen, die - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie oft kommt es denn vor, dass Sie solche Geräteprüfungen gemacht haben? Oder: Wie oft - - Weil Sie sagen: Routinevorgang. - Ist das etwas, was mehrfach im Jahr geschieht?

Zeuge Martin Golke: Also, früher noch, als Kryptogeräteevaluierer, habe ich natürlich richtig - ach so²⁵ -, sehr tief - - Da habe ich teilweise 100 Prozent irgendwelche Kryptogeräte angeguckt und wirklich hardwaremäßig auseinandergenommen, softwaremäßig geprüft, mit Analyser rangegangen und so. Das ist aber in den ersten Jahren vom BSI gewesen, und jetzt später würde ich so sagen: zwischen null und 50 Prüfungen. Wenn Sie jetzt - ich mache ja auch Vorschriftenlagen und so - jede Prüfung auf Vorschriftenlage,

24) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

25) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

also wirklich nur Papierlage - - dann 50, ansonsten, wenn Sie jetzt wirklich sagen „Labor“, würde ich teilweise null sagen. Also ich - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gab es mal - bezogen auf den Untersuchungsgegenstand natürlich nur - Einwände oder wo Sie eine Zertifizierung nicht erteilt haben?

Zeuge Martin Golke: Das habe ich, glaube ich, schon beantwortet. Das war die Frage - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Tut mir leid, ich musste vorhin mal zu einem Gespräch raus. Dann habe ich das nicht mitbekommen.

Zeuge Martin Golke: Sorry.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dann lese ich es im Protokoll nach. Dann brauchen wir das nicht zu duplizieren.

Zeuge Martin Golke: Okay, ich danke Ihnen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte nun auf das Ergebnis Ihrer Prüfung des IP-Erfassungsergebnisses kommen. Sie haben vorhin schon mehrfach über das Prüfergebnis gesprochen. In einem Schreiben, mit dem Sie den Prüfbericht am 9. November 2005, also wieder einen Monat später, an die geprüfte Stelle übersendeten, das auch dem Ausschuss vorliegt, schreiben Sie dazu - ich zitiere -:

Der Prüfbericht kommt zusammenfassend zu dem Schluss, dass die geforderten Anforderungen in ausreichendem Maße erfüllt sind und damit die Konformität mit den gesetzlichen Bestimmungen in der dargelegten Tiefe nachgewiesen wurde.

Zitat Ende. - Bitte erläutern Sie uns diese Ausführungen. Was heißt denn in allgemein verständlicher Sprache „in ausreichendem Maße“, Prüfungstiefe, Grad der Durchdringung usw.?

Zeuge Martin Golke: Gut, das geht ja aus den Punkten „Prüfergebnis und resultierende Emp-

fehlungen“ im Prüfbericht hervor. Die geforderten Anforderungen sind die Anforderungen nach TKÜV, die fünf Prüfpunkte, die ich identifiziert hatte. „In ausreichendem Maße“ heißt, dass das Zertifikat erteilt werden kann. Und die „Konformität mit den gesetzlichen Bestimmungen“: Ja, ist klar, das ist die TKÜV. Und „in der dargelegten Tiefe nachgewiesen“ heißt: Das habe ich ja im Prüfbericht genau auseinandergesetzt, in welcher Tiefe ich das praktisch dann angeschaut habe. Da ist also nichts verschwiegen oder so, sondern das ist wirklich transparent, so wie eine Prüfung auch sein muss: wirklich jeder Termin auch, alles aufgeschrieben. Da ist nichts irgendwie - - Das ist - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was natürlich den geeigneten Leser auch mit Fragezeichen versieht, ist: Warum steht da „in ausreichendem Maße“ und nicht „hervorragend“ zum Beispiel?

Zeuge Martin Golke: Ja, gut. Das ist natürlich kein - - Wie sagt man, wenn man jetzt ein Arbeitszeugnis kriegt? Das dürfen Sie jetzt nicht vergleichen, sondern das heißt für mich, dass ich das Zertifikat erteilen kann. Sie wissen ja, in welcher dargelegten Tiefe ich das geprüft habe. „Ausreichend“ ist immer noch bestanden. Und damit - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay. - Ich glaube, die Versammelten im Raum wären mit einer ausreichenden Bewertung über sich in ihren Zeugnissen nicht so glücklich gewesen. Aber ich habe den Hinweis verstanden.

Was mich aber dennoch interessiert, auch mit dem Blick auf die Bewertung damals: ausreichend. Wir haben ja seit Sommer 2013 eine sehr intensive Diskussion über Datenschutz. Würden Sie aus Ihrer heutigen Sicht diese Feststellung „ausreichend“ noch mal treffen? Oder haben Sie aus heutiger Sicht und in Kenntnis auch der öffentlichen Diskussion an Ihrer damaligen Bewertung etwas zu relativieren oder zu ergänzen?

Zeuge Martin Golke: Das ist eine schwierige Frage. Aber wir müssen einfach angesichts der erhobenen Vorwürfe und auch des entstandenen Misstrauens - ich meine, das tut unserer Republik



Nur zur dienstlichen Verwendung

ja nicht gut - da auch irgendwo nicht - wie soll ich sagen? - Konsequenzen ziehen oder so, aber ich wäre da jetzt nicht abgeneigt, da auch Änderungsbedarf - - Ich weiß nicht, wie ich es ausdrücken soll.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich würde Sie gerne - meine Frage wird Sie vielleicht nicht überraschen - heute noch einmal befragen - und wenn Sie sagen „nichtöffentlich“, dann werde ich Sie auch nichtöffentlich befragen -, wo Sie sich Verbesserungsvorschläge vorstellen können. Sie haben vorhin schon einmal Andeutungen gemacht, dass man das eine oder andere heute anders sieht. Hinterher ist man immer etwas weiser, als wenn man im laufenden Bereich ist. Aber ich möchte schon, dass Sie, wenn möglich öffentlich, aber in jedem Fall für diesen Untersuchungsausschuss und den Untersuchungsgegenstand, dort, wo Sie als Zertifikator Verbesserungsvorschläge haben, die benennen. Das wäre sehr hilfreich. Ich fordere es nicht jetzt von Ihnen, aber wir haben ja noch Zeit. Und ich hielte es schon für sinnvoll, dass wir noch einmal auf dieses Thema zurückkommen.

In dem besagten Schreiben, mit dem Sie den Prüfbericht versehen haben, heißt es auch - ich zitiere -:

Auf die abschließenden Empfehlungen in Kapitel 7 des Prüfberichts wird hingewiesen.

Wären Sie bereit, hier kurz den Inhalt dieser Empfehlungen darzustellen, insbesondere auch, welche Auflagen aus Ihrer Sicht erforderlich sind?

Zeuge Martin Golke: Ja, das sind die, wie ich ja schon in meinem Eingangsstatement sagte, resultierenden Empfehlungen, die sich natürlich dann auf die operationelle Phase, auf die Betriebsphase beziehen. So. Wir haben ja die erste Anforderung - das ist die²⁶ TKÜV -, das ist die Begrenzung der Region. Da habe ich - - Die Güte dieser Begrenzung hängt direkt ab von den Informationen über IP-Adressen und deren

Zuordnung zu Regionen. Diese sind natürlich möglichst aktuell zu halten. - Das ist die erste Empfehlung.

Dann: Anteil Reduktion des Gesamtverkehrs. Die kann also nicht allein mit den implementierten IT-Maßnahmen garantiert werden. Da habe ich auch - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Also, das muss dann mit anderweitigen Maßnahmen sichergestellt werden. Diese 20 Prozent - - Das kann man ja auch im Kabel machen sozusagen. Das muss mit anderen organisatorischen Mitteln abgefangen werden. Diese Forderung ist - - Also, nicht mit IT-Maßnahmen umgesetzt.

Die Löschung der nicht benötigten Überwachungsdaten - - Ja, das ist eingehalten, zwar nicht durch Überschreiben, aber das ist alles „on the fly“. Da ist ja nichts mit Festplatte oder so. Das sind ja so schnelle Datenraten. Man muss möglichst schnell reduzieren und dann möglichst schnell weiter in die nächste Verarbeitungsstufe, und die überschreiben sich immer wieder, die Daten. Also, die müssen nicht - - Ich habe nicht gefordert explizit, die zu überschreiben, weil die werden sowieso von den nächsten Daten sofort wieder überschrieben.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Herr Zeuge, meine Zeit ist fast - zumindest die Fragezeit - abgelaufen. Haben Sie Kenntnisse darüber, inwieweit Ihre Empfehlungen umgesetzt wurden?

Zeuge Martin Golke: Nein, das ist ja die operationelle Phase, wo ich da keinen - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das heißt, Sie bekommen kein Feedback über das, was Sie an Empfehlungen ausgesprochen haben?

Zeuge Martin Golke: Nein, kann ich ja nicht. Das ist, das sind - - Das ist nicht der Fall.

26) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Zeuge.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir sind damit am Ende der ersten Fragerunde. Bevor wir in die zweite Fragerunde einsteigen, Herr Zeuge, eine Frage, die ich organisatorisch wichtig finde. Können Sie mir noch einmal sagen, wie sich Ihr Name ausspricht?

Zeuge Martin Golke: Ja, ich höre inzwischen auf viele Namen.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich möchte ihn so aussprechen, dass er richtig ist. Deswegen frage ich nach.

Zeuge Martin Golke: Golké.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie schreibt der sich?

Zeuge Martin Golke: Wie Wolke mit G.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gut. - Sie hatten gesagt, dass Sie Ihr Statement selber verfasst haben - richtig? -, das, was Sie uns abgetippt gegeben haben.

Zeuge Martin Golke: Das habe ich selber verfasst, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wieso schreiben Sie Ihren Namen da G-o-l-l-k-e-e?

Zeuge Martin Golke: Damit ich das auch so buchstabiere und nicht aus Versehen Gólke sage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie schreiben sich, statt wie Sie sich eigentlich schreiben, mit zwei l und zwei e, obwohl Sie sich gar nicht so schreiben?

Zeuge Martin Golke: Nein, das ist Lautsprache.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Martin Golke: Das ist Lautsprache, was Sie da haben.

RA Dr. Johann M. Plöd: Das ist eine Hilfe fürs Vorlesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Hilfe fürs Vorlesen. Weil ich hatte nämlich eingangs auch Golké gehört, hätten Sie gesagt. Deswegen frage ich noch mal nach: Sie heißen aber doch²⁷ Gólke?

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und so spricht man es auch aus, oder?

Zeuge Martin Golke: Ja. Aber, wie gesagt, also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, mir geht es gar nicht mal um die Aussprache. Das soll jedem überlassen sein, wie Sie das möchten. Das ist Ihr Ding. Mir geht es nur darum, dass Sie Ihr Eingangsstatement - - Haben Sie schon selber verfasst?

Zeuge Martin Golke: Das habe ich selber verfasst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und auch selber ausgedruckt? Ausgedruckt kann es was weiß ich wer haben.

Zeuge Martin Golke: Nein, das habe ich selber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mir ging es darum, dass Sie nicht ein vorgefasstes Eingangsstatement erhalten haben.

Zeuge Martin Golke: Um Himmels willen, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wundere mich halt nur, weil Sie Ihren Namen anders schreiben, als er ist. Das ist ja nicht ganz - - Passt halt nicht jeden Tag. Aber gut. Wenn das eine Aussprachehilfe für Sie sein soll, -

27) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dann war das meine Nachfrage. - Ich würde an die Fraktion Die Linke wieder übergeben für die nächsten Fragen. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

RA Dr. Johann M. Plöd: Herr Vorsitzender, könnten wir eine Pause machen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gerne.

RA Dr. Johann M. Plöd: Der Zeuge wünscht eine Pause.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, na klar. - Dann fangen wir jetzt die nächste Runde erst nach der kurzen Pause an. Vielleicht kann man die auch noch mal zur Besprechung nutzen. Ich würde sagen - - Wie lange reicht Ihnen? Zehn Minuten? Ich weiß nicht, ob Sie etwas essen wollen.

Zeuge Martin Golke: Zehn Minuten sind okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zehn Minuten. Dann fangen wir zwanzig vor wieder an. - Danke schön.

(Unterbrechung von
13.28 bis 13.42 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die unterbrochene Ausschusssitzung wird fortgesetzt. Vorab vielleicht als Information: Wir haben natürlich noch mal den Personalausweis angeschaut. Daraus ergibt sich, dass Sie Herr Golke sind. Das ist schon mal gut. Da hatte ich an der Sache grundsätzlich auch keinen Zweifel. Ich frage Sie jetzt noch einmal, damit das geklärt werden kann: Sie sprechen sich also Goké aus, und das ist der Sinn des Ganzen gewesen, oder?

Zeuge Martin Golke: Ja, genau. Ich habe hier - - Wenn ich das alles so ernst nehmen würde wie Sie, dann wäre ich hier heute gar nicht erschienen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch, da haben Sie wenig Möglichkeiten.

Zeuge Martin Golke: „Berlin, 8. Januar 2015. Sehr geehrter Herr Gohlke ...“ (?)

(Der Zeuge hält ein
Schriftstück hoch)

Da bin ich als Herr „Gohlke“ (?) hier. Wenn ich sagen würde: „Das bin ich nicht“, dann wäre ich heute gar nicht hier.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch, deswegen haben wir ja auch telefoniert, -

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dass Sie der gemeinte Herr Golke sind.

Zeuge Martin Golke: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da haben wir dann auch schon Klarheit geschaffen.

Zeuge Martin Golke: So, deswegen ist es gut, Herr Vorsitzender, dass Sie da jetzt wirklich mal Klarheit - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich weiß schon, was das Sekretariat macht.

Zeuge Martin Golke: Und dass ich durch das von mir freiwillig gegebene Statement - hier zum Kopieren - dazu beitragen konnte, dass diese Sache dann ihren geregelten Verlauf nimmt, also das sind dann - - Ich gehe darüber hinweg.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein.

Zeuge Martin Golke: Sonst müsste ich - - Sonst hätte ich Grund gehabt, hier gar nicht zu erscheinen, weil ich das ja dann nicht bin. Also, so ernst nehme ich das natürlich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, doch, wir nehmen das schon ernst. Jetzt deswegen die Frage noch mal: Also da sind einfach von Ihnen aus, als Sie es getippt haben, ein „l“ und ein „e“



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu viel reingeschrieben worden? Das ist eigentlich nur der Grund?

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Martin Golke: Eventuell sogar zwei „e“ zu viel. Müsste ich jetzt gucken. Das ist einfach, um - - Das ist Aussprache. Das ist das so, wie ich das jetzt hier vortragen wollte, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Martin Golke: - wenn ich vielleicht ein bisschen nervös bin. Dann schreibe ich mir wirklich jedes Wort so auf und auch mit der Betonung. Das ist Lautsprache. Und das ist von mir geschrieben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Martin Golke: Und deswegen eigentlich auch nicht zum Verteilen gedacht worden. Das ist also kein Misspell von irgendjemandem, der da vielleicht meinen Namen nicht kannte und das ausgedruckt hat. Nein, ich habe das geschrieben, und ich habe es auch ausgedruckt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das reicht mir.

Zeuge Martin Golke: Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dass Sie der Herr Golke sind, haben wir auch nachgeprüft. Damit wäre ich so weit im Reinen und würde jetzt für Fragen an die Fraktion Die Linke abgeben - Frau Kollegin Renner; Entschuldigung, Herr Kollege Hahn - in der zweiten Fragerunde.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich will eingangs nur sagen, dass ich einigermaßen erstaunt bin über die mangelnde Tiefgründigkeit - zumindest, wie sich das für mich darstellt - der Prüfung durch das BSI, zumindest im vorliegenden Fall.

Ich versuche, das mal zusammenzufassen, und möchte dann von Ihnen wissen, ob das so zutreffend ist. Also, Sie erhalten Unterlagen, Informationen, Handbücher, prüfen das, gucken sich das an - Unterlagen zum Beispiel auch vom BND. Das ist dann für Sie plausibel, technisch nachvollziehbar; Sie wissen aber gar nicht, was die Maschine macht, was die Software macht, wirklich macht, und erteilen dafür dann trotzdem eine Zertifizierung? Habe ich das jetzt so richtig zusammengefasst?

Zeuge Martin Golke: Das sind nicht meine Worte.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, nein, das sind meine Worte. Aber ich wollte das ja mal auf den Punkt bringen.

Zeuge Martin Golke: Das können Sie natürlich gerne machen. Es ist natürlich hier so, dass die Worte des Zeugen natürlich hier Relevanz haben. Deswegen kann ich die jetzt nicht so - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das stimmt schon. Ich habe Sie ja gefragt, ob das zutreffend ist: Sie prüfen Unterlagen, bekommen welche, auch von einem Geheimdienst, halten das für plausibel, technisch nachvollziehbar, wissen nicht, was die Maschine macht, kennen sie nicht, haben sie nicht von innen gesehen, haben die Software nicht geprüft und erteilen dann anschließend eine Zertifizierung. - Ob das so vom Kern zutrifft? Das können Sie doch beantworten, natürlich mit Ihren Worten.

Zeuge Martin Golke: Ich habe - - Sie haben - - Haben Sie den Prüfbericht vorliegen, die neun Seiten?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, natürlich. Da komme ich auch gleich drauf zurück.

Zeuge Martin Golke: Da steht drin, was ich gemacht habe. Und, ja - - Also, ich sage mal so: Wer jetzt da eine tiefere Prüfung erwartet hätte oder befürwortet - - Natürlich kann man immer noch doppelten, vierfachen und wahrscheinlich auch zehnen- und zwanzigfachen Aufwand reinstecken; aber was wäre denn großartig am Ergebnis - - was



Nur zur dienstlichen Verwendung

hätte das denn großartig am Ergebnis geändert? Das sollte man dann auch mal hier sagen. Denn die Schwachstellen habe ich ja benannt. Und dass ich keinen - - Das ist ja schon benannt. Wenn ich jetzt - - Was soll man denn da noch prüfen? Es liegt doch alles da. Ich habe da kein Prüfmandat in der²⁸ - - Ich habe keine Inspektionsrechte. Das habe ich auch schon gesagt. Also: Was will ich mehr - - Da hapert es doch nach meinem Verständnis und nicht an der Tiefe des Reinguckens.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Mich irritiert, dass Sie die Technik und die Software praktisch auch im Labor offenbar nicht geprüft haben.

Zeuge Martin Golke: Das stimmt, haben wir nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, das haben Sie nicht. - Und jetzt will ich auf diese Vor-Ort-Termine oder den Termin hinkommen. Sie haben schon gesagt, Sie sind mit dem Zug hingefahren und auch wieder zurückgefahren. Für mich hat sich noch nicht erschlossen, was Sie denn dort gemacht haben. Also, da steht eine Maschine. Gucken Sie, ob die jetzt silbern ist oder blau oder schwarz und ob ein Stromanschluss da ist und die Lampe blinkt? Das war ja vorhin auch so ein Punkt, der da genannt worden ist. Was machen Sie dort bei diesem Laborbesuch? Was ist da konkret Ihre Tätigkeit?

Zeuge Martin Golke: Also, da werden die Geräte in Augenschein genommen. Da fallen Besprechungen - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Von außen?

Zeuge Martin Golke: Ich werde die nicht aufschrauben oder so. Also das - - Wir machen solche - - Noch mal: Wir machen Prüfungen, tiefe

Prüfungen nur für - also, wie ich das kenne, früher - Kryptogeräte. Da, wo es sich lohnt. Da, wo ich die Geräte irgendwann auch wiedersehe. Da, wo ich irgendwie, wenn ich zum Beispiel die Firmware, die Software mir runterspiele, ein Back-up mache, wo ich irgendwie eine Chance habe, dass ich das Ding noch mal zu Gesicht kriege und dann vergleichen kann, wo wir irgendwo ein Mandat haben. Aber Zertifizierung - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich frage deshalb auch ein bisschen hartnäckig nach: Es geht ja auch um Grundrechtseingriffe.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es geht um G-10-Fragen. Und deshalb ist für mich nicht klar, warum es nicht einen Testlauf zum Beispiel mit diversen Daten gegeben hat, und am Ende stellen Sie möglicherweise fest: Da sind massenhaft G-10-relevante Daten trotzdem hinten noch drin. Und dann können Sie sagen: Also, so geht es nicht, Freunde, wir müssen das anders regeln. - Aber einen solchen Testlauf haben Sie doch nicht gemacht. Warum nicht?

Zeuge Martin Golke: Moment.²⁹ Die Testumgebung ist ja beschrieben in den Dokumenten, Entschuldigung. Das ist auch bei der Zertifizierung durchaus Usus, dass der Hersteller selber prüft. Dass die Zertifizierungsstelle guckt - - weil das ist ja Aufwand. Auch³⁰ wenn wir ein Kryptogerät haben, dann lassen wir uns die Entwicklungsumgebung des Herstellers auf den Tisch stellen. Das wird teilweise in Verträgen schon so gemacht: Junge, du hast hier auch alles, deine Laborumgebung hier zur Verfügung zu stellen.³¹

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie zertifizieren doch, dass die gesetzlichen Bestimmungen

28) Ergänzung des Zeugen: "Einsatzphase", siehe Anlage 1.

29) Ergänzung des Zeugen: "Die Kernfunktionalität der G 10-Weiche des Separators beruht auf kommerzieller Hard- und Firmware und beruht damit auf einem Mechanismus, der vom Hersteller bei der Qualitätssicherung bereits geprüft wurde und zum zweiten von der Testumgebung des BND", siehe Anlage 1.

30) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

31) Ergänzung des Zeugen: "Aber hier ist die Güte der G 10-Weiche abhängig von Einstellungen, die erst im Einsatz erfolgen, das hängt von der Güte der IP-Ranges ab, aber das kommen wir sicher noch drauf zu sprechen.", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

eingehalten werden. Das zertifizieren Sie. Und wie können Sie das tun, wenn Sie überhaupt nicht geprüft haben, was das Gerät macht?

Zeuge Martin Golke: Ich habe es auf die Papierlage geprüft. Und die ist - - Das fand ich ganz richtig, dass der Herr sagte: Schlüssigkeit. Und, ja - - Das ist die Tiefe, die für mich da sinnvoll ist, weil - - Also Misstrauen - - Mit Misstrauen - - Da habe ich zu wenig Hebel, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Da fehlt mir das Prüfmandat, um da irgendwo Sinn zu erkennen, weil da kann ich so tief prüfen, wie ich will, da können die da hinten Geräte zusammenstöpseln, wie die wollen, das war für mich - - Da habe ich andere Arbeit, die ich erledigen muss, oder - - Das ist blöd gesagt, aber ich sehe nicht so richtig, was das wirklich bringen sollte. Ich habe mich damals so - - Damals haben wir das so gemacht, wie wir es gemacht haben, und fanden das sinnvoll. Diesen Hebel, den wir da haben, der ist so schwach, dass das nicht plausibel wird, sondern man muss sich eh auf die geprüfte Stelle verlassen. Und dann kann ich auch sagen - - Das habe ich ja im Eingangsstatement ganz klargemacht. Da habe ich ja gesagt - - Sie haben es ja jetzt vorliegen. Wo ist es denn? - Passen Sie mal auf. - Ach, wo habe ich das denn jetzt?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Sehen Sie: So ist das, wenn hier irgendwas rausgeht, da findet man - - Ach, hier vorne. Da findet man es nachher selber nicht wieder. - Wo haben wir es denn? - So, Seite 2:

So wie ich die TKÜV verstanden und angewendet habe, ist also meine Prüfung eine unabhängige Dienstleistung für die geprüfte Stelle, die ihr zeigt, **wie** sie TKÜV-Konformität **erreichen kann**, aber nicht, **ob** sie auch tatsächlich TKÜV-konform **gewesen ist** und sich an die Auflagen **gehalten hat** oder nicht.

Also das ist - - Ja, jetzt komme ich hier schon - - meine Prüfung zu verteidigen, in so ein Ding. Aber - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das bleibt nicht aus in so einem Ausschuss.

Zeuge Martin Golke: Ja, okay, will ich gern tun, aber das ist mein Standpunkt da.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut. Dann lassen Sie mich noch mal auf das zurückkommen, was Herr Kiesewetter schon versucht hat vorhin anzusprechen. Zu den Dingen, die zu prüfen sind, gehören doch auch die Regeln des G-10-Gesetzes, also diese Beschränkung bei der Telekommunikationserfassung auf 20 Prozent der Übertragungskapazität. Das ist ja ein Punkt, der auch sehr wichtig ist. Und da haben Sie geschrieben in Ihrem Prüfbericht, dass das seitens des BND nicht mit IT-Maßnahmen umgesetzt wurde, und es habe für Sie keine Hinweise gegeben damals, wie das Programm gesteuert, umgesetzt wurde.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da will ich noch mal nachfragen: Heißt das im Ergebnis, dass Sie gar nicht prüfen oder feststellen konnten, ob diese gesetzlichen Voraussetzungen durch das Erfassungssystem oder den BND eingehalten wurden?

Zeuge Martin Golke: Nein, sie wird nicht programmtechnisch umgesetzt. Das heißt nicht, dass sie mit anderweitigen, zum Beispiel organisatorischen Maßnahmen umgesetzt werden kann [sic!].

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie haben doch das Gerät zertifiziert am Ende.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und nach dem BND-Gesetz § 27 Abs. 3 Punkt 1 [sic!] sind Sie auch zuständig für die Einhaltung dieser Punkte. Wie können Sie also eine Zertifizierung geben, wenn Sie gar nicht wissen, wie diese 20-Prozent-Regel umgesetzt wird? Man hat es Ihnen ja offenbar auch nicht mitgeteilt. Warum haben Sie trotzdem ein Zertifikat erteilt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Weil ich - - Als Prüfer kann ich nicht sagen, wie jemand Konformität erreichen kann, sondern ich kann nur prüfen, gucken: Wie hat er es gemacht? Ist das für mich, in meinem Ermessensspielraum okay oder nicht?

Langsam geht mir jetzt die Konzentration weg, aber ich versuche, jetzt noch mal den Punkt genauer zu fassen. Da spielen immer so viele Dinge eine Rolle. Da könnte ich Ihnen immer seitenweise die Dinge erklären; aber - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich will ja versuchen, Ihnen zu helfen. Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, wie man diese G-10-Sache sicherstellen kann. Hier ist aber überhaupt keine aufgezeigt worden - weder technisch noch hat Ihnen der BND gesagt, wie er das macht -, und Sie haben die Zertifizierung gegeben.

Zeuge Martin Golke: Okay, jetzt muss ich vielleicht doch ein bisschen ausholen -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist aber die letzte Frage in der Zeit.

Zeuge Martin Golke: - und das ein bisschen im Zusammenhang mal bringen. Das IP-Protokoll, das paketiert ja, das zerhackt eine Session in mehrere - - oder eine Lieferung in verschiedene Pakete. Wenn Sie da jetzt 20 Prozent nehmen - sprich: jedes fünfte Paket -, was kommt raus? Sie kriegen nur Bruchteile von einer Mail. Da ist nichts. Das³² kann ich Ihnen garantieren: Da sehen Sie nichts am Ende.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Genau!)

Sie müssen erst das Protokoll zusammensetzen und die Session zusammensetzen, also alle Pakete einer Lieferung zusammensetzen. Ja? Also, Sie können eh nicht die 20 Prozent wirklich jetzt als ersten Verarbeitungsschritt machen. Das geht nicht. Das ist diese Sache - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber da muss man erst mal alles nehmen und zusammensetzen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich aber doch ein bisschen bremsen. Wir sind deutlich über die Zeit. Von daher wäre ich jetzt bei der nächsten Fraktion mit Fragen.

Zeuge Martin Golke: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist die Fraktion der CDU/CSU, Herr Kollege Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich komme wieder zurück auf den Prüfbericht vom 13. Oktober 2005. Sie betrachten darin insbesondere den sogenannten Separator. Dieser Separator, heißt es da, ist im IP-Erfassungssystem des BND, das Sie geprüft haben, auf der Verarbeitungsstufe 1 angesiedelt. Ich habe es so verstanden, dass es sich beim Separator um eine Art Router handelt, dessen Steuerungssoftware vom BND eigens entwickelt wurde, so schreiben Sie es ja auch auf der Seite 3 Ihres Prüfberichts.

Dieser Router führt auf der allerersten Verarbeitungsstufe, also direkt am Erfassungskopf, eine Art Grobtrennung der Kommunikationsverkehre durch. Er trennt dann den Gesamtdatenstrom in zwei Datenströme, und zwar in den Datenstrom, der aus dem durch Artikel 10 Grundgesetz geschützten Verkehren besteht, und in einen weiteren Strom, bei dem es sich um sogenannte Routineverkehre, also Ausland-Ausland-Verkehre handelt. Habe ich das so richtig verstanden?

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Inwiefern war es für Sie als Prüfer wichtig, dass die Steuerungssoftware für den Separator/Router vom BND selbst entwickelt wurde?

Zeuge Martin Golke: Das war für mich da nicht wichtig. Also, wie gesagt: Selbst wenn jetzt ein Trojaner da drin wäre von irgendeinem fremden Nachrichtendienst, sofern das jetzt nicht wirklich

32) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Feinde sind, die - - Also, kaputtmachen können sie ihn natürlich. Deswegen sage ich: Das macht ja keinen Sinn für einen befreundeten Nachrichtendienst. Der will natürlich Informationen haben, aber er will nichts kaputtmachen, weil dann fliegt er ja auf. Insofern ist diese Sache gekapselt hier drin. Also, selbst wenn Sie jetzt im Separatorherz, sage ich mal, drei Buchstaben erkennen würden, dann würde das für mich als Prüfer keinen Unterschied machen, weil dieser Trojaner kann zu seinem C&C-Server, also Command-and-Control-Server - - Er kann nicht nach Hause telefonieren. Er kann keine Information absetzen. Ich habe als diese Mauern um dieses BND-Netzwerk.³³ Ich habe nur einen³⁴ bei der Rohdatenübernahme. Aber da kommt ja alles nur in meine³⁵ - - Ich kriege gar keine Informationen raus. Und damit ist dieser Trojaner für den Angreifer wertlos. Das ist diese Kapselung, die wir auch immer wieder, bei vielen anderen Dingen immer wieder anwenden.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das halte ich für einen sehr wichtigen Punkt.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte beim Prüfbericht bleiben, und zwar komme ich noch mal zurück auf die Empfehlungen, Sie in Kapitel 7 gegeben haben. Wir haben vorhin schon mal was von Fernzugriffen gehört. Auf der letzten Seite unter der Überschrift „Verhinderung von Fernzugriffen“ empfehlen Sie Folgendes - ich zitiere -:

Die Möglichkeit, den Separator-router „in-band“ zu steuern, also über den Zugang, den der Verkehr nimmt, ist zu sperren.

Bitte erläutern Sie uns, was dies bedeutet. Und was genau ist eine „in-band“-Steuerung?

Zeuge Martin Golke: So ein Router lässt sich auf drei³⁶ - - Moderne Router haben drei Schnittstellen: einmal diese Konsolenschnittstelle, wo er

dann beschickt werden kann mit Software, dieser LAN-Port, wo man auch schon mal Fernzugriffe machen kann, Managementprotokolle laufen lassen kann, und moderne Router sind auch in der Lage, „in-band“, das heißt, den Weg, den der Traffic, den der Verkehr nimmt³⁷ - - So ein Router kann ja auch eine IP-Adresse haben. Das heißt: Der Router steht irgendwo im Internet; dann kann ich den anpollen und kann mich mit dem unterhalten.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wo liegen denn die Risiken einer solchen Steuerungsmöglichkeit?

Zeuge Martin Golke: Die Risiken liegen darin, dass jemand da Dinge manipulieren kann. Das ist ja auch schon - - Wenn Sie jetzt selbst einen Router zu Hause haben, dann empfiehlt man ja auch schon, die Schnittstelle von außen zu deaktivieren. Nichts anderes ist das hier auch. Das ist ja ganz üblich. Da, wo man halt die Möglichkeit hat, Schwachstellen zu minimieren, da muss man das auch tun. Das ist hier diese „in-band“-Steuerung. Und die kann man dann wirklich abschalten, konfigurationsmäßig, und dann kann da nichts passieren. Dann kann niemand damit irgendwie Unsinn machen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gibt es noch andere Steuerungsmöglichkeiten außer der genannten „in-band“?

Zeuge Martin Golke: Ja, das ist über die Konsole und über den LAN-Port.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was sind die Nachteile davon, bzw. warum wurde bewusst „in-band“ gewählt?

Zeuge Martin Golke: Also, „in-band“ wird ja deaktiviert. - Haben Sie es?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Martin Golke: Das ist ja deaktiviert, weil da³⁷ die meisten Angriffsmöglichkeiten sind, weil

33) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

34) Ergänzung des Zeugen: "offenen Zugang", siehe Anlage 1.

35) Ergänzung des Zeugen: "Richtung", siehe Anlage 1.

36) Ergänzung des Zeugen: "verschiedene Arten steuern", siehe Anlage 1.

37) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

da ja der Traffic geht. Also der Nachrichtenverkehr geht da drüber.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also das Datenaufkommen.

Zeuge Martin Golke: Das Datenaufkommen, der Verkehr geht da drüber.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wissen Sie, wie mit Ihrer Empfehlung - ich habe das in einem anderen Zusammenhang schon mal gefragt - konkret in diesem Fall umgegangen wurde? Wurde ihr gefolgt? Können Sie dazu etwas sagen?

Zeuge Martin Golke: Das ist zehn Jahre her. Meistens ist die Sache: „Certify and go“. Ich kann das nur immer wieder sagen. Also, Zertifizierung ist, einen Stempel zu geben, und dann darf das eingesetzt werden. Gerade jetzt im nachrichtendienstlichen Bereich, da hört man dann - - Oder sagen wir mal so: Ich habe nichts weiter - - Ob jetzt jemand anderes vom BSI, das kann ich nicht sagen. Aber ich jetzt als Zeuge habe nichts weiter darüber gehört.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Welche Stelle im BSI beschäftigt sich denn mit der Umsetzung oder Verfolgung von Empfehlungen? Also mit der Prüfung, ob Empfehlungen des BSI auch umgesetzt wurden?

Zeuge Martin Golke: Jede Abteilung. Also die, die solche Empfehlungen aufstellen - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Aber Sie waren damit nicht unmittelbar betroffen?

Zeuge Martin Golke: Nein. Meines Wissens wurde da nicht - - Also, wie gesagt: Die Betriebsphase ist nicht Teil - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also wurde nach Ihrem Wissen -

Zeuge Martin Golke: Nach meinem Wissen nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): - keine Empfehlungsüberprüfung durchgeführt?

Zeuge Martin Golke: Nach meinem Wissen nicht. Möglicherweise vielleicht doch, aber nach meinem Wissen nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich komme auf das Thema „Routineverkehre“. Das beginnt bereits auf Seite 3 Ihres Prüfberichts. Dieser Routineverkehr wurde von Ihnen - ich zitiere wörtlich -: „nicht weiter betrachtet und die betreffenden weiterführenden Verarbeitungszweige nicht weiter behandelt“. Zitat Ende. Diesen Ausführungen entnehme ich, dass Sie davon ausgingen, dass der im Rahmen einer G-10-Maßnahme anfallende Routineverkehr in einem anderen Verarbeitungsstrang weiterbearbeitet werden sollte oder zumindest werden könnte. Ist diese Annahme richtig? Beziehungsweise vielleicht erläutern Sie auch zunächst einmal, was Sie unter „Routineverkehr“ verstehen, damit wir wissen, ob wir von derselben Sache sprechen.

Zeuge Martin Golke: Also, Routineverkehr ist der Ausland-Ausland-Verkehr, wo also keine deutschen Staatsbürger oder deutschen Firmen oder wie auch immer mit beteiligt sind. Da hat der BND natürlich - - Das ist seine Aufgabe, da aufzuklären. Ich bin ja nur im Spiel, wo es um deutsche Staatsbürger geht, um G-10-Verkehr. Das ist meine Aufgabe gewesen, meine Tätigkeit.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Martin Golke: Also ich habe mit Routineverkehr - das steht dann da auch - nichts weiter zu tun gehabt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay. Gut, das klärt auch meine nächste Frage, weil ich auch wissen wollte, warum dieser weitere Verarbeitungszweig von Ihnen als BSI-Prüfer nicht zu klären war. Aber das ist einleuchtend.

Auf welche rechtliche Grundlage hätte eine weitere Verarbeitung des anfallenden Routineverkehrs durch den BND Ihrer Meinung nach gestützt werden können? Hätten Sie als Prüfer zum Beispiel grundsätzliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer solchen Weiterverarbeitung von Routineverkehren durch den BND gehabt? Wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

gehen von Ausland-Ausland-Verkehr aus und damit nicht von G 10. Das ist Ihre Grundlage.

Zeuge Martin Golke: Ja, das sind - - Ich denke mal, das führt wieder zurück auf die Anordnungen, die es gibt, da den Fernmeldeverkehr zu beschränken. Also: Wie setze ich diese vom BMI und dem Parlamentarischen Kontrollgremium bestätigten oder erlaubten Zugriffe - - Wie verifiziere ich das, dass das wirklich und nichts Weiteres da technisch vollzogen wird?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Hatten Sie da mal grundsätzliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit, oder wurde das im BSI erörtert?

Zeuge Martin Golke: Das ist für mich so, wie ich es erzählt habe. Also: Ausland-Ausland-Verkehre, da habe ich dann nichts mit zu tun, also, das ist dann nicht meine Zuständigkeit.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ist Ihnen bekannt, ob darüber mal diskutiert wurde, oder war das ausschließlich die Fokussierung: Es war die Trennung. Routineverkehre wurden nicht betrachtet - und dann der interne Bereich?

Zeuge Martin Golke: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay, dann habe ich zunächst keine weiteren Fragen mehr und würde an meinen Kollegen Tankred Schipanski übergeben, Herr Vorsitzender.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Zeuge. - Nur noch mal zur Klarstellung, Das, was der Kollege Kiesewetter gerade gefragt hat: Sie haben Empfehlungen ausgesprochen in Ihrem Bericht.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und jetzt wurden Sie gefragt: Wer kontrolliert die Umsetzung dieser Empfehlungen? Da haben Sie gesagt, Sie nicht, aber das BSI macht das schon.

Zeuge Martin Golke: Möglicherweise.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gibt es eine Abteilung im BSI? Ist Ihnen irgendwas bekannt, oder wissen Sie es nicht, ob es kontrolliert wird?

Zeuge Martin Golke: Das weiß ich nicht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie wissen nicht, ob es kontrolliert wird.

Zeuge Martin Golke: Ich weiß nicht, ob es kontrolliert wird, nein.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Dann noch mal anknüpfend an den Kollegen Hahn, der jetzt vielleicht auch ein Stückchen juristisch für Sie gefragt hat: Sie geben diesen Prüfbericht ab. Sie haben gerade von einem Stempel gesprochen. Aber dieser Stempel, diese Zertifizierung, was Sie da vorgenommen haben, ist doch immer unter der Auflage, dass Ihre Maßnahmen, die Sie da beschrieben und erkannt haben, auch umgesetzt werden. Sonst gilt das an sich ja nicht als zertifiziert.

Zeuge Martin Golke: Richtig. Das ist das Dilemma, was ich hatte.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber Sie können das eben nicht letztlich kontrollieren, aber der Gedanke ist schon richtig: Diese Zertifizierung gilt nur, wenn auch diese Schwachstellen, die Sie erkannt haben, beseitigt werden?

Zeuge Martin Golke: Ja, absolut richtig.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Dann habe ich da auch keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich schließe daraus: Von der Fraktion CDU/CSU gibt es keine weiteren Nachfragen. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich schließe an an das, was der Kollege Hahn schon gefragt hat, und leite das ein mit der Frage - - Sie haben vorhin mal gesagt, da wurden von den einkommenden Verkehren die Routineverkehre getrennt von



Nur zur dienstlichen Verwendung

den G-10-Verkehren. Routineverkehr war dann Sache des BND, und für die G-10-Verkehre wurden dann die deutschen Gesetze angewandt - so, jetzt in meiner Zusammenfassung, nicht wörtlich. Haben Sie denn irgendwann mal versucht, zu prüfen, oder Erkenntnisse darüber, ob diese Trennung auch klappt, ob die hundertprozentig klappt, und dass Sie ausschließen können, dass bei den Routineverkehren keine G-10-Verkehre mehr sind?

Zeuge Martin Golke: Das ist die Problematik, dass der IP-Adressraum leider nicht so wie Telefonvorwahlen funktioniert. Da wissen Sie gleich: Die 0049, das ist Deutschland. Die 44 oder - - So, das funktioniert hier leider nicht. Wir haben hier nur 32 Bit. Wir haben 4 Milliarden IP-Adressen, IPv4-Adressen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele?

Zeuge Martin Golke: 4 Milliarden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 4 Milliarden.

Zeuge Martin Golke: Habe ich jetzt ungefähr - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es kommt auf eine nicht an.

Zeuge Martin Golke: Die fragmentierten sich natürlich immer mehr. Das war vor zehn Jahren schon ein Problem.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Martin Golke: Wie so eine Festplatte: Am Anfang liegt noch alles schön geordnet nebeneinander. Und die letzten Dinge - - Da werden mal welche frei. Also das fragmentiert sich. Da gibt es Hunderttausende von IP-Ranges, die halt deutsche Adressen beinhalten. Und die müssen rausgefiltert werden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das hatte ich alles gar nicht gefragt, -

Zeuge Martin Golke: Okay.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern ich habe gefragt, ob Sie persönlich -

Zeuge Martin Golke: Okay.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - das irgendwann bei Ihren Untersuchungen da geprüft haben, ob das zuverlässig ist oder nicht. Weil Sie gehen einfach so davon aus: Routineverkehre, da haben wir ja nichts mehr mit zu tun; da sind ja keine G-10-Verkehre mehr drin. - Woher wissen Sie das?

Zeuge Martin Golke: Das sind ja diese Listen, die da - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Martin Golke: Das sind ja diese Listen, die da reinkommen, diese IP-Ranges - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, ich habe Sie gefragt, ob Sie da was geprüft haben, -

Zeuge Martin Golke: Nein, ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ob das zuverlässig -

Zeuge Martin Golke: Ja, Moment.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - getrennt wird: Ja oder nein?

Zeuge Martin Golke: Also, im Rahmen des Prüfberichtes?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Martin Golke: Alles, was ich gemacht habe, habe ich auch da reingeschrieben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Also mehr habe ich nicht gemacht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie die Frage nicht beantworten? Ob Sie selber bei dieser Gelegenheit Ihrer Prüfungen - vier Monate oder fünf oder drei, ist ja ganz egal - irgendwann dieser Frage nachgegangen sind, indem Sie die Programme überprüft haben, die Maschinen überprüft haben, irgendjemanden gefragt haben vielleicht, ob die Trennung - - Sie haben ja vorhin darauf hingewiesen: Gerade beim Paketvermitteln gibt es ja Probleme -, dass das wirklich sauber getrennt worden ist? Oder kann es auch sein, dass noch 5 Prozent, 20 Prozent oder wie viel auch immer G-10-Verkehre auch in den Routineverkehren drin waren?

Zeuge Martin Golke: Vielen Dank für Ihre Frage. - Wie schon angedeutet, hängt das an dieser Problematik, die ich versucht habe zu erklären. Selbst geprüft habe ich es im Rahmen dessen, was ich aufgeschrieben habe. Darüber hinaus habe ich nicht geprüft. Es ist aber, wie auch schon gesagt: Gerade bei der Zertifizierung greifen wir auch auf die Prüfumgebung des Herstellers zurück. Es ist teilweise wirklich so bei der Zertifizierung, gerade bei der Produktzertifizierung von Firmen, dass der Hersteller zeigen muss anhand der Dokumentation, dass er das geprüft hat. Und das können Sie auch der entnehmen, der - - Also ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also kann ich das so zusammenfassen - ich habe nämlich wenig Zeit beim Fragen; deshalb dränge ich ein bisschen -: -

Zeuge Martin Golke: Okay, Entschuldigung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Sie haben nicht geprüft. Sie haben sich darauf verlassen: Das, was der Hersteller sagt, stimmt. - Können wir uns darauf einigen?

Zeuge Martin Golke: Ja, im Rahmen seiner Darstellungen, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Hatten Sie irgendeinen Hinweis

oder Anhaltspunkt dafür, als Sie diese Prüfung vorgenommen haben, dass es hier auch um Verkehre ging, die nicht nur der BND verarbeiten wollte - in welcher Strecke auch immer -, sondern auch ein anderer Nachrichtendienst, beispielsweise die NSA oder irgendein anderer? Wussten Sie das? Hatten Sie dafür einen Hinweis? Hatten Sie eine Ahnung oder sonst was?

Zeuge Martin Golke: Nein, das war damals überhaupt kein Thema.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War kein Thema. - Sie wussten nicht, dass der BND Daten abgreift und dann teilt, sage ich mal, oder weiterleitet an die NSA?

Zeuge Martin Golke: Was die mit den Daten machen, das bleibt mir ja verborgen. Also, was die in den weiteren Verarbeitungszweigen - - wie die mit den Daten umgehen, das - - Wie gesagt: Auf die operationelle Phase - - Das habe ich ja schon erläutert, dass ich da auch gar keinen Einblick hatte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und ob sie vielleicht diese ganzen Routineverkehre an die NSA weitergeben?

Zeuge Martin Golke: Da habe ich keine Erkenntnisse zu.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie keine Erkenntnisse.

Zeuge Martin Golke: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, dann einschließlich der G-10-Verkehre, möglicherweise. Sie können es ja nicht sagen. Sie sagen nur: Der Hersteller wird es schon wissen.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie dort selber gar keine eigentlichen Prüfungen durchgenommen haben - auch das fasse ich jetzt mal vielleicht ein bisschen polemisch zusammen -, hätten Sie nicht auch all



Nur zur dienstlichen Verwendung

das, was Sie da geprüft haben, in Ihrer Dienststelle prüfen können, indem Sie die Papiere, die Beschreibung der Hersteller, die Beschreibung der Maschinen, sich in Ihrer Dienststelle durchgesehen hätten? War nicht der Besuch - das haben Sie vorhin mal so angedeutet - beim BND, also bei der Stelle dort, eher - - Galt der mehr, um mal mit den Kollegen zu reden und mal zu sehen, wie die so sind, oder wäre es Ihnen in der Sache möglich gewesen, das auch alles zu prüfen - also die Prüfung, die Sie vorgenommen haben - in Ihrer Dienststelle?

Zeuge Martin Golke: Selbstverständlich war der Großteil der Prüfungen im Büro.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Ihrem? BSI?

Zeuge Martin Golke: Natürlich. - Das waren die zur Verfügung gestellten Dokumente. Wie schon - - Ich finde diese Plausibilität - - Ich weiß gar nicht mehr, wer das reingebracht hat. Das ist schon richtig: Also, das umfasst wirklich einen Großteil meiner Prüfungen. Aber wir kommen um Vor-Ort-Termine nicht drum herum. Ich mache das ja auch bei vielen anderen Gelegenheiten. Es ist schon so, dass der Kontakt wichtig ist und dass man sich da Ungereimtheiten anguckt und einfach guckt, wie - - und auch, dass so eine geprüfte Stelle - also jetzt komme ich ein bisschen weg von der TKÜV-Zertifizierung - auch sieht: Da kommt jemand und da prüft jemand. Und nicht - - Da müssen - - Nicht? Da wird schon geputzt und gewienert.³⁸

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Martin Golke: Das ist schon wichtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

(Heiterkeit beim Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und beim Zeugen)

- Das ist ja zum Lachen.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie sahen Ihre Aufgabe darin: Ich gehe dahin, damit die auch sehen: Die können da nicht machen, was sie wollen; da kommt ja jemand vom BSI, und der guckt sich das an.

Zeuge Martin Golke: Es geht nicht um Misstrauen. Da ging es damals überhaupt nicht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Martin Golke: Es ging nicht um Misstrauen oder so.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein.

Zeuge Martin Golke: Da ging es damals überhaupt nicht drum.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Misstrauen war Ihnen fremd?

Zeuge Martin Golke: Ja. Das gibt die Prüfung nicht her. Wenn ich da mit Misstrauen reingehe, dann - - Sie finden ja gar kein Ende mehr. Wie wollen Sie denn das - - Dann müssten Sie ja wirklich Inspektionsrechte haben: angemeldete, eventuell sogar nicht angemeldete³⁹.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Martin Golke: Da geht es dann richtig zur Sache, hören Sie mal. Da müssten Sie das Personal haben.

38) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

39) Ergänzung des Zeugen: "Inspektionen machen können", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Martin Golke: Dann müssten Sie mal hier meiner Dienststelle sagen: Hier, so und so, da braucht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das halten Sie für völlig absurd, diese Vorstellung?

Zeuge Martin Golke: Also, das ist - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Martin Golke: Also, mit Misstrauen da ranzugehen, das ist - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Martin Golke: Dann muss ich wirklich einen anderen Hebel auch haben. Und wenn ich den nicht habe, dann muss ich mich als nachgeordnetes BSI da entsprechend positionieren. Und ich gebe Empfehlungen ab.

Wer sich TKÜV-Konformität auf die Fahne schreiben will, der muss diese Empfehlungen einhalten. Wenn er diese Empfehlungen nicht einhält: Das heißt noch lange nicht für mich persönlich jetzt, dass er dann nicht TKÜV-konform war; aber bei ihm liegt die Beweispflicht, die liegt nicht mehr bei mir. So sehe ich das.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich glaube, das ist ein guter Ansatz für die nächste Fragerunde, dass man da nachhakt. Zumindest gehen wir hoffentlich mit einer gewissen Neugier an die Thematiken heran. Ich denke, so wird das auch die Fraktion der SPD, die jetzt mit Fragen an der Reihe ist, handhaben. Wer macht es? - Kollege Zimmermann hat das Wort.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Was die Filter des Verkehrs angeht, würde mich interessieren: Es gab ja schon

2002 entsprechende Vereinbarungen, auch Verkehr von US-Bürgern auszuschließen. Da würde mich interessieren, ob Ihnen durch Ihre Prüfung bekannt ist, ob die vorliegenden Filtersysteme das auch hergeben, ob das da eingerichtet ist, ob Sie das da sehen könnten. Oder das ist einfach die Frage: Kann das sichergestellt werden? - Wir haben ja jetzt schon mehrfach über die IP-Ranges gesprochen. Ist das am Ende eine reine Software-Konfigurationsfrage, dass man sagt: „Okay, da nimmt man noch mehr Ranges rein“? - Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen.

Zeuge Martin Golke: Das ist in der Tat so. Das hängt dann letztlich von der Kapazität dieses Routers ab, was der kann. Das sind natürlich - - Wie gesagt, der war damals schon, vor zehn Jahren, ziemlich zerstückelt, dieser IP-Adressraum. Wie gesagt, IPv4, und wir sind noch lange nicht bei IPv6. Und das ist natürlich eine lockere - - Ja, US-Adressraum, da kann ich jetzt natürlich nicht - - Ich weiß ungefähr, wie viele IP-Ranges es für Deutschland gab, aber US, da kann ich wirklich nichts zu sagen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Da geht es wahrscheinlich um sehr viel Datenverkehr, wenn man bedenkt, wie viele Services auch in den USA gehostet werden. Weil Sie gesagt haben, das hängt auch von der Kapazität des Routers ab: Halten Sie es für plausibel, dass das wirklich dann auch möglich war mit der Hardware, wie sie dort verbaut wurde?

Zeuge Martin Golke: Das kann durchaus möglich sein. Das ist wirklich Einstellungssache. Das müsste aber - - Ich meine, der BND setzt ja da - - Wie gesagt, das sind diese Anordnungen, die er - - Moment, Sie sagten Routineverkehr. Moment, das wissen Sie als parlamentarisches Kontrollgremium gar nicht. Muss Ihnen das gemeldet werden, wenn da jetzt IP⁴⁰ - - Das weiß ich gar nicht. Also, ich hatte jetzt gerade den Gedanken gehabt, das könnte man ja gucken. Aber das weiß ich nicht. Also, möglich ist es. Man kann durchaus da noch alle möglichen Länder mit hereinnehmen - sicher -, Afghanistan usw., was man da halt suchen will, natürlich. Routineverkehr, was

40) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

denn sonst? Und herausnehmen, herausfiltern aus dem Routineverkehr jetzt - natürlich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dann würde ich gern noch mal auf die Hardware zurückgehen. Mir ist auch, wie ich im Prüfbericht gelesen habe, natürlich dieser LAN-Port aufgefallen. Das schreit ja irgendwie nach externem Zugriff. Dazu haben Sie auch schon einiges gesagt, dass der softwareseitig deaktiviert wird. Sie haben gesagt, wir haben hier ja zum Teil auch Standardhardware verbaut, wo die, sage ich mal, Firmware auch nach Aktenlage, wenn überhaupt, überprüft wird. Da stellt sich für mich einfach die Frage: Könnte in der verbauten Hardware nicht auch von einem externen Hersteller der - - Wir wissen nicht so genau, was alles darin verbaut ist. Ich meine, das sind ja auch die Bedrohungsfragen, die in der allgemeinen Diskussion eine Rolle spielen. Könnte es nicht sein, dass Sie sagen: „Okay, ich deaktiviere softwareseitig diesen LAN-Port, aber ich habe in der Firmware einen Backdoor drin, oder ich habe hardwareseitig einen Backdoor drin, und dann kann mir das jemand anderes wieder anknipsen“?

Zeuge Martin Golke: Jetzt als nachrichtendienstlicher Angriff, oder? Das verstehe ich jetzt nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, zum Beispiel. Ich habe gedacht, darum geht das mitunter in diesem Ausschuss. Aber ich bin neu, vielleicht bin ich auch auf dem Holzweg.

Zeuge Martin Golke: Worauf zielen Sie ab? Ich hatte die Frage ja schon beantwortet.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich frage mich einfach: Wir haben hier auf deutschem Gebiet das Ding irgendwo stehen, wir wollen den Datenverkehr ja auch entsprechend filtern. Aber ich habe hier dieses Gerät, und wenn ich jetzt ein - egal welcher - ausländischer Dienst wäre und mir Gedanken machen würde, wo wir hier ansetzen könnten, dann ist ein LAN-Port doch, finde ich, einfach ein guter Punkt, um vielleicht an - - Ich habe das im Gegensatz zu Ihnen nicht studiert,

deswegen können Sie mir auch sagen, es ist einfach Blödsinn, was ich sage. Aber das war einfach meine Frage.

Zeuge Martin Golke: Der LAN-Port ist ja wieder in unserem geschützten BND-Netzwerk. Da hat ein Angreifer - - Also, da geht nichts ohne Wissen des BND raus. Also, sorry, wenn, dann ist das - - Da geht nichts als nachrichtendienstlicher Angriff. Da hätte man entweder technisch was ganz schön verkehrt gemacht oder man will es halt so.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Aber dieser LAN-Port ja für die Fernwartung gedacht.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber ich frage: Fern-? Was heißt denn Fern-? Heißt das, in irgendeinem Büro vor Ort, oder geht es dann was weiß ich wohin?

Zeuge Martin Golke: Es geht natürlich in die Nachrichtenzentrale, wo dann - - Wie gesagt, die Dinge habe ich ja erlaubt, also Temperaturüberwachung, gucken, wie der Durchsatz ist, ob die Maschine noch läuft und so was.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie würden aber einschätzen, dass die Tunnel, über die das läuft, so sicher sind, dass da keine Möglichkeit wäre?

Zeuge Martin Golke: Das ist alles verschlüsselt drumherum, deswegen die Mauer. Also, da gibt es einen Tunnel, einen Kryptogerätetunnel zur Zentrale. Kryptogeräte sind die Geräte, die am intensivsten⁴¹ - - Da haben wir nämlich wirklich Laborprüfungen, die sich teilweise Monate hinziehen, wirklich mit allem Drum und Dran, auf Herz und Nieren, bis auf Quellcodeebene. Da kann nichts rauskommen nach menschlichem Ermessen. Also⁴² dann an anderer Stelle, das ist ein Szenario. Ich sage mal, diesen Trojaner im Separator, das macht hier keinen Sinn. Ein Trojaner muss immer ein freies Internet vor sich haben, wo er an seinen Controlserver kommt. Wenn er das nicht kann, dann - - Diese gekapselte Geschichte, also da kann man

41) Ergänzung des Zeugen: "geprüft werden", siehe Anlage 1.

42) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

höchstens noch was kaputt machen, indem man irgendwie eine Sequenz da hinschickt. Aber dann habe ich mich eh verraten, dann ist eh Schluss.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt in der dritten Frageunde zu den Fragen der Linken. Frau Kollegin Renner fängt an.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage noch mal mit Blick auf Schlussfolgerungen für den Untersuchungsausschuss, weil ja am Anfang auch diskutiert wurde: Haben wir irgendeine Regelungslücke im Gesetz, die es zu schließen gilt, damit in Zukunft auch vor Ort bei der installierten Technik geprüft werden kann? - Ich glaube, die gibt es nicht, wenn ich mir die BSI-Zertifizierungsverordnung angucke. Dort heißt es unter § 11 Absatz 2:

Zur Zertifizierung von informationstechnischen Systemen obliegt es dem Antragsteller

- also in diesem Fall dem BND -,

dem Bundesamt und der sachverständigen Stelle kostenfrei Zugang zum installierten informationstechnischen System und zu den relevanten Standorten zu gewähren ...

Also, es gibt die Möglichkeit, sich die Technik vor Ort installiert in der Endversion anzusehen. Es ist dann eine Entscheidung des BSI, dass man von diesen Möglichkeiten nicht Gebrauch macht. Deswegen meine Frage - Sie haben ja auch an anderer Stelle Technik des BND in Zusammenhang mit Erfassung von Kommunikationsverkehren geprüft -: Hat man immer lediglich im Entwicklungsstadium an einem Laborstandort oder an einer Außenstelle des BND sich das angeguckt, oder gibt es irgendeinen Fall, an den Sie sich erinnern, wo das BSI auch sozusagen am Standort des Providers in der Endversion die Technik geprüft hat?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sehe eine Wortmeldung der Bundesregierung. Herr Akmann, bitte.

MR Torsten Akmann (BMI): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich will die Zeugeneinvernahme nicht stören, erlauben Sie mir aber den Hinweis: Das, was Sie gerade angesprochen haben, Frau Renner, gilt seit Dezember 2014. Insoweit kann das zum damaligen Zeitpunkt nicht gegolten haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.- Frau Kollegin.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Frage ist dann trotzdem: Gab es vorher eine ähnliche Regelung, dass es eine Obliegenheit gegeben hätte, dass man Zugang gewährt, und hat man davon Gebrauch gemacht?

Zeuge Martin Golke: Also, ich nicht, nein. Ich habe, wie gesagt, fünf Prüfpunkte zu prüfen. Das habe ich gemacht. Und dann kann ich nicht sagen, ich will noch sechs, sieben, acht, neun, zehn sehen. Das ist ja im nachrichtendienstlichen Bereich sehr, sehr schwierig, weil ich dazu wirklich ein Mandat brauche. Gerade da kann ich nicht einfach hingehen und sagen: So! - Ich glaube nicht, dass ich das bekommen hätte. Und zu Hause kann ich das auch nicht verkaufen. Da heißt es: Wie, du hast nicht nur fünf Prüfpunkte, sondern sechs, sieben, acht, neun, zehn⁴³⁾ - Wir brauchen dich hier für was anderes.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist deswegen aus Blick des Untersuchungsausschusses interessant, weil ja teilweise andere parlamentarische Gremien, die sich mit der Kontrolle der Geheimdienste befassen, sich natürlich auch ein Stückweit auf die BSI-Prüfung und -Zertifizierung verlassen haben in der Vergangenheit und sicherlich nicht im Kern wussten, wie die Abläufe sind. Deswegen ist vielleicht zu erklären, mit welcher Intensität wir sozusagen zu diesem Prüfverfahren auch nachhaken.

43) Ergänzung des Zeugen: "geprüft", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich hätte jetzt allerdings noch eine Frage zum Bericht. Sie haben vorhin ja kurz geschildert, dass es eine explizite Löschung nicht verwendeter Daten nicht gegeben hat, sondern dass diese überschrieben wurden. In Ihrem Bericht schreiben Sie selbst auf Seite 7 unter „Löschung der nicht benötigten Überwachungsdaten“:

In der Verarbeitungsstufe 1 (Separator-Frontend) werden die verworfenen Überwachungsdaten nicht explizit in einer eigenen Routine gelöscht (d. h. überschrieben), sondern im Rahmen der Programmabarbeitung naturgemäß nach gewisser Zeit von selbst überschrieben. Dies wird angesichts der ausnahmslos benutzten flüchtigen Speicher und der kurzen Überschreibzyklen aufgrund der verarbeiteten Datenflut als ausreichende Maßnahme angesehen.

Können Sie mir zu dem „nach gewisser Zeit“ eine Auskunft geben, was damals Ihre Erkenntnisse waren, was dieser Zeitrahmen ist, in dem die nicht benötigten Überwachungsdaten überschrieben werden? Mit „nach gewisser Zeit“ kann ich überhaupt nichts anfangen.

Zeuge Martin Golke: Das ist 1 durch 10 Gigabit pro Sekunde. Ich weiß gar nicht, wie viel das ist. Das müssten - - Mir fehlt jetzt da die Konzentration. Ich habe auch keinen Rechner dabei. Das sind Mikrosekunden.

Martina Renner (DIE LINKE): Das gilt auch für die G-10-Verkehre? Die sind auch drin?

Zeuge Martin Golke: Ja. Das sind ja, Moment, wie viel? - Es sind teilweise Nanosekunden.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie können sich auch Zeit nehmen. Das ist keine Frage.

Zeuge Martin Golke: Es sind teilweise Nanosekunden, im Nanosekundenbereich, je nachdem. Also, es ist so kurz, dass - - Also, das ist wirklich - -⁴⁴

Wichtiger ist, wenn Sie die Komponenten ausmustern - also da, wo zum Beispiel Festplatten sind -, bevor die den Sicherheitsraum verlassen, wenn die zum Beispiel ausgemustert werden. Aber die sind ja alle Geheim eingestuft; deswegen müssen die Platten ja vernichtet werden. Das sind wieder andere Vorschriften, darum muss ich mich nicht kümmern. Hier geht es wirklich nur um die Geräte, die - ich sage mal - mit einem ganz schnellem Durchsatz möglichst diesen Datenfluss reduzieren und die Daten automatisch - - Ich habe ja nur - - Wie viel Gigabyte RAM habe ich da? - Da geht es ganz schnell durch, die werden ganz schnell überschrieben. Da brauche ich keine eigene Löschroutine. Die hemmt das Ganze ja, die teilt mir meinen Durchsatz ja durch zwei.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will ja nur darauf hinaus: Was wird überschrieben: der von Ihnen genannte Müll, oder werden auch die G-10-Verkehre sofort überschrieben?

Zeuge Martin Golke: Die G-10-Verkehre werden natürlich auch⁴⁵ - - Die gehen durch, werden als G-10-Verkehre - - Wie eine heiße Kartoffel: Die gehen sofort weiter, und dann kommt sofort - - Das ist so ein ... (akustisch unverständlich), das ist so ein Hardwarebaustein, Hardware wird verdrahtet mit Software. Diese ganzen IP-Ranges usw., das geht zack, zack, zack, sobald sie erkannt sind, das ist die und die IP-Range, gehen die entweder Routine raus oder G 10 raus, und dann kommt sofort das nächste. Diesen Durchsatz will ich ja haben an der Stelle. Oder es wird verworfen; das ist die dritte Möglichkeit. Das meiste wird verworfen, über 90 Prozent.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Bundesnetzagentur hat sich ja auch mit dem System befasst. Kennen Sie die Zuarbeiten der Bundesnetzagentur dazu?

44) Ergänzung des Zeugen: "vernachlässigbar", siehe Anlage 1.

45) Ergänzung des Zeugen: "überschrieben", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Die Bundesnetzagentur muss dafür sorgen, dass die Rohdatenübernahme rückwirkungsfrei passiert. Das weiß ich zum Beispiel. Ich muss aber sagen, dass bei meinen Besuchen beim BND bzw. wenn der BND bei uns war, die Bundesnetzagentur bei dieser Prüfung nicht dabei war. Die haben extra Termine gemacht. Das ist völlig an mir vorbeigelaufen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das kennen Sie gar nicht, inwieweit sich - -

Zeuge Martin Golke: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und auch nicht, dass es da gegebenenfalls auch Vorschläge zur technischen Umsetzung einer vollständigen Spaltung von G-10-Verkehren und Routineverkehren gab, also dass es dort auch technische Anregungen gab, wie man dies gewährleisten könnte?

Zeuge Martin Golke: Sind die auch an BSI gegangen?

Martina Renner (DIE LINKE): Das frage ich Sie. Das kann ich doch nicht wissen.

Zeuge Martin Golke: Ich weiß davon nichts. Das höre ich zum ersten Mal. Das ist ja interessant.

Martina Renner (DIE LINKE): Und es gab von dort auch Anregungen, was die 20-Prozent-Regelung angeht. Sie hatten ja vorhin zu Recht dargestellt, dass es technisch gar nicht möglich ist, von vornherein eine 20-Prozent-Begrenzung bei dieser sozusagen in kleine Päckchen aufgesplitteten Kommunikation vorzunehmen. Auch dazu hat sich die Bundesnetzagentur mit Vorschlägen geäußert.

Zeuge Martin Golke: Interessant. Ich weiß nicht, wo das steckengeblieben ist oder ob die vielleicht BSI gar nicht bedacht haben. Keine Ahnung. Das höre ich zum ersten Mal, interessant.

Martina Renner (DIE LINKE): Also Sie sind bei diesem Kommunikationsdreieck BND-Bundesnetzagentur-BSI nicht eingebunden?

Zeuge Martin Golke: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum heißt es in der technischen Dokumentation „vermutlich G-10-Verkehre“ und „vermutlich Routineverkehre“?

Zeuge Martin Golke: Das ist die Sache mit den IP-Ranges, also mit der Fragmentierung des IP-Adressraumes. Der ist nur so breit, und da muss ich natürlich die ganze Welt reinpacken. Es ist wie eine Festplatte: Am Anfang ist es alles schön geordnet, zum Schluss wird mal was frei, und das stückelt sich immer mehr. Und dann habe ich jedes Mal - - Am Anfang kann ich noch sagen: Das ist deutscher Verkehr mit irgendeiner IP. Das steht ziemlich weit vorne, da habe ich richtig große Adressräume. Nachher habe ich nur noch kleine Adressräume, muss aber jedem dieser Adressräume eine eigene Zeile geben. Dann habe ich nachher Hunderttausende von Zeilen, die so ein Router abarbeiten muss.

Martina Renner (DIE LINKE): Für den Gesetzgeber reicht „vermutlich G-10-Verkehre“ nicht. Das ist schon klar.

Zeuge Martin Golke: Und bei IP-Adressen ist es natürlich auch nicht - - Da können Sie jetzt nicht wie bei einer Telefonnummer gucken: Ist das ein Deutscher? Hat der einen der⁴⁶ Pass, ja oder nein? - Das ist bei einer IP-Adresse - die werden ja auch dynamisch vergeben teilweise - natürlich in der Tat eine Problematik. Wobei ich da jetzt nicht von einem 100-Prozent-Ansatz ausgehen kann, weil dann müsste ich ja wieder - - Dann wäre ich wieder die Brechstange, um dem BND zu sagen: Du darfst überhaupt nicht arbeiten. - Ich meine, dann muss der Gesetzgeber auch seine Konsequenzen ziehen und - was weiß ich - den BND verbieten oder so etwas. Aber ich bin nicht die Brechstange dafür.

46) Richtigstellung des Zeugen: "deutschen", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt ist die Fragezeit um. - Wir sind jetzt bei der nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. Ich glaube, dort gibt es keine weiteren Fragen im öffentlichen Teil. - Dann kämen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war eben ja ein sehr interessanter Punkt. Ich will noch mal an die Fragen der Kollegin Renner anschließen: Konnten Sie bei der Prüfung, die Sie gemacht haben, denn ausschließen, dass bei diesem schnellen Teilen durch diese Hardwarekomponenten in den Routineverkehren noch G 10 war?

Zeuge Martin Golke: Nein, das kann ich nicht ausschließen, wie gesagt. Diesen 100-Prozent-Ansatz - habe ich doch gerade gesagt -, wenn man den fahren will, dann heißt es im Grunde: BND kann danach gar nichts, dann ist alles G 10.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sagen Sie: 100 Prozent. - Wie viel Prozent können Sie denn garantieren?

Zeuge Martin Golke: Das ist eine Frage. Bezieht sie sich auf 2005 oder auf 2014? Wie die Sachlage heute ist, darüber habe ich mich nicht mehr schlau gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Heute ist wahrscheinlich auch schwierig, aber damals: Sie haben gesagt, dass man nicht 100 Prozent garantieren kann. Wie viel kann man denn garantieren?

Zeuge Martin Golke: Übrigens, 100 Prozent - darf ich das kurz sagen? - kann man auch beim Telefon nicht garantieren. Wenn Sie jetzt nach Frankreich gehen und holen sich ein französisches Mobiltelefon, da weiß der BND ja auch nicht, dass Sie kein Franzose sind, sondern Deutscher. Aber das ist immer der Fall.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Problem ist uns voll bewusst. Aber die interessante Frage war - - Ich will mich der Sache

noch mal anders annähern. Sie haben ja gesagt, dass bei der Paketvermittlung diese Daten ja zerstückelt sind in kleine Pakete.

Zeuge Martin Golke: Richtig, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie funktioniert das dann eigentlich genau an der Stelle, an diesem Abgriffs-/Ausleitungspunkt? Wird dann sozusagen Paket für Paket angeguckt? So muss es ja eigentlich sein.

Zeuge Martin Golke: Die haben ja gleiche Empfangs- und Sende-IP-Adresse.⁴⁷

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das geht nur über die IP-Adresse? Über nichts anderes? Sie können nicht Sprache - - Sie haben nur die IP-Adresse, die diese Filterfunktion da ganz nah am Abgriffspunkt - -

Zeuge Martin Golke: Es ist mehr. Es ist nicht nur die IP-Adresse, es ist natürlich mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nämlich?

Zeuge Martin Golke: IP-Adresse ist Schicht drei, es ist auch Schicht vier⁴⁸ also die Transportschicht beteiligt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen ein bisschen deutlicher sprechen. Ich verstehe Sie nicht.

Zeuge Martin Golke: Entschuldigung. - Es ist nicht nur die IP-Adresse, die an dieser Stelle dafür sorgt, den Datenfluss zu reduzieren. Ich bin ja daran interessiert, möglichst nur 1 oder wahrscheinlich nur 0,01 Prozent dessen rauszuholen an dieser Stelle, was ich brauche. Und da schaue ich mir natürlich auch die Applikationen an. Also, wenn ich zum Beispiel am Anfang 2005 - - Da ging es auch nur um Mail. Dann filtere ich schon an dieser Stelle, an dieser Kopfstelle alles andere heraus und gucke mir nur die Mail an.⁴⁷ Und das kann ich an dieser Stelle.

47) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

48) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie machen Sie das? Ich habe das so verstanden, dass unterschiedliche Daten unterschiedlich behandelt werden, dass es Maildaten gibt, dass es Voice- und Fax-over-IP-Daten gibt, dass es Metadaten gibt, dass es Netzwerkdaten gibt, diese vier unterschiedlichen Daten. Laufen die alle durch Ihren G-10-Filter am Anfang? Oder reden wir beide jetzt gerade nur über Mail?

Zeuge Martin Golke: Alles läuft darüber. Alle Applikationen, Anwendungen müssen darüber laufen, natürlich. Die werden dann natürlich parallelisiert. Es können durchaus unterschiedliche Geräte sein, aber mit gleicher Software, die das dann - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war in dem Fall auch so?

Zeuge Martin Golke: Die müssen den G-10-Zweig nehmen. Also, wenn ... (akustisch unverständlich)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? Sie müssen ein bisschen näher ans Mikrofon gehen, sonst können wir Sie nicht verstehen.

Zeuge Martin Golke: Die werden also nicht nur aufgrund der IP-Adresse erkannt, diese Reduzierung, sondern natürlich auch aufgrund der Applikation auf höheren Schichten. Beim Auspacken packe ich ja immer höhere Schichten aus, bis ich zum Kern der Information komme, die wir dann verstehen können am Ende, als Mail oder Text oder so. Das durchläuft alles - muss ja - die Filter, natürlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen: Es muss. - Die interessante Frage ist, ob es das auch tat. Ich sage Ihnen den Hintergrund meiner Frage: Es gibt berechtigte Annahmen, dass im Hinblick auf die Metadaten man an einer Vorfilterung eigentlich nicht so total interessiert war.

Zeuge Martin Golke: Entschuldigung, an Metadaten? Jetzt von IP, oder?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Insgesamt, an den kompletten Verkehrsdaten, dass man da eigentlich nicht so filtern wollte. Deswegen: Sie sagen jetzt: Es muss. - Das klingt so, als wenn Sie sagen: Nach der Gesetzeslage muss das. - Das teile ich. Aber die Frage ist, ob bei der Anlage, die Sie geprüft haben, die Sie angeguckt und zertifiziert haben, eben alle vier Datenarten durch diesen Filter auch gelaufen sind.

Zeuge Martin Golke: Damals war nur von E-Mail die Rede, 2005, mit dem Hinweis, dass man auch andere Dinge filtern wird. Aber darüber möchte ich dann jetzt nicht sprechen, welche anderen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir sprechen jetzt bei dem Filter, den Sie angeguckt haben, den Sie auf Schlüssigkeit überprüft haben, nur über E-Mail.

Zeuge Martin Golke: Das war damals der Punkt, mit dem Hinweis, dass man später ja noch mehr Protokolle integrieren möchte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Metadaten wurden ja auch ausgeleitet, und die wurden ja nicht verworfen.

Zeuge Martin Golke: Metadaten jetzt von IP, oder wie?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Insgesamt. Die Metadaten, das, was die Amerikaner unter Metadata verstehen, die Verkehrsdaten, die da auch drin sind in diesen vier Strängen, auf die wir uns eben verständigt haben, von unterschiedlichen Datenarten, die es gibt, wurden die G-10-gefiltert? Oder sagen Sie jetzt: Zu der Zeit, in der Sie die Maschine geprüft haben, nicht?

Zeuge Martin Golke: Da gab es die technischen Vorrichtungen noch nicht dafür.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verzeihung?

Zeuge Martin Golke: Da gab es die technischen Vorrichtungen noch nicht für etwas anderes. Man



Nur zur dienstlichen Verwendung

hing ja an. Also hat man sich natürlich erst mal auf das konzentriert, was am einfachsten war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was passierte mit den Metadaten?

Zeuge Martin Golke: Von E-Mail? Was heißt von E-Mail-Metadaten?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Insgesamt. Von den Metadaten, die dort ankamen, aus der Leitung kamen.

Zeuge Martin Golke: IP-Adressen, oder? Was heißt Metadaten?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch. Alles. Alles an Verkehrsdaten, was da anlandet. - Haben Sie sich mal mit den Snowden-Unterlagen beschäftigt, so interessehalber?

Zeuge Martin Golke: Kann ich nicht. Nur vom Hörensagen, was man so liest. Ich habe darauf keinen Zugriff, um das gleich zu sagen. Ich bin auch nicht derjenige, der das ... (akustisch unverständlich) Nur das, was geschrieben wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir suchen in der Richtung nach Anhaltspunkten, weil es ganz offensichtlich ein Interesse gab, so viele Metadaten zu sammeln, wie es irgendwie geht, global. Deswegen ist es interessant, dass jetzt ausgerechnet die Metadaten bei dem, was Sie geprüft haben, eben nicht gefiltert wurden.

Zeuge Martin Golke: Nein, Metadaten? Tut mir leid. Haben Sie in den Dokumentationen, die auch Ihnen vorliegen - - Ich kann mich da nicht an Metadaten erinnern. Vielleicht gab es den Begriff - - also an Verkehrs-, also dieses Signalisierungsdatennetz. Oder was meinen Sie? Nein, da kann ich nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich könnte Ihnen da jetzt Akten vorhalten; aber das kann ich wohl besser in nichtöffentlicher Sitzung machen. - Wir haben ja eben über vier verschiedene Datenarten geredet; da haben Sie ja noch sozusagen Konsens gezeigt. Ich darf

Ihnen vielleicht noch eine Sache - die Zeit habe ich vielleicht noch - vorhalten: Wir hatten ja jemanden vom BND hier in öffentlicher Sitzung, nämlich den Brigadegeneral Breittfelder. Der hat das BSI in höchsten Tönen gelobt; vielfach auch zu Recht. Ich darf sagen, dass ich die Arbeit des BSI grundsätzlich sehr schätze. Aber es ging eben darum, wie kritisch Sie Anlagen des BND bei „Eikonol“ überprüfen. Wir haben gefragt, wie Sie das machen. Da hat er gesagt: Also, es ist völlig egal, ob Sie wussten, ob die nun aus Amerika oder Nordkorea oder Wuppertal kommen. Und ich zitiere:

Ein BSI-Mann, der Profi ist, der wird jede Maschine so betrachten, als sei es eine feindliche. Das ist sein Job. Und er guckt dazu Unterlagen an und macht seinerseits Tests.

Das wurde hier so gesagt. Ich frage mich, ob die Aussage stimmt nach dem, was Sie gesagt haben. Also, dass Sie sich Unterlagen angucken: Ja. Aber dass Sie Tests gucken und diese Maschine wie eine feindliche betrachten, das ist jetzt nicht mein Eindruck, weil Sie sagen, wenn Sie damit erst mal anfangen, dann müsste man das Personal des BSI verzehnfachen oder so. So habe ich Sie verstanden.

Zeuge Martin Golke: Er hat in einigen Punkten recht, nämlich dass wir natürlich sehr genau gucken, wo nachrichtendienstliche Angriffe Sinn machen. Ich sage mal, ein nachrichtendienstlicher Angriff von einer befreundeten Nation - oder lassen wir das „befreundet“ weg - im BND-geschützten Netzwerk macht - da hat er recht; das gucken wir uns an - keinen Sinn, das zu behandeln. Das kann ruhig sein. Der kann ruhig - - Wenn Sie jetzt in das Herz des Separators reingucken, dann können Sie ruhig drei Buchstaben erkennen. Und?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber gucken Sie die Maschine des BND wie eine feindliche Maschine an?

Zeuge Martin Golke: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das meint er.

Zeuge Martin Golke: Da hat er eigentlich ein bisschen recht, weil - - Wie gesagt, ich sage ja selbst, wenn da jetzt ein Nachrichtendienst - - Wir kapseln. Insofern spielt es keine Rolle für diese Prüfung, die ich gemacht habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt muss ich doch die Uhr ins Spiel bringen. Wir kommen jetzt nächsten Fraktion, zur Fraktion der SPD, mit ihren Fragen. - Ich sehe, dort sind keine Fragen mehr. Dann sind wir wieder bei der Fraktion Die Linke, Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben noch Fragen. - Mit wem hatten Sie denn beim BND zu dieser Prüfung Kontakt?

Zeuge Martin Golke: Keine Namen. Das waren - ich weiß es nicht mehr - mindestens vier Techniker, Ingenieure, auch von meiner Arbeitsebene, und irgendwann war da noch ein Jurist. Die haben immer Juristen mit am Tisch. Wahrscheinlich waren es mehr, aber ich habe mir nur so vom Gedanken - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und Sie waren immer alleine, oder hatten Sie auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen?

Zeuge Martin Golke: Ich habe tatsächlich jetzt bei dieser Prüfung 2005 - - Wie gesagt, da haben wir nur die beiden Beratungsleute gehabt am Anfang noch. Das habe ich wirklich allein gemacht. Da habe ich wirklich keinen Hinweis darauf, dass da irgendwie irgendjemand noch weiter - - Das habe ich allein übernommen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hatte ja vorhin schon auf die Bundesnetzagentur verwiesen, die ja auch ihr Einvernehmen für IT-Systeme erteilen muss. Das hat sie 2004 eben bearbeitet. Dort gibt es insbesondere zu der Frage der Einhaltung der 20-Prozent-Regel aus § 5 G 10 einen Vorschlag. Ich würde Ihnen den gerne mal vorlesen - das ist vom 28. April 2004 - und Sie um Ihre Meinung bitten, ob das ein guter Vorschlag ist:

Wenn der Separator im Zusammenhang mit der G10-Erfassung eingesetzt wird, dann ist eine zusätzliche Reduktionsstufe erforderlich, damit im Zusammenhang mit § 5 G10 nur maximal ein Anteil von 20 % der zu überwachten Telekommunikation erfasst wird. Aufgrund welcher Stellgrößen die Begrenzung auf 20 % realisiert werden kann, war in dem Konzept noch nicht enthalten und ist noch abzustimmen. Aus meiner Sicht wäre ein möglicher Ansatz z. B., die in der Anordnung genannte prozentuale Beschränkung auf der Applikationsebene anzuwenden, indem z. B. die Anzahl der E-Mail, Webseiten usw. bei der Nachverarbeitung (SELMA) um die erforderliche Anzahl nach einem Zufallsprinzip durch automatisches Löschen reduziert wird.

Man hat das Problem gesehen, was Sie ja vorhin auch beschrieben haben, dass das ja technisch nicht geht. Deswegen hat man gesagt, man geht da quasi einmal rein und löscht nach Zufallsprinzip einfach raus.

Zeuge Martin Golke: Das wäre eine mögliche Maßnahme, wie man das programmtechnisch umsetzen könnte, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber diesen Vorschlag hatten Sie nie gehört?

Zeuge Martin Golke: Nein, habe ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, ob an anderer Stelle - Sie sich ja noch an anderer Stelle mit solchen Erfassungssystemen befasst - mal über eine solche Lösung nachgedacht wurde, um die 20-Prozent-Regel aus § 5 G 10 einzuhalten bei paketvermittelter Kommunikation?

Zeuge Martin Golke: Bei paketvermittelter? - Das ist, glaube ich, die einzige Prüfung gewesen, die auf Paketvermittlung basiert, die ich gemacht habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie selbst Vorschläge entwickelt, wie man die 20 Prozent einhalten kann?

Zeuge Martin Golke: Nein. Ich kann ja nicht als Prüfer sagen: Jetzt macht ihr das und das so, und nehmt bitte dieses Gerät, weil vielleicht mein Schwager da mal eine Firma hat. - Das geht natürlich nicht. Ich muss mich wirklich ganz sachlich orientieren. Die übergeben mir Unterlagen, und ich sage, was ist jetzt noch grün und was rot; Punkt. Das ist der Prüfauftrag. Ich darf gar keine Vorschläge machen, weil das ist ja Beeinflussung; das geht ja gar nicht. Die machen Sachen, und ich muss gucken: Ist das noch so? - Hier haben sie das so gesagt. Diese 20 Prozent, das sind ja riesige Datenraten. Dieses Internet, das ist ja - - Da muss man mal gucken, wie viel die überhaupt - - Mir wurde immer gesagt, die können maximal 5 Prozent sowieso nur auf - -

Martina Renner (DIE LINKE): Von was? Von welcher Bezugsgröße? 5 Prozent von was?

Zeuge Martin Golke: Damals. Ich spreche von vor zehn Jahren. Aber vielleicht führt das auch zu weit.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein. Also von dem konkreten Abgriffsort, also von der Leitung, die dort erfasst wird, von dem Kapazitätsweg? Also von was 5 Prozent?

Zeuge Martin Golke: Aller Leitungen, die da - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, nicht der konkreten Leitung, sondern aller Leitungen.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie viel war es bei der konkreten Leitung?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nun meldet sich die Bundesregierung. Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Herr Vorsitzender, wir kommen jetzt zunehmend in Bereiche, die Geheim eingestuft sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Was heißt zunehmend? Schon fast?

MR Torsten Akmann (BMI): Schon zwei, drei Minuten.

Martina Renner (DIE LINKE): Noch gülden, oder schon rot?

MR Torsten Akmann (BMI): Dunkelrot.

Martina Renner (DIE LINKE): Dunkelrot. - Gut, dann habe ich eine letzte Frage - wir werden auch zur Abstimmung gerufen; wahrscheinlich ist es im Interesse aller, dass wir zügig rüberkommen -: Sie haben irgendwann mal zu Ihrer Arbeitsmethode, vielleicht auch zu Ihrem Anspruch so ein Motto genannt, das ich eigentlich eher aus Geheimdiensten kenne: „need to know“; also nur wirklich das wissen, was man unbedingt braucht. Wieso ist das Politik beim BSI?

Zeuge Martin Golke: Das ist keine geheimdienstliche Geschichte, sondern das „need to know“ ist allgemein im Verschlusssachenbereich so. Wir haben auch mit Geheim eingestuften Dokumenten zu tun; da ist es einfach so, dass da nur ein begrenzter Wissenskreis das wissen darf. Der es nicht wissen muss, der darf es dann auch nicht wissen. So ist das Spielchen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt die Unterbrechung der Sitzung machen; denn es steht jetzt eine namentliche Abstimmung an. Das gibt Ihnen die Chance, an diese Stelle eine kleine Pause zu machen, wie auch den Zuhörern und der Öffentlichkeit insgesamt. Wir gehen zur namentlichen Abstimmung. Die Sitzung ist so lange unterbrochen, wie die namentliche Abstimmung dauert. Das kann man auf den Punkt nicht so genau sagen. Aber wir werden uns beeilen, zügig wieder hier zu sein.

Zeuge Martin Golke: Geht das dann mit der öffentlichen Sitzung weiter?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das geht dann mit der nächsten Fraktion weiter. Ich vermute, mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wenn andere Fraktionen nicht inzwischen wieder Fragen haben. Wir machen öffentlich weiter hier an diesem Ort. - Die Sitzung ist damit unterbrochen.

(Unterbrechung von
14.57 bis 15.25 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Die letzten Fragen hat die Fraktion Die Linke gestellt. Wir kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Von der habe ich gehört, es gibt keine weiteren Nachfragen. Dann sind wir jetzt bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz, gibt es weitere Fragen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es gibt weitere Fragen. - Sie sagten vorher, bei den Kriterien Ihrer Prüfung: „So wie ich die TKÜV auslege und verstehe“, ja, sozusagen nach den Kriterien - - Da habe ich überlegt: Gibt es im Hinblick auf diese Kriterien andere Auslegungen, oder gab es die damals, wie diese Zertifizierung zu erfolgen hat? Gab es da vielleicht einen Streit oder irgendwie unterschiedliche Auffassungen, wie man das zu interpretieren hat?

Zeuge Martin Golke: Ja, sicher. Das ist so ein Einschwingvorgang. Da kriegt man irgendeine Aufgabe und muss sich natürlich damit auseinandersetzen. Und dann setzt sich, ich sage mal so, eine Meinung praktischerweise durch. Man kann ja nicht unendlich diskutieren, sondern irgendeiner muss mal sagen: Jetzt machen wir das so, und das können wir gut begründen, und dann wird das so.

Also, dieser Begriff „Zertifizierung“: Da gab es am Anfang natürlich schon - - weil damals war Zertifizierung wirklich eine sehr umfangreiche Geschichte, wie gesagt, mit diesen Kriterienwerken mit Hunderten von Seiten, wo man große

Softwareprojekte mit strukturieren kann und das dann verarbeitet wird. Und hier bei fünf Prüfpunkten braucht man keine Riesenkriterienwerke zu lesen; da muss man einfach eins⁴⁹ anfangen und das machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich. - Aber wer hat denn bei dieser Kriterienauseinandersetzung oder der Verständnisauslegung der Normen was vertreten?

Zeuge Martin Golke: Das war die - - Ich meine, das wären auch Leute von der Beratung gewesen, die da - - Also, es geht immer so ein bisschen - - Ich weiß nicht, wann - - Ich muss mich da auch - - Also, ich weiß nur, dass es da natürlich eine Einschwingphase gab.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine was?

Zeuge Martin Golke: Einschwingphase.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einschwingphase? So, wie man das interpretiert? Aber hat der BND zum Beispiel gesagt: „Jetzt hör mal zu, BSI: Zertifizierung bedeutet nicht, dass ihr diese Maschinen auf Herz und Nieren prüft, sondern das bedeutet, ihr guckt euch das nach Schlüssigkeitskriterien an“?

Zeuge Martin Golke: Nein, das kam nicht vom BND.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wer hat das denn vertreten? Oder wie ist das diskutiert worden?

Zeuge Martin Golke: Ja, wie das jetzt genau war, weiß ich auch nicht mehr. Also, ich habe - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat denn vertreten, dass die Prüfung intensiver zu erfolgen hat, seinerzeit?

49) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Das ist so ein Einschwingvorgang. Wer da was wann vertreten hat, kann ich heute nicht mehr sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie denn vertreten?

Zeuge Martin Golke: Ich habe einen pragmatischen Ansatz vertreten, dass ich gesagt habe: Ich übernehme das, und ich mache das so, wie ich das für richtig halte. Ich gucke mal, wie weit ich komme, und dann gucken wir mal.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es hätte Kolleginnen und Kollegen gegeben, die anders geprüft hätten als Sie?

Zeuge Martin Golke: Das waren Berater. Die hätten sowieso nicht prüfen können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat denn entschieden, wer diese Prüfung macht? Wer hat entschieden, dass Sie das machen?

Zeuge Martin Golke: Meine Hierarchie damals.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war denn Ihre Hierarchie?

Zeuge Martin Golke: Ja, das steht hier in dem - - Der Prüfbericht ist ja abgeschickt worden, und da steht ja drin, wer unterschrieben hat. Also, praktisch - - So, Moment. Jetzt muss ich das Ding doch mal wieder - - Das lässt mich nicht los hier; das ist unglaublich.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Da sehen Sie es: Referatsleiter, Fachbereichsleiter und Abteilungsleiter und noch hier von der Beratung; der hat auch noch unterschrieben letztlich, zur Kenntnis. -Also, das ist hier - - Vor Abgang ist das hier vom Referatsleiter mitgezeichnet worden, vom Fachbereichsleiter, vom Abteilungsleiter und nach Absenden dann noch mal von der Beratung. Damit die wissen, dass es abgeschlossen ist, haben die das auch noch mal zur Kenntnis bekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie uns die Namen sagen, wer das war?

Zeuge Martin Golke: Ja, natürlich. Das ist hier - - Mein Referatsleiter ist der Herr ... (akustisch unverständlich) gewesen, der Fachbereichsleiter Herr ... (akustisch unverständlich), und der Abteilungsleiter ist Herr Dr. Schabhüser gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und wer von denen hat entschieden, wer diesen Auftrag ausführt?

Zeuge Martin Golke: Das weiß ich letztlich nicht. Also, ich kriege die Arbeit von meinem Referatsleiter, und das reicht doch für mich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, zu Ihnen hat letztlich der Referatsleiter gesagt: „Mach das mal, Martin!“?

Zeuge Martin Golke: Natürlich. Wer denn sonst? Obwohl - - Genau weiß ich das auch nicht mehr, ob vielleicht einer gesagt hat: Das ist - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist diese Entscheidung eventuell gefallen, weil Sie vorher gesagt haben, dass Sie auf eine pragmatische Art auch prüfen werden?

Zeuge Martin Golke: Weiß ich nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben das im Vorfeld gesagt, wie Sie das prüfen würden?

Zeuge Martin Golke: Das weiß ich nicht mehr. Also, das geht jetzt ja irgendwie ins Organisatorische rein, nicht? Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde die restliche Zeit an meinen Kollegen Ströbele abgeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Golke, ich bin doch - das will ich gar nicht verhehlen - etwas erschüttert. Wie Sie vielleicht wissen, bin ich auch Mitglied des PKGr. Muss ich in Zukunft davon ausgehen, wenn ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal vielleicht misstrauisch bin und nachfrage, ob so was auch tatsächlich funktioniert im Bereich IT-Kommunikation, dass, wenn mir dann geantwortet wird: „Das ist zertifiziert vom BSI“, das dann in der Weise geschehen ist, wie Sie das machen, wie Sie das jetzt hier geschildert haben, dass nicht ein einziger Test durchgeführt worden ist, sondern dass das auf der Grundlage einer Plausibilitätsprüfung - so habe ich das verstanden -, auf Grundlage der Unterlagen, die die Firma, die das herstellt, zur Verfügung stellt, durchgeführt wird? Oder gibt es bei Ihnen, beim BSI, Anweisungen, was denn für eine Zertifizierung konkret vorher geprüft werden muss oder was getan werden muss, um sicherzustellen, dass, wenn mir gesagt wird: „Die G-10-Verkehre werden ausgefiltert; das ist zuverlässig; da können Sie sich drauf verlassen; das hat das BSI zertifiziert“, das auch stimmt?

Verstehen Sie, vor welchem Problem ich stehe? Bisher war die Zertifizierung durch das BSI, das ja eine unabhängige Behörde sein soll oder Behörde/Institution sein soll - - Da hat man gesagt: Na ja, da sitzen die Fachleute; die verstehen sowieso mehr davon als ich, und wenn die sagen: „zertifiziert“ und „Das ist so“, dann wird es auch so sein. Aber dieser Glaube ist erschüttert.

Zeuge Martin Golke: Ja, vielen Dank für Ihre Frage. - Also, es ist durchaus üblich, dass der Hersteller auch prüft bei der Zertifizierung. Vielleicht ist das noch nicht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht der Hersteller, sondern das BSI.

Zeuge Martin Golke: Ja, Moment. Ich stütze mich ja auf eine Testumgebung, die da vorhanden ist. Ist das noch nicht klar geworden? Die Testumgebung steht ja mit drin in den Unterlagen. Und da ist ein Test gemacht worden. Also, das muss nicht immer das BSI machen, sondern wir können das auch auslagern. Meistens ist das wirklich tatsächlich so, dass der Hersteller das dann selber macht. Das ist üblich bei einer Zertifizierung, dass die Aufwände derjenige auch hat, der zertifizieren will.

Ansonsten - - Ich weiß nicht. Sie haben so eine lange Frage gestellt. Da waren, glaube ich, mehrere Fragen bei.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann das ja noch mal auseinandernehmen. Sie gehen so vor, dass Sie sagen: Ich habe erst mal kein Misstrauen. - Das ist bei mir anders. Ich will schon, wenn mir der BND was sagt oder die Bundesregierung was sagt, auch eine Möglichkeit haben, das zu überprüfen. Sonst könnte ich es ja gleich lassen und sagen: Die werden schon immer alles richtig machen. - Und mit den Möglichkeiten, die ich habe - - Die haben Sie ja offenbar gar nicht genutzt, sondern Sie haben sich darauf verlassen, dass das, was der Hersteller sagt, stimmt, oder was der Bundesnachrichtendienst Ihnen sagt, dass das stimmt. Sie sagen: Wieso soll ich da misstrauisch sein? - Ich denke, Ihre Aufgabe ist es als BSI, misstrauisch zu sein und zu gucken: Ist das, was mir oder uns angegeben wird, auch wirklich zutreffend?

Zeuge Martin Golke: Ja, teilweise haben Sie da recht mit dem Misstrauen. Aber: Es führt zu nichts, wenn ich nicht auch diesen Hebel habe. Ich kann nicht irgendeinen Hebel vorgeben, den ich nachher nicht habe. Wenn ich da teste bis zum Gehtnichtmehr - - Also, derjenige, der jetzt noch eine Stunde mehr da geprüft haben will - wie gesagt, das habe ich ja schon mal gesagt -, der muss mir auch sagen, zu welchem großartigen anderen Ergebnis er gekommen sein will dabei. Die Schwachstellen liegen ja offen - das habe ich ja schon gesagt -, und ich habe keine Möglichkeit, diese Schwachstellen später zu stopfen, weil ich kein Mandat da habe, kein Prüfmandat. Wir drehen uns hier im Kreise.

Ich kann Sie ein bisschen verstehen, dass Sie sagen: vom BSI geprüft. - Aber wir prüfen ja nach Kriterien. Wir prüfen ja nicht irgendwie aus der hohlen Hand, sondern wir prüfen nach TKÜV. Wenn die Vorschrift so ist, ist sie so. Das ist - - Da kann ich mich als Prüfer nicht drüber hinwegsetzen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Jetzt müssen wir aber in der Zeit weitergehen. Und jetzt frage ich mal die Fraktion der



Nur zur dienstlichen Verwendung

SPD. Sie hatten eben keine Fragen mehr. - Jetzt auch nicht. Dann wären wir wieder bei der Fraktion Die Linke. Da müsste ich fragen: Gibt es dort noch Fragen?

Martina Renner (DIE LINKE): Im Moment nicht. Aber vielleicht noch gleich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Gibt es bei der CDU/CSU Fragen? - Nein. Dann sind wir wieder bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Ströbele kann im Grunde weitermachen, wenn er möchte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Kurve hätten wir uns vielleicht sparen können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die kann ich nicht vorhersehen. Diese Fähigkeit fehlt mir noch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, kann man. - Herr Golke, ich habe ja eigentlich gefragt, ob es dafür irgendwelche Vorschriften - - Also, es gibt doch sonst bei solchen Institutionen, Behörden immer für alles auch minimal - - also dass man sagt: Dann guckst du dir das an. Dann machst du das. Dann machst du vielleicht einen Test oder vielleicht, wie Sie sagen, Studententest oder einen ganzen Nachmittag. Ich gucke mir mal an, was angeblich geprüft ist. Keine G-10-Verkehre mehr drin. Dann nehme ich mal irgendwie einen Teilbereich raus und guck mir den mal ganz genau an. Ist wirklich nichts drin, oder finde ich dann das eine oder andere?

Wir haben hier auch schon gehört, auch in öffentlicher Sitzung, dass da manchmal handnachsgeprüft worden ist. So was könnten Sie auch machen, dass Sie sich was vornehmen, was geprüft worden ist, und dann noch mal handprüfen: „Wie viel finde ich denn da noch?“, und dann sagen: „Ich habe nichts gefunden“ oder: „Ich habe viel gefunden“ oder: „Ich habe wenig gefunden“ oder so was. Verstehen Sie?

Das verstehe ich überhaupt nicht, dass Sie sich auf irgendwelche schriftlichen Angaben, Versprechungen der Firma, die das geliefert hat - - die

natürlich, so lese ich das häufig, wenn ich irgendwo was kaufe, nur das Tolle, Positive hervorhebt, was alles toll ist und was geprüft worden ist und was zuverlässig ist, und nachher stellt sich heraus: „Das stimmt nicht“, also dass Sie da überhaupt nichts hinterfragen, sondern nur sagen: „Das leuchtet mir ein, was da steht in dem Prospekt oder in der Bedienungsanleitung, und damit ist die Sache erledigt“, und dann ein Zertifikat abgeben. Wie können Sie das tun?

Zeuge Martin Golke: Ja, auf der Basis, die ich hier erläutert habe, nicht wahr? Und die Frage ist eigentlich beantwortet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sehe, dort sind keine Fragen mehr. - Dann frage ich mal insgesamt in die Runde: Gibt es noch von einer Fraktion Fragen? - Ja. Von der Fraktion Die Linke Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Eine Frage noch zu Ihrem Prüfbericht, und zwar zur Anteilreduktion des Gesamtverkehrs. Wir sind immer noch bei dieser 20-Prozent-Regel. Wir insistieren darauf, weil wir natürlich als Gesetzgeber auch gucken, inwieweit gesetzliche Anforderungen erfüllt sind. Also nicht dass Sie das jetzt als unhöfliches oder insistierendes Verhalten hier empfinden; so ist es nicht gemeint.

Also, unter 6.2 schreiben Sie:

Diese Anforderung

- also Reduktion -

wurde nicht mit IT-Maßnahmen umgesetzt. Dies wurde so begründet, dass der Gesamtverkehr aller Auslandsverbindungen weitaus größer ist, als mit den vorhandenen Mitteln abgreif- und verarbeitbar. Da die 20%-Regel sich an diesem Gesamtverkehr und nicht an dem bei einem bestimmten TK-Provider lokal abgreifbaren Verkehrsaufkommen orientiert ...

Wer hat Ihnen denn diese Rechtsinterpretation so vermittelt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Das wurde so gesagt, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wer hat das so gesagt?

Zeuge Martin Golke: Das wurde bei den Besprechungen so dargestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Vom BND-Juristen? Von den Technikern?

Zeuge Martin Golke: Letztlich wohl von den Juristen, würde ich sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN): Von wem?

Martina Renner (DIE LINKE): Von den Juristen.

Zeuge Martin Golke: Letztlich wohl von den Juristen, denke ich mal. Aber da kann ich mich nicht mehr dran erinnern, wie die Einzelheiten da waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das muss ja, da Sie es in Ihrem Prüfbericht so aufschreiben - -

Zeuge Martin Golke: So ist es. Es wurde dargestellt. Also, das haben BND-Leute dann so dargestellt, mir gegenüber.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Dann habe ich noch eine zweite Frage zu der 20-Prozent-Regel; das knüpft daran an, was Konstatin von Notz vorhin fragte. Sie separieren ja - so habe ich es verstanden - Daten, die nicht zu der anvisierten Region gehören, Daten, die kein E-Mail-Verkehr sind, und den sogenannten Müll, den Sie so genannt haben. Die Frage ist: Findet diese 20-Prozent-Reduktion vorher statt, also vor dieser Aufsplittung in diese drei Bereiche?

Zeuge Martin Golke: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja? - Okay.

Zeuge Martin Golke: Also, da sind ja Kabel, und ich nehme mir halt nur eins raus.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Alternative wäre, man teilt erst in diese drei Kategorien und legt die 20 Prozent nur bei den E-Mails an. Also, das wäre für mich die Alternative. Aber Sie sagen, das war Ersteres.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Das waren die zwei Fragen, die ich noch hatte. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gut. - Dann frage ich noch mal in die Runde: Gibt es aus den Fraktionen noch Fragen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wenn es keine Fragen mehr gibt, dann müssten wir schauen, wie wir weitermachen. Ich habe momentan die Rückmeldung, dass wir für den Zeugen Herrn Golke keine Fragen mehr in nicht-öffentlicher Sitzung brauchen. Wenn es keine Fragen mehr in nichtöffentlicher Sitzung diesbezüglich gibt, dann sind wir am Ende mit dieser Zeugenvernehmung.

Nach seiner Fertigstellung wird Ihnen vom Sekretariat das Stenografische Protokoll übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen an der Übertragung vorzunehmen oder Richtigstellungen und Ergänzungen Ihrer Aussage mitzuteilen, Herr Golke.

Zum Schluss darf ich mich ganz herzlich bei Ihnen für Ihre Ausführungen bedanken. Damit sind wir am Ende Ihrer Zeugenvernehmung. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

Zeuge Martin Golke: Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde nun bitten, den Zeugen A. S. in den Sitzungssaal zu führen, sodass wir in öffentlicher Sitzung mit A. S. fortfahren können.

(Unterbrechung von
15.40 bis 15.47 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Vernehmung des Zeugen A. S.

Ich darf zunächst unseren nächsten Zeugen Herrn A. S. begrüßen.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr S., Sie haben die Ladung am 26. Januar 2015 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung auch so kurzfristig gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge A. S.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet werden. Ich darf den Rechtsbeistand, den wir heute nicht zum ersten Mal sehen, bitten, sich kurz vorzustellen.

RA Johannes Eisenberg: Rechtsanwalt Eisenberg aus Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Herr Rechtsanwalt Eisenberg. - Herr S., vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren:

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein.

Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussagen aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen und in nichtöffentliche oder eingestufte Sitzung eintreten kann, damit Sie sich zu diesen Punkten äußern können. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge A. S.: Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen: Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Danach würde zunächst ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge A. S.: Auch dazu keine Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich darf Sie dann nun bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Name, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügen die Angabe der Initialen sowie die Anschrift der Dienststelle, über die wir Sie erreichen können.

Zeuge A. S.: Mein Name ist A. S. Ich bin beim BND tätig. Die Anschrift weiß ich jetzt nicht auswendig. Das ist hier in Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und Ihr Alter?

Zeuge A. S.: Ich bin 50 Jahre alt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen - so habe ich es ja auch schon angekündigt -, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Möglichkeit geben, sich im Zusammenhang zum Beweisgegenstand zu äußern, wenn Sie dies denn wünschen, Herr S.

Zeuge A. S.: Das wünsche ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank, Herr S. - Dann würde ich Ihnen gerne einige Fragen stellen und zunächst damit beginnen, welche Ausbildung Sie denn haben. Was haben Sie gelernt? Für was sind Sie Fachmann?

Zeuge A. S.: Ich bin Diplom-Ingenieur Elektrotechnik.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben das studiert, nehme ich an?

Zeuge A. S.: Genau. Ich habe das studiert und einen Abschluss als Diplom-Ingenieur gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In welchem Jahr haben Sie Ihren Abschluss gemacht, also das Diplom?

Zeuge A. S.: 1993.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 1993. - Was haben Sie nach 1993 beruflich gemacht?

Zeuge A. S.: Ich habe im Bereich der Qualitätssicherung einer Firma gearbeitet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also im privatrechtlichen Bereich?

Zeuge A. S.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann sind Sie dann zum BND gewechselt?

Zeuge A. S.: Im Januar 1994.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 1994. - Also sehr zeitnah im Grunde dann von der Privatwirtschaft zum BND gewechselt.

Zeuge A. S.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Diese privatrechtliche Firma war keine Firma des BND?

Zeuge A. S.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar. - Als Sie 1994 zum Bundesnachrichtendienst gewechselt sind: Welche Aufgaben hatten Sie da?

Zeuge A. S.: Ich habe Untersuchungen gemacht, kleinere Entwicklungen getätigt und Erfassungssysteme entwickelt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie dann quasi so ab 1994 Ihren Werdegang im BND schildern? Da geht es mir hauptsächlich um die Aufgaben, die natürlich mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben, also mit welchen Dingen Sie konfrontiert waren, welche technischen Fragestellungen auf Sie zugekommen sind, also dass Sie mal Ihren Werdegang im BND etwas näher darlegen.

Zeuge A. S.: Gut. - Der BND hat einen eigenen Entwicklungsbereich; in dem habe siebeneinhalb Jahre gearbeitet, wie ich schon sagte, kleinere Entwicklungen, Untersuchungen an Geräten und



Nur zur dienstlichen Verwendung

Verfahren und auch prototypische Erfassungssysteme konzipiert und entworfen, dann später auch Firmenentwicklungen begleitet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt das, „Firmenentwicklungen begleitet“?

Zeuge A. S.: Wir haben nicht die Kapazität, komplette Systeme selber zu fertigen. Deshalb machen wir das meistens prototypisch und geben dann, sagen wir mal, die Serienreife an eine Firma. Das begleiten wir oft sehr eng.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann sind wir jetzt so im Jahre 2001/2002, wenn ich das richtig sehe.

Zeuge A. S.: Genau. 2001 habe ich gewechselt in den Bereich, der sich damals Kabelerfassung nannte. Allerdings gab es noch keine Kabelerfassung; das war erst im Aufbau. Wir haben dann mehrere Auslandseinsätze gehabt, in denen Kabelerfassungssysteme aufgestellt wurden. Dazu kam dann eben auch durch die Novellierung des G-10-Gesetzes die strategische Fernmeldekontrolle. Da bin ich auch tätig gewesen: Systeme konzipieren, aufstellen, in Betrieb nehmen und teilweise auch Betrieb.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Von welchem Jahr reden wir da ungefähr?

Zeuge A. S.: 2003.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und dann?

Zeuge A. S.: Bis 2005, Ende 2005, also im Oktober 2005, habe ich in diesem Bereich gearbeitet. Danach habe ich als Referent wieder im Bereich der Entwicklung gearbeitet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bis wann das?

Zeuge A. S.: Bis 2013.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und seitdem machen Sie was?

Zeuge A. S.: Seitdem bin ich Leiter eines kleinen Bereiches, der verschiedene Aufgaben hat, im Wesentlichen IT-Unterstützung für Sondersysteme.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was sind Sondersysteme?

Zeuge A. S.: Es gibt eine Abteilung IT, also Informationstechnologie. Da fallen alle Standard-sachen drunter, zum Beispiel normale Clients-Netzwerke, alles, was der BND als Standardbürosoftware usw. hat. Alles, was nicht in diesen Bereich fällt, sind Sondersysteme, und diese müssen extra betreut werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Jetzt interessiert uns ein besonderer Bereich speziell; das ist die Frage der Separatoren, also die Frage, wo es um den Separator geht: In welcher Funktion haben Sie mit dem Separator zu tun gehabt, bzw. an welchem Bereich des Prozesses des Separators haben Sie maßgeblich mitgearbeitet? Ist das jetzt der Bereich Entwicklung gewesen oder - -

Zeuge A. S.: Weniger. Weil ich in dem - - Als es in Auftrag gegeben wurde - es war also ein interner Auftrag - war uns im Bereich der Kabelerfassung klar, dass wir relativ zeitig am Signal eine Aufspaltung haben möchten im G-10-geschützten Verkehr und im nicht G-10-geschützten Verkehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In welchem Jahr sind wir jetzt ungefähr?

Zeuge A. S.: Ich glaube, Ende 2014.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 2014?

Zeuge A. S.: Ich bin mir nicht sicher.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge A. S.: Ich meine 2004.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, alles klar. - Und dann war jetzt Ihre Aufgabe welche, als dieser Auftrag kam? Dass man, sage ich jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal, G-10-Verkehre und Routineverkehre trennen möchte?

Zeuge A. S.: Da ich in dem Kabelbereich gearbeitet habe, waren wir Bedarfsträger; so nennt sich das bei uns. Das heißt, wir haben den Bedarf, und wir geben den Bedarf eben an die interne Entwicklungsabteilung, und die suchen dann entweder eine kommerzielle Lösung oder entwickeln etwas.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben den Bedarf beschrieben, kann man sagen. Das war Ihre Aufgabe.

Zeuge A. S.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und dann haben Sie mit der Entwicklungsabteilung geschaut, dass die das irgendwie hinkriegen, möglicherweise mit Einbindung von Externen, wie auch immer. Aber Sie haben den Bedarf beschrieben.

Zeuge A. S.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie haben Sie das dann als Bedarf formuliert? Was wollten Sie erreichen? Was war dann Ziel?

Zeuge A. S.: Es gibt juristische Vorgaben für die Erfassung von G-10-Verkehren, und wir haben einen grundsätzlichen Auftrag nach dem BND-Gesetz, und wir wollten eben eine Unterscheidung zwischen diesen Verkehren haben. Vielmehr beinhaltet die Formulierung nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie wurde das denn vorher gemacht, vor 2004?

Zeuge A. S.: Wir reden hier über Paketverkehre. Vorher war das etwas einfacher. Bei Telefonie ist es so, dass schon anhand der Endpunkte einer Leitung erkannt werden kann: Wo geht das hin? Das heißt, Sie können relativ eindeutig an der Kabelbezeichnung erkennen, ob das Ausland-Ausland ist oder ob das Inland-Ausland ist oder nur Inland. Dann kann man eben anhand der Telefonnummer weitergucken. 0049 ist eben Deutschland. Damit ist es ein geschützter Teilnehmer.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie wurde dann Ihr Bedarf weiter, ich sage mal, wahrgenommen bei der Projektentwicklung des Separators? Wie ging das auf der anderen Seite, da wo Sie Ihren Bedarf angemeldet haben? Wie haben die das weiter umgesetzt? Sind Sie da eingebunden worden, oder haben Sie einfach gewartet, bis dann der Separator kam?

Zeuge A. S.: Ich kann mich erinnern, dass es ziemlich zäh war. Der übliche Weg ist, dass Firmen befragt werden, ob sie so was entwickeln können. Das ist, soweit ich mich erinnere, gemacht worden, allerdings zu Preisen - - Also, die Angebote waren völlig überhöht und damit für uns nicht finanzierbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und dann haben Sie es selber gemacht?

Zeuge A. S.: Dann hat es der Entwicklungsbereich selber gemacht, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben die so einen Separator entwickelt? Ich stelle mir den jetzt als Gerät vor.

Zeuge A. S.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht können Sie mir gleich erklären, wie das so technisch halbwegs funktioniert. Erwarten Sie nicht zu viel Sachverstand von mir, was das betrifft. Aber es muss ja zumindest dann die Gerätschaft entwickelt worden sein, das Know-how, also die Programmierung dieses Geräts. Können Sie mal so einen Separator beschreiben?

Zeuge A. S.: Das sind technische Details. Das kann ich nur in nichtöffentlicher - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nicht technisch jetzt - - Also, er kann zwei Verkehre trennen, G-10- von Routineverkehren. Aber da wird ja auch noch mehr getrennt, wenn ich das richtig weiß.

Zeuge A. S.: Ja. Also, das ist der Hauptgrund, G 10 und nicht G 10 zu trennen. Wir hatten allerdings zu der Zeit das Problem, dass die weiteren



Nur zur dienstlichen Verwendung

Verarbeitungsschritte einfach beschränkt sind von den Datenraten her. Das heißt, wir mussten von vornherein reduzieren auf Datenraten, die handelbar sind. Bei den Abgriffen, die üblicherweise vorhanden sind, handelt es sich um 10-Gigabit-pro-Sekunde-Leitungen, und damit sind das Datenmengen, die so groß sind, dass sie mit den handelsüblichen Geräten nicht weiterverarbeitet werden können, zumindest nicht direkt. Das heißt, man muss eine Aufteilung vornehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es war gerade bei uns ein Zeuge des BSI, der die Zertifizierung vorgenommen hat, und da wurde auch davon geredet, dass sehr viel Müll dort aussepariert wurde, nenne ich das jetzt mal. Können Sie das auch beschreiben? Was teilt dieser Separator alles weg, außer zwischen G-10- und Routineverkehren? Was leistet der?

Zeuge A. S.: Wir haben uns in den Gesprächen mit den Entwicklern darauf geeinigt, dass wir so Art vier Kategorien entwickeln. Einmal ist das „gesichert G-10-Verkehr“. Das andere ist „gesichert Nicht-G-10“. Dann gibt es einen „nicht identifizierten“ oder bei dem es nicht klar ist. Zu der Zeit wurde überwiegend E-Mail gemacht, und bei E-Mail gibt es - das kennen Sie sicherlich auch - sehr viel Spam, also Werbemails, und das wollte man von vornherein unterdrücken. Diese vier Kategorien hatten wir definiert, zumindest für den Anfang. Da wir keine Erfahrung darin hatten, war das so der erste Schritt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie den Separator auch im Bereich der Satellitenaufklärung zum Beispiel in Bad Aibling oder im Bereich der leitungsgebundenen Fernmeldeaufklärung von leitungsvermittelter Kommunikation dann eingesetzt im Nachgang quasi? Weil das stelle ich mir etwas schwieriger vor.

Zeuge A. S.: Erstens mal: In der Satellitenkommunikation ist meines Wissens nach überhaupt kein G 10 gemacht worden. Das heißt, das ist von vornherein gelöscht worden oder gar nicht erfasst worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge A. S.: „Gelöscht“ ist ja in dem Sinne nicht richtig. Für die leitungsvermittelte Kommunikation wurde es, soweit ich weiß, in der Zeit, wo ich da war, nicht angewendet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nachdem der Separator zertifiziert war und er eingesetzt wurde, wie wurde denn dann der Betrieb organisiert? Wie funktioniert das? Der wird eingebaut. Man hat einen Kabeleingang, man hat einen Kabelausgang, und alles, was rausgefiltert wird, verliert sich im - was weiß ich, wo - Nirwana. Wer hat den denn programmiert? Der muss ja auch programmiert werden, zum Beispiel mit Filterkriterien.

Zeuge A. S.: Ja. Zunächst mal: Der Separator als einzelnes Element wurde nicht zertifiziert, sondern das gesamte Erfassungssystem. Das ist Voraussetzung für eine Anordnung nach G 10. Das heißt, es besteht eine Verarbeitungskette. Der Separator ist nur ein Teil davon. - Was war jetzt noch die Frage?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im Grunde fände ich es interessant, jetzt zu wissen: Wie ging der Prozess des Einsatzes? Man muss ihn ja erst mal auch programmieren, dass es bestimmte Filterkriterien hat. Der ist ja programmierbar, vermute ich mal, -

Zeuge A. S.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - der Separator, und dann - - Das ist die erste Frage: Wie ging das vonstatten, also der konkrete Einsatz? Weil der wurde ja durch die Zertifizierung nicht zertifiziert, nur das System.

Zeuge A. S.: Ja. Da wir keine Erfahrung in dem Bereich hatten, war der erste Vorschlag, man nutzt die Informationen der regionalen Internet Registries. Die haben für die IP-Adressen einen Country Code, und dieser Country Code wird dafür verwendet. Dann gab es irgendwann den Einspruch der - wie soll man sagen? - weiterverarbeitenden Stelle. Die haben damals gesagt, sie wollen das nicht, weil das zu ungenau ist, sie wollen das manuell erstellen. Das obliegt dann diesem Bereich. Da habe ich keinen Einfluss drauf.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und dann hat man es neu programmiert, oder wie?

Zeuge A. S.: Ja, das ist ein Filter, und der Filter wird halt mit Parametern eingestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wird - übrigens nur am Rande gefragt - vor Ort am Gerät selber gemacht, oder wird das ferngesteuert?

Zeuge A. S.: Das kann ich Ihnen nicht mehr genau sagen. Normalerweise vor Ort.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, so ist auch meine Sicht der Dinge. - Wann hat man denn - - Oder hat man überhaupt irgendwann einen Punkt erreicht, wo man gesagt hat, die Filterung über den Separator läuft zufriedenstellend?

Zeuge A. S.: Ich habe nichts Gegenteiliges gehört.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Würden Sie den Separator denn als Feinfilter bezeichnen oder als Grobfilter, wenn man das mal mit diesen beiden Begriffen so umreißt?

Zeuge A. S.: Was ist ein Feinfilter, was ist ein Grobfilter?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na ja, das dachte ich mir, dass die Frage zurückkommt. Sie filtern ja einmal die G-10-Verkehre und die Routineverkehre. Sie filtern Müll raus, Sie filtern möglicherweise bestimmte Bereiche heraus, die Sie gar nicht mehr, weil es sonst zu viel wird, erfassen können. Aber nach dem Separator stellt sich doch eine Filterkaskade weiterhin dar, -

Zeuge A. S.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - wenn ich das richtig sehe. Würden Sie jetzt sagen, die Hauptfilterleistung liegt beim Separator oder bei der danach folgenden Filterkaskade, wo der Separator vielleicht ein erster Schritt ist? Leistet der schon am meisten mit seinen ganz, ganz vielen Kriterien, die Sie da programmieren müssen, oder kommt das erst danach?

Zeuge A. S.: Ich bin nicht in dem weiterverarbeitenden Bereich gewesen, also die Leute, die Analyse am Ende machen bzw. die sich das anschauen, was da an Ergebnissen kommt. Deswegen kann ich Ihnen das nicht genau sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo endet Ihre Erkenntnis? Beim Separator, also quasi das, was beim Separator hinten weiter rauskommt zur weiteren Filterung, oder wissen Sie auch was über die weitere Filterung, zum Beispiel DAFIS? Sagt Ihnen das was?

Zeuge A. S.: DAFIS sagt mir natürlich was, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber das ist ja noch nicht die Verarbeitung, DAFIS, oder?

Zeuge A. S.: Der DAFIS-Filter kommt hinter der Verarbeitung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge A. S.: Es sind Pakete, die dort beim Separator selektiert oder gefiltert werden, und dann muss das Ganze als Kommunikation zusammengesetzt werden. Also, man sammelt die Pakete, die zusammengehören, dekodiert das, was immer da an Verarbeitungsschritten auch noch gemacht werden muss, und danach kommt der DAFIS-Filter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Läuft das automatisiert, oder wird dazwischen quasi nach den zusammengebauten Paketen und dem DAFIS-Filter schon draufgeguckt, menschlich, also durch Mitarbeiter?

Zeuge A. S.: Nein, es wird nach dem DAFIS-Filter angeschaut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wird es zwischen dem Zusammenfügen der Pakete und dem DAFIS-Filter erst mal zumindest temporär auf dem Server abgelegt beim BND, oder ist das ein Fluss, Datenfluss meine ich?

Zeuge A. S.: Das ist ein Datenfluss.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wo fließen diese Daten? Ist das schon auf dem BND-Gelände? Ist das abgeleitet nach dem Separator zum BND, oder ist das noch woanders?

Zeuge A. S.: Wir wollen ja so wenig wie möglich an wirklichen Informationen in der Zentrale weiterverarbeiten. Das heißt, das ist so nah wie möglich am Abgriffpunkt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das heißt, wo wäre - - Der Separator sitzt wo?

Zeuge A. S.: Beim Provider.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Beim Provider. - Der DAFIS-Filter sitzt wo?

Zeuge A. S.: Das weiß ich nicht genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge A. S.: Das kann man sowohl beim Provider machen - - Das System ist ja modular aufgebaut. Ich vermute mal, in der ersten Ausbaustufe - das war also gegen Ende der Zeit, als ich da in dem Bereich gearbeitet habe - werden wir das vor Ort gemacht haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist Ihnen denn bekannt, dass man es irgendwann nicht mehr vor Ort gemacht hat, sondern in Anlagen des BND?

Zeuge A. S.: Nein, ist mir nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist Ihnen nicht bekannt. Okay. - Nach dem Separator, wenn die paketvermittelten Daten zu sinnvollen Daten wieder zusammengesetzt werden, wo erfolgt das? Das muss ja dann denklogisch auch irgendwo in der Nähe des Providers und nicht beim BND stattfinden, richtig?

Zeuge A. S.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil sonst, wenn DAFIS auch in der Nähe des Providers stattgefunden hat wohl zu Ihrer Zeit und der

Separator auch da war, dann kann es ja nicht woanders sein, außer es wäre noch mal über eine Kurve geleitet worden.

Zeuge A. S.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Kann ich mir das vorstellen, dass diese Prozesse in wahnsinnig schneller Zeit ablaufen, während die Daten da durchfließen, ohne Zwischenspeicherung, Pufferung?

Zeuge A. S.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, vor dem Separator sitzt dann dieses T-Stück - richtig? -, -

Zeuge A. S.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - was meine Glasfaserdaten einmal in den weiteren Prozess des Providers weiterschickt - da, wo sie hinsollten -

Zeuge A. S.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und den Teil, der ausgeleitet wird. Dann brauche ich natürlich beim Provider schon einen Raum, wo diese ganze Technik und Infrastruktur sitzt.

Zeuge A. S.: Ja, richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es wurde ab und zu mal davon gesprochen, dieses T-Stück, da würde eine Kopie einer Strecke erzeugt. Wie würden Sie dann diesen Begriff „die Kopie einer Strecke“ werten? Wird da eine Kopie erzeugt?

Zeuge A. S.: Ist das eine Kopie? Ich weiß es nicht genau. Physikalisch ist es so, dass Sie das Signal, was auf der Leitung ist, in irgendeinem Verhältnis teilen. Da es hier um Licht geht, spalten Sie eben einen Teil des Lichtes ab, sagen wir mal, 90 zu 10, und leiten dann - - Also, 90 Prozent gehen weiter in der Leitung, und 10 Prozent werden dann abgeleitet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Geht da Licht in den Separator? Ist das noch Glasfaser?

Zeuge A. S.: Das ist Glasfaser, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, also ist es Licht, was in den Separator geht.

Zeuge A. S.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es ist noch nicht umgewandelt in digitales eins und null?

Zeuge A. S.: Nein, es ist Licht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und den Separator verlässt es wie?

Zeuge A. S.: Es gibt verschiedene Module dafür, entweder auch wieder Licht oder aber elektrisch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und nach Ihrer Erkenntnis gibt es keine Zwischenspeicherung auf Servern oder sonst wie auf dem Weg in den Separator, aus dem Separator raus zum Zusammensetzen der Module, also zum Zusammensetzen der bestimmten Inhalte zum DAFIS-Filter? Da wird nach Ihrer Kenntnis keine Speicherung, Pufferung etc. durchgeführt?

Zeuge A. S.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Wenn es dann aus dem DAFIS-Filter rauskommt, was passiert dann mit den Daten?

Zeuge A. S.: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, nach dem DAFIS-Filter waren Sie dann nicht mehr zuständig? Da wissen Sie nichts?

Zeuge A. S.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie Erkenntnisse darüber, wie effizient der Separator war? Insbesondere spiele ich jetzt nicht darauf an, wie viel Müll da weggeschmissen worden ist, sondern auf die G-10-Filterung und Nicht-G-10-Filterung, also die Trennung in G 10 und nicht

G 10? Wie ist das da zu Beginn gewesen, als man noch keine große Erfahrung hatte, wie Sie sagten, und wie ist das weitergelaufen?

Zeuge A. S.: Wir waren uns einig darüber, dass wir die - - Ich hatte ja genannt, dass wir vier Kategorien oder vier Klassen benannt hatten, die der Separator separieren soll. Davon war eine „nicht identifiziert“. Wir haben uns darauf geeinigt, dass „nicht identifiziert“ zu behandeln ist wie G-10-Verkehr. Über die Genauigkeit am Anfang kann ich Ihnen nichts Genaues sagen, aber es gab mal irgendwie so eine Zahl. Ich meine, dass bei den Ausland-Ausland-Verkehren irgendwie nur maximal 1 Prozent des Verkehrs rauskam, was dem geschuldet war, dass wir eben das, was nicht identifiziert war, dem G 10 zugeschlagen haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also selbst bei Ausland-Ausland haben Sie 99 Prozent dem G 10 zugeschlagen? Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge A. S.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann noch mal. 1 Prozent haben Sie dem G 10 zugeschlagen.

Zeuge A. S.: Es gab vier Klassen. Drei davon sind relevant, nämlich „gesichert G 10“, „gesichert Ausland-Ausland“ und „nicht identifiziert“. Den Teil „Müll“ betrachten wir nicht weiter; der wurde nicht weiter betrachtet. Der Teil „nicht identifiziert“ wurde dem G-10-Zweig zugeschlagen, und für „Ausland-Ausland“ blieb 1 Prozent der Datenrate übrig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay. Dann ist es klar; dann habe ich es verstanden, hoffentlich. - War das die Zahl, die Sie im Test- bzw. Probetrieb ermittelt hatten oder schon im Regelbetrieb?

Zeuge A. S.: Ich bin nur beim Probetrieb dabei gewesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Von wann bis wann ging dieser Probetrieb?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge A. S.: Soweit ich mich erinnere, haben wir im November 2005 - da hatte ich den Bereich schon verlassen - den Separator oder das Erfassungssystem beim Provider installiert, und danach - - Ich weiß nicht mehr genau, von wann die Anordnung ist. Ab dann drei Monate ist der Probebetrieb.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur damit ich es verstehe: Sie sagen also, irgendwo in 2005 hat es nach drei Monaten nach der Anordnung den Probebetrieb gegeben, oder wie muss ich das verstehen?

Zeuge A. S.: Nein. Sobald wir die Anordnung hatten -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie meinen die G-10-Anordnung?

Zeuge A. S.: - die G-10-Anordnung, genau -, haben wir das System beim Provider aufgebaut und in Betrieb genommen und den Probebetrieb begonnen. Von da ab drei Monate ist der übliche Zeitraum.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Für den Probebetrieb?

Zeuge A. S.: Für den Probebetrieb, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, dann ist man irgendwann ab 2006, würden Sie sagen, in den Regelbetrieb gegangen?

Zeuge A. S.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da waren Sie aber nicht mehr dabei?

Zeuge A. S.: Da war ich nicht mehr dabei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. Schade. - Gut, ich wäre jetzt erst mal mit den ersten Eingangsfragen durch. Alles Weitere kann ja dann im Laufe der Fragerunden kommen.

Wir kommen jetzt - ich hatte es Ihnen ja angekündigt - zu den Fragen der Fraktionen. Das geht

nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, jeweils nach Redezeit. Die Fraktion der CDU/CSU hat 27 Minuten, die SPD 17 Minuten, und auf Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke entfällt jeweils eine Fragezeit von acht Minuten. Wir beginnen in der ersten Fragerunde in der Reihenfolge Fraktion Die Linke, dann die Fraktion der SPD, dann die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, dann die Fraktion CDU/CSU, und ab der zweiten Fragerunde ist die Reihenfolge Die Linke, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD. So geht es dann in jeder Fragerunde, wenn sie denn dann kommen sollten, weiter.

Ich würde jetzt für die ersten Fragen der Fraktion Die Linke das Wort geben. Frau Kollegin Renner, nehme ich an? - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr A. S., wurde bei dem technischen Aufbau des Erfassungssystems auch auf Hardware- und Softwarekomponenten von kommerziellen Anbietern zurückgegriffen?

Zeuge A. S.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie uns aus Ihrer Erinnerung heraus sagen, welche Firmennamen das waren?

Zeuge A. S.: Das kann ich nur in nichtöffentlicher Sitzung machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann müssen wir das nachholen. - Haben Sie bei dem Aufbau des Erfassungssystems auch mit der NSA kooperiert?

Zeuge A. S.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie Komponenten, die von NSA oder einem anderen Nachrichtendienst eines Five-Eyes-Staates möglicherweise dem BND zur Verfügung gestellt wurden, verbaut?

Zeuge A. S.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie mit sogenannten Contractors zusammengearbeitet?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge A. S.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht. - Hatten Sie überhaupt zu dem Aufbau dieses Erfassungssystems Kontakt zur NSA oder anderen ausländischen Nachrichtendiensten in der Projektierung?

Zeuge A. S.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht.

Zeuge A. S.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben den Auftrag erhalten aus dem Haus von Ihrem Vorgesetzten, oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge A. S.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war zu dem Zeitpunkt wer?

Zeuge A. S.: Ich gehe davon aus, das war der General Breitfelder.

Martina Renner (DIE LINKE): Und er hatte Ihnen gegenüber nie gesagt, dass bei diesem Projekt auch die Weitergabe von Daten an die NSA eine Rolle spielen könnte? Das haben Sie nie gehört in Arbeitsbesprechungen?

Zeuge A. S.: Doch.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, das wussten Sie?

Zeuge A. S.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat das auf die Konfiguration des Erfassungssystems Einfluss gehabt, dass das Ziel war?

Zeuge A. S.: Nicht wirklich.

Martina Renner (DIE LINKE): Das hilft mir nicht.

Zeuge A. S.: Die Auftrennung von G 10 und nicht G 10 ist unabhängig davon, ob wir mit einem Partner zusammenarbeiten oder nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, aber der Partner könnte ja gesagt haben: Ich habe an den möglichen Datenarten, die da zur Verfügung gestellt werden könnten - Metadaten, Netzwerkdaten, Voice-over-IP usw. - besonderes Interesse. - Es könnte ja so sein.

Zeuge A. S.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Hat zum Beispiel so etwas bei der Aufstellung des Erfassungssystems eine Rolle gespielt, dass es ein besonderes Interesse auf bestimmte Datenarten gab?

Zeuge A. S.: Das ist nicht meine Entscheidung gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das ist auch nicht die Frage, ob es Ihre Entscheidung war, sondern ob es besondere Anforderungen an das Erfassungssystem gab, dass bestimmte Datenarten dort erfasst werden sollten.

Zeuge A. S.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gab keine besonderen Anforderungen, zum Beispiel das Erfassen von Metadaten?

Zeuge A. S.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben gesagt, es wurden dann an Module und Systemkomponenten nach der Separation entweder Licht oder elektronisch vermittelte Daten ausgeleitet. Können Sie das ein bisschen genauer beschreiben: An welche Module sind welche Daten über Lichtwellenleiter weitergelaufen, und an welche Module sind Daten elektrisch vermittelt worden?

Zeuge A. S.: Zur damaligen Zeit gab es diese Module per Licht oder elektrisch. Da wir das versucht haben auf handhabbare Datenraten zu reduzieren, ist das überwiegend mit elektrischen Leitungen gemacht worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Und zu welchen Modulen ist per Lichtwellenleiter übertragen worden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge A. S.: Nur zum Eingang des Separators.

Martina Renner (DIE LINKE): Vorhin haben Sie aber gesagt, auch aus dem Separator raus.

Zeuge A. S.: Es war eine Option.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach, es ist aber so nicht realisiert worden?

Zeuge A. S.: Wir müssen uns darauf einstellen, dass die Datenraten steigen. Deswegen haben wir die Geräte immer so konzipiert, dass sie möglichst lange weiterverwendet werden können, da solche Geräte sehr teuer sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage jetzt noch mal ganz konkret: Wurden auch Netzwerk- und Signaldaten des Providers ausgewertet, weitergeleitet, ausgelesen? Sie müssen mal absehen: Ich bin keine Technikerin. Ich weiß nicht, ob ich jetzt den richtigen Begriff wähle. Aber Sie wissen, was ich mit Netzwerk und Signaldaten meine. Sind die auch besonders erfasst und weitergeleitet worden?

Zeuge A. S.: Die sind besonders erfasst worden für unsere internen Zwecke, und zwar geht es darum, die Systeme zu dimensionieren. Das heißt, wir müssen in etwa einen Anhaltspunkt haben, wie viel E-Mail-Verkehr in solch einer Leitung drin ist, damit wir wissen, wie die Systeme, die zur weiteren Verarbeitung verwendet werden, dimensioniert werden müssen.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Netzwerk- und Signaldaten kamen woher? Aus dem Routineverkehr?

Zeuge A. S.: Hm.

Martina Renner (DIE LINKE): Aus dem - - Wo kamen die - - Oder aus allem?

Zeuge A. S.: Aus allem.

Martina Renner (DIE LINKE): Darauf wollte ich hinaus. - Wusste das TK-Unternehmen, dass Sie die Netzwerk- und Signaldaten auch erfassen

und auswerten, weil das durchaus Betriebsgeheimnisse vielleicht berührt?

Zeuge A. S.: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Es fand bei dieser Erfassung der Netzwerk- und Signaldaten also keine 20-Prozent-Reduktion statt. Habe ich das jetzt so verstanden? Richtig? Wenn die aus allem kamen?

Zeuge A. S.: Ja, Moment: Aus den Leitungen, die angeordnet waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Aber vor der Trennung in Routine und G 10?

Zeuge A. S.: Vor der Trennung. Das sind allerdings auch nur Sachdaten, die wir da rausziehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Was man nachrichtendienstlich mit Netzwerk- und Signaldaten wohl noch alles machen kann, das werden wir hier diskutieren. Da sind Sie jetzt nicht der richtige Zeuge. Aber es gibt durchaus auch nachrichtendienstliche Verwendungen für Netzwerk- und Signaldaten, die über das hinausgehen, was man irgendwie zur Anpassung der eigenen Erfassungssysteme braucht.

Zeuge A. S.: Gut, dann müssen wir das ein bisschen genauer diskutieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge A. S.: Erklären Sie mir, welche Netzwerk- und Signaldaten Sie meinen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich weiß ja nicht, welche Sie erfasst haben. Das ist ja mein Problem.

Zeuge A. S.: Gut.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Dann erklären Sie, welche Sie erfasst haben, genau.

Zeuge A. S.: Gut. Um es noch mal darzustellen: Die Verarbeitung von E-Mail bedeutet, dass man



Nur zur dienstlichen Verwendung

einzelne Pakete sammelt und die Pakete dann zusammensetzt in der richtigen Reihenfolge - möglicherweise ist eine Kodierung drauf; das müssen Sie runternehmen -, damit Sie am Ende eine E-Mail haben, die mit DAFIS gefiltert werden kann. Das ist ein aufwändiger Prozess. Dafür muss man Hardware zur Verfügung stellen. Je nachdem, wie viel Aufkommen in dem gesamten Strom drin sind, müssen Sie entsprechend viel Hardware vorhalten. Um das in etwa abschätzen zu können - wenn Sie das nämlich nicht machen, dann können Sie irgendwann mal nicht den gesetzlichen Auftrag erfüllen; so ist das nun mal -, muss man eben so eine Abschätzung machen: Wie viel Hardware braucht man? Dafür werden eben Daten aufgenommen, wie viel E-Mail-Verkehr in etwa - - oder wie hoch die Datenrate des E-Mail-Verkehrs ist. Das ist aber nur eine Abschätzung. Das ist kein exakter Wert. Das können wir da vorne gar nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben an anderer Stelle im sogenannten Schwachstellen-Bericht eine Bezeichnung gefunden: BGP- und LDP-Daten. Ist das damit gemeint?

Zeuge A. S.: Das sagt mir jetzt nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Das sagt Ihnen nichts?

Zeuge A. S.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind die auch weitergeleitet worden, oder entzieht sich das Ihrer Kenntnis? Also, sie sind erfasst worden vor der Trennung in Routine und G 10. Aber was ist danach mit den Daten passiert?

Zeuge A. S.: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das?

Zeuge A. S.: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie noch, an welches Modul die weitergeleitet wurden?

Zeuge A. S.: Es gibt nur quasi einen Steuerungsrechner für diesen Separator, und genau dahin wird das weitergeleitet, mehr nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Konnte man mittels eines Viewers auf diese Signaldaten sehen?

Zeuge A. S.: Das verstehe ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Konnte man sich im laufenden Datenstrom mit Hilfe eines Viewers, also quasi wie eines Snapshots, auf die Daten draufschauen, ohne sie jetzt zu bearbeiten, speichern, um zum Beispiel zu gucken, ob sie richtig zusammengesetzt sind oder so etwas?

Zeuge A. S.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Zeuge A. S.: Man kann auf die Informationen in der Vergangenheit schauen. Das heißt, Sie haben in etwa ein Bild von dem, wie sich der Verkehr aufteilt

Martina Renner (DIE LINKE): Aber auf die aktuelle Erfassung konnten Sie nicht - -

Zeuge A. S.: Nein, es ist - - Ja, wie soll ich das erklären? Das kann ich auch nur in nichtöffentlicher Sitzung machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde jetzt noch eine Frage zulassen, weil wir dann auch wahrscheinlich für die namentliche Abstimmung unterbrechen müssen. Es macht jetzt keinen Sinn, mit einer neuen Fraktion anzufangen.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann darf ich es noch mal zuspitzen. Ob Sie dazu in Arbeitsbesprechungen mal Überlegungen hatten oder gehört haben, dass diese Netzwerk- und Signaldaten möglicherweise zum Betriebs- und Geschäftsgeheimnis des Providers gehören.

Zeuge A. S.: Davon weiß ich nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Dann würde ich den Komplex erst mal abschließen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann würde ich vorschlagen, dass wir an dieser Stelle die Sitzung unterbrechen, damit wir zur namentlichen Abstimmung gehen können, die in wenigen Minuten ansteht. Es sind noch zwei Redner. Es muss also nicht gesprintet werden.

Ich unterbreche die Sitzung jetzt, bis die namentliche Abstimmung dann auch durch ist. - Danke schön.

(Unterbrechung von
16.28 bis 16.58 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir setzen die unterbrochene Beweissitzung fort. Nach der Fraktion der Linken bekommt jetzt in der ersten Fragerunde die Fraktion der SPD das Wort. Ich weiß jetzt nicht, wer beginnt. - Herr Kollege Flisek, ich darf Ihnen das Wort geben.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, zunächst einmal meine Frage: Bei dem Separator, war der auch mit einem Suchprofil ausgestattet? Sprich: Sind dort Selektoren eingesetzt worden?

Zeuge A. S.: Was verstehen Sie unter Selektoren? So früh ist das Kriterium sehr grob.

Christian Flisek (SPD): Bitte?

Zeuge A. S.: So früh ist das Kriterium sehr grob, nach dem Sie selektieren oder filtern.

Christian Flisek (SPD): Ja, ob Begriffe beispielsweise dort - - Ob ein Profil angelegt worden ist, wo entsprechende geprüfte und freigegebene Begriffe -

Zeuge A. S.: Nein.

Christian Flisek (SPD): - zur Filterung eingesetzt worden sind.

Zeuge A. S.: Geht auch nicht.

Christian Flisek (SPD): Das geht gar nicht?

Zeuge A. S.: Das geht gar nicht.

Christian Flisek (SPD): Hatten Sie während Ihrer Tätigkeit denn überhaupt mit dem Einsatz von Selektoren bzw. mit der Prüfung von Selektoren zu tun?

Zeuge A. S.: „Mit der Prüfung von Selektoren“ verstehe ich nicht. Aber ich hatte mit den Sachen nichts zu tun.

Christian Flisek (SPD): Das war überhaupt nicht Ihr Aufgabenbereich?

Zeuge A. S.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Dann komme ich noch mal selber zu der Anlage. Die Anlage, wie wurde die gesteuert? Gab es dort die Möglichkeit einer Fernsteuerung, beispielsweise von der BND-Zentrale aus?

Zeuge A. S.: Das kann ich Ihnen nicht genau sagen.

Christian Flisek (SPD): Weil Sie es nicht wissen, oder - -

Zeuge A. S.: Es ist ja grundsätzlich ein Fernzugriff nicht zulässig. Es gibt schon die Möglichkeit - und das wurde auch vom BSI eingeräumt -, gewisse, sagen wir mal, lebenswichtige Funktionen abzuprüfen, damit man weiß, ob das System funktioniert oder nicht.

Christian Flisek (SPD): Über eine Fern- - Ich sage mal: Über eine Fernwartung? Vielleicht kann man es so bezeichnen.

Zeuge A. S.: Über eine Fernwartung, ja. Das nennt sich Management des Systems.

Christian Flisek (SPD): Welche Funktionen - - Können Sie das mal spezifizieren, welche Funktionen das waren?

Zeuge A. S.: Es geht grundsätzlich darum, ob das funktioniert oder nicht, also ob es noch lebt oder nicht. Mehr nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Und wie lief das dann ab? Da saß jemand, oder - - Ist das über eine Software gesteuert worden? Oder ist das eine Lampe gewesen? Wenn die an war, dann lebte das System noch.

Zeuge A. S.: So können Sie sich das vorstellen. Das ist eine Lampe, grün oder rot - das System funktioniert, oder es funktioniert nicht.

Christian Flisek (SPD): Kam es vor, dass es mal nicht funktionierte, dass die Lampe rot war?

Zeuge A. S.: Beim Separator kann ich Ihnen das nicht sagen, weil ich da nicht mehr in Gänze beteiligt war. Bei anderen Systemen ist das gelegentlich vorgekommen.

Christian Flisek (SPD): Und was ist dann passiert?

Zeuge A. S.: Wir haben eine Möglichkeit eingebaut, die ziemlich radikal ist. Weil es sehr aufwendig ist, jedes Mal zum Provider zu fahren und dort irgendwelche Wartungsmaßnahmen vorzunehmen, gibt es die Möglichkeit, einfach die Steckdose auszuschalten und wieder anzuschalten und zu hoffen, dass das System wieder so hochfährt, dass es wieder funktioniert. Wenn das nicht funktioniert, dann muss jemand tatsächlich vor Ort fahren und das System wieder in Betrieb nehmen.

Christian Flisek (SPD): Und wie oft war das dann, dass jemand vor Ort hingefahren ist? Sind die nur hingefahren, wenn die Lampe rot war, oder - -

Zeuge A. S.: Nein. Das Problem in der Umgebung war im Wesentlichen Staub. Das heißt, es musste spätestens alle zwei Monate jemand dorthin fahren und den Staub von den Geräten absaugen.

Christian Flisek (SPD): Also sehr banale Dinge?

Zeuge A. S.: Richtig.

Christian Flisek (SPD): War das denn insgesamt störanfällig, oder lief der Betrieb rund?

Zeuge A. S.: Der Betrieb lief rund.

Christian Flisek (SPD): Ich frage jetzt noch mal in Bezug auf den Erfassungskopf selber. Ich weiß nicht, ob Sie uns dazu was sagen können. Welche Maßnahmen wurden denn unternommen, damit sozusagen auch da die Sicherheit, jetzt auch im Sinne einer Sicherheit, dass kein anderer, Unberechtigter Zugriff hat - - Wie wurde das sichergestellt? Welche Maßnahmen wurden da ergriffen?

Zeuge A. S.: Es gibt zum einen materielle Maßnahmen. Das heißt, wir haben eine Vorgabe für einbruchsichere Türen bekommen von unserem Sicherheitsbereich. Diese Türen sind auch extra eingebaut worden in den Räumen. Zum anderen ist eine Alarmanlage installiert worden. Das heißt, ohne Ausschalten der Alarmanlage konnten Sie überhaupt nicht in den Raum rein. Dann sind die Racks verschließbar.

Christian Flisek (SPD): Das habe ich jetzt gerade akustisch nicht verstanden. Was ist verschließbar?

Zeuge A. S.: Die Racks, also da, wo die Geräte eingebaut werden. Das sind Schaltschränke. Die haben Türen, und die sind verschließbar. Dann: Die Systeme, die dort eingebaut sind, haben grundsätzlich einen Passwortschutz. Ja, ansonsten müssten Sie konkreter nachfragen. Dann könnte ich Ihnen was Genaueres sagen. Mir fällt im Moment nicht mehr dazu ein.

Christian Flisek (SPD): Ich frage mal so, jetzt umgekehrt: Die Leute, die dann dorthin gefahren sind oder die dann Zutritt hatten, wurden die auf BND-Seite noch mal in besonderer Weise überprüft, geprüft?

Zeuge A. S.: Moment. Das waren nur BND-Mitarbeiter.

Christian Flisek (SPD): Ja. Aber sind die dann noch mal irgendwie, bevor sie sozusagen diese Rechte hatten, dass man dahin kam, dass man sozusagen die Alarmanlage ausschalten konnte, durch die Tür ging, ein Passwort hatte, einen Schlüssel für die Serverschränke hatte, musste man da noch mal eine speziellere Prüfung - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Eine Sicherheitsüberprüfung, wurde die vorgenommen, oder reichte das aus: Das waren BND-Mitarbeiter?

Zeuge A. S.: Es sind alles Ü3-überprüfte Mitarbeiter.

Christian Flisek (SPD): Gut. Dann frage ich noch mal so: Wenn man dann dort war und - ich sage mal - irgendwelche gesicherten Türen oder Schränke geöffnet hat, wurde das protokolliert, jeder einzelne Zutritt oder jede einzelne Maßnahme, selbst das Absaugen von Staub, von mir aus?

Zeuge A. S.: Nicht jede einzelne Maßnahme. Die Alarmanlage, die von der Sicherheitsabteilung installiert wurde, hat jeden Zutritt zum Raum protokolliert, also das Ausschalten der Alarmanlage, der Zutritt wurde protokolliert, das Abschließen und das Scharfstellen der Alarmanlage. Darüber hinaus gibt es ganz normale Sicherheitsprotokolle, die jedes Betriebssystem anfertigt.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie wussten - - oder es wurde nicht dokumentiert, wer jetzt genau wann wie lange in so einem Raum verweilte beispielsweise? Ich halte das ja durchaus für relevant - sonst würde ich nicht fragen -, dass ich sage: Wenn ich jetzt so einen neuralgischen Punkt habe bei einem Kabelüberwachungsprojekt, sage ich jetzt mal, dann stellt sich die Frage: Wer hat wann Zugang gehabt? Wie lange war er da? Wann ging er wieder raus? Wer war gegebenenfalls noch dabei? Ist so was protokolliert, dokumentiert worden?

Zeuge A. S.: Wie gesagt, die Alarmanlage hat eine ganze Menge protokolliert von diesen Zugängen. Es wurde jeder Zugang protokolliert.

Christian Flisek (SPD): Auch die Identität?

Zeuge A. S.: Die Identität nicht. Es ist sehr restriktiv gehandhabt worden. Zum einen haben wir vom Provider Ausweise bekommen. Nur mit diesen Ausweisen ist ein Zugang zum Gebäude überhaupt möglich. Zum anderen mussten wir

uns anmelden. Es war ein Zutritt nur zu büroüblichen Zeiten möglich. Ja, was noch? Ansonsten: Im Großen und Ganzen war es das.

Christian Flisek (SPD): Und wenn BND-Mitarbeiter da waren, waren die dann in der Regel alleine da, oder waren dann Mitarbeiter auch des Netzbetreibers da?

Zeuge A. S.: Also, erst mal bin ich Verantwortlicher gewesen. Das heißt, bei den meisten Besuchen war ich mit dabei. Es gibt Ausnahmen, wo zum Beispiel Kryptologie erneuert werden musste. Dafür müssen nur Chipkarten getauscht werden. Da ist auch mal ein Mitarbeiter alleine gefahren. Aber zumindest habe ich dann kontrolliert, ob der sich da unnötig lange aufgehalten hat oder ob der seine Arbeit aus meiner Sicht in einer akzeptablen Zeit erledigt hat und dann wieder zurückgekehrt ist. Es gibt auch noch ein paar Mitarbeiter, denen ich von Anfang an vertraut habe, die sehr bei den Aufbauten mitgeholfen haben, weil es wirklich - - Es ging halt bei den Aufbauten immer darum, wirklich von der Elektroinstallation bis hin zum Betrieb des Systems aufzubauen.

Christian Flisek (SPD): Ich frage mal jetzt offen: Gab es während dieser Zeit, in der Sie das Projekt - ich sage jetzt mal - begleitet haben, verantwortlich in Ihrem Bereich, gab es irgendwelche Auffälligkeiten unter sicherheitsrelevanten Aspekten?

Zeuge A. S.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Keine?

Zeuge A. S.: Keine.

Christian Flisek (SPD): Da ist Ihnen nichts bekannt?

Zeuge A. S.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Grundsätzlich auch noch mal meine Frage. Wir hatten einen Zeugen hier - das war der G-10-Jurist des BND -, und der hat uns berichtet, dass unter seiner Auf-



Nur zur dienstlichen Verwendung

sicht das Suchprofil eingespielt worden sei. Können Sie dazu etwas - - Ist Ihnen das Verfahren bekannt? Können Sie dazu etwas sagen? Oder waren Sie bei diesem Einspielen mit in Frankfurt dabei?

Zeuge A. S.: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich damals dabei war. Aber das Verfahren ist mir bekannt.

Christian Flisek (SPD): Können Sie das Verfahren mal schildern, wie so was aussieht, wie so was vonstatten geht?

Zeuge A. S.: Gut. Das Verfahren funktioniert so: Es ist ein technischer Mitarbeiter, der die Anlage kennt, der weiß, wie man die Sachen konfiguriert, und ein Jurist. Der Jurist bringt das Profil auf einer CD mit. Es wird unter seiner Aufsicht von dem technischen Mitarbeiter in das System eingespielt. Danach nimmt der Jurist die CD wieder entgegen, oder sie wird direkt vor Ort vernichtet.

Christian Flisek (SPD): Also ein relativ banaler Vorgang eigentlich?

Zeuge A. S.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Ich würde jetzt vielleicht noch mal eine Rückkopplung machen. Heute hatten wir einen ersten Zeugen hier gehabt, der vom BSI war, der sich dort mit Zertifizierungsverfahren beschäftigt hat, Prüfverfahren, entsprechenden Prüfverfahren nach der TKÜV. Im Wesentlichen wurde bei uns jetzt in der Zeugeneinvernahme herausgearbeitet, dass dieses Prüfverfahren im Wesentlichen unmittelbar nach der Entwicklung eines solchen Systems - ich nenne das jetzt mal ein System - ansetzt und keine Prüfung im Wirkbetrieb ist. Wenn man dann sozusagen von einem BSI-zertifizierten System spricht, frage ich Sie jetzt auch ganz offen: Welche Aussage - qualitativ - ist denn damit nach Ihrer Ansicht verbunden?

Zeuge A. S.: Zum einen ist es so, dass wir das BSI entwicklungsbegleitend eingebunden haben, gerade bei dem Teil, wo der Separator mit dabei

war. Das heißt, wir wollten diesen Zertifizierungsprozess nicht unnötig in die Länge ziehen, außerdem auf mögliche Einwände des BSI reagieren können. Es gab mit dem BSI, also nicht mit dem entsprechenden Mitarbeiter, sondern mit seinem Vorgesetzten, ein Einvernehmen, dass eine Art Typprüfung vorgenommen wird. Das heißt zum Beispiel, eine Skalierung des Systems ist für die Zertifizierung unschädlich.

Christian Flisek (SPD): Ist für die -

Zeuge A. S.: - Zertifizierung unschädlich.

Christian Flisek (SPD): Unschädlich, aha. - Wir haben ja den Prüfbericht auch heute zum Gegenstand der mündlichen Verhandlung oder der Zeugeneinvernahme hier gehabt. Ich darf den jetzt auch noch mal heranziehen und darf Ihnen da gerade unter Punkt 7 im Prüfergebnis noch mal den zweiten Absatz auch vorlesen. Da heißt es - das ist, wie gesagt, der BSI-Prüfbericht - :

Die geprüften und umgesetzten Anforderungen und Maßnahmen sind jedoch vielfach abhängig von der richtigen Konfiguration der Komponenten und damit von Einstellungen, die erst im operativen Einsatz erfolgen.

Auch da noch mal natürlich der Ansatz: Das Ganze, die Prüfung für die Zertifizierung, fand eben nicht im Wirkbetrieb, im operativen Einsatz statt, sondern unmittelbar, nachdem das dann entwickelt wurde. Dieser Absatz oder diese Stellungnahme geht aber auch davon aus, dass im Prinzip durch die Konfiguration und durch Einstellungen - ich sage mal - natürlich auch ein Zustand herbeigeführt werden kann, der dann gegebenenfalls nicht zertifizierbar wäre, wo das BSI dann eine Zertifizierung verweigert hätte. Wie wurde denn sichergestellt im Betrieb dann, dass diese Konfigurationen nicht in einer Weise stattgefunden haben, dass das Ganze sozusagen dann in einen Bereich kippt, der problematisch wäre? Ich gehe davon aus, dass das nicht der Fall war, aber welche Maßnahmen sind denn da positiv ergriffen worden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge A. S.: Die Maßnahmen bestehen daraus, dass wir Juristen im Bereich eines - das nennt sich bei uns - G-10-Bereich haben, die auf solche Sachen schauen.

Christian Flisek (SPD): Die?

Zeuge A. S.: Die auf solche Sachen schauen und prüfen, ob das so in Ordnung ist.

Christian Flisek (SPD): Heißt das dann auch, dass Juristen dann dorthin - - Sie haben ja gerade gesagt, beim Einspielen zum Beispiel des Suchprofils - habe ich Sie richtig verstanden? -

Zeuge A. S.: Ja.

Christian Flisek (SPD): - sind Juristen vor Ort gewesen, weil die dann die CD sozusagen einerseits irgendwohin geschoben haben, und wenn sie wieder rauskamen und das eingespielt war, haben sie es vernichtet. Aber haben sich Juristen öfter vor Ort aufgehalten? Haben die Stichproben immer wieder mal gemacht? Waren die da und haben sich das angeschaut, oder haben die sich berichten lassen von beispielsweise Ihnen, was dort läuft?

Zeuge A. S.: Nein, die haben sich nicht von mir berichten lassen. Letztendlich geht es am Ende darum, die Endergebnisse zu prüfen. Wenn da irgendwas falsch laufen würde, dann würden die Juristen sicherlich auf den Bereich bei mir zukommen und würden sagen: Da stimmt vorne was nicht; das müsste geändert werden.

Christian Flisek (SPD): Aber wie würde der Jurist das erfahren?

Zeuge A. S.: Mir ist nicht ganz klar, worauf Sie hinauswollen.

Christian Flisek (SPD): Na ja, gut, ich bin ja selber Jurist. Das heißt, mir muss ja erst mal irgendein Sachverhalt zugetragen werden, sei es, ich habe dann irgendwelche Techniker, die mir berichten oder regelmäßig berichten, oder ich selber versuche, mir vor Ort mit meinem laienhaften technischen Verstand ein Bild zu machen oder

mir das dann erklären zu lassen mit entsprechenden technischen Experten.

Zeuge A. S.: Die Konfiguration wird ja nicht ohne das Einverständnis eines Juristen geändert.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Letzte Frage: Sind denn aus Ihrer Sicht während der Zeit, in der Sie dort die Verantwortung mit hatten, die BSI-Vorgaben eingehalten worden?

Zeuge A. S.: Soweit ich das als Nichtjurist beurteilen kann, ja.

Christian Flisek (SPD): Sie haben eine Einschränkung jetzt: Soweit Sie es als Nichtjurist beurteilen können. Aber es gab keine Auffälligkeiten oder irgendwie mal größere Veränderungen in diesem Bereich?

Zeuge A. S.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Okay. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr A. S., ich wollte vorweg noch mal fragen: Was war denn bis zum 14.10.2005, glaube ich, genau Ihre Aufgabe? Sie waren Leiter?

Zeuge A. S.: Ich bin Leiter eines Sachgebietes gewesen und damit verantwortlich für die Technik vor Ort, das heißt, bei diesem einen Provider.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, der Provider ist kein Geheimnis mehr. Aber sind Sie jetzt richtig beschrieben mit „Leiter EVN G 10“, oder waren Sie Leiter des Projekts „Eikon“?

Zeuge A. S.: Ich bin zeitweise Leiter des Projektes - - Na ja, für diesen Teilaspekt „Eikon“ vor Ort zuständig gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das noch mal sagen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge A. S.: Ich bin für den Teilaspekt „Eikonol“ vor Ort, Technik, zuständig gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie waren nicht Leiter des Projekts „Eikonol“? Das waren Sie nicht?

Zeuge A. S.: Es gibt ja mehrere Bereiche für - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schon klar. Aber Sie waren nicht Leiter des Projekts „Eikonol“? Sie haben ja die Definition, die Sie mir eben gesagt haben, bewusst gewählt. Deswegen werden Sie ja wohl wissen, was Sie nicht waren. Also, waren Sie jetzt für das Projekt „Eikonol“ verantwortlich oder nicht?

Zeuge A. S.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Wer war dafür verantwortlich?

Zeuge A. S.: Das - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wer war Ihr Vorgesetzter bei dem Projekt „Eikonol“?

Zeuge A. S.: Letztendlich verantwortlich ist der Abteilungsleiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Breitfelder.

Zeuge A. S.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und wenn Sie jetzt sagen, Sie waren vor Ort dafür zuständig, dann waren Sie bei der Site B dafür zuständig?

Zeuge A. S.: Ich weiß nicht mehr, welche Bezeichnung wir damals hatten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, tatsächlich?

Zeuge A. S.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Site A, Site B, Site C, das sagt Ihnen nichts?

Zeuge A. S.: Ich habe die Begriffe schon mal gehört, nur ich kann es jetzt nicht mehr zuordnen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann müssen wir regional anfangen. Wofür waren Sie zuständig?

Zeuge A. S.: Für die Technik, die vor Ort beim Provider steht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also in Frankfurt die Technik, die in Frankfurt war.

Zeuge A. S.: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür waren Sie verantwortlich und zuständig?

Zeuge A. S.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann knüpfe ich mal an den Bereich an, den der Kollege Flisek eben gefragt hat: Dieses Gebäude, in dem Räume angemietet waren: Sie haben gesagt, man hat das durch eine Alarmanlage gesichert. Warum hat man das eigentlich gemacht? War das gefährdet, oder?

Zeuge A. S.: Das ist eine Vorgabe unserer Sicherheit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber die wird ja Gründe gehabt haben, das zu machen, und als Vor-Ort-Verantwortlicher wird man das ja mit Ihnen wahrscheinlich besprochen haben. Also: Warum haben Sie eine Alarmanlage installiert?

Zeuge A. S.: Moment mal. Wir machen einen Eingriff in das Grundrecht, und wir haben dort ein Kryptogerät stehen. Da ist es selbstverständlich, dass wir eine Alarmanlage installieren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es andere Mieter als den BND in dem Gebäude?

Zeuge A. S.: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht, oder das dürfen Sie mir nicht sagen?

Zeuge A. S.: Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Halten Sie das an einem so grundrechts-sensiblen Bereich, an dem Sie einen Zugriff haben mit dieser komplizierten Technik, nicht für interessant, wer vielleicht noch im Gebäude auch außerhalb von Geschäftszeiten unterwegs ist?

Zeuge A. S.: Der Zugang zum Gebäude ist nur zu Bürozeiten möglich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für Mieter. Und es gab andere Mieter. Und Sie sagen mir jetzt, Sie wissen nicht mehr, wer andere Mieter waren. Das war nicht Teil Ihres Sicherheitskonzepts.

Zeuge A. S.: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wissen Sie nicht?

Zeuge A. S.: Ob es andere Mieter gibt oder gab.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es wurde nicht besprochen, ob in dem Gebäude, in dem Sie diesen hoch sensiblen Grundrechtseingriff, wie Sie es eben selbst gesagt haben, organisiert haben, ob es da andere Mieter gab, die Zugang in das Gebäude hatten?

Zeuge A. S.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. - Wenn Sie sagen, die Leute hatten Ausweise: Wer hatte denn alles Ausweise? Also Sie, Ihr Mitarbeiter. Und Sie waren jetzt BND vor Ort? Also, wo ist Ihr eigentlicher Sitz? Kommen Sie aus Pullach oder Bad Aibling?

Zeuge A. S.: Pullach.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Pullach. Hatten Leute aus Bad Aibling Zugang zu diesem Raum?

Zeuge A. S.: Es gibt oder es gab damals zwei Mitarbeiter, die allerdings dem Bereich technische Unterstützung zugeschlagen waren, die allerdings aus Bad Aibling kamen, die mir damals geholfen haben, die Sachen aufzubauen. Und die hatten auch einen Ausweis.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die hatten Ausweise und auch die Zugangscodes für die Alarmanlage?

Zeuge A. S.: Jawohl.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie bei den Protokollen, die die Alarmanlage sozusagen hergestellt hat, produziert hat, mal gemerkt, dass die vielleicht mal eigenständig da reingegangen sind?

Zeuge A. S.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das überprüft?

Zeuge A. S.: Ich habe jedes Mal, wenn ich die Dienststelle besucht habe, überprüft, wie oft in der Zeit, wo ich nicht da war, der Raum betreten wurde oder entschärft wurde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da gab es nie Unregelmäßigkeiten?

Zeuge A. S.: Es gab keine Unregelmäßigkeiten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis Oktober 2005?

Zeuge A. S.: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Geräte, die Sie dem BSI vorgelegt haben und die das BSI - in Anführungsstrichen - „zertifiziert“ hat, da haben Sie jetzt gesagt, es wurde nur eine Typprüfung gemacht, und man



Nur zur dienstlichen Verwendung

hätte sich im Vorfeld mit dem Vorgesetzten des Kollegen vom BSI, den wir hier gerade gehört haben, verständigt, dass man nur eine Typprüfung macht. Jetzt haben Sie eben am Anfang gesagt, Sie wussten nicht, wo diese Geräte herkommen. Da habe ich Sie schon richtig verstanden?

Zeuge A. S.: Das habe ich nicht gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann frage ich Sie jetzt noch mal: Wussten Sie, wo diese Geräte herkommen?

Zeuge A. S.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wo kamen sie her?

Zeuge A. S.: Die haben wir eingekauft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, sie kamen nicht von den Amerikanern?

Zeuge A. S.: Das System Separator usw. - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich frage nach den Racks, nach dem Zeug, was Sie in diesen Raum reingeschoben haben.

Zeuge A. S.: Es gab mehrere Systeme.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber es gab eben auch welche, die von den Amerikanern kamen.

Zeuge A. S.: Es gab Geräte von den Amerikanern dort.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das haben Sie dem BSI nicht gesagt?

Zeuge A. S.: Das haben wir dem BSI nicht gesagt, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum nicht?

Zeuge A. S.: Weil das irrelevant ist. Es sind - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wären die Amerikaner eigentlich mit mehr als einer Typprüfung einverstanden gewesen bei ihren hoch sensiblen Geräten, für die sie viel, viel Geld in die Entwicklung gesteckt haben, und da ist jetzt ein anderer Geheimdienst, der BND, und der setzt das BSI daran, das mal auf Herz und Nieren zu überprüfen, das auseinanderzuschrauben, um zu gucken, was eigentlich wie funktioniert? Wäre das denkbar gewesen, dass man das macht?

Zeuge A. S.: Durchaus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben die Amerikaner eingewilligt? Da haben die gesagt: Das könnt ihr schon machen?

Zeuge A. S.: Das ist so explizit nicht gemacht worden, aber ich habe die Sachen ja auseinandergebaut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das - - Statt des BSI haben Sie das auseinandergesetzt?

Zeuge A. S.: Ich bin halt Techniker.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssen ein bisschen auf die Zeit gucken.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sozusagen als Ersatzvornahme für das BSI diese Anlage einmal auf Herz und Nieren überprüft?

Zeuge A. S.: Ich habe zumindest stichpunktartig mir die Sachen angeschaut, was die für solche Systeme verwenden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es darüber einen Bericht oder irgendwas?

Zeuge A. S.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Ganz herzlichen Dank. - Jetzt kommen wir zur Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Kieseewetter.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich möchte zurückkommen auf das Thema der Zertifizierung und habe da eine Reihe von Fragen, zum Beispiel auch über Ihre Rolle in diesem Bereich, insbesondere, welche Rolle Sie in dem Verfahren zur Zertifizierung des sogenannten EVN G 10 III durch das BSI gespielt haben. Insbesondere haben Sie zum Beispiel technische Dokumentationen erstellt, die dem BSI dann als Grundlage für die Prüfung des Erfassungsvorhabens dienten.

Zeuge A. S.: Ich kann mich nicht genau erinnern. Ich habe damals nicht die Federführung gehabt. Ich sollte damals den Bereich, der das macht, unterstützen. Das sind ja Entwicklungsvorhaben gewesen. Meine Aufgabe war es, bei dem Zertifizierungsprozess zu unterstützen.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Die Art und Weise der Unterstützung - ging es da auch um die Verfassung von technischen Dokumentationen?

Zeuge A. S.: Ich bin mir nicht sicher, aber ich glaube, damals zumindest technische Dokumentationen geprüft zu haben.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Das wäre der andere Punkt, eben die Auswertung von Dokumentationen?

Zeuge A. S.: Ja.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Danke schön. - Auf der zweiten Seite des Prüfberichts - Ich nehme an, dass er Ihnen vorliegt oder Ihnen zumindest bekannt ist.

Zeuge A. S.: Nein.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Wenn nicht, können wir Ihnen den vorlegen.

Zeuge A. S.: Ja, bitte.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Dann bitte ich um Vorlage. Es handelt sich hierbei um MAT A BSI-8a, VS-NfD, Prüfbericht Blatt 10. Auf der zweiten Seite des Prüfberichts findet sich in einer Art Chronologie unter der Überschrift „Bezugsdokumente und erfolgte Prüftermine“ der Eintrag „Initiale Besprechung“. Ich schlage vor, dass Sie sich das erst angucken und dass ich dann die Frage stelle.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in diesen
Unterlagen)

Das ist „3. Bezugsdokumente und erfolgte Prüftermine“, dort der Eintrag „[1] Initiale Besprechung BND/BSI v. 30.03.05“.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Haben Sie an dieser ersten Besprechung teilgenommen?

Zeuge A. S.: Nein.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Das heißt, Sie können auch nicht sagen, welche weiteren Teilnehmer dort möglicherweise waren?

Zeuge A. S.: Nein.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Der erwähnte Prüfbericht - dort auf Seite 2 unter der Nummer 2; ich nehme an, dass das weiterhin vorliegt - nennt als Grundlage der Prüfung „die zu prüfenden Anforderungen ... in den diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen des novellierten G-10-Gesetzes (TKÜV § 27 Abs. 2)“. § 27 - das hatten wir heute schon vormittags - der TKÜV - damals der Absatz 2, heute der gleichlautende Absatz 3 - definiert ja detailliert die Anforderungen, die technische Geräte des Bundesnachrichtendienstes für G-10-Beschränkungsmaßnahmen zu erfüllen haben. Deren Einhaltung prüft das BSI. Erst wenn die technischen Geräte für Überwachungsmaßnahmen nach dem G-10-Gesetz zertifiziert sind, darf der BND sie einsetzen. Habe ich das richtig zusammengefasst?

Zeuge A. S.: Ich bin kein Jurist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Hm. Und als Techniker: Was sagen Sie zu meinem Deutsch?

Zeuge A. S.: Dem würde ich zustimmen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke. - Was ist aus Ihrer Sicht der Sinn dieser Zertifizierung durch das BSI? Gehe ich recht in der Annahme, dass die Zertifizierung dazu dient, die Grundrechte deutscher Bürger bestmöglich zu schützen, und dann soll es technische Vorkehrungen geben, die gewährleisten, dass G-10-Maßnahmen möglichst grundrechtsschonend durchgeführt werden. Oder worin sehen Sie als Techniker den Sinn der Zertifizierung?

Zeuge A. S.: Nein, den Sinn sehe ich genauso.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay. - In dem Schreiben, mit dem das BSI am 9. November 2005 den Prüfbericht an den BND schickte - das ist MAT A BSI-8a, VS-NfD, Blatt 7 f. -, also in diesem Prüfbericht, der auch uns im Ausschuss vorliegt, steht - ich zitiere -:

Der Prüfbericht kommt zusammenfassend zu dem Schluss, dass die geforderten Anforderungen in ausreichendem Maße erfüllt sind und damit die Konformität mit den gesetzlichen Bestimmungen in der dargelegten Tiefe nachgewiesen wurde.

Ich verstehe das so, dass die Zertifizierung des EVN G 10 III damit abgeschlossen war. Ist das richtig?

Zeuge A. S.: Das ist richtig.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie verstehen Sie diese Ausführungen im Hinblick auf Punkte wie „Prüfungstiefe“, „Grad der Durchdringung durch den BSI-Prüfer“ usw.? Gerade weil es auch heißt „in ausreichendem Maße erfüllt“, muss er ja gewisse Kriterien haben, die ihn dazu veranlassen, eben nicht zu schreiben „in befriedigendem Maße“ oder „in sehr gutem Maße“ oder wie auch immer.

Zeuge A. S.: „Ausreichend“ heißt: Es reicht aus, um diese Maßnahme oder dieses Kriterium zu erfüllen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das habe ich meinen Eltern bei einer Vier in Mathe auch immer gesagt. - Entschuldigung ... (akustisch unverständlich)

(Heiterkeit)

Zeuge A. S.: Der Gesetzgeber hat kein Notensystem vorgesehen dafür.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Bitte? Noch mal!

Zeuge A. S.: Der Gesetzgeber hat kein Notensystem dafür vorgesehen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also, es gibt kein System, wo es statt „ausreichend“ dann „in besonderem Maße“ oder so heißt? Das heißt, bei „ausreichend“ ist die Bedingung erfüllt, und darüber gibt es keine höher wertende Abstufung?

Zeuge A. S.: Nicht, dass ich wüsste.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay. Das war heute früh so nicht klar. Jetzt ist es klar.

Gibt es aus Ihrer heutigen Sicht etwas, das die damals getroffenen Feststellungen infrage stellen würde? Wäre aus Ihrer heutigen Sicht etwas an der damaligen Bewertung zu korrigieren oder zu relativieren?

Zeuge A. S.: Fällt mir im Moment nichts ein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich komme zu einem weiteren Punkt. Auf der Seite 2 des BSI-Prüfberichts findet sich unter der Überschrift „3. Bezugsdokumente ...“ - da, wo wir eben schon mal waren - eine Art Chronologie, und dort steht - ich zitiere - unter der eckig geklammerten Nummer 8: „Vor-Ort-Prüftermin im BFST-Labor sowie BND-DFmA“ - vermutlich Fernmeldeaufklärung - „v. 13.-14.09.05“. Haben Sie am Prüftermin vor Ort teilgenommen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge A. S.: Nein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wissen Sie, welche Komponenten des Systems bei solchen Prüfungen begutachtet wurden?

Zeuge A. S.: Die Komponente Separator, das Verarbeitungssystem und der DAFIS-Filter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich möchte bei dem Prüfbericht bleiben. Dort findet sich auf der Seite 2 - wiederum unter der Überschrift „3. Bezugsdokumente ...“ - in der eckig geklammerten Nummer 10: Telefonat K.../“ - geschwärzt - „Golke Prüfbericht Anmerkungen BND v. 12.10.05“. Haben Sie Kenntnisse darüber, worum es in diesem Telefonat zwischen dem BND-Mitarbeiter K. und dem BSI-Prüfer Herrn Golke ging, oder können Sie dazu in öffentlicher Sitzung etwas sagen?

Zeuge A. S.: Nein, kann ich nicht. Es ist aber üblicherweise so, dass wir den Prüfbericht vor endgültiger Version zugesandt bekommen, um gegebenenfalls Formulierungen oder Formulierungsvorschläge zu machen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wissen Sie, ob es zu Änderungen mit Blick auf den Entwurf gekommen ist?

Zeuge A. S.: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich komme zum Kapitel 7 des Prüfberichts vom 13. Oktober 2005. Dort gibt es eine Reihe abschließender Empfehlungen. Sind Ihnen diese Empfehlungen bekannt?

Zeuge A. S.: Nicht wirklich.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was heißt das? Nicht möglich?

Zeuge A. S.: Nicht wirklich.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Nicht wirklich.

Zeuge A. S.: Ich sehe die jetzt das erste Mal.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Können Sie etwas zur Umsetzung dieser Empfehlungen sagen bzw. inwieweit über Umsetzungen diskutiert, gesprochen wurde?

Zeuge A. S.: Es ist unsere Philosophie, das Vertrauen des BSI nicht zu missbrauchen. Deswegen werden solche Maßnahmen umgesetzt. Als Beispiel nehme ich das Thema mit den Festplatten. Es ist selbstverständlich, dass Festplatten, die in irgendeiner Form Daten enthalten, die möglicherweise oder auch nicht das Grundrecht der Grundrechtsträger einschränkt, entsprechend behandelt werden und gelöscht und vernichtet werden, rückstandsfrei.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dann möchte ich gerade noch mal bei den Empfehlungen bleiben. Hier heißt es auf der letzten Seite - - Unter der Überschrift „Verhinderung von Fernzugriffen ...“ gibt es eine Empfehlung - ich zitiere -:

Die Möglichkeit, den Separator-Router „in-band“ zu steuern, also über den Zugang, den der Verkehr nimmt, ist zu sperren.

Bitte erläutern Sie uns, was dies bedeutet, bzw. auch, was eine „in-band“-Steuerung ist.

Zeuge A. S.: Ja. - Routerkonfigurationen werden üblicherweise nicht vor Ort eingespielt, also das, was die Provider untereinander machen, weil das einfach zu aufwendig wäre. Es müsste jemand, ein Techniker, rumreisen und müsste diese ganze Konfiguration ändern. Das würde zumindest für den Zeitpunkt, wo Sie einen Router ändern und den Gegenpart eben nicht, zu Ausfall führen, weil erst der Techniker bis zum anderen Router reisen müsste und da die Konfiguration vor Ort einspielen müsste. Deswegen wird bei den Providern üblicherweise die Umkonfiguration „in-band“ gemacht. Das heißt, über die Verbindung, die ohnehin zwischen den beiden Routern besteht, werden Konfigurationsdaten ausgetauscht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank. - Worin liegen denn aus Ihrer Sicht die Risiken einer solchen Steuerungsmöglichkeit, oder



Nur zur dienstlichen Verwendung

gibt es brauchbare alternative Steuerungsmöglichkeiten?

Zeuge A. S.: In dem Fall geht es ja hier um ein Erfassungssystem. Da ist die „in-band“-Steuerung ausgeschaltet. Zum anderen gibt es - - Um Ihre andere Frage zu beantworten: Es gibt die Möglichkeit, das über Netzwerk oder über eine serielle Schnittstelle vor Ort zu machen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wissen Sie, wie mit der Empfehlung des BSI umgegangen wurde?

Zeuge A. S.: Es ist selbstverständlich, dass die „in-band“-Steuerung ausgeschaltet wurde.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich komme zu meiner letzten Frage in dieser Runde. Auf Seite 3 des Prüfberichts wird kurz das Thema Routineverkehr behandelt. Dieser Routineverkehr wurde vom zuständigen Prüfer des BSI - ich zitiere wörtlich - „nicht weiter betrachtet und die betreffenden weiterführenden Verarbeitungszweige nicht weiter behandelt“. Diesen Ausführungen entnehme ich, dass das BSI davon ausging, dass der im Rahmen einer G-10-Maßnahme anfallende Routineverkehr in einem anderen Verarbeitungsstrang weiterverarbeitet werden sollte oder zumindest werden könnte. Können Sie bestätigen, dass das so war?

Zeuge A. S.: Dass was jetzt so war? Dass BSI das klar war oder dass wir das gemacht haben?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Zunächst einmal, dass dem BSI das klar war, aber dann auch, dass der anfallende Routineverkehr in einem anderen Verarbeitungsstrang weiterbearbeitet werden sollte oder hätte werden können.

Zeuge A. S.: Erstens mal war es BSI klar, dass wir das tun können. Das ist offen kommuniziert worden. Zum anderen war das ja Sinn des Separators, dass wir relativ frühzeitig eine Aufteilung machen können, damit wir die rechtlichen Anforderungen der zwei unterschiedlichen Erfassungsarten erfüllen können.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Konnte das BSI also aus den von Ihnen im Rahmen der Zertifizierung vorgelegten Unterlagen ersehen, dass der BND im Rahmen seiner Befugnis aus § 1 Absatz 2 des BND-Gesetzes auch bei den G-10-Beschränkungsmaßnahmen anfallende Routineverkehre auswerten wollte?

Zeuge A. S.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Sind Ihnen Bedenken dagegen bekannt geworden?

Zeuge A. S.: Soweit ich mich erinnere - da muss ich gerade noch mal schauen -, hat Herr Breitfelder am 12.02.2004 ein Schreiben entworfen oder abgeschickt, dass das Einvernehmen mit der RegTP hergestellt werden muss, die Zertifizierung durch BSI und eben das abschließend noch zu klären wäre, ob der Zugriff auf Routineverkehr rechtens ist.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Prima, das reicht uns. Von unserer Arbeitsgruppe in dem Durchgang keine weiteren Fragen. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion Die Linke in der zweiten Frageunde, und es beginnt Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr A. S., erst mal noch mal eine triviale Frage, weil es einen Widerspruch gibt zu Aussagen von anderen Mitarbeitern des BND. Sie haben jetzt gesagt, Sie haben vom Provider einen Ausweis bekommen, um bei der Telekom hineinzugehen. Andere haben gesagt, dass man dort unter der Legende „Institut für Fernmeldestatistik“ ins Haus gelangt ist. Was stimmt denn jetzt?

Zeuge A. S.: Das ist kein Widerspruch.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, okay. Aber die Telekom hat den Ausweis ausgestellt, auf dem dann „Institut für Fernmeldetechnik“ stand?

Zeuge A. S.: Stimmt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Und alle Mitarbeiter des BND sind darüber ins Haus gelangt?

Zeuge A. S.: Richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Dann hat sich das jetzt für mich geklärt.

Dann sprachen Sie von einem Kryptogerät. Muss ich mir darunter das vorstellen, was in den Unterlagen „SINA“ heißt?

Zeuge A. S.: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann blicke ich da auch durch.

Dann noch mal eine für uns generelle Frage: Welche Übertragungskapazität sollte denn der Separator aufnehmen können? Vielleicht können Sie das ein bisschen differenzieren nach Probebetrieb, und dann haben wir mal gehört: eingeschränkter Probebetrieb, eingeschränkter Wirkbetrieb, voller Wirkbetrieb. Gab es da eine Veränderung, eine Steigerung, oder war das immer gleich konzipiert?

Zeuge A. S.: Das liegt außerhalb der Zeit, in der ich dort tätig war. Der Probebetrieb war 10 Gigabit pro Sekunde.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich habe noch mal eine Frage zu dem, was ich jetzt mal „Erfassungssystem“ nenne, also nicht im engeren Sinne nur Separator. Uns wurde hier auch von Zeugen berichtet, dass ein Teil der Technik des BND und möglicherweise damit auch der Separator als Frontend nicht in den drei besonders gesicherten Räumen des BND untergebracht war, sondern sich im Betriebsraum 3 der Telekom befand. Ist das richtig oder falsch?

Zeuge A. S.: Nein, das ist ein besonders von uns gesicherter Raum.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das wollte ich jetzt nicht wissen. Ich wollte - - Die Frage zielt darauf: Gab es außerhalb der drei extra vom BND angemieteten Räume Technik im Rahmen des Erfassungssystems, also nicht im engen Sinne

nur Separator, die in anderen Räumen der Telekom eingebaut war, verbaut? Wie gesagt, ich bin keine Technikerin.

Zeuge A. S.: Gut. - Um das klarzustellen: Uns muss ja eine Kopie des Verkehrs zur Verfügung gestellt werden. Wo der Provider das macht, das wissen wir nicht. Wo er seine Leitungen liegen hat, das wissen wir nicht. Es wird dann eine Kopie erstellt und in den Raum geleitet, in dem wir unser Equipment haben. Wo das stattfindet, das wissen wir nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bei dieser Dopplung wird keine Technik des BND eingesetzt?

Zeuge A. S.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Noch mal - dann muss ja die Aussage an anderer Stelle falsch gewesen sein -: Vom BND zur Verfügung gestellte Technik befand sich nur in den drei vom BND angemieteten Räumen?

Zeuge A. S.: So ist das, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Da haben wir etwas anderes gehört. Wollen Sie da noch mal - -

Zeuge A. S.: Es ist mir nicht bekannt, dass wir dem Provider irgendwelches Equipment zur Verfügung gestellt haben, um seine Dopplung vorzunehmen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein, es geht mir nicht um Dopplung. Es geht mir darum, ob irgendwelche Komponenten dieses Erfassungssystems außerhalb dieser drei separat angemieteten Räume waren. Nix Dopplung und so, sondern irgendeine Komponente aus diesem Erfassungssystem außerhalb der drei vom BND extra angemieteten Räume.

Zeuge A. S.: Ist mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Hätten Sie das wissen müssen? Weil als technischer Verantwortlicher - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge A. S.: In der Zeit, wo ich zuständig war, hätte ich das wissen müssen, und ich hätte es gewusst.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Was wissen Sie denn über die technischen Maßnahmen, die zur Einhaltung von § 5 G-10-Gesetz im Rahmen der Erfassung realisiert wurden? Also, was wurde technisch unternommen, um die Deckelung von 20 Prozent einzuhalten?

Zeuge A. S.: Es sind keine technischen Maßnahmen vorgenommen worden. Es ist von vornherein eine Auswahl an Leitungen vorgenommen worden. Also, wenn es zehn Leitungen gab, dann hat man sich auf zwei beschränkt.

Martina Renner (DIE LINKE): Und diese zwei Leitungen, zu wie viel Prozent wurden die erfasst?

Zeuge A. S.: Die zwei Leitungen wurden dann vollständig erfasst.

Martina Renner (DIE LINKE): Und diese Interpretation der Vorschrift aus § 5, also 20 Prozent des Übertragungsweges, dass man den von dem generell zur Verfügung stehenden Ansatz zählt und nicht von dem tatsächlich abgegriffenen Ansatz, wer hat das vorgenommen in Ihrem Haus? Wer hat diese - -

Zeuge A. S.: Das ist juristisch so festgelegt worden bei uns, intern.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich noch daran erinnern, wer gesagt hat: „Wenn da zehn Leitungen sind und man nimmt zwei vollständig, ist es okay; da ist dann § 5 Genüge getan“?

Zeuge A. S.: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Wir haben sehr viele Dialoge mit den Juristen geführt, was technisch überhaupt Sinn macht, und es kam irgendwann mal das Beispiel auf bei Paketverkehren, dass man nur jedes fünfte Paket nimmt, was völlig unsinnig ist, weil dann können Sie alles wegschmeißen. Sie bekommen dann nur Bruchstücke. Das ist so, wie wenn Sie

eine angeordnete Telefonnummer bei einer Einzelmaßnahme nach G 10 haben, und Sie bekommen aber nur jede fünfte Sekunde des Telefongesprächs mit.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich daran erinnern, dass die Bundesnetzagentur im Rahmen ihrer - das heißt da nicht „Zertifizierung“, sondern „Einvernehmen“, glaube ich - - zum Beispiel mal solche Überlegungen angebracht hat, dass man per Zufall bestimmte Datenmengen einfach aussondert, um der 20-Prozent-Regel gerecht zu werden?

Zeuge A. S.: Ich kann mich nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie mit der Bundesnetzagentur auch Kommunikation?

Zeuge A. S.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich dort noch konkret an die - ich sage mal - Vorschläge erinnern, die dort gemacht wurden zur Einhaltung der - - Die Bundesnetzagentur hat diverse technische Vorschläge gemacht, nicht nur diesen, den ich gerade referiert habe, per Zufall sozusagen den Datenstrom zu beschränken, sondern noch andere. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge A. S.: Nein, ich kann mich nicht daran erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Das hat mich - - Ich weiß nicht: Habe ich noch eine? - Habe ich das richtig verstanden eben? Sie kannten den BSI-Prüfbericht nicht, bis er jetzt vorgelegt wurde? Oder habe ich das akustisch falsch verstanden?

Zeuge A. S.: Nein, ich kannte ihn nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie kann das denn sein?

Zeuge A. S.: Es ist nicht meine Aufgabe gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber da gibt es eine Behörde, die zertifiziert insbesondere die



Nur zur dienstlichen Verwendung

technischen Komponenten. Sie sind der technisch Verantwortliche dieses Projekts und kennen diesen Prüf- - Also, mir erschließt sich das gerade gar nicht. Hatten Sie einen anderen - -

Zeuge A. S.: Wann ist der Prüfbericht erstellt worden?

Martina Renner (DIE LINKE): 2005, meine ich. Ich kann Ihnen das Datum - - Haben Sie ihn nicht bekommen?

RA Johannes Eisenberg: Wieder weggegeben.

Zeuge A. S.: Er ist wieder weg.

Martina Renner (DIE LINKE): 13.10.2005.

Zeuge A. S.: Um es mal - - Noch mal - - Da muss ich mal gerade überlegen. Das Ganze ist ja ein sehr komplexes Projekt gewesen. Es gab dann so eine Steering Group - nannte sich das -; da wurden Teilprojektleiter ernannt und Aufgaben genau aufgeteilt. Diese Prüfung war nicht meine Aufgabe.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber in diesem Bericht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Letzte Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. - In diesem Bericht gibt es ja auch Vorschläge, die die Technik betreffen. Aber das können wir dann nachher noch mal diskutieren.

Zeuge A. S.: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Als Nächstes wäre die Fraktion der CDU/CSU dran.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wir haben im Moment keine Fragen. Danke.

(Tankred Schipanski
(CDU/CSU): Ich wollte nur
noch mal nachhaken!)

- Okay, hier möchte noch jemand nachhaken. Bitte, Tankred Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Da war jetzt, Herr Zeuge, schon die Frage - ich habe einen Moment gefehlt - genau, was die Kollegin Renner eigentlich gefragt hat. Der Zeuge vor Ihnen vom BSI hat ja gesagt, er hat Ihnen diese Zertifizierung faktisch unter der Auflage gegeben, dass die entsprechenden Maßnahmen - ich glaube, fünf Stück in dem Bericht - am Ende auch in Ihrem Hause letztlich umgesetzt werden. Jetzt haben Sie gesagt, Sie persönlich haben diese Maßnahmen - - Die waren Ihnen anscheinend jetzt nicht bekannt, weil Sie diesen Bericht nicht kannten. Wer ist denn dann in Ihrem Hause für die Umsetzung dieser Maßnahmen, dieser Auflagen durch das BSI zuständig?

Zeuge A. S.: In dem Fall der Entwicklungsbereich. Die haben das System entwickelt. Die sind für die Umsetzung zuständig.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Und wissen Sie, wer das in dem konkreten Fall jetzt war? Haben Sie da einen Namen, ob das ein Entwicklungschef oder Abteilungsleiter, Referatsleiter oder - -

Zeuge A. S.: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Das weiß ich nicht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und Sie kommunizieren dann mit dem entsprechenden Entwicklungschef? Oder wie ging denn da die Kommunikation?

Zeuge A. S.: In dem Fall war das nicht meine Aufgabe.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. Sehr interessant. Danke, dann war es das.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich sehe keine weiteren Fragen der CDU/CSU und komme damit zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege Ströbele hat das Wort.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Herr A. S., diese Einschränkung



Nur zur dienstlichen Verwendung

20 Prozent, haben Sie gesagt - das haben wir ja auch schon von anderen gehört -, passt nicht für Paketvermittlung, paketvermittelte Verkehre. Das kann ja eigentlich auch nicht, weil das Gesetz entstanden ist, als es das noch nicht gab oder jedenfalls noch nicht das Problem so klar war. Haben Sie mal erwogen - Sie selber oder der Bundesnachrichtendienst - oder haben Sie die Anregung weitergegeben, das Gesetz so zu gestalten, dass es auch anwendbar ist?

Zeuge A. S.: Dazu bin ich, glaube ich, nicht in der richtigen Position. Es gibt ja - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, Sie stellen den Mangel fest oder das Problem fest. Da kann ja der Gesetzgeber, der sich da nicht so genau auskennt - jedenfalls nicht alle 600, über 600 Abgeordneten -, nicht drauf kommen. Also dass Sie so was weitergeben und sagen: Wollt ihr da nicht mal anpassen?

Zeuge A. S.: Es sind regelmäßig Besuche der G-10-Kommission und des PKGr beim BND, und dann gibt es entsprechende Gremien, die mit den Leuten des PKGr und der G-10-Kommission sprechen. Ich sehe das als deren Aufgabe, solche Sachen vorzubringen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also vom BND dann vorzubringen?

Zeuge A. S.: Richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Also Sie haben keine Anregung dazu gegeben. Das hatte ich Sie ja eigentlich nur gefragt.

Zu dem Separator noch mal. Wir haben uns ja heute Vormittag schon intensiv damit befasst. Der Separator separiert Routineverkehre und G-10-Verkehre und Müll oder andere Verkehre. Ist Ihnen mal bekannt geworden, dass es Zweifel gibt, ob dieses Separieren tatsächlich zuverlässig klappt, und zwar hundertprozentig, oder ob doch die Gefahr besteht, dass bei den Routineverkehren doch einiges drin ist, was der Separator nicht erfasst oder nicht erfassen kann?

Zeuge A. S.: Deswegen ist das System mehrstufig ausgelegt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge A. S.: Das System ist mehrstufig ausgelegt. Die Filterung erfolgt mehrstufig. Die letzte automatische Instanz ist der DAFIS-Filter, und danach schauen sich Mitarbeiter, die entsprechend verpflichtet sind, das Ganze an. Inwiefern da jetzt irgendwas nicht korrekt läuft, kann ich Ihnen nicht sagen, weil das außerhalb meines Zuständigkeitsbereiches ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Daraus schließe ich, dass Sie die Frage mit Ja beantworten, dass Ihnen da Probleme bekannt geworden sind und dass deshalb -

Zeuge A. S.: Der Separator kann - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - zusätzliche Möglichkeiten der Filterung erwogen und umgesetzt wurden.

Zeuge A. S.: Das ist normal. Wenn jemand in Frankreich, ein Deutscher in Frankreich, telefoniert, dann erkenne ich das nicht an der Telefonnummer, sondern ich muss andere Kriterien heranziehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge A. S.: Der Separator ist vom Prinzip her einer, der nach Telefonnummern sortiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Können Sie sagen, wie viel Prozent nach Ihrer Auffassung der Separator nicht schafft?

Zeuge A. S.: Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil das davon abhängt, wie gut die IP-Adressen recherchiert worden sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie haben es doch schon mal ausprobiert -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge A. S.: Letztendlich werde ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und sind dazu gekommen: Reicht nicht. Wir brauchen jetzt zusätzliche Sicherung oder - -

Zeuge A. S.: Der Weg ist eher umgedreht. Was erst da war, war der DAFIS-Filter, und der Separator kam nachher.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ja, trotzdem. Weil vorhin Herr Golke, den wir gehört haben - - der hat uns gesagt, er habe sich da nicht mit befasst, aber das ginge auch gar nicht; das sei sowieso klar: 100 Prozent klappt das nicht, aber er hätte da auch keine Überprüfungen vorgenommen.

Zeuge A. S.: Ja, er hat ja selbst geschrieben, dass das abhängig ist von der Konfiguration.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und blieben denn, jetzt mal diese ganzen Einzelheiten beiseitegelassen, nachdem Sie nun alles, was Sie schon geschildert haben und dann gemacht haben - - war denn da sicher, dass alles klar ist, dass alles rausgefiltert ist, oder gab es immer noch Bedenken?

Zeuge A. S.: Das - - Für den Separator bin ich ja nur kurz in dem Probetrieb dabei gewesen. Was danach war, kann ich Ihnen nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mal was davon gehört, dass das Ganze wieder eingestellt worden ist, weil man nicht sicher war?

Zeuge A. S.: Nein, habe ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nie gehört?

Zeuge A. S.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja einige Zeit da verbracht und einige Mühe auch damit verbracht. Was daraus geworden ist, hat Sie nie interessiert oder hat man nie an Sie herangetragen?

Zeuge A. S.: Ich habe eine andere Aufgabe übernommen, und das hat mich voll ausgefüllt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. - Wäre Ihnen das denn mitgeteilt worden, wenn Sie gefragt hätten, oder ist das so zu, dass man sagt: „Das hat dich nicht mehr zu interessieren“?

Zeuge A. S.: Ich bin mir nicht sicher. Normalerweise - - Das war die Zeit, als wir noch eher so ein Schottenprinzip hatten. Das heißt: Kenntnis nur, wenn nötig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, als Sie aufgehört haben, sind Sie davon ausgegangen: „Wir haben das jetzt zur Anwendungsreife entwickelt, ohne Probleme, ohne dass Probleme bleiben“?

Zeuge A. S.: Nein, davon sind wir grundsätzlich nicht ausgegangen. Wir sind davon ausgegangen, dass wir mit dem ersten System die ersten Schritte gehen und verifizieren müssen, ob das so funktioniert, wie wir uns das ausgedacht haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? - Herzlichen Dank. Es wären noch 50 Sekunden übrig. Für eine gute Frage und eine nicht mehr zur Zeit zählende Antwort wäre das möglich. Dann machen wir das in der nächsten Runde. Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD. - Dort gibt es keine weiteren Fragen.

Dann kommen wir in der nächsten Runde wieder zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie kennen nicht den BSI-Prüfbericht. Kennen Sie Herrn - ich muss jetzt überlegen, dass ich den Namen richtig ausspreche; wir haben es ja heute gelernt - Golke?

Zeuge A. S.: Herrn Golke kenne ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge A. S.: Also, „kennen“ ist übertrieben. Ich habe ihn getroffen. - So.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei der Laborprüfung des Separators, oder wo haben Sie ihn getroffen?

Zeuge A. S.: Nein. Wir haben vorher zwei andere Systeme zertifizieren lassen vom BSI, und das war damals meine Aufgabe.

Martina Renner (DIE LINKE): Den Kontakt mit ihm zu halten, dem BSI?

Zeuge A. S.: Nein. Der Kontakt besteht nur darin, das System vorzustellen, Dokumentation, alles, was er von uns erwartet, ihm zu liefern, bis das System zertifiziert ist, und danach gibt es keinen Kontakt mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bei diesem System hat aber ein anderer Mitarbeiter diesen Kontakt mit Herrn Golke aus dieser Projektgruppe geführt, nicht Sie?

Zeuge A. S.: Wenn Sie das System mit dem Separator meinen, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge A. S.: - dann hat das jemand anders gemacht, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Er hat ja nicht nur den Separator sich angeguckt, sondern das ganze Erfassungssystem.

Zeuge A. S.: Genau. Deswegen habe ich gesagt: das System mit dem Separator.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, zu dem der Separator gehört.

Zeuge A. S.: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer war das? Können Sie uns die Initialen nennen?

Zeuge A. S.: Wer da zuständig war, kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn Sie das Gerät mal aufgeschraubt haben, da reingeguckt haben und sich da so super mit auskannten: Warum waren Sie nicht derjenige, der den Kontakt zum BSI hatte?

Zeuge A. S.: Ich sprach von drei verschiedenen Systemen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge A. S.: Eines davon, nämlich das, was wir von den Amerikanern bekommen haben, habe ich aufgeschraubt und reingeschaut.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah. Was war das denn genau?

Zeuge A. S.: Mehr oder weniger handelsübliche Komponenten. Also, die kochen auch nur mit Wasser. Das war so meine Feststellung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das hilft uns jetzt aber nichts, weil wir ja durchaus hier Bezeichnungen zu den einzelnen Komponenten vorfinden in den Unterlagen und schon ganz gerne wüssten, welche dieser Komponenten es gewesen ist. Wir haben ja Organigramme. - Nein, Organigramme ist das falsche Wort.

Zeuge A. S.: Schematische Zeichnungen, oder was?

Martina Renner (DIE LINKE): Schaltpläne und Ähnliches.

Zeuge A. S.: Ja, kann ich Ihnen in nichtöffentlicher Sitzung sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann haben wir schon drei Sachen, die wir jetzt in die nicht-öffentliche Sitzung geschoben haben. Die muss ich mir nur alle merken.

Ich grüble immer noch: Sie waren da ja wirklich der technische Experte. Warum hatte das BSI in dieser Sache nicht mit dem technischen Experten dann den Kontakt, sondern mit jemand anderem?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge A. S.: Der Auftrag für den Separator ist an den Entwicklungsbereich gegangen. Wir haben vorher eine sogenannte abgeschirmte Operation gehabt, wo möglichst wenig interne Bereiche beteiligt waren. Das heißt, ich habe alles selbst in die Hand genommen. Danach war das ganze Thema viel zu komplex. Gerade bei der IP-Erfassung sind wir darauf angewiesen, Entwickler einzubinden, die in Außenstellen gearbeitet haben, den Entwicklungsbereich einzubinden. Deswegen war die Hoheit beim Entwicklungsbereich.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt haben Sie mich natürlich neugierig gemacht. Diese vorher abgeschirmte Operation, zu der Sie Kontakt zu Herrn Golke hatten, war auch ein kabelgeschützter Abgriff in der Bundesrepublik?

Zeuge A. S.: Ja. Ansonsten bräuchten wir die Zertifizierung ja nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wäre schön gewesen, wir hätten heute Morgen mit Herrn Golke darüber reden können. Wussten wir nicht. Wir können uns auch schon denken, welcher es ist. - Und weil das jetzt keine abgeschirmte Operation war, konnte es auch jemand anderes machen, den Kontakt zum BSI halten?

Zeuge A. S.: Es ist so von Herrn General Breitfelder festgelegt worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Dann gibt es ja auch noch die Bundesnetzagentur, die ja ihr Einvernehmen erklären muss, und da haben wir Unterlagen auch bekommen. Ich hatte vorhin schon angemerkt, dass es dort Vorschläge gab, technisch das Problem der 20-Prozent-Reduktion durch eine zufällige Löschung eines bestimmten Anteils im Übertragungsweg zu realisieren. Auf diesen Vorschlag hin antwortet der BND am 26. Juli 2005 - da habe ich tatsächlich einfach eine Verständnisfrage; vielleicht können Sie mir da helfen -:

So, ich hoffe, die Informationen sind nützlich für Sie.

Also, der BND schreibt an die Bundesnetzagentur.

Ich halte Sie auf dem Laufenden, wenn wir die erste Anordnung haben und die Anlage installieren. Hier im Hause hat es etwas Unruhe gegeben, weil in Ihrem Schreiben von einem „Separator zur G 10-Erfassung“ die Rede ist, mit „Separator“ hier aber nur der Eingangsrouter selbst bezeichnet wird. Das Erfassungsprojekt, dessen „G 10-wirksamer“ Bestandteil der Separator zwar ist, wird im BND mit dem Namen der Haushalts-Planungsunterlage bezeichnet.*

Das verwirrt mich komplett. Was ist denn, bitte, der G-10-wirksame Bestandteil des Separators?

Zeuge A. S.: Das weiß ich jetzt auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wollen Sie sich das mal durchlesen?

Zeuge A. S.: Ja, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Ich habe es auch nicht verstanden. Aber es ist Unruhe im Haus, man schreibt an die Bundesnetzagentur, und danach ist nur noch Verwirrung.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in diesen
Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie sie hätten, dann könnten wir auch mitblättern. Die Zeit ist auch gestoppt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ordner 1, Blatt 10 folgende.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BNetzA-5-1a, Blatt 17.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge A. S.: Okay, was wollen Sie jetzt noch mal wissen? Wenn Sie Ihre Frage noch mal wiederholen können, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Was denn hier unter dem „G-10-wirksamen“ Bestandteil gemeint ist, der da in Anführungsstriche gesetzt ist.

Zeuge A. S.: Ja, das System besteht ja nicht nur aus dem Separator, sondern wir müssen sowohl der RegTP oder Bundesnetzagentur als auch dem BSI die gesamte Anlage vorführen, und das ist nicht der Separator, sondern das ist der Separator als Eingangsmodul, kann man sagen, dann die Verarbeitungskomponenten plus der DAFIS-Filter. Ist das klarer jetzt? - Offensichtlich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also noch mal anders: Sind 100 Prozent des gedoppelten, erfassten Leitungsweges durch den Separator gelaufen?

Zeuge A. S.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Komplett? Alle Datenarten, die erfasst wurden, sind alle durch den Separator gelaufen?

Zeuge A. S.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Es ist nicht vorher schon irgendetwas separiert worden?

Zeuge A. S.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann müssen wir nachher noch mal fragen, weil ich hatte ja schon den Hinweis.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Die 40 Sekunden bringen jetzt nichts mehr, oder? Aller klar. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Dort sehe ich keinen weiteren Fragebedarf. Dann kommen wir wieder zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. - Vielleicht mache ich doch da noch mal weiter, im Hinblick auch auf die Akten bei den leitungsvermittelten Verkehren.

Erst mal: Können Sie eine Einschätzung geben, von welchen Datenmengen wir da reden? Wie viel Daten gehen da durch die Filter?

Zeuge A. S.: Bei leitungsvermittelten Verkehren?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erst mal bei leitungsvermittelten.

Zeuge A. S.: Was - - Welches System? G 10 oder der Auftrag, den der BND aufgrund seiner - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Insgesamt. Wie viel wird ausgeleitet, und wie viel geht dann durch den Separator?

Zeuge A. S.: Beim Separator sprechen wir nur von paketvermittelten Verkehren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Und bei den leitungsvermittelten Verkehren, wie viel landet denn da an?

Zeuge A. S.: Ich kann es Ihnen nicht mehr exakt sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir reicht eine ungefähre Zahl.

Zeuge A. S.: Ungefähr. Da muss ich gerade mal überlegen. Ungefähr 622 Megabit. Aber das ist reine ... (akustisch unverständlich)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 622 Megabit.

Zeuge A. S.: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die landen da an, und dann werden die gefiltert.

Zeuge A. S.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und bevor die gefiltert werden - frage ich Sie jetzt noch mal ganz direkt -, werden die irgendwie noch mal gedoppelt, gespiegelt, irgendwo hingeschickt, gespeichert?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge A. S.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht die Meta-, nicht die Verkehrsdaten, nichts davon?

Zeuge A. S.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind Sie absolut sicher?

Zeuge A. S.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte eine solche Maßnahme erfolgen, ohne dass Sie das mitbekommen?

Zeuge A. S.: Selbst wenn - es hätte keine Auswirkungen. Niemand kommt an die Daten ran.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Niemand außer dem BND?

Zeuge A. S.: Niemand außer dem BND, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das mag ja sein. Aber trotzdem sozusagen - -

Zeuge A. S.: Wenn wir keine Kenntnis davon haben, dann kommen wir auch nicht an die Daten ran, weil wir ja nicht wissen, wo sie sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist schon klar. Das ist schon klar. Aber wenn Sie sozusagen von all den Daten, von 622 Megabit pro Sekunde, eine Kopie ziehen und es irgendwie - was weiß ich - auf Festplatten legen, auf DVDs pressen oder so, wäre das ja schon ein relevanter Vorgang. Deswegen würde ich gerne hören, wenn das der Fall ist.

Zeuge A. S.: Gut. Um Ihnen das deutlich zu machen: 622 Megabit bedeutet, Sie haben alle acht Sekunden eine CD, die Sie brennen müssten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist viel Stoff.

Zeuge A. S.: Es gab zu der Zeit keine CD-Brenner, die das so schnell hinbekommen. Es macht auch überhaupt keinen Sinn. Wer soll denn das dann am Ende verarbeiten? Sie müssen es ja irgendwie weiterverarbeiten. Es muss ja irgendwas Sinnvolles für den BND dabei rauskommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das müssen wir nachher in der eingestuften Sitzung noch mal weiterdiskutieren, weil ich Ihnen dazu etwas vorhalten muss.

So, noch mal zu dieser Frage. Ich will das noch mal zusammenfassen, weil ich das bemerkenswert finde. Sie waren letztlich Projektleiter von „Eikon“ für eine bestimmte Zeit, aber Sie hatten trotzdem nicht Kenntnis über alles, was passiert ist, sondern im Grunde liefen die Fäden beim AL 2 zusammen und nicht bei Ihnen zwingend. Über bestimmte Sachen wussten Sie auch nicht Bescheid.

Zeuge A. S.: Richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das Teil des „need to know“ bei so sensiblen, abgeschirmten Operationen, dass selbst der Projektleiter nicht über alle Dinge des Projekts Bescheid weiß?

Zeuge A. S.: Das kann ich nicht beurteilen. Wenn der Abteilungsleiter meint, dass ich davon keine Kenntnis haben muss, dann hat er das so gehandhabt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kam Ihnen das damals komisch vor, oder ist das State of the Art gewesen? Wenn mich jemand zum Projektleiter macht jetzt, dann würde ich schon gerne wissen, was da insgesamt passiert, weil ich bin ja irgendwie verantwortlich. Deswegen frage ich mich, ob Sie das irritiert hat, dass Sie von bestimmten Prozessen nicht tangiert waren, obwohl Sie der Projektleiter waren.

Zeuge A. S.: Das ist irritierend, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Erinnern Sie einen Streit über die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Auslegung der Auffassung, der juristischen Auffassung, dass man Routineverkehre erfassen kann, indem man eine G-10-Genehmigung organisiert?

Zeuge A. S.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich nicht daran erinnern, dass es da durchaus zwei Meinungen zu gab?

Zeuge A. S.: Tut mir leid, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht in Runden, in denen Sie waren?

Zeuge A. S.: Richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Juristen, die mit Ihnen gesprochen haben, die haben immer gesagt, das kann man super so machen?

Zeuge A. S.: Am Ende kriege ich eine Anweisung, wie ich was technisch umzusetzen habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar. Ich frage Sie. Es gibt ja Diskussionen. Der BND ist ja kein Rack, wo man oben irgendwas einstellt, und dann läuft das so, sondern es finden ja auch Diskussionen statt. Deswegen habe ich Sie gefragt: Gab es Diskussionen darüber, dass das zumindest eine steile These ist juristisch, dass man hier mit solchen Kniffs, Türöffnern, Tricks an die Routineverkehre rankommen will?

Zeuge A. S.: Wie ich schon erwähnte, war es nicht abschließend klar, ob das so gemacht werden kann. Das stand in einem Schreiben vom Abteilungsleiter. Letztendlich werde ich nur an dem Ergebnis dieser juristischen Prüfung beteiligt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, man hat Ihnen das sozusagen als „So machen wir das jetzt“ vorgesetzt?

Zeuge A. S.: Jawohl.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagt Ihnen der Begriff des Snapshots was?

Zeuge A. S.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, was ein Pre-Snapshot ist?

Zeuge A. S.: Sagt mir nichts.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mal erklären, was ein Snapshot ist?

Zeuge A. S.: Ja, man macht eine Aufzeichnung, kurzfristig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von was?

Zeuge A. S.: Von einem Signal.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und dann?

Zeuge A. S.: Dann bestimmt man Parameter, die wir für die Einstellung der Geräte brauchen. Also, bei leitungsvermittelten Verkehren zum Beispiel müssen Sie das Multiplexverfahren kennen, mit denen die Daten gemultiplext sind oder die Verkehre gemultiplext sind. Wenn Sie das nicht wissen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo macht man den Snapshot?

Zeuge A. S.: Den macht man am Kabel direkt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am Kabel direkt?

Zeuge A. S.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor - -

Zeuge A. S.: Bevor man ein System dorthin stellt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Macht man das auch zwischendrin mal?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge A. S.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das macht man, bevor man das System da aufstellt, und danach macht man keinen Snapshot mehr?

Zeuge A. S.: Das ist nicht üblich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum? Was ist daran problematisch?

Zeuge A. S.: Ich verstehe Ihre Frage nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, ich - - Ich weiß immer gar nicht, wie ich das jetzt sagen soll, aber ich habe viel über Snapshots gelesen, nicht immer nur in Ihrer Zeit. Nach meinem Kenntnisstand ist der Snapshot ein durchaus problematischer Eingriff, auch rechtlich problematisch.

Zeuge A. S.: Ja, das sehe ich auch so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Können Sie das erläutern, warum das so ist?

Zeuge A. S.: Sie haben damit aufgezeichnete Daten, die unter Umständen Grundrechtsträger betreffen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und nach Ihrer Kenntnis sind, nachdem man die Dinge aufgestellt hat, keine Snapshots mehr erfolgt?

Zeuge A. S.: Nicht mit meiner Kenntnis.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ohne Ihre Kenntnis wäre es doch zumindest bis Oktober 2005 eigentlich nicht möglich gewesen.

Zeuge A. S.: Richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber danach eventuell. Aber unter Ihrer Leitung sind da keine Snapshots erfolgt?

Zeuge A. S.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt noch mal ganz kurz zu dieser grundsätzlichen Frage, die uns ja alle sehr bewegt und damals ja auch eine große Diskussion war. Als Sie das Projekt „Eikonol“ begonnen haben, da war ja noch nicht komplett umgestellt worden auf Paketvermittlung bei dem Datenweiterleiten. Es lief ja viel noch über Leitungsvermittlung, und das veränderte sich ja stark.

Zeuge A. S.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatte der BND das Gefühl, da bei dieser Umstellung dieses Prozesses rechtlich gut aufgestellt zu sein bei dem, was man tat? Jetzt mal völlig unabhängig von den Amerikanern, aber bei dem, was man tat, hatte man das Gefühl, dass die technische Veränderung, die sich vollzog bei der Kommunikation und den rechtlichen Instrumenten, die man hatte, dass das noch passte?

Zeuge A. S.: Das müssen bei uns Juristen beurteilen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit denen haben Sie ja regelmäßig zusammengesessen als Leiter dieses wirklich sensibles Projekts. Da müssen ja irgendwie Diskussionen stattgefunden haben.

Zeuge A. S.: Wir haben mit den Juristen Dialoge geführt, wie die Technik aussieht, was das für die Umsetzung bedeutet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hat nicht mal irgendjemand gesagt: Ja, da brauchen wir ein neues Gesetz für?

Zeuge A. S.: Es ist angesprochen worden, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und?

Zeuge A. S.: Und was?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und es ist kein neues Gesetz gekommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge A. S.: Soweit ich weiß, nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Und dann hat man eben versucht, mit den Instrumenten, die man hatte, irgendwie was zu basteln. Würden Sie das so teilen, die Einschätzung?

Zeuge A. S.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

Zeuge A. S.: Das Basteln hört sich so laienhaft an, oder hingefrickelt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, dass Sie das hoch professionell gemacht haben. So ist es nicht gemeint. Aber die Lösung wäre gewesen, ein neues Gesetz zu bekommen, und das hat man nicht bekommen. Trotzdem hatte man ja irgendwie diese Verpflichtung und Sie dieses Projekt, und die Wirklichkeit oder die sich verändernde Wirklichkeit passte eben nicht mehr mit der Rechtslage zusammen.

Zeuge A. S.: Das kann gut sein, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Dort gibt es keine weiteren Fragen. Dann kommen wir in die nächste Fragerunde. Es beginnt die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe nur noch zwei Fragen. Für die Snapshots gab es in dem Erfassungssystem eine besondere Software, die das ermöglicht hat, dass man sich das angucken kann?

Zeuge A. S.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie ist das dann technisch realisiert worden?

Zeuge A. S.: Wir müssen mit einem Extragerät vor Ort fahren und dort eben so was machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Das Zweite ist: Von einer Kollegin des BND, die den sogenannten Schwachstellenbericht - so heißt er nicht, aber so ist er genannt worden - verfasst hat, haben wir gehört, dass es im Vorfeld ihrer Vernehmung - also nicht Ihrer, sondern der Kollegin - eine Besprechung im Bundeskanzleramt zu „Eikon“ gegeben hat, in dem sich das Bundeskanzleramt die Funktionsweise des Projektes erläutern ließ. Waren Sie bei dieser Unterredung auch zugegen?

Zeuge A. S.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie die Möglichkeit, sich auf die heutige Vernehmung mit Akten vorzubereiten? Ist Ihnen das angeboten worden?

Zeuge A. S.: Selbstverständlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Davon haben Sie Gebrauch gemacht?

Zeuge A. S.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Akten sind Ihnen vom Dienstherrn zur Verfügung gestellt worden?

Zeuge A. S.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Da waren - - Weil Sie jetzt sagen, Sie kannten den BSI-Prüfbericht nicht: Der war da nicht dabei? Das waren nur Akten des BND, oder - -

Zeuge A. S.: Es sind - - Ich weiß nicht, wie viele Ordner, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich kenne das Problem.

Zeuge A. S.: - aber es war sehr viel, und ich habe keine Lust, das auswendig zu lernen. Deswegen habe ich mir nur stichpunktartig nach gewissen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stichworten Unterlagen rausgesucht und die noch mal überflogen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Von mir aus habe ich keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung, aber noch drei in dann eingestuft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Das gucken wir dann, wenn wir da sind. - Als Nächstes ist die Fraktion der CDU/CSU an der Reihe. Dort, höre ich, gibt es noch eine Frage. Herr Kollege Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Zeuge, anknüpfend an die Befragung von Herrn Kollegen von Notz. Vorhin habe ich Sie ja gefragt mit den Maßnahmen und dem BSI und der Umsetzung, und da hatten Sie als Techniker gesagt, da waren Sie nicht weiter betraut. Jetzt bin ich einfach über Ihre Aussage überrascht, dass Sie als Techniker feststellen, die jetzige Rechtslage oder die tatsächliche Rechtslage würde nicht ausreichen in gewissen Fällen, und man bräuchte ein neues Gesetz. Wie kommen Sie denn als Techniker jetzt zu so einer Einschätzung?

Zeuge A. S.: Gerade bei paketvermittelten Verkehrsmitteln kamen ja Ideen auf, dass man zum Beispiel jedes fünfte Paket einfach verwirft. Das ist aus technischer Sicht schwachsinnig, weil dann können Sie gleich alles wegwerfen, weil dann fehlt Ihnen in der Kommunikation - - Wenn Sie irgendeinen angeordneten Begriff haben oder einen Teilnehmer oder so was, und der hat eine E-Mail geschickt, das ist normalerweise kodiert. Wenn Ihnen dann Pakete darin fehlen, dann können Sie damit nichts anfangen. Sie können das nicht mehr dekodieren. Das heißt, Sie wissen auch nicht, was dann in der E-Mail drinsteht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja gut, aber das jetzige Gesetz schreibt ja nicht vor, Sie müssen jedes fünfte Paket wegschmeißen.

Zeuge A. S.: Richtig.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Daher verstehe ich Ihre Einschätzung nicht, dass man jetzt ein

neues Gesetz in irgendeiner Art und Weise dafür bräuchte.

Zeuge A. S.: Sagen wir mal so: Man muss - -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Die 20-Prozent-Regel hat er ja vorhin richtigerweise erklärt, wie der BND das angewendet hat, nicht?

Zeuge A. S.: Richtig.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und es ist doch auch Ihre Auffassung, dass das dementsprechend - - Jetzt müssen wir gucken, wo es geregelt ist, diese 20-Prozent-Regel - § 5 G-10-Gesetz war es -, dass das entsprechend richtigerweise angewendet wird.

Zeuge A. S.: Es gibt halt eine Unschärfe aus unserer Sicht, weil es geht ja - - Man sieht ja, dass da eine Diskussion entstanden ist, auch unter Technikern. Das muss einfach besser geregelt werden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, Sie sehen dort die Unschärfe? Bei dem § 5 G-10-Gesetz bezüglich dieser 20-Prozent-Regel, da erblicken Sie als Techniker eine Unschärfe?

Zeuge A. S.: Sagen wir mal so: Als die Idee aufkam, dass man jedes fünfte Paket verwirft oder zufällig, ist uns klar geworden, dass man diese Sachen genauer definieren muss.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Richtig. Und Sie haben das ja richtig ausgelegt.

Zeuge A. S.: Ja, genau.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie haben es ja richtig ausgelegt, wie man das dann in technischem Sinne auch verstehen muss.

Zeuge A. S.: Ja, genau.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt kommen wir zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Kollege von Notz.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich überlege, ob wir nicht den Kollegen Schipanski mal als Sachverständigen laden, um uns das juristisch erklären zu lassen.

Aber ich wollte noch mal zu „Glo“ fragen. Da liest man ja ab und zu drüber in der Presseberichterstattung. Waren Sie mit dem Projekt auch betraut?

Zeuge A. S.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damit hatten Sie nichts zu tun?

Zeuge A. S.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mal davon gehört?

Zeuge A. S.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde das irgendwie mal gemeinsam - - diese Projekte miteinander synchronisiert und abgestimmt?

Zeuge A. S.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Aber gehört haben Sie davon. Haben Sie sonst von ähnlichen Projekten gehört? Sie müssen keine Namen sagen - wir sind ja in öffentlicher Sitzung -, aber gab es noch andere Projekte wie „Eikon“.

Zeuge A. S.: Nein. Also, ich habe von keinen gehört.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Außer „Glo“.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Mit G!)

Zeuge A. S.: Richtig. Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann habe ich auch nur noch Fragen für die nichtöffentliche Sitzung. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich frage jetzt mal in die Runde: Gibt es noch Fraktionen, die Fragen in öffentlicher Sitzung haben, also an diesen Zeugen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wenn keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit für diesen Zeugen fassen, weil ich habe vernommen, es gibt Fragen in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung. Ich schlage daher folgenden Beschluss vor: Für die weitere Vernehmung des Zeugen A. S. am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dafür ist, die Öffentlichkeit dann für eine spätere nichtöffentliche Zeugenbefragung auszuschließen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Danke schön. Damit ist das einstimmig beschlossen. Stimmen aus der Tribüne können dafür nicht gewertet werden. Es muss aber jetzt niemand den Saal verlassen, weil die - ich hatte es ja vorher angekündigt - nichtöffentliche oder dann eingestufte Sitzung erst im Nachgang an die jetzt sich noch anschließenden öffentlichen Vernehmungen stattfindet.

Herr S., Ihre nichtöffentliche Vernehmung - oder eingestuft; das müssen wir dann schauen - wird nach der öffentlichen Vernehmung der übrigen Zeugen erfolgen. Ich bitte Sie, sich so lange bereitzuhalten. Sie werden dementsprechend noch in einen Raum, wo sicherlich auch Getränke etc. sind, geführt werden. Ich danke aber schon ganz herzlich für die bisherige Bereitschaft, bei uns auszusagen.

Ich bitte nun, den Zeugen Laux in den Saal zu führen, und verabschiede mich erst mal bis auf Weiteres.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Zuruf: Zu führen!)

- In den Saal zu führen, zu begleiten. Bitte schön.
Natürlich bitten wir ihn rein. Aber er wird eben
begleitet und muss nicht alleine kommen. Das
war gemeint.

Bis dahin unterbreche ich die Sitzung für rund
fünf Minuten. - Danke schön.

(Unterbrechung von
18.29 bis 18.35 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Udo Laux

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt. Als Nächstes begrüßen darf ich unseren Zeugen Herrn Udo Laux. Ich freue mich, dass Sie da sind.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Laux, Sie haben die aktuelle Ladung am 19. Januar 2015 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie dieser Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für die Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Udo Laux: Dazu nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. Na, es ist ja noch früh am Abend.

Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet sind. Ich darf Sie, Frau Rechtsanwältin, bitten, obwohl Sie ja schon bei uns waren, sich kurz vorzustellen.

RAn Dr. Gina Greeve: Mein Name ist Greeve, und ich bin der Zeugenbeistand von Herrn Laux.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Herzlichen Dank. Und sind aus Frankfurt, glaube ich. Richtig?

RAn Dr. Gina Greeve: Das ist richtig, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Daran erinnere ich mich noch. Danke schön.

Herr Laux, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren:

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft insbesondere Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit, gegebenenfalls auch eines Disziplinarverfahrens, falls so etwas in Betracht kommt.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes treffen kann, also dann in nichtöffentlicher oder eingestuftem Sitzung weiter Fragen an Sie stellen kann.

Gibt es hierzu Fragen Ihrerseits?

Zeuge Udo Laux: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersu-



Nur zur dienstlichen Verwendung

chungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Be-
weisthema im Zusammenhang vorzutragen, ohne
dass Sie durch weitere Fragen unterbrochen wer-
den. Dann werde ich Sie befragen. Anschließend
erhalten die anderen Mitglieder des Ausschusses
nach Fraktionen die Möglichkeit, Ihnen Fragen
zu stellen. Dies geschieht dann, was die Zeit be-
trifft, nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.
Da gibt es Minutenkontingente: für die Union
27 Minuten, für die SPD 17 Minuten, für die
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Frak-
tion Die Linke jeweils acht Minuten. - Haben Sie
hierzu Fragen?

Zeuge Udo Laux: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen
Dank. - Ich darf Sie bitten, zu Beginn Ihrer Aus-
führungen sich dem Ausschuss mit Namen, Al-
ter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift
vorzustellen.

Zeuge Udo Laux: Mein Name ist Udo Laux. Ich
wurde am [REDACTED] 1952 geboren. Meine ladungs-
fähige Anschrift: [REDACTED]
[REDACTED]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herz-
lichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn
Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Abs. 4 des
Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit ge-
ben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand
Ihrer Vernehmung zu äußern. Dies könnten Sie
jetzt machen, wenn Sie möchten.

Zeuge Udo Laux: Ja, ich möchte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen
Dank. Dann gebe ich Ihnen das Wort, und Sie
werden auch nicht unterbrochen.

Zeuge Udo Laux: Ja, danke. - Mein Name ist Udo
Laux, wie schon gesagt, und ich möchte gerne
kurz etwas zu meiner Person bzw. zu meiner be-
ruflichen Tätigkeit sagen.

Ich bin seit dem 01.04.2009, also fast sechs Jahre,
Beamter im Vorruhestand und war bei der Tele-
kom als Technischer Fernmeldeoberamtsrat be-
schäftigt. Ich war von etwa Mitte 1998 bis Ende

2003 im Fachbereich Geheimschutz tätig und war
insbesondere mit dem Umgang von Verschlusss-
achen und mit der sogenannten Protokollkon-
trolle nach der TKÜV befasst. Mit der Durchfüh-
rung von TKÜ-Maßnahmen war ich nicht befasst.
Ich war nicht operativ tätig.

Ab Januar 2004 wechselte ich in den Bereich
Konzernsicherheit bei der Deutschen Telekom
und hatte dort Aufgaben des Lage- und Krisen-
managements. Ich hatte hierbei allerdings keine
Aufgaben der IT-Sicherheit oder des Datenschut-
zes. Hierfür waren andere Bereiche zuständig.

Ich bin gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten,
bitte aber auch um Verständnis dafür, dass ich
möglicherweise nicht alle Fragen öffentlich be-
antworten kann. Ich habe eine eingeschränkte
Aussagegenehmigung für die öffentliche Sitzung,
vor allem in Bezug auf Sachverhalte, die gemäß
§ 14 Untersuchungsausschussgesetz zu behan-
deln sind. Auch darf ich nicht über Verschlusss-
achen sprechen. Ich könnte mich ansonsten
strafbar machen.

Die Ladung zu diesem Termin habe ich am
14.01.2015 erhalten - das weicht jetzt etwas ab;
da ist sie bei mir eingegangen; ich nehme an, das
war die Rückmeldung; die ist bei Ihnen 19.01.
eingegangen - und mich daher nur kurzfristig
überhaupt wieder mit meiner beruflichen Tätig-
keit befasst. Ich bin seit sechs Jahren oder fast
sechs Jahren im Vorruhestand, und meine Tätig-
keit im Bereich des Geheimschutzes liegt jetzt
zwölf Jahre zurück, sodass mir schon deshalb
Einzelheiten nicht mehr erinnerlich sind. Ich ver-
suche, so gut es geht, mich zu erinnern und Ihre
Fragen zu beantworten.

Zum eigentlichen Gegenstand kann ich nach mei-
ner Einschätzung wahrscheinlich nicht viel bei-
tragen aufgrund meiner damaligen Tätigkeit. Von
einem etwaigen Vertrag mit der Telekom habe
ich erst aus den Medien erfahren. Ich kenne die-
sen nicht und hatte aufgrund meiner Tätigkeit
keine Berührungspunkte.

Das war es. Vielen Dank.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Herzlichen Dank.

Ganz kurz würde ich gerne - - Sie haben ja schon ein bisschen Ihren beruflichen Werdegang geschildert. Ganz kurz zu Ihrer Ausbildung: Was sind Sie von der Ausbildung her?

Zeuge Udo Laux: Ich habe Nachrichtentechnik studiert und bin Diplom-Ingenieur.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo haben Sie studiert?

Zeuge Udo Laux: In Dieburg.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Bis wann? Wann waren Sie fertig?

Zeuge Udo Laux: 1973.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und dann sind Sie direkt zur Post, oder?

Zeuge Udo Laux: Ja, ich hatte damals ein Stipendium von der Deutschen Bundespost, und ich musste dann ja mich quasi verpflichten deshalb.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Das ist eine Zehn-Jahres-Verpflichtung, glaube ich.

Zeuge Udo Laux: Ja, so in etwa waren die damals.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder freikauften.

Zeuge Udo Laux: Ja, frei- - Da hatte ich den Anwärterdienst, also ein Jahr, wie das so üblich ist, für den gehobenen fernmeldetechnischen Dienst. Im August 74 war, glaube ich, meine Laufbahnprüfung. Dann wurde ich zur damaligen Deutschen Bundespost, Oberpostdirektion Frankfurt, versetzt. Dort war ich dann gut zehn Jahre, bis ich dann 1984 - - Ab 1. August 1984 ging ich dann in das Bundespostministerium, und da war ich dann bis 1991. Das war, glaube ich, kurz nach der Postreform. Da habe ich dann gewechselt zu der Deutschen Telekom, und da habe ich mich dann mit Aufgaben der Betriebssicherung befasst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz kurz: Hatten Sie das vorher auch, das Aufgabengebiet, irgendwie Datenschutz, Betriebssicherung, Prozesskontrolle, irgendwas? Haben Sie damit was zu tun gehabt schon vorher?

Zeuge Udo Laux: Datenschutz war bei uns eine andere Rubrik als Betriebssicherung. Ich hatte also im Prinzip Sicherheitsaufgaben so in der ganzen Laufbahn, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Udo Laux: - verschiedenster Art.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt sind wir bei der Telekom. Ab 91, wie ging es dann weiter bis 98, die Lücke?

Zeuge Udo Laux: Da war ich auch bei der Telekom und bin dann in den Bereich Geheimschutz gewechselt. Die Telekom ist ja ein geheimschutzbetreutes Unternehmen, und da mussten eben die entsprechenden Dinge, die dann aus staatlichen Aufträgen herrühren, im Bereich der Telekom umgesetzt werden. Das war so ganz grob die Aufgabe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also von 91 bis 98. Eben hatte ich die Erinnerung 98 bis 2003 Geheimschutz.

Zeuge Udo Laux: Ja, und ab 2004 war ich dann im Bereich Konzernsicherheit, Konzernlagezentrum speziell mit dem Krisenmanagement befasst, also Krisenmanagementregelungen erstellen usw.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur noch mal zwei - - 1991 und bis 98 waren Sie auch schon im Bereich Geheimschutz?

Zeuge Udo Laux: Nein, das war damals der Bereich, der sich mit Betriebssicherungsdingen befasst hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, verstehe. Alles klar. - Gut, dann vielleicht einmal zu der Frage. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet am



Nur zur dienstlichen Verwendung

4. Oktober 2014 - das ist die *Süddeutsche*, Oktober 2014 mit dem Stichwort, „Codewort Eikonale“ -, dass der BND in Kooperation mit der NSA im Rahmen der Operation „Eikonale“ Daten von einem Internetknotenpunkt in Frankfurt abgegriffen habe. Auch die Deutsche Telekom soll darin vertraglich involviert gewesen sein. Vertragsinhalt soll die Bereitstellung von Daten an den BND in Frankfurt gewesen sein. So schreibt die *Süddeutsche*. Ist Ihnen diese angebliche Beteiligung der Deutschen Telekom bekannt?

Zeuge Udo Laux: Ich habe von dieser Behauptung das erste Mal gehört in den Medien, als entsprechende Berichte - - Wenn die *Süddeutsche* das geschrieben hat, das wird ja dann in den anderen Medien auch aufgegriffen. Das, denke ich, war dann in der von mir abonnierten Zeitung auch bzw. in irgendwelchen Newslettern in dem Bereich, die man dann über das Internet gebucht hat. Da werden diese Dinge ja auch behandelt. Da habe ich das erste Mal davon erfahren, in diesem Zusammenhang.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagt Ihnen nicht das Verb, Tuwort, sondern die Bezeichnung „Transit“ etwas in diesem Zusammenhang?

Zeuge Udo Laux: In diesem Zusammenhang sagt mir es nichts. Transit ist für mich so der Begriff im Bereich Fernmeldewesen, wenn vom Land A was ins Land B übermittelt wird, und das wird durch ein drittes Land geführt. Das ist dann Transit. Oder Transitverkehr in einem Verkehrsnetz, was vom Norden, zum Beispiel den Niederlanden, kommt, durch die Bundesrepublik Deutschland läuft und irgendwie nach Österreich geführt wird. Das ist Transit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Udo Laux: In meinem Verständnis.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. - Ich frage dann mal was anderes. Mich würde interessieren, wer in Ihrem Unternehmen, also jetzt bei der Deutschen Telekom, zu dieser Zeit für die Sicherheit zuständig war, also für die Integrität der Strukturen. War das Ihr Bereich, mit dem Sie sich beschäftigt haben?

Zeuge Udo Laux: Jetzt müsste ich erst mal nachfragen: Welchen Zeitraum meinen Sie jetzt ganz konkret?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meine jetzt den Zeitraum - ich sage mal - ab 2003 bis 2008.

Zeuge Udo Laux: Ich muss da jetzt mal etwas schärfer nachdenken. Im Bereich der Telekom - - Wir wurden im Prinzip alle zwei Jahre umorganisiert. Insofern fällt mir das jetzt - - muss ich also erst mal genau darüber nachdenken, welche Organisationseinheit das eventuell damals gerade war. 2003, Strukturen. Das war, glaube ich, eine Stelle in Darmstadt, soweit ich mich entsinnen kann, Zentrum für Netzsicherheit. 2003? Ja, ich glaube, da waren die noch vorhanden. Das wurde dann, ich glaube, irgendwann 2004 - - Also, mit der Konzernsicherheit wurden die zusammengeführt, und ich meine, das wäre 2004/2005 gewesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn es jetzt um eine Thematik ginge, dass ein deutscher Dienst wie der BND Daten von der Telekom ausgeleitet haben möchte, wer würde sich denn bei der Deutschen Telekom AG in diesen Jahren damit beschäftigt haben, welche Einheit, welche Stelle? Wer war dafür zuständig? Musste man da den Vorstandsvorsitzenden direkt fragen? Damals war das Herr Kai-Uwe Ricke. Oder war das gar nicht so sein Daily Business? Würde man da eine andere Stelle für kontaktieren? Wer wäre denn dafür zuständig aus Ihrer Sicht?

Zeuge Udo Laux: Ja gut, Daily Business von Vorstandsvorsitzenden ist das gewiss nicht, denke ich. Der ist ja ganz weit weg.

Wir haben eine Einheit, die sich mit den Eingriffen - ich sage mal - der Telekommunikationsüberwachung - - dafür zuständig ist. An diese Einheit - sie heißt ReSA; das ist ja auch hier bekannt - wenden sich dann die Polizeien des Bundes und der Länder mit den entsprechenden Anordnungen, die in dem Bereich von den Gerichten kommen und den Individualverkehr betreffen. Und an den Bereich würden sich auch die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dienste wenden, also die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, die Individualmaßnahmen nach dem G 10 - ich glaube, der § 2 ist das - haben möchten. Da würden die sich hinwenden. Dafür wäre die Stelle ReSA der Ansprechpartner nach meiner Kenntnis der Organisationsstrukturen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hatten Sie denn mit ReSA auch zu tun?

Zeuge Udo Laux: Ja, im Rahmen der Protokollkontrolle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Protokollkontrolle heißt jetzt? Können Sie das mal beschreiben, dass ich da nicht auf den falschen Dampfer komme mit meinen nächsten Fragen?

Zeuge Udo Laux: Ja, es geht darum bei der Protokollkontrolle: TKÜV ist ja bekannt, § 16. Darin ist ja geregelt, dass im Prinzip bei Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen, die durch systemintegrierte Techniken - sage ich jetzt mal - aktiviert werden, dass dieser Einsatz dieser Technik - - der wird protokolliert oder muss protokolliert werden. So sind die Vorgaben in diesem § 16. Da ist dann auch geregelt, welche Teile da zu protokollieren sind, wann das aktiviert wurde. Das ist ein ganzer Katalog. Ich kann ihn jetzt nicht so sehr auswendig herbeten. Ich glaube, es ist auch nicht nötig. Das wird dann abgespeichert als Protokollierung.

Dann kommt der § 17 der TKÜV ins Spiel, und da ist die Protokollkontrolle geregelt. Für die Protokollkontrolle ist in geheimhaltungsbetreuten Unternehmen - das ist ja die Deutsche Telekom AG, wie ich eingangs erwähnte - der Sicherheitsbeauftragte - - Dessen Bereich macht das. Da ich ja da gearbeitet habe von 98 bis 2003, war das dann meine Aufgabe, diese Protokollkontrolle durchzuführen, und die bestand darin, dass die entsprechenden gespeicherten Protokollinformationen - - Die wurden ausgelesen, und die wurden dann in den Bereich Geheimhaltung übermittelt. Wir - ich glaube, es waren dann letztendlich 20 Prozent nach § 17; so sind die Vorgaben - mussten - - 20 Prozent der Daten mussten geprüft werden, und zwar dahin gehend: Man ging dann

zu den ReSA-Stellen, wählte diese 20 Prozent aus, und dann wurde gesagt: Dazu möchte ich die Anordnung sehen. - Damit konnte man also sicherstellen, dass diese systemintegrierte Anlage nur benutzt wurde für Dinge, Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen, für die eine Anordnung vorlag.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da komme ich sicherlich gleich noch mal drauf. - Wer war denn zu der Zeit Sicherheitsbevollmächtigter?

Zeuge Udo Laux: Zu der Zeit - - Sie meinen jetzt - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Besonders im Jahre 2004 würde es mich interessieren.

Zeuge Udo Laux: 2004 war das, glaube ich, noch der Dr. Schwarzer.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also nicht der Herr Königshofen?

Zeuge Udo Laux: Der ist - - Der kam danach. Allerdings: Die Schnittstelle, wann der Übergang war, kann ich so genau nicht bestimmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Udo Laux: Aber ich denke, Dr. Schwarzer war 2004. Sorry, ich weiß es nicht ganz genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagt Ihnen das Wort „Eikonol“ etwas?

Zeuge Udo Laux: Es sagt mir insofern etwas: Ich habe das auch den Medienberichten - da stand das schon mal drin - entnommen. Vorher nie zur Kenntnis genommen, soweit ich mich erinnern kann:

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn im Jahre 2004 eine Operation gelaufen wäre, nach der Daten zulässigerweise - unterstelle ich jetzt mal an dieser Stelle - abgegriffen worden wären aufgrund einer Anordnung, hätten Sie das mitbekommen im Rahmen der Protokollkontrolle? Wäre das ein Bereich gewesen, den Sie hätten



Nur zur dienstlichen Verwendung

wahrnehmen müssen, also wenn so eine Operation „Eikonol“ gelaufen wäre?

Zeuge Udo Laux: Die Protokollkontrolle, die, wie ich auch erwähnte, betrifft ja nur den Individualverkehr. Da heißt, da waren ja immer die Kennungen drin und eine Rufnummer.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist eine TKÜ, meinen Sie damit?

Zeuge Udo Laux: Eine TKÜ, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, im Bereich von dem, was Polizei, Staatsanwaltschaft machen, also im Bereich, was ein Dienst macht, klassisch, -

Zeuge Udo Laux: 100 a, 100 b.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - da wären Sie gar nicht für zuständig?

Zeuge Udo Laux: Doch. Die Anordnungen, die Individualkontrollen, die ein Dienst macht - ich glaube, § 2 ist das -, die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, das würde dann, wenn so eine Anordnung vorgelegen hätte - - wird das genauso protokolliert, also eine Individualmaßnahme. Und die - - Wenn dann gerade eben der Datensatz ausgewertet wird zur Kontrolle, würde das dann gefordert, dass wir den entsprechenden Beschluss sehen wollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt gehen wir weg von der individuellen Kontrolle von Einzeltelefonnummern etc., -

Zeuge Udo Laux: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - sondern hin zur Ausleitung von Datenströmen. Das gibt es ja auch, dass ein ganzer Datenstrom ausgeleitet wird und dass man dann schaut zum Beispiel, dass man G 10 filtert, Auslandsverkehre sich anschaut etc. Haben Sie davon überhaupt was mitbekommen? Ist das auch Ihr Themenbereich gewesen?

Zeuge Udo Laux: Das war nicht mein Themenbereich. Das ist, glaube ich, in § 5 G 10 geregelt. Das war also nie Thema von der Protokollkontrolle, weil entsprechende Datensätze ja gar nicht da sein konnten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Dann höre ich an der Stelle erst mal auf und würde den Fraktionen das Wort geben. Wir beginnen mit der Fraktion Die Linke. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir untersuchen ja im Augenblick diesen Gegenstand „Eikonol“, also die Kooperation BND und NSA, einen kabelgestützten Ansatz bei der Telekom abzufassen, und da haben wir uns die Unterlagen angesehen und wenigstens an einer Stelle festgestellt, dass Sie auch an einer Besprechung der Telekom mit dem BND zu dieser Operation teilgenommen haben.

Zeuge Udo Laux: Ich?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Genau.

Zeuge Udo Laux: Wann soll das gewesen sein?

Martina Renner (DIE LINKE): 29.08.2003.

Zeuge Udo Laux: 29.08.? Müsste ich also - - BND?

Martina Renner (DIE LINKE): Herrn Köbele kennen Sie?

Zeuge Udo Laux: Ja, Herrn Dr. Köbele kenne ich. Ja, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie mit ihm gelegentlich an Besprechungen teilgenommen, wo es um rechtliche Fragen von Datenerfassung ging? Kann es vielleicht in so einem Kontext gewesen sein?

Zeuge Udo Laux: Nein, weil ich bin ja kein Jurist.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, Sie sind aber mit Geheimschutzfragen betraut. Das ist ja so eine Schnittstelle.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Udo Laux: Ja gut, wir sind aber mehr - ja, ich sage es mal ganz salopp - vielleicht der Edelpostbote, der quasi diese Dinge entgegennimmt und dann auch - - Entweder werden die zum Teil dann zu diesen bearbeitenden Stellen hingeleitet. Da kann es sein, dass im Rahmen, wenn so was mal eingegangen sein sollte - - Wobei ich mich da konkret nicht dran erinnern kann, weil wir ja inhaltlich nicht zuständig waren für die Dinge, wenn sie denn dagewesen sein sollten. In so einem Zusammenhang könnte vielleicht auf irgendeinem Vorgang, wenn einer den zu mir ausgezeichnet hat: „Gucken Sie mal, wer da zuständig ist“ - - dass ich ihn abgezeichnet habe. Das kann ich nicht ausschließen. Aber das wäre dann nur im Handling der Verschlussache gewesen, aber operativ nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie den Herrn Alster?

Zeuge Udo Laux: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): In welchem Zusammenhang haben Sie mit Herrn Alster zusammengearbeitet?

Zeuge Udo Laux: Ja, Herr Alster ist ja der Leiter der Stelle ReSA in Frankfurt, und der war natürlich mein Ansprechpartner bei der Protokollkontrolle. Das wurde - - musste ja immer abgestimmt werden, dass - - Wir konnten ja nicht die Dienststelle lahmlegen, wenn wir die Protokolle kontrolliert haben. Es musste ja dann weiterhin gearbeitet werden können, und deshalb - - Er war dann auch dabei bei den Kontrollen. Vielleicht nicht immer, aber doch schon. Daher kenne ich ihn.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben eben ausgeführt, dass Sie im Wesentlichen sich mit TKÜ- bzw. G-10-Maßnahmen, wenn sie auf konkrete Anschlüsse bezogen waren, befasst hatten. Jetzt nicht im engeren Sinne dienstlich, aber haben Sie Kenntnis erlangt zu diesem Zeitraum, dass es einen kabelgestützten Erfassungsansatz gibt in Frankfurt durch den BND, jenseits der nun individuellen G-10-Anträge auf einzelne Anschlüsse?

Zeuge Udo Laux: Kann ich mich jetzt nicht dran erinnern. Wenn, wie gesagt, irgendein Papier mal vorbeigekommen sein sollte, das eingestuft war, dann im Rahmen der Handhabung könnte das der Fall gewesen sein. Aber das war dann auch wieder nur rein geheimchutztechnisch als Übermittler, aber nicht als Verantwortlicher für das operative Geschehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich denke, die konkreten Fragen zu den Unterlagen können wir nur in eingestufte Sitzung stellen. Wenn Sie mit den Begriffen „Transit“, „Eikonol“, Erfassung von Transit- oder Routineverkehren - - Können Sie mit den Begriffen was anfangen, Erfassung von Transit- oder Routineverkehr? „Routineverkehr“ hat es der BND genannt.

Zeuge Udo Laux: Routineverkehr, da brauche ich erst mal eine Begriffsdefinition.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja, das ist eine Selbstschöpfung des BND. Der nennt die Transitverkehre Routineverkehre.

Zeuge Udo Laux: Ich kann mir da keinen Reim drauf machen, auf Routineverkehr. Das ist - -

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie an irgendeiner Stelle mal was mit einem ausländischen Geheimdienst zu tun?

Zeuge Udo Laux: Nein, nicht das ich wüsste. Das ist immer so eine Sache -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja.

Zeuge Udo Laux: - oder kann so eine Sache sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Okay. Wir würden unsere Fragen dann in eingestufte Sitzung stellen wollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, da hatte ich auch den Eindruck eben. - Wir kommen dann jetzt in der ersten Runde zur Fraktion der SPD.

Susanne Mittag (SPD): Ja, dann fange ich mal an. - Sie hatten gesagt, Sie sind zuständig für die Protokollkontrolle.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Udo Laux: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Wenn man Protokolle kontrolliert, gab es dann da mal irgendwann Auffälligkeiten?

Zeuge Udo Laux: Ja, das ist jetzt so eine Sache. Wir mussten darüber ja nach den Verfahren, die in der TKÜV stehen, an die Bundesnetzagentur - - Die hieß früher immer Regulierungsbehörde Post und Telekommunikation. Ich habe den alten Begriff da draufgehabt. Aber jetzt ist das die Bundesnetzagentur. Dahin mussten wir Berichte schreiben, und diese Berichte waren eingestuft. Insofern bin ich mir nicht sicher, ob ich zu diesen Berichten hier was sagen darf.

Susanne Mittag (SPD): Erst mal allgemein. Gab es mal Vorfälle, wo Sie sagen: Es läuft nicht so, wie wir, wie ich mir das jetzt vorgestellt hätte.

Zeuge Udo Laux: Das ist jetzt ja eine allgemeine Frage.

Susanne Mittag (SPD): Ja, ist ganz allgemein.

Zeuge Udo Laux: Da kann man ja jetzt nicht auf das Ergebnis schließen. Bezogen auf irgendwelche - - wüsste ich jetzt nicht zu bestätigen. Kann ich nicht bestätigen.

Susanne Mittag (SPD): Es lief immer gut: ja oder nein?

Zeuge Udo Laux: Sie kommen jetzt langsam an den Inhalt des Berichts, der eingestuft ist. Deshalb tue ich mich da ein bisschen schwer.

Susanne Mittag (SPD): Na ja, wir brauchen ja im nichtöffentlichen Teil gar nicht weiterfragen, wenn Sie sagen: Es lief immer gut - - dann war ja schön. Da es schwierig wird, lief es nicht immer gut. - Gut, dann lassen wir das lieber. Dann fragen wir das später.

Die Protokolle gingen zur Bundesnetzagentur, und dann war erledigt?

Zeuge Udo Laux: Ja. Die gingen da hin. Da gibt es auch die Prüflisten. Ich glaube, am Beginn eines

Quartals - oder so, irgendwie - musste das also, glaube ich, vierteljährlich geprüft werden; wenn ich mich so recht entsinne noch, das ist schon ein bisschen her.

Susanne Mittag (SPD): Aber da Sie ja für die Sicherheit zuständig waren - es gab ja eine Zusammenarbeit mit dem BND oder so -: Wenn es da Probleme gab, gab es da auch Rückmeldungen oder ging es nur und ausschließlich zur Bundesnetzagentur?

Zeuge Udo Laux: Jetzt muss ich die Frage - - noch mal nachfragen. Was die Protokollkontrolle betrifft und die Ergebnisse: Die gingen an die Bundesnetzagentur. Wenn natürlich - Sie sprachen jetzt die Dienste an - jetzt zum Beispiel ein Nachrichtendienst eine Individualmaßnahme hatte und es gab technische Probleme, denke ich, dann musste das die ReSA-Stelle mit denen klären. Das war also nicht unsere Aufgabe. Das wäre dann ja die operationale Komponente in dem ganzen Thema.

Susanne Mittag (SPD): Das würde dann sozusagen von der Bundesnetzagentur gegangen sein. Sie haben immer nur den einzigen Adressat Bundesnetzagentur gehabt?

Zeuge Udo Laux: Bezüglich der Protokollkontrolle, ja. Den Adressat, was Sie meinten vorher - - Wenn ReSA Probleme hat, die mussten das immer mit dem - ich sage mal - Bedarfsträger - - Wenn eine Telekommunikationsüberwachungsmaßnahme, ich sage mal, der Polizei - - wenn es da Probleme gab, dann musste das natürlich mit den Bedarfsträgern, den jeweilig zuständigen, abgeklärt werden. Aber das sind interne ReSA-Abläufe. Da kann ich natürlich im Detail nichts zu sagen. Deshalb würde ich das mal jetzt so rein vom pragmatischen Ansatz verstehen wollen.

Susanne Mittag (SPD): Sie hatten unter Umständen auch mal unterschiedliche Adressaten, mit denen Sie dann die Probleme erläuterten?

Zeuge Udo Laux: Ich? Sie meinen jetzt mich mit „Sie“, oder?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Susanne Mittag (SPD): Ja, Sie.

Zeuge Udo Laux: Diese Probleme hatte ich nicht, weil ich da nicht zuständig war. Wenn eine Telekommunikationsüberwachungsmaßnahme, was weiß ich, irgendwelche Probleme geboten hat, dann musste das ReSA klären, weil die operativ dafür zuständig waren.

Susanne Mittag (SPD): Ach so. Das wäre jetzt - - Hatten Sie das Gefühl, dass - - Sie waren ja für die Sicherheit zuständig, was man wohin schicken darf. Hatten Sie mal irgendwann das irgendwo angemeldet oder auch gesagt: „Es gibt eine rechtliche Lücke; Sie haben das Gefühl, es gibt eine rechtliche Lücke“? Sie haben sich ja mit dieser Konzernsicherheit auch auseinandergesetzt.

Zeuge Udo Laux: Ja, jetzt verstehe ich die Frage in dem Punkt nicht so ganz richtig. Rechtliche Lücke in welchem Zusammenhang?

Susanne Mittag (SPD): Das, was Sie sozusagen an Sicherheit dort gewährleistet haben. Oder war das ausschließlich technisch ausgerichtet bei Ihnen?

Zeuge Udo Laux: Bei mir war das nur die Protokollkontrolle. Zu prüfen, ob die Technik, mit der diese Eingriffe wahrgenommen wurden, ob die ordentlich funktioniert, das war nicht meine Aufgabe.

Susanne Mittag (SPD): Also, es ging ausschließlich um den technischen Bereich, und es fand keine, sagen wir mal, rechtliche Prüfung statt. Sie haben also einen sehr eingeschränkten Arbeitsbereich gehabt in der Richtung?

Zeuge Udo Laux: Ja. Sie haben - - Sie wissen, was ich meinte mit Protokollkontrolle? Das war einfach nur die Technik, die eingesetzt wird, um Telekommunikationsüberwachung zu ermöglichen, wenn die entsprechenden Anordnungen vorliegen. Und die hat einen Mechanismus implementiert, der dokumentiert, wann irgendwelche - - wann diese Maßnahme benutzt wurde, um Telekommunikationsanschlüsse zu überwachen. Da werden ja diese Protokolleinträge - - Die Struktur können Sie in § 16 - - Da ist so eine

Liste - ich glaube, das sind an die acht, neun Dings -, da können Sie das nachlesen. Das wurde dann genommen, um zu gucken, ob da wirklich auch eine Anordnung dafür vorliegt, also, dass dann keiner ohne Anordnung was macht. Das war die Aufgabe. Aber das, was Sie jetzt meinen, oder zumindest - - Wie ich Sie verstehe, ist das, was Sie fragen, jetzt mehr technikbezogen.

Susanne Mittag (SPD): Na, ich frage, in welchem Rahmen Sie Einblick hatten, was man denn überhaupt fragen kann und ob für die bestimmte - - was Sie jetzt gerade erwähnten, ob da Anordnungen für vorliegen. Haben Sie das auch überprüft?

Zeuge Udo Laux: Ja, klar. Das war ja genau die Aufgabe der Protokollkontrolle.

Susanne Mittag (SPD): Ja. Und das ist immer in Ihrem Empfinden nach oder bei Ihrer rechtlichen - - bei Ihrer Prüfung jahrelang immer komplett abgedeckt worden? Das - -

Zeuge Udo Laux: Ja, gut, wir haben dann geschaut, dass die - - Im Protokoll stand ja drin, wie lange der Anschluss überwacht wurde, und für den Zeitraum musste eine Anordnung vorliegen. Da musste eben die Rufnummer stimmen und der Zeitraum.

Susanne Mittag (SPD): Und das war dann die Bandbreite der Prüfung?

Zeuge Udo Laux: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Gut.

Zeuge Udo Laux: Also, dass da letztendlich kein - - dass diese Einrichtung nicht aktiviert wird, wenn keine Anordnung vorliegt.

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge Udo Laux: Das war also quasi ein Schutz, damit da nichts pass- - Gut, zumindest ein Damoklesschwert wurde da über die Leute gehängt, die an dieser Anlage arbeiten, nach dem Motto: Mindestens 20 Prozent der Protokoll Daten sind zu prüfen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Susanne Mittag (SPD): Gut. Danke schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Um da - - Sie haben ja den § 16 TKÜV gerade angesprochen. Können Sie da vielleicht noch ein bisschen - - Ich habe nicht jeden Tag damit zu tun, aber vielleicht können Sie einfach ein bisschen praktischer noch mal ausführen, was das bedeutet, was da Ihre - - was da abgeprüft wird. Das wäre noch mal von Interesse für mich.

Zeuge Udo Laux: Ja, der § 16 regelt ja, dass diese Dinge zu protokollieren sind. § 17 regelt, was zu prüfen ist. Sie meinen also den § 17 soll ich jetzt - - oder die Technik?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich meine, Sie haben da ja eine Tätigkeit gemacht, -

Zeuge Udo Laux: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): - wo das die gesetzliche Grundlage darstellt, und ich versuche einfach, mir so ein bisschen die Arbeitsabläufe vorzustellen und was das eigentlich konkret bedeutet.

Zeuge Udo Laux: Ja gut, in der Technik war halt eben diese Protokollierung vorgegeben. Die musste eingebaut werden. Ich denke, das ist auch ein vernünftiger Ansatz. Diese Technik, die erzeugt dann diese Datensätze, und diese Datensätze, die wurden dann ausgelesen, zu uns transportiert. Dann haben wir diese Datensätze genommen und halt eben geguckt nach gewissen - - 20 Prozent rausgewählt und dann danach gefragt: Den und den und den Anschluss, da hätten wir gern den Beschluss gesehen. - So. Das war einfach nichts hochtrabend Technisches. Das war eine einfache Sache eigentlich. Also, da ist irgendwie nicht so eine ganz großartige Sache dahinter.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Es geht uns ja um dieses Treffen. Sie haben jetzt gerade noch ein bisschen länger ausgeführt: Ist Ihnen vielleicht da doch noch mal was eingefallen zu dieser - - Weil es ist ja doch eine relativ - - ja, keine Nebensächlichkeit gewesen, zu sagen, dass man erst diesen Vertrag hatte, der dann wegfiel - - und immer

noch keine Erinnerung an - - weil das ja offensichtlich auf Vorstandsebene da was war und - -

Zeuge Udo Laux: Wie eben schon erläutert: Ich habe in den Medien davon gehört und - - Sorry, tut mir leid.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, kein Problem.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Weitere Fragen sehe ich hier nicht. Dann kommen wir zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz will anfangen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Laux, sagt Ihnen die Bundesstelle für Fernmeldestatistik was? Schon mal gehört?

Zeuge Udo Laux: Weiß ich jetzt nicht, ob ich hierzu was sagen darf.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah! Seien Sie mal ganz mutig.

Zeuge Udo Laux: Nein.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie? Nein? Doch! Geben Sie sich einen Ruck.

Zeuge Udo Laux: Weil - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wolff ist total entspannt. Herr Akmann ist nicht da. Wir haben freie Bahn.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber der Zeugenbeistand ist ja noch da.

RAn Dr. Gina Greeve: Ja, ja, ich bin auch noch da.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, Sie sind auch noch da.



Nur zur dienstlichen Verwendung

RAn Dr. Gina Greeve: Ich will nur mal wissen, ob es eingestuft ist.

Zeuge Udo Laux: Ja, das weiß ich eben nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

(Martina Renner (DIE LINKE): Das ist enttarnt!)

- Es ist enttarnt. Es steht bei uns hier überall auf offiziellen Papieren drauf.

RAn Dr. Gina Greeve: Ich weiß es auch nicht, und der Zeuge weiß es nicht.

Zeuge Udo Laux: Ja, gut, ich habe gehört - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber da ist offensichtlich Bewegung drin bei der Bundesregierung. Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Die bloße Angabe der Bundesstelle mit der entsprechenden Behörde, die kann er sagen. Wenn es dann natürlich um konkrete eingestufte Dokumente geht, dann ist es ein anderer Sachverhalt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben davon gehört?

Zeuge Udo Laux: Ich habe von diesen mal etwas gehört im Zeitschlitz 1977 bis 84.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja.

Zeuge Udo Laux: So, jetzt weiß ich nicht, ob das Gegenstand ist. Da war das Papier eingestuft, und deshalb weiß ich jetzt nicht, ob ich mich strafbar mache.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben aber eine gute Erinnerung.

Zeuge Udo Laux: Bitte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben aber eine gute Erinnerung.

Zeuge Udo Laux: Nein, das nicht. Weil das neulich mal durch die Medien ging. Da war irgendwas, weil der Bundesnachrichtendienst irgendwas geändert hatte. Das habe ich gelesen. Deshalb war das das Stichwort.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich verstehe.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da warst du noch gar nicht geboren!)

- Genau, das war alles vor meiner Zeit. Da muss ich gleich an Ströbele abgeben.

(Heiterkeit)

Aber jetzt in der relevanten Zeit, über die wir hier reden, haben Sie nichts mit denen zu tun gehabt?

Zeuge Udo Laux: Ich muss - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht darum: Wissen Sie, wir glauben - deswegen ist, glaube ich, diese Einladung entstanden -, dass Sie bei bestimmten Treffen dabei waren, bei denen Sie sagen, Sie waren gar nicht dabei. Wir würden uns alle gerne eine nicht-öffentliche Vernehmung sparen. Deswegen frage ich Sie, ob Sie da irgendeine Erinnerung dran haben. Sonst brauchen wir es Ihnen vielleicht auch nicht in nichtöffentlicher Sitzung vorzuhalten.

Zeuge Udo Laux: Tut mir leid.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, dass man da sich irgendwie mit Geheimdiensten über rechtliche Fragen in diesem Bereich auseinandergesetzt hätte oder mit Bundesstellen, Fernmeldestatistiken oder so? Nein?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Udo Laux: Ich bin Ingenieur. Insofern: Bei irgendwelchen rechtlichen Fragen, da bin ich doch total überfordert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann frage ich mal den Ingenieur: Wo kamen denn die Daten her, die da abgegriffen wurden, ausgeleitet wurden, gedoppelt wurden?

Zeuge Udo Laux: Ja gut, ich weiß jetzt natürlich nicht aus eigener Erfahrung, dass was abgeleitet wurde. Muss ich passen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen nicht, wo Daten herkamen?

Zeuge Udo Laux: Die Netze sind ja doch riesig groß.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Udo Laux: Was da irgendwo einer macht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen frage ich ja, weil wir das schon gern konkretisieren wollen. Wissen Sie, der Laie, der denkt ja immer: Frankfurt-Nied, DE-CIX und so. Aber so ist es, glaube ich, gar nicht, und deswegen sind - -

Zeuge Udo Laux: Na gut, Frankfurt hatte eine sehr große Bedeutung im Netz. Das kann ich, glaube ich, hier sagen. Aber ob das heute noch so ist, ob sich das Netz etwas entflochten hat, gut, das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ob die Daten in Frankfurt oder ganz woanders in der Republik gedoppelt wurden: Sie wissen es nicht?

Zeuge Udo Laux: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind auch nie irgendwie in den Norden

des Landes gefahren und haben sich da Abgriffpunkte angeguckt oder so? Sie waren immer in Frankfurt?

Zeuge Udo Laux: Nein, ich war, wie eben erläutert, in Frankfurt bei der Direktion von August 74 bis Ende Juli 84 und dann danach nur in Bonn.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, und dann nur in Bonn. Aber dass Sie irgendwie an Prozessen um das Jahr 2003, 2004, 2005 beteiligt waren, wo es irgendwie darum ging, dass Geheimdienste auf Glasfasernetze zugreifen wollten: Das hören Sie alles zum ersten Mal?

Zeuge Udo Laux: Muss ich passen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sei denn, Sie haben hier und da mal was in der Zeitung gelesen.

Zeuge Udo Laux: Das habe ich. Und, wie erwähnt: Wenn vielleicht mal ein Vorgang reingekommen ist, dass ich im Rahmen des Handlings des Vorgangs da irgendwo mal abgezeichnet⁵⁰ - - Aber daran kann ich mich konkret nicht erinnern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben wir keine weiteren Fragen an Sie, auch nicht in nichtöffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion der CDU/CSU. Gibt es hier Fragen? - Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich hätte noch ein paar Fragen, um konkret Ihren Arbeitsablauf oder Ihre Arbeitsabläufe zu verstehen. Sie haben gesagt: Ihre Aufgabe war es, Protokolle zu prüfen, zu schauen, ob da die entsprechenden Anordnungen auch vorhanden waren.

Zeuge Udo Laux: Ja.

⁵⁰⁾ Protokoll korrigiert, siehe Anlage 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Wie lief das ab? Haben Sie Listen bekommen mit Maßnahmen, die liefern, und haben dann gesagt: „Das, das und das will ich sehen“? Hat man Ihnen was zugeleitet? Haben Sie alle Maßnahmen zur Überprüfung bekommen? Wie lief das ab? Und wie viele haben Sie da zu prüfen gehabt so im Schnitt?

Zeuge Udo Laux: Ja, es gab eine Datei, die eben diese protokollierten TKÜ-Maßnahmen enthielt. Die Datei, die wurde dann genommen. Wir haben ja drei ReSA-Stellen bei der Deutschen Telekom, und dann wurden die erst mal aufgeteilt auf diese drei Stellen, weil jede Stelle so einen gewissen Bereich hatte. Aus der Menge der Daten von jeder dieser drei Stellen wurde dann die entsprechende Anzahl von Datensätzen - Sie fragten eben nach: Es mussten also mindestens 20 Prozent sein. Die wurden dann - - die kriegten einen Haken dran, und mit denen ging man dann zu der entsprechenden ReSA-Stelle. Das ganze Thema, das kam ja von der Regulierungsbehörde; Bundesnetzagentur ist es ja jetzt, sorry. Ich weiß nur: Ich hatte damals die Aufgabe, das ganze Verfahren in die Handhabung umzusetzen, weil - - Ich weiß auch nicht mehr, in welchem Jahr. Das war in meiner Zeit beim Geheimsschutz. Aber es war - - Ich hatte die Aufgabe, das zu implementieren.

Ja, und dann am Anfang bin ich dann hingegangen. Gut, die Vorgehensweisen werden dann natürlich mit den betroffenen Bereichen erst mal abgestimmt. Wie schon eben erläutert, geht es ja auch darum - man will ja eine Dienststelle nicht außer Gefecht setzen; die muss ja da weiter arbeiten können -, wie man das hinbekommt unter diesen Aspekten. Ja, und die ersten Überprüfungen, die habe ich dann selbst vorgenommen, weil - - Na gut, ich hatte es entwickelt, und man muss ja dann mal ausprobieren, ob es geht, und dann wurde das auch nachgeregelt. Nach einer gewissen Zeit wurde dann diese eigentliche Überprüfungstätigkeit - also diese Datensätze zu nehmen und zu gucken, ob die passende Anordnung da ist -, das wurde dann an drei Kollegen, die für diese ReSA-Stellen zuständig waren, abgegeben, und die haben dann die Prüfungen wahrgenommen. Ich habe damals diese 20 Prozent ausgewählt, und die kamen dann zurück.

Die wurden dann zusammengefasst und die Prüfberichte an die Bundesnetzagentur geschickt.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay, es war dann schon, was Sie gemacht haben, auch ein technischer Vorgang. Sie haben jetzt halt nur geguckt: Gibt es ein Blatt, -

Zeuge Udo Laux: Ja, gut.

Nina Warken (CDU/CSU): - gibt es irgendwas, einen Grund - -

Zeuge Udo Laux: Es war in der Entwicklung - - war es ein technischer Vorgang, weil - -

Nina Warken (CDU/CSU): Sie sind ja auch Techniker.

Zeuge Udo Laux: Ja, man muss da dann auch ein gewisses technisches Verständnis dazu haben. Aber dann nachher, diese Einzelprüfung, das ist ja dann einfach nur - ich sage es jetzt mal salopp -, wie einen Lattenzaun streichen, -

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Udo Laux: - also einen Datensatz nehmen und dann nach den Kriterien prüfen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Aber man brauchte schon Ihr technisches Verständnis, auch um die Maßnahme zu verstehen, oder?

Zeuge Udo Laux: Nein, das - - Schauen Sie mal, Sie kriegen jetzt - - Wenn Sie vielleicht den § 16 da haben. Da steht drin, welche Daten das sind. Die sind dann in einer Zeile, und dann gucken Sie dann: Ach, das ist der Anschluss sowieso. Dann sagt man zu dem Kollegen von ReSA: Bringen Sie mir mal den Vorgang sowieso. - Dann holt er den raus, und dann guckt man: Beginn am ... (akustisch unverständlich) Dann guckt man dann hier: Anordnung? - Jawohl. Ist also mindestens am gleichen Tag oder vorher - - Ja. Und wie lange? - Und mehr ist das nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Udo Laux: Das ist einfach, ja letztendlich trivial, aber eine wichtige Aufgabe, denke ich.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. In der Tat, ja. - Also, Sie - - Oder können Sie genau sagen, was Sie wussten, was genau hinter den Maßnahmen steckt - ReSA war ja auch für verschiedene Sachen zuständig: Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden, richterliche Beschlüsse, auch BND -, woher die Daten kamen, was, warum, wieso?

Zeuge Udo Laux: Das hat uns eigentlich nicht interessiert. Wir hatten den Prüfauftrag, und das andere belastet einen ja nur. Deshalb haben wir uns da, ehrlich gesagt, um die Begründung, die eventuell immer drinstand - - Das war für uns nicht das Thema.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. Dann würde ich an den Kollegen Schipanski abgeben. Vielen Dank.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Zeuge, Sie haben uns ja beschrieben, dass Sie da im Bereich des Sicherheitsbeauftragten auch ein ganzes Stück tätig waren bei der Telekom. Ein Thema, was die Öffentlichkeit natürlich nach diesen Snowden-Veröffentlichungen sehr stark bewegt, ist die Frage, ob ausländische Nachrichtendienste die Kommunikation deutscher Bürger überwachen und insbesondere Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen in Deutschland ausländischen Behörden, ausländischen Nachrichtendiensten in irgendeiner Art und Weise Zugang geben. Es wird ja immer geschrieben: „heimliche Zugänge“ oder Ähnliches.

Nun sind Sie ja Mitarbeiter eines großen Telekommunikationsdienstleisters, und mich würde jetzt Ihre persönliche Wahrnehmung interessieren. Aus Ihrer Tätigkeit bei der Telekom: Haben Sie Kenntnis darüber, dass bei der Deutschen Telekom jemals ein ausländischer Nachrichtendienst unmittelbar Zugang zu den Netzen, Daten-systemen oder Serversystemen hatte?

Zeuge Udo Laux: Das kann ich mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, Sie in Ihrer Wahrnehmung: Sie haben davon überhaupt nichts mitbekommen?

Zeuge Udo Laux: Nein, wenn - - Aber das wäre eine Ungeheuerlichkeit, ehrlich gesagt. Aber nein, das ist - -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ausgeschlossen?

Zeuge Udo Laux: Ja, gut, ausgeschlossen - - Weiß ja - - Wenn Sie jetzt mal den Artikel lesen, dass die Amerikaner mit einem U-Boot Glasfaserkabel anzapfen können; ich hätte es vorher auch nicht geglaubt, was möglich ist.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber Sie sollen uns jetzt als Zeuge Ihre Wahrnehmung schildern.

Zeuge Udo Laux: Nein, ich habe dazu nichts wahrgenommen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie haben dazu nichts wahrgenommen?

Zeuge Udo Laux: Nein. Absolut nicht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie haben dazu nichts wahrgenommen, und Sie haben auch während Ihrer Tätigkeit darauf keinerlei Hinweise in irgendeiner Art und Weise bekommen?

Zeuge Udo Laux: Nein, keinerlei Hinweise.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. Weitere Fragen sehe ich bei der Fraktion der CDU/CSU nicht. Ich frage jetzt mal in die Runde: Gibt es noch Fragen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ich wollte nur anmerken, dass wir auch keine Fragen mehr für eine eingestufte Sitzung haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

(Zurufe: Wir auch nicht! -
Hans-Christian Ströbele



Nur zur dienstlichen Verwendung

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir auch nicht!

- Sehr schön. - Gut, wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung zu beantworten sind, und auch, wie ich höre, keine weiteren Fragen mehr in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung, sind wir diesbezüglich am Ende der Zeugenvernehmung mit Ihnen.

Nach seiner Fertigstellung wird Ihnen vom Sekretariat das Stenografische Protokoll dieser Sitzung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen an der Übertragung vorzunehmen oder Richtigstellungen und Ergänzungen Ihrer Aussage mitzuteilen.

Ich darf mich ganz herzlich für die Bereitschaft, hier auszusagen, bedanken. Ich freue mich, dass Sie bei uns waren und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg. Das gilt auch für Ihren Zeugenbeistand. Danke, dass Sie bei uns waren. Damit ist diese Zeugenvernehmung an dieser Stelle beendet.

Ich bitte nun, dem Zeugen Dr. Köbele die Möglichkeit zu geben, in den Ausschussraum zu gelangen. Die Sitzung ist damit für, ich würde sagen - dass wir auch mal lüften können -, zehn Minuten unterbrochen. Vielleicht kriegen wir es in zehn Minuten hin. Dann geht es um 19.35 Uhr an dieser Stelle weiter. Die Sitzung ist damit unterbrochen. Danke schön.

(Unterbrechung von
19.24 bis 19.57 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Dr. Bernd Köbele

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, wir setzen die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses fort. Ich begrüße ganz herzlich unseren nächsten Zeugen Herrn Dr. Köbele.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Dr. Köbele, nach meiner Information haben Sie die Ladung am 19. Januar 2015 erhalten.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Und auch entsprechend dann per E-Mail beantwortet, wobei die E-Mail-Adresse „1. Untersuchungsausschuss“ einen Irrläufer gab. Die habe ich zurückbekommen. Aber von der Kollegin Labrenz habe ich dann keine fehlerhafte Rückmeldung bekommen, sodass ich davon ausgehe, dass sie zumindest in den Geschäftsbereich gelangt ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wunderbar. Ich freue mich, dass Sie unseren Ruf wieder direkt hergestellt haben. Mit den E-Mail-Adressen, das werden wir prüfen. Gleichzeitig danke ich Ihnen, dass Sie der Ladung gefolgt sind und dem Untersuchungsausschuss für eine Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Vielleicht eine Anschriftenkorrektur. 50859 ist Köln, nicht Pulheim.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da komme ich gleich noch mal zu, wenn ich Sie nach einer ladungsfähigen Anschrift frage; aber es ist schon

mal gut, dass wir auch das klären. Ich sehe, wir werden doch viele Informationen von Ihnen kriegen, wenn das so anfängt.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Wird sich zeigen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet werden. Ich darf den Rechtsbeistand bitten, sich kurz vorzustellen.

RA Dr. Eddo Compart: Mein Name ist Dr. Eddo Compart. Ich bin Anwalt in Mannheim. Was hätten Sie noch gerne gewusst?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das reicht mir schon. Alles Weitere würde ich dann in der Sitzung nachfragen. Ich darf Sie aber auch darauf aufmerksam machen, dass Sie den Zeugen beraten dürfen, Ihnen selbst jedoch kein Rede- und Fragerecht zusteht; denn der Zeuge kennt ja den Sachverhalt und nicht Sie. Insbesondere dürfen Sie daher Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls kann Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen - das machen wir dann natürlich auch -, dass Sie sich über inhaltliche Fragen etc., aber auch um die Frage zum Beispiel von Geschäftsgeheimnissen, ja oder nein, gerne beraten dürfen.

Herr Dr. Köbele, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit gegebenenfalls auch Disziplinarverfahren, wenn das überhaupt in Betracht kommt.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur mit einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach §§ 14 oder 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung dann in nichtöffentlicher Form oder sogar in eingestufte Form fortsetzen kann und Ihnen dann Fragen zu stellen. Haben Sie hierzu noch Fragen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Vielleicht dazu eine Anmerkung. Ich habe eine Aussagegenehmigung, die eingeschränkt ist daraufhin, wenn es um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse geht, dass nur in nichtöffentlicher Sitzung dazu ausgesagt werden kann. Ich bitte da diesbezüglich um entsprechende Berücksichtigung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Umgekehrt auch. Wenn so etwas in Betracht kommt, müssten Sie uns ein Zeichen geben, weil wir wissen natürlich nicht, was Sie wissen und uns sagen wollen gegebenenfalls. Deswegen kam der Hinweis: Wenn Sie uns ein Zeichen geben, würden wir gegebenenfalls einen Beschluss fassen und dann in nichtöffentliche oder eingestufte Sitzung eintreten und dann weitermachen.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes, Gelegenheit zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Das heißt also, ohne Unterbrechung durch Fragen können Sie Ihren Sachverhalt, wie Sie ihn nachvollziehen können, darstellen. Danach werde ich Sie zunächst befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses Gelegenheit, ihre Fragen zu stellen.

Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, reihum jede Fraktion nacheinander. Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Bis jetzt noch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. Ich darf Sie nun bitten, zu Beginn Ihrer Ausführung sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Okay. Mein Name ist Dr. Bernd Köbele. Mein Alter ist 56. Ich bin mittlerweile im Vorruhestand seit dem 30.12.2013. Ladungsfähige Anschrift ist [REDACTED]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Köln. Alles klar. Herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen, wie es gerade angesprochen worden ist, Gelegenheit geben, ein Eingangsstatement abzugeben, also im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung auszusagen. Das ergibt sich aus § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes. Möchten Sie dies tun?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, möchte ich ganz gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann haben Sie das Wort.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ich möchte etwas auf die Organisation der Telekom im Jahre 2003/2004 eingehen, weil das vielleicht dann doch noch ein bisschen zur Erhellung beitragen kann.

Wir hatten dort die Deutsche Telekom AG mit dem Vorstandsvorsitzenden. Das war der Herr Ricke. Im Vorstand war der Vorstand Vertrieb; das war der Herr Brauner. Dann gibt es die T-Com. Das war ein virtuelles Gebilde innerhalb der Deutschen Telekom AG, also keine juristische Person. Dort gab es ebenfalls einen Vorstand. Der Vorstandsvorsitzende war Herr Brauner. Dann gab es einen Vorstand Finanzen und Controlling; das war ein Herr Dr. Rentschler. Bei Herrn Dr. Rentschler war die Rechtsabteilung der



Nur zur dienstlichen Verwendung

T-Com angesiedelt, geleitet von Herrn Dr. Uelner. Dann gab es dort den Abteilungsleiter Ralf Schneider, Dr. Schneider, und dem Dr. Schneider war ich zugeordnet.

Ich hoffe, jetzt sind alle mitgekommen. Wie gesagt: T-Com, virtuelles Gebilde innerhalb der Deutschen Telekom AG. Vorstandsvorsitzender der T-Com Brauner, Rentschler als Vorstand Finanzen und Controlling, wo die Rechtsabteilung angesiedelt war der T-Com, dort Leiter Dr. Uelner. Das wäre es als Eingangsstatement.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist schon mal gut. Das ist ja fast ein Organigramm. Da werden wir sicherlich noch mal drauf zu sprechen kommen.

Ich darf nun einige Fragen an Sie stellen, bevor ich die Fragen an die Mitglieder der Fraktionen weitergebe. Ich würde zuerst gerne etwas zu Ihrer Ausbildung, zu Ihrem Beruf wissen. Sie haben ja gesagt, Sie sind im Vorruhestand, aber davor haben Sie ja was gemacht. Sie haben was studiert?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ich bin Jurist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau, Sie sind Jurist. Haben auch als Jurist in der Telekom gearbeitet, richtig?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ich habe nach dem zweiten Staatsexamen erst dreieinhalb Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Köln gearbeitet, bin danach zur Telekom gekommen, war drei Jahre in den neuen Bundesländern und dann bis 1999, Ende 1999, im Personalbereich der Deutschen Telekom AG tätig und bin dann also gewechselt zunächst in die damalige Konzernsicherheit und dann aufgrund Umorganisationen dann in die T-Com gelangt und RA 43 geworden. Das ist eine Tätigkeit, die ich dann bis zum Ende ausgeübt habe, allerdings immer in verschiedenen organisatorischen Anbindungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Können Sie zu dieser letzten ausgeübten Tätigkeit etwas detaillierter sagen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, das waren die sogenannten staatlichen Sonderauflagen. Es ging also darum, den Sicherheitsbehörden eine Ansprechstelle innerhalb der T-Com, soweit es jetzt um den fraglichen Zeitraum ging - später auch für die Deutsche Telekom AG -, zu geben, wo also entsprechende Anordnungen beispielsweise, die eingegangen sind, dann, ich sage mal, zur Umsetzung aufgenommen wurden und dann also auch entsprechend umgesetzt wurden, beispielsweise nach der Strafprozessordnung, aber auch nach dem hier eher interessanten Artikel-10-Gesetz.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich komme jetzt mal direkt zu einem Punkt, wo sicherlich gleich weitere Nachfragen auch sind; nur um das abzuklären. Ist Ihnen der Vertrag mit der Bezeichnung „Transit“ bekannt?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, der ist mir bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist schon mal schön. Dann sind Sie schon mal der richtige Zeuge jetzt.

Ich würde die Fragen jetzt weitergeben an die Fraktionen. Es beginnt jetzt die Fraktion Die Linke mit Frau Kollegin Renner, nehme ich an. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Köbele, bevor wir zu dem Vertrag „Transit“ kommen: Wann aus Ihrer Erinnerung heraus haben Sie zum ersten Mal von dem Wunsch des BND erfahren, Zugang zu den Leitungen, durch die die Transitverkehre laufen, zu bekommen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Muss so Spätfrühjahr/Frühsommer 2003 gewesen sein.

Martina Renner (DIE LINKE): In welchem Rahmen haben Sie davon Kenntnis erlangt?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Der BND ist auf uns zugekommen. Wir waren mit dem BND schon vorher in Kontakt, weil wir durch Artikel-10-Gesetz respektive TKÜV schon verpflichtet worden waren, entsprechende G-10-Anordnungen umzusetzen. Im Zuge dessen kannten die uns also schon,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und dann sind die, wie gesagt, so zwischen Spätfrühjahr, Anfang Sommer 2003 diesbezüglich auf uns zugekommen mit dem Ansinnen, dass sie halt über G 10, also Artikel-10-Gesetz hinaus mehr haben wollten.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich noch erinnern: War das im Rahmen einer Besprechung? Ist das schriftlich mitgeteilt worden?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ich meine, das wäre im Rahmen einer Besprechung in Frankfurt gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wer hat den Wunsch gegenüber Ihnen geäußert?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Vom BND jetzt eine Person?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das war ein, ich glaube, Unterabteilungsleiter Dr. Meier (?), wobei das mit Sicherheit ein Deckname sein dürfte.

Martina Renner (DIE LINKE): Davon gehen wir auch aus.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Namen sind Schall und Rauch, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Ist denn dann auch in diesem Gespräch schon mal gesagt worden, an welcher Stelle man sich vorstellen könnte, dass man die Transitverkehre erfassen möchte? Also, ist es noch örtlich genauer spezifiziert worden?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Na ja, es war eigentlich -

Martina Renner (DIE LINKE): Es gibt ja da mehrere Möglichkeiten.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: - recht klar, dadurch, dass schon in Frankfurt die G-10-Technik letztlich eingerichtet worden war, dass das dann auch in Frankfurt erst mal erfolgen sollte, wobei es im

Vorfeld schon auch noch Überlegungen anderer Art gegeben hat, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei diesen ersten Besprechungen spielten diese anderen Überlegungen, zum Beispiel auch auf ein Seekabel zuzugreifen oder auf eine Endstelle eines Seekabels, auch eine Rolle?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das spielte, denke ich, auch eine Rolle; aber genau weiß ich das nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben ja jetzt zu Recht gesagt, dass da natürlich bestimmte rechtliche Fragen dann im Raum stehen. Können Sie aus Ihrer Erinnerung sagen, ob in dieser - ich nenne das jetzt mal - Anbahnungsphase vor dem Vertrag auch schon über rechtliche Fragen diskutiert wurde?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Wir waren damals rechtlich ziemlich überrascht durch das Ansinnen. Ich hatte auch Bedenken geäußert, weil ich erst mal darin einen Verstoß gegen das Fernmeldegeheimnis gesehen habe. Das ist von denen - ich glaube, ein oder zwei BND-Juristen waren damals mit anwesend - zurückgewiesen worden. Dann haben wir aber gesagt, die mögen das dann doch bitte auch erst mal intern klären oder bzw. uns dann ihre Begründung mal zukommen lassen, weil das war halt jetzt erst mal nur in einer Besprechung. Ja, sie nahmen es und gingen. Das war dann erst - - Damit war auch irgendwann die Besprechung erst mal zu Ende.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie ging das dann weiter?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Dann kam irgendwann ein halbes Jahr später die große Überraschung aus dem Bundeskanzleramt.

Martina Renner (DIE LINKE): Die sah wie aus?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das war ein Schreiben vom Bundeskanzleramt. Ich gucke mal, ob jetzt nicht irgendwie einer protestiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Sonst müsste ich „nichtöffentlich“ sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben darüber schon gesprochen, auch im öffentlichen Teil.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Gut. Es war ein Schreiben vom Bundeskanzleramt, was also die rechtlichen Einwände, die geäußert worden waren, zurückgewiesen hat, gesagt hat, es wäre rechtlich zulässig, und darum bat, die Stelle RA 43 - sprich: meinen Bereich oder meine Abteilung - mit der Umsetzung oder mit diesem Wunsch oder mit der Durchführung dieses Wunsches entsprechend zu beauftragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und damit waren Ihre Bedenken hinsichtlich Verstoß Fernmeldegeheimnis - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, damit hatte sich das Thema für mich, muss man sagen, dann erledigt.

Martina Renner (DIE LINKE): Man hat ja vielleicht nicht nur Bedenken, sondern man überlegt sich ja vielleicht auch, dass es auch in den Bereich von Vertragsstrafen gehen könnte. Gab es da auch Überlegungen? Ich konkretisiere das mal: Diese Transitstrecken werden ja auch von anderen Providern außer der Telekom genutzt.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, das spielte dabei keine Rolle.

Martina Renner (DIE LINKE): Das spielte keine Rolle?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Die ja möglicherweise nichts davon wissen.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das spielte da keine Rolle in den Überlegungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, solche betriebswirtschaftlichen, vertragsrechtlichen Fragen spielten keine Rolle?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Es war im Kern das Bedenken, dass hier ein Verstoß gegen Fernmeldegeheimnisse vorliegen könnte.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: So ist es.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dann hat man mit dem Schreiben gesagt: Okay, das Schreiben ist jetzt da; jetzt machen wir das. - Oder?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das Schreiben - das muss man da vorwegschicken -, das dann über den Leiter der Rechtsabteilung an mich gelangte und der Leiter der Rechtsabteilung mir den Auftrag gegeben hatte, einen Antwortentwurf entsprechend zu fertigen, wobei er dann auch meinte, meine Bedenken hätten sich damit ja dann wohl erledigt, so sinngemäß.

Martina Renner (DIE LINKE): Und waren die erledigt?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Sie waren für mich dann in dem Augenblick erledigt, ja. Befehl von oben, weil es war klar: Der Vorstand hatte gesagt, soll gemacht werden, und damit war es doch gut.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer hat Ihnen gegenüber vom Vorstand gesagt, es solle gemacht werden?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das hat nicht jemand gesagt, sondern das wurde entsprechend dann in dem Schreiben geschrieben, das nämlich zurückging an das Bundeskanzleramt, und da war unter anderem dann ein Vermerk drauf: RA 43 mit der Bitte um Durchführung der erforderlichen Maßnahmen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie noch, wer den Vermerk angefertigt hatte?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das Schreiben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, diesen Vermerk, dass das durchzuführen sei.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das war auf dem Schreiben, auf dem Antwortschreiben ans Bundeskanzleramt enthalten. Unterschrieben war es von Herrn Brauner.

Martina Renner (DIE LINKE): Von Herrn Brauner. - Was waren dann die nächsten Schritte? War dann schon der Vertrag der nächste Schritt, oder gab es noch einen Zwischenstep?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das war Anfang 2004, und dann ging es irgendwann relativ zeitnah in die entsprechenden Vertragsverhandlungen, die sich dann allerdings als nicht so sehr schwierig herausgestellt haben. Man ist dann relativ schnell zum Vertragsschluss gekommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wer hat den Vertragsentwurf gefertigt, die Telekom oder der BND?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das kann ich Ihnen nicht mehr genau beantworten. Das weiß ich nicht, ob das jetzt vom BND ausging oder ob das - - Ich glaube, das war eher so ein bisschen rüber und nüber, wie halt so Verträge letztendlich entstehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe immer so ein Gefühl für meine Zeit. Deswegen letzte Frage: Wie kommt es, dass Sie den Vertrag unterschrieben haben?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das kommt ganz einfach daher, dass ich dann gefragt habe noch den Dr. Uelner, ob da noch ein Zweiter unterschreiben soll, und das wurde von ihm dann verneint mit der Bemerkung: Sie sind ja Jurist; Sie können das sowieso viel besser als wir. - Er meinte also damit den Rest der Rechtsabteilung. Wirtschaftlich war das Volumen nicht allzu groß; so viel kann man sicherlich sagen. Möglicherweise - aber das weiß ich nicht mehr - können vielleicht auch noch Stufungsgründe eine Rolle gespielt haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Stufungsgründe?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, dass möglicherweise die fehlende Ermächtigung für den Geheimschutz oder eine Ermächtigung für den Geheimschutz gefehlt hat bei meinem Vorgesetzten.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Herr Brauner hätte nicht unterschreiben können, weil er keine Ü3 hatte?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Herr Brauner war da sowieso nicht für infrage.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer hätte denn an Ihrer Stelle - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Da hätten Schneider oder Uelner noch unterschreiben müssen - nicht müssen, sondern möglicherweise wäre er noch infrage gekommen. Für Brauner war das Ding - ich sage mal salopp - zu klein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es wäre jetzt noch eine Minute.

Martina Renner (DIE LINKE): Gerne. Dann war mein Gefühl falsch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich möchte Sie hier nicht um die Zeit betuppen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will noch mal darauf hinaus: Ist das aus Ihrer heutigen Sicht - - würden Sie das noch mal unterschreiben?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Da sage ich jetzt nichts dazu. Das ist keine Zeugenfrage.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Ja, doch - - Ah, gut. Anders herum: Haben Sie es damals nicht seltsam empfunden, dass Sie den Vertrag unterschreiben sollten angesichts der - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Es hat zwar keine monetär große Bedeutung. Das stimmt, da geht es um wenig Geld. Aber es hatte ja mit dem Vorlauf,



Nur zur dienstlichen Verwendung

den ganzen rechtlichen Bedenken möglicherweise - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, es war aber entschieden. Der Vorstand hatte einen entsprechenden Auftrag erteilt. Also, rechtlich war die Luft raus, sage ich mal so etwas salopp. Vom Monetären her hatte es also nur ein sehr geringes Volumen als solches.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Hätten wir bezahlen können, ja.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Es war mir also a) gesagt worden: „Du bist Jurist und steckst selber am besten in der Materie drin, du kannst das“, was ich in dem Augenblick auch als durchaus angenehm empfand, gerne. Und gut war es.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie vielleicht Sorgen gehabt, sich strafbar zu machen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, eigentlich nicht. Nachdem ich mir das Antwortschreiben, was vom Vorstand rausgegangen war in Richtung Bundeskanzleramt, in Kopie habe geben lassen, sage ich mal, war das so ein bisschen die Lebensversicherung.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. In der nächsten Runde dann weiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen in unserer ersten Frageunde jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek mit Fragen.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, waren Sie bei der Entscheidung des Vorstands, das dann so, wie geschildert, durchzuführen, in irgendeiner Form eingebunden, intern?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie oder wissen Sie, wie so eine Entscheidung dann abläuft? Ich kann mir jetzt kaum vorstellen, dass dann in dem Fall der Herr Brauner, den Sie ja schon geschildert haben in der Hierarchie, irgendwie da

alleine an seinem Schreibtisch sitzt und das dann entscheidet, sondern dafür gibt es ja die unterschiedlichen Fachabteilungen auch. Der will ja irgendeine Bewertung oder Einordnung haben.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Möglicherweise hat der sich damals mit dem Herrn Dr. Uelner, Leiter der Rechtsabteilung, noch irgendwie besprochen. Keine Ahnung. Ich war nicht dabei.

Christian Flisek (SPD): Da wissen Sie gar nichts drüber?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein. Das Einzige, was ich weiß, wie gesagt, was ich eben schon sagte, ist, dass ich von Uelner den entsprechenden Auftrag gekriegt habe, den Entwurf eines Antwortschreibens zu fertigen an das Bundeskanzleramt. Den habe ich dann Herrn Dr. Uelner vorgelegt, und dann kriegte ich noch die Rückmeldung, er sei mit geringen Änderungen rausgegangen. Ich habe am Schluss dann noch das abgesandte Schreiben, was von Brauner unterschrieben war, dann auch in Kopie ausgehändigt bekommen.

Christian Flisek (SPD): Und das war dann für Sie wie sozusagen: Der Auftrag ist jetzt erteilt, -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja.

Christian Flisek (SPD): - das dann auf die Spur zu bringen.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Es stand drauf: „erforderliche Maßnahmen durchzuführen“. Das heißt, auf gut Deutsch gesagt: Ausführung.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Ist Ihnen ein Treffen zwischen dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom, dem Herrn Ricke, und dem damaligen BND-Präsidenten Hanning im Frühjahr 2003 bekannt?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Der Fakt als solcher ja; aber was dort besprochen werden sollte oder Ähnliches, weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie wussten, dass es dieses Treffen gab?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber über das Treffen selber - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein. Da hatten wir auch nur von der Konzernsicherheit einen Hinweis bekommen, dass wir praktisch nicht, weil wir auch gerade mit dem BND - ich sage mal in Anführungszeichen - „zugänge waren“, die Kreise diesbezüglich stören sollten, also für schlechte Stimmung sorgen sollten. Aber das war, wie gesagt, irgendjemand aus der Konzernsicherheit, der den Hinweis gab. Mehr weiß ich über das Treffen nicht.

Christian Flisek (SPD): Also, da gab es einen Hinweis, Sie sollen sozusagen diesen Bereich, der sich da jetzt anbahnt, irgendwie nicht mit juristischem Rat stören?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ganz generell wurde halt gesagt: Haltet die Füße still! Hanning kommt zu Ricke. - Mehr weiß ich darüber nicht.

Christian Flisek (SPD): Und Thema vorher, nachher? Ist irgendwas nachher -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nicht bekannt.

Christian Flisek (SPD): - in Gang gesetzt worden?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, nicht bekannt.

Christian Flisek (SPD): Gar nichts? Okay. - Sie waren dann mit der Vertragsverhandlung auch betraut?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja. Zusammen mit dem Kollegen Alster, der hier ja schon als Zeuge war.

Christian Flisek (SPD): Ja. Und wer war auf der anderen Seite dann Ihr Verhandlungspartner?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: War ein Unterabteilungsleiter Dr. Meier (?) -

Christian Flisek (SPD): Der Dr. Meier (?), der - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: - und ein Referatsleiter Naries (?) - beides, wie gesagt, Namen, ob die stimmen?

Christian Flisek (SPD): Und Sie haben dann gesagt, das ging dann typischerweise hin und her, wie so Vertragsverhandlungen eben ausschauen.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja.

Christian Flisek (SPD): Was waren denn aus Sicht der Telekom die entscheidenden Punkte in dem Vertrag? Natürlich, klar: eine Vergütung. Aber neben der Vergütungsfrage, was waren da aus Ihrer Sicht die entscheidenden Punkte?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Eine Negativabgrenzung - -

Christian Flisek (SPD): Warten Sie mal eben. Der Herr Wolff vom Bundeskanzleramt meldet sich gerade.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Okay.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will nicht den Zeugen darauf hinweisen, aber ich will den Ausschussvorsitzenden darauf hinweisen, dass der Vertrag an sich eingestuft ist und das Konvolut auch. Sprich: Wenn es um Inhalte geht, müsste das meines Erachtens in eingestufte Sitzung behandelt werden. Gleiches gilt mindestens auch für die Namen der BND-Mitarbeiter, wenn sie genannt werden. Ich sage das nicht zum Zeugen - das kann er nicht wissen -, aber ich sage es dem Vorsitzenden.

(Martina Renner (DIE LINKE): Sofern sie noch leben!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich weiß natürlich nicht, was der Zeuge antwortet. Das ist immer das Problem. Wenn er so schnell einen Namen sagt, kann ich ihm jetzt nicht mehr die Buchstaben zurückholen, und wenn er was zum Inhalt des Vertrages sagt - das weiß ich jetzt nicht, was er sagen möchte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Ich habe auch auf die Fragen abgestellt. Es wurde ja nach Namen gefragt, und jetzt wurde auch zum Inhalt des Vertrages gefragt - deswegen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Christian Flisek (SPD): Deswegen natürlich meine Frage an Sie - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nachdem der Hinweis kommt, dann nichtöffentlich.

Christian Flisek (SPD): Bitte? Da wollen Sie dann jetzt - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nachdem der Hinweis kommt, nichtöffentlich.

Christian Flisek (SPD): Das hat jetzt volle Wirkung gezeigt, seine Intervention. Jetzt wollen Sie dazu natürlich gar nichts sagen. Kann ich verstehen.

Dann gehen wir vielleicht mal einen Schritt weiter. Das Projekt, das wir hier besprechen, war dann, was die rechtliche Grundlage betraf, auch vor eine grundlegende Änderung gestellt. Irgendwann reichte der Vertrag nicht mehr aus, und es kam dann dazu, dass eine G-10-Anordnung auf den Tisch gekommen ist. Von wem ging denn diese Initiative aus, dass man sagte: „Der Vertrag in dieser Form ist jetzt als Grundlage der Kooperation nicht mehr ausreichend“?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Wenn ich mich richtig erinnere, war das circa, roundabout 2005. Das zeichnete sich ab anlässlich der Ausleitung von paketierten Verkehren. Ob die Initiative jetzt vom BND ausging, dass die beobachtet hatten: Oh, da mischt sich was - - Ich meine, dass Alster mich mal angerufen hat und gesagt hat: „Die haben einen Mischtatbestand festgestellt“, und er hätte denen schon gesagt, dass dann eine G-10-Anordnung beigebracht werden müsste. Ich meine dann, dass ich nach Frankfurt gefahren wäre, weil das vom BND anfangs nicht so vom Alster abgenommen worden war, und ich habe die Auffassung bestätigt und habe gesagt: Wenn wir

Mischverkehre haben, dann bitte nur mit G-10-Anordnung.

Christian Flisek (SPD): Das interpretiere ich so, dass dann aufgrund der Beobachtung bei der Telekom man gesagt hat: Bei den paketvermittelten Diensten, da können wir das nicht mehr so sauber auftrennen. Da ging dann die Initiative für ein Erfordernis einer G-10-Anordnung von der Telekom aus.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ich denke, dass es so gewesen ist, ja. Ganz genau kann ich es nicht mehr sagen; aber ich meine, ungefähr so war es, ja.

Christian Flisek (SPD): Nein, ist ja auch schlüssig. Ist ja auch schlüssig. - Wie war denn dann die Reaktion darauf?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Die war erst mal, soweit ich mich erinnere, relativ unwillig. Wir sind aber da an der Ecke dann hart geblieben, und dann hat man sich dazu wohl durchgerungen und hat entsprechend G-10-Anordnungen beigebracht. Damit fanden wir uns dann erst mal wieder in, ich sage mal, sicherem Terrain wieder, weil wir dann schlicht und einfach zur Umsetzung verpflichtet waren.

Christian Flisek (SPD): Sie haben gesagt „relativ unwillig“. Ich meine, wenn man sagt: „Wir haben bei paketvermittelten Diensten genau diese Mischtatbestände“, sage ich jetzt mal, dann müsste man doch eigentlich jetzt erwarten, dass das ein plausibles, überzeugendes Argument ist und man eigentlich da nicht auf Unwilligkeit stößt.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, das Rechtliche war das eine, glaube ich. Das Zweckmäßige war das andere. Eine G-10-Anordnung herbeizubekommen ist wahrscheinlich schon mit einigem Anlauf verbunden. Das hatten die vorher im Transitverkehr nicht, das Problem, wenn man das als Problem sehen will.

Christian Flisek (SPD): Wenn man jetzt dann auf eine G-10-Anordnung abstellt: War Ihnen da bekannt - ich frage jetzt einfach mal -, dass es dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

trotzdem zum großen Teil um reinen Transitverkehr, also um Auslands-Auslands-Kommunikation, ging?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Na ja, wenn Sie mit einer G-10-Anordnung die Mischverkehre mit erwischen, das ist dann Sache der G-10-Kommission, dann gegebenenfalls da einschränkend zu wirken. Wir waren verpflichtet, im Umfang der G-10-Anordnung das umzusetzen.

Christian Flisek (SPD): Irgendwelche rechtlichen Probleme, wurden die in Ihrem Hause da mal erörtert und vorgetragen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, eigentlich hatten wir dann keine rechtlichen Probleme mehr. Das eigentliche Kernproblem hatten wir ja ganz am Anfang, was ich schon beschrieben hatte. Das war, sage ich mal, letztlich durch den „Vorstandsentscheid“ - in Anführungszeichen - dann gelöst, wie immer man dazu stehen mag. Danach die rechtlichen Fragestellungen, die habe ich dann beantwortet. Das gehörte zu meinem Aufgabenbereich. Ich hatte von meinen Vorgesetzten das Angebot, wenn es wirklich schwierig wird, dass ich dann gegebenenfalls auf sie zukommen könne. Aber als so schwierig empfand ich die Fragestellungen dann nicht.

Christian Flisek (SPD): Na ja, für uns ist es schon eine entscheidende Fragestellung, inwieweit dann sozusagen so eine G-10-Anordnung eigentlich reicht, faktisch, -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja.

Christian Flisek (SPD): - die ja eigentlich eben davon lebt, dass sie klar definiert und beschränkt ist, und sozusagen die Frage, dass man dann aber damit doch vielleicht ganz andere, viel weiter reichende Verkehre auch mit dabei hat.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, aber ich denke, das ist ein Thema zwischen BND und der G-10-Kommission. Wir sind als Telekommunikationsanbieter dann entsprechend § 110 TKG und TKÜV respektive § 2 Artikel-10-Gesetz zur Umsetzung verpflichtet, wenn die kommt.

Christian Flisek (SPD): Gut. Ist ein Standpunkt, den man so vertreten kann. Ich sage es mal so: Ich kann mir auch vorstellen, dass man sich überlegt, auf so eine Problematik in irgendeiner Form dann noch mal hinzuweisen, auch unter dem Aspekt natürlich der unternehmensinternen Absicherung. Ich sage es jetzt mal so - ich will da jetzt nicht irgendwie was hochziehen -: Die Tatsache, dass zum Beispiel jetzt ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages diesen Themenkomplex verhandelt und natürlich dann eben auch Zeugen des Unternehmens geladen werden, die darüber Auskunft zu geben haben, zeigt ja, dass das nicht risikofrei ist. Insofern wundert mich ein bisschen dort, dass man einfach sich jetzt auf den Standpunkt gestellt hat: Na ja, das liegt jetzt vor. Das ist auch genug für uns, und jetzt machen wir mal und sichern uns nicht noch mal ab in Bezug auf, ich sage mal, Flanken, die vielleicht offen sein könnten.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, einen Vorstandsauftrag insgesamt hatten wir als solches. Ansonsten waren wir auch organisatorisch für die ganze Thematik zuständig. Das ganze Thema war im Rechtsbereich. Und ich sage mal: In 2005 konnte auch, glaube ich, noch kaum jemand absehen, dass das in 2015 dann vielleicht noch mal ein echtes Problem werden würde.

Christian Flisek (SPD): Klar. - War denn der Telekom bekannt, dass im Rahmen dieses Projektes gegebenenfalls Erkenntnisse, Informationen nicht nur für den BND verwendet werden sollten, sondern gegebenenfalls auch für andere Dienste?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, war der Telekom nicht bekannt. Also jedenfalls uns nicht.

Christian Flisek (SPD): Wenn Sie das gewusst hätten, hätte das in irgendeiner Form Ihre tatsächliche oder rechtliche Beurteilung verändert?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Die rechtliche Beurteilung sicherlich nicht, aber dann wäre ich wahrscheinlich schon losgegangen und hätte gesagt: Da müssen wir mal gucken in Richtung nächsthöheren Vorgesetzten, wie wir damit umgehen wollen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Inwiefern?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, erst mal dann den Fakt vortragen. Aber dann hätte man den Fakt wissen müssen.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ob der dann allerdings eine bessere oder eine Lösung gefunden hätte, male ich mal ein großes Fragezeichen dran.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Na ja, ich thematisiere das auch deswegen, weil natürlich in dieser Zeit die Telekom durchaus auch in großen Umstrukturierungen war -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nicht nur in der Zeit.

Christian Flisek (SPD): - ja, gut; das lasse ich jetzt einfach mal so stehen im Protokoll - und natürlich auch auf dem Weg war, zum Beispiel in den USA tätig zu sein, und vielleicht dann eben aufgrund dieser Tätigkeit als Marktplayer in den USA, wenn man gewusst hätte beispielsweise, es ist ein amerikanischer Dienst sozusagen mit dran - verstehen Sie, was ich sagen will? -, dann hätte das vielleicht -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das verstehe ich.

Christian Flisek (SPD): - eine völlig andere Sensibilisierung erzeugt.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das verstehe ich schon. Aber wie gesagt: Der BND hat uns nicht mitgeteilt, ob und an wen er gegebenenfalls noch irgendwohin irgendwas weiterleitet.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie denn vielleicht damit gerechnet, dass das so ist?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein. Wir wussten nur, wer die NSA war, dass die in Fort Meade diesen großen schwarzen Kasten da hatten und einen irrsinnigen Stromverbrauch hatten, weil sie - wie viele? -, ich glaube, 30 000 Mitarbeiter oder was beschäftigen. Aber das war halt alles, was man so aus dem Internet darüber wusste. Mehr wussten wir über NSA nicht.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Wie beurteilen Sie es denn, wenn Sie jetzt in der Presse lesen, dass jetzt der Vorwurf im Raum steht, dass es in diesem Projekt eventuell zu einer Massendatenerfassung und Massenüberwachung gekommen ist, dass da massenhaft Daten ausgeleitet worden sind, vielleicht auch deutscher Bürgerinnen und Bürger. Das ist ja das, was in der Presse steht. Wie beurteilen Sie das?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Sie sagen schon: Beurteilung. Aber jetzt muss ich schon sagen: Der Zeuge bekundet Tatsachen, die seiner Wahrnehmung unterlegen sind.

Christian Flisek (SPD): Ja, man merkt, Sie sind Jurist.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Manchmal schon.

Christian Flisek (SPD): Wir haben natürlich Zeugen, die das ein bisschen anders sehen manchmal und das auch - - Aber gut, ich nehme das erst mal so an und würde jetzt - - Habt ihr jetzt in der Runde Fragen? - Dann würde ich erst mal in der Runde weitergeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Köbele, wenn man in so einem Konzern die rechtlichen Entscheidungen mit treffen muss, dann ist man ja in verantwortlicher Position. Jetzt frage ich Sie mal als Juristen sozusagen: Wie würden Sie denn dieses Schreiben aus dem Bundeskanzleramt jetzt juristisch einordnen? Also, was ist das, wenn Sie rechtliche Bedenken haben, wenn ich Ihnen sage, Sie sollen was tun, was also irgendwie offensichtlich nicht legal ist.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Oh, Vorsicht. Wir wissen nicht, ob das nicht legal ist. Das ist, glaube ich, ziemlich umstritten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sagt der Rechtsanwalt so richtig?



Nur zur dienstlichen Verwendung

RA Dr. Eddo Compart: Und schon „offensichtlich“ gleich gar nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Aber ich dachte, man hatte Bedenken und wollte ein Schreiben aus dem Bundeskanzleramt haben.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das wurde vom BND initiiert, das Schreiben vom Bundeskanzleramt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, das kam gar nicht aus der Telekom, dass man so was haben wollte?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das kam schon aus der Telekom, aber initiiert letztlich, dass das Bundeskanzleramt überhaupt tätig geworden ist, das kam vom BND.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die Telekom hat das nicht geschrieben. Das habe ich schon verstanden.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber man wollte das aus der Telekom haben.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Und jetzt frage ich Sie nach der juristischen Einordnung eines solchen Schreibens. Was ist das denn?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Zunächst ist es erst mal eine Bitte des Bundeskanzleramtes unter Darlegung der dortigen Rechtsauffassung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Sie haben gesagt, es ist rechtlich zulässig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: So, und das ist in Richtung - ich glaube, ich darf das sagen, ohne dass Kollege Wolff hinten unruhig wird - Vorstand Deutsche Telekom AG und Vorstand T-Com gegangen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber was soll das sein juristisch? Ich verstehe das nicht.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Da müssen Sie das Bundeskanzleramt fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur, am Ende des Tages haben Sie diesen Vertrag unterschrieben. Wir haben ja immer vermutet, es geht auch um Haftungssachen. Da haben Sie ja gesagt, es geht überhaupt nicht um Haftung. Es geht nur um Strafrecht, haben Sie eben gesagt. Deswegen frage ich Sie jetzt als Jurist: Was soll das sein, dieses Schreiben aus dem Bundeskanzleramt? Wenn in der Telekom - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Noch mal - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz kurz. - Wenn Sie als Jurist in der Telekom in Verantwortung rechtliche Bedenken haben - - Also, es gibt Gerichtsurteile. Wenn das Bundeskanzleramt eine BGH-Entscheidung Ihnen zugefaxt hätte - da steht drin, das darf man machen -, da hätte ich gesagt: Na ja, gut, da lässt sich der Jurist überzeugen. - Aber die Ansicht und dieser Zweizeiler aus dem Bundeskanzleramt, was hat das an Ihrer juristischen Auffassung verändert?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Dann sage ich es mal so: Das Bundeskanzleramt ist nicht irgendein Dorfsheriff. Das hat für mich schon eine Autorität. Und das Bundeskanzleramt war der Auffassung, dass das also rechtlich zulässig ist. Ich war - sage ich ganz gerne - erst mal etwas überrascht, aber ich habe dann mit einigem Nachdenken schon gesagt: Wenn ich die Konstruktion des Verwaltungshelfers bemühe - um jetzt mal juristisch zu argumentieren; das sollte Ihnen ja bekannt sein -, dann liegt die Verantwortlichkeit letztlich für die Rechtmäßigkeit nicht mehr bei der Deutschen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Telekom, sondern beim Bundeskanzleramt respektive beim BND.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wäre ich mir nicht so sicher.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ich schon.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Bundeskanzleramt ist sicher kein Dorfsheriff. Ich würde sagen, es ist überhaupt kein Sheriff. So rechtlich finde ich da überhaupt gar keine Zuordnung. Das Bundeskanzleramt - - Auch in der StPO sucht man sie vergeblich. Das Strafrecht ist das Strafrecht. Ich habe das immer so verstanden, dass das in einem Rechtsstaat so ist, dass eben nicht das Bundeskanzleramt sagt, wie das Recht ausgelegt werden soll. Deswegen ist das ein interessanter Hinweis.

Ich will Sie mal so fragen - aber wahrscheinlich muss man da noch mal in einer anderen Richtung fragen -: Ist das denn üblich, dass man in Fragen, die irgendwie knifflig sind, sich ans Bundeskanzleramt wendet und sich da so einen Freibrief holt?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das hat sich aus der Situation ergeben, dass also letztlich der BND erst mal von uns was wollte, also von der Telekom was wollte, wo wir halt erst mal nicht mit einverstanden waren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die Telekom hat ja gesagt: Dann brauchen wir so ein Schreiben aus dem Bundeskanzleramt. Jetzt frage ich mich als normaler Mensch: Kommt das denn ab und zu mal vor, dass man praktisch in juristisch kniffligen Situationen dann irgendwie so einen Freibrief im Bundeskanzleramt bestellt, und wenn man das hat, dann sagt man: „Das ist eine Autorität, das Bundeskanzleramt. Ich finde es in keinem Gesetzbuch; aber wenn die das sagen, können wir das machen“?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das Bundeskanzleramt wird sich schon was dabei gedacht haben, dass sie das gesagt haben. Aus lauter Jux und Tollerei haben die das nicht gesagt. Deswegen denke ich

mal, dass die Rechtsauffassung, die dahinterliegt, vom Bundeskanzleramt schon ihre Berechtigung hat, und das war für mich das Ausschlaggebende, nicht unbedingt die Tatsache, dass das Bundeskanzleramt irgendwas gesagt hat. Und ob sonstige Stellen der Telekom mit dem Bundeskanzleramt korrespondieren und, wenn ja, wie, entzieht sich meiner Kenntnis. Da müssten Sie - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann sage ich Ihnen ganz offen von Jurist zu Jurist - ich lehne das eigentlich sonst ab -: Ich verstehe nicht sozusagen, wo Ihre juristische Auffassung, die ja richtig war - - Das ist hochproblematisch, und das wird auch Herr Compart am Ende des Tages nicht abstreiten können; das ist genau der Punkt. Und wenn es nicht hochproblematisch wäre, hätte es auch kein Schreiben aus dem Bundeskanzleramt gegeben, und die hätten auch gesagt: Ja, was fragt ihr uns? Das ist doch völlig offensichtlich; das ist legal. - Das haben die aber nicht gemacht, sondern die haben in einer äußerst heiklen Frage - haben wir hier heute schon gehört -, wo man eigentlich ein neues Gesetz gebraucht hätte - - hat man eben so einen Freibrief bekommen. Und da frage ich mich juristisch - und als solcher sitzen Sie ja heute hier -: Was führt mich dazu, zu sagen: „Das ist irgendeine Instanz, die sozusagen rechtlich sagen kann, ob etwas hopp oder top ist“? Ich höre das zum ersten Mal und bin verwundert darüber, dass das sozusagen in einem großen aktiennotierten Unternehmen wie der Deutschen Telekom dann eben auch so genutzt wird.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Noch mal: Das Bundeskanzleramt äußert ja keine abwegigen Rechtsauffassungen. Ich will jetzt auch nicht unbedingt die Lanze für das Bundeskanzleramt brechen; aber ich glaube nicht, dass die irgendwie aus lauter Jux und Tollerei irgendwas sagen, sondern dass sie sich schon was dabei gedacht haben. Und dann sind die auch nicht bei mir aufgeschlagen, sondern sie sind beim Vorstand der Deutschen Telekom aufgeschlagen und noch beim Vorstand der T-Com, und der Vorstand der T-Com und der Vorstand der Deutschen Telekom - der von der T-Com definitiv -, die haben sich davon überzeugen lassen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie irgendwas schriftlich, dass Ihnen der Vorstand gesagt hat - - außer dieser Anweisung oder so. Hat es da noch mal ein Gespräch gegeben - außer dem Vermerk -, dass jetzt Sie das unterzeichnen sollen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das war kein interner Vermerk, sondern das offizielle Antwortschreiben von dem Vorstandsvorsitzenden der T-Com zurück ans Bundeskanzleramt, wo ausdrücklich draufstand: RA 43 mit der Bitte um Durchführung der erforderlichen Maßnahmen. Gespräche - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann hat Ihnen Ihr Vorgesetzter Herr Schneider gesagt: „Mach du das“?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, dafür war ich zuständig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, es wäre ja nun auch sozusagen nicht fernliegend, wenn man guckt, wer das von anderer Seite unterschrieben hat, dass das auch andere unterschreiben. Wir werden ja Ihren Vorgesetzten hören, und der wird dann sagen: „Ja, ich habe dem Köbele das gesagt, der soll das unterschreiben“, oder er sagt: Nein, ich habe dem das nicht gesagt. - Das kann ja auch sein. Deswegen: Das wäre interessant zu wissen, ob das belegbar ist, wer da nun die Verantwortung getragen hat, dass vonseiten der Deutschen Telekom dieser Vertrag unterschrieben wurde.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Die habe erst mal ich getragen. Wie ich vorhin schon sagte: Ich hatte mit meinem mittelbaren Vorgesetzten auch über das Thema gesprochen, und er hat es nicht für notwendig erachtet, da noch als Zweiter zu unterzeichnen. Der war vom Bundesnachrichtendienst auch nur von einem unterzeichnet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal zu ganz was anderem. Diese Räume, die Teil dieses Vertrages dann wurden - zwei bis drei Räume oder zweieinhalb Räume -, die waren ja in einem Gebäude der Deutschen Telekom. Korrekt?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Deutsche Telekom hat das Gebäude auch mit anderen Räumlichkeiten an andere vermietet?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht. Sie kennen das Gebäude gar nicht, oder?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ich kenne das Gebäude schon, aber mir ist nicht aufgefallen, ob da jetzt noch andere drin waren. Erst sehr viel später, aber da waren wir schon im Jahre 2010/2011.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war denn da dann drin?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ich meine, das wären Beschäftigte von der Firma IBM gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war das vielleicht auch 2003 schon so?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Meines Wissens nach nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wen müssten wir denn fragen, um das rauszufinden, ab wann die IBM da dringesessen hat?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Die IBM.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine gute Idee. Die können wir so wieso mal hören.

Okay, also, das war kein Thema, wer da noch in dem Gebäude saß oder so im Hinblick auf die Sicherheit oder - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Aus 2003/2004, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ich weiß auch gar nicht, ob da überhaupt welche drinsafen, weil lange Zeit war das Gebäude sehr, sehr leer. Das war ja ein reines Technikgebäude, kein Bürogebäude, wie man sich das so landläufig vorstellt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also sagen Sie, 2003 war die IBM noch nicht drin, oder sagen Sie, Sie wissen es nicht?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ich sage, ich weiß es nicht definitiv. Ich meine, nein. Ich meine, die wären erst sehr viel später reingekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ab welchem Jahr meinen Sie, dass die IBM in dem Gebäude war?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: 2010/2011, da in der Gegend. Vielleicht auch 2009, aber früher, glaube ich, nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, das werden wir dann versuchen herauszufinden. - Jetzt zum Schluss vielleicht -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, eine noch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - noch die Frage, auf welches Kabel eigentlich zugegriffen wurde. Das frage ich Sie jetzt vor dem Hintergrund, dass in der Öffentlichkeit immer gedacht wird: Frankfurt, das muss ja der DE-CIX sein. Aber die Daten werden, glaube ich, gar nicht da gedoppelt, -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern woanders.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das war Oeserstraße, Frankfurt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da werden sie gedoppelt? Oder da werden sie hingeliefert?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das weiß ich nicht genau. Jedenfalls: Da wurden sie hingeliefert in die ominösen drei Räume, von denen Sie sprachen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. In die 111, genau. Aber wo kamen sie denn her?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das weiß ich nicht. Da müsste man Netzmanagement fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war auch kein Thema? Sie können mir nicht sagen, ob das aus Oberammergau kam oder aus dem Norden der Republik?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welches Kabel dort angefasst wurde, können Sie nicht sagen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diskussionen darum, welches Kabel angefasst würde, kennen Sie nicht?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Sagt mir jetzt so - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Mitarbeiter der Deutschen Telekom mit BND-Leuten irgendwohin gefahren sind, sich Sachen angeguckt haben, wieder zurück nach Frankfurt - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ach, Sie meinen die Seekabelendstelle Norden?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, das hat sich nicht realisiert. Das weiß ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das wollte man?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das war mal im Gespräch, ja. Aber das ist, wie gesagt, nicht zur Realisierung gekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist es vorstellbar, dass man, wenn man nicht an das Seekabel rangeht, praktisch trotzdem an dasselbe Kabel rangeht, nur eben ein paar 100 Meter weiter, aber nicht mehr ans Seekabel, und diese Daten von dort nach Frankfurt leitet?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wird ja ein ganz neuer Fragenkomplex. Ich muss jetzt auf die Uhr gucken. Eben hieß es, noch eine Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ein so interessanter - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich finde es auch interessant.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage dann in der nächsten Runde weiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich gucke nur, dass andere Fraktionen auch noch drankommen. Wir wären nämlich jetzt mit der Fraktion der CDU/CSU dran. Herr Kollege Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir haben, weil alle unsere Fragen in öffentlicher Sitzung bereits beantwortet sind, im Moment keine weiteren Fragen an den Zeugen. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Damit kommen wir in die zweite Frageunde, und es beginnt wieder die Fraktion Die Linke.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Wenn ich mir nur ganz kurz ein Glas Wasser nehmen dürfte. Dann dürfen Sie gleich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das machen Sie. Die Zeit steht auch bis dahin still, und wir warten, dass Sie was zu trinken kriegen. - Ich

denke, wir können weitermachen. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei Ihnen im Haus ist dieser ganze Vorgang immer nur unter „Transit“ bekannt gewesen, oder gab es weitere Begriffe?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, „Transit“.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, „Eikonal“ und „Granat“?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: „Eikonal“ kenne ich seit Oktober letzten Jahres.

Martina Renner (DIE LINKE): „Granat“ haben Sie auch nie gehört?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, sagt mir nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Nachdem der Vertrag abgeschlossen war, haben Sie sich denn dann noch regelmäßig zur Umsetzung informieren lassen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Periodisch. Aber das gab dann keine großen Probleme, sodass also das Gros letztendlich der Arbeit in Frankfurt von Alster, Helfrich & Co gemacht worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): In welcher Form hat - - Ich nehme an, Herr Alster berichtet schriftlich oder mündlich?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Mündlich, Telefonat. Also, telefoniert, E-Mail.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber so Art Berichte, die schriftlich abgefasst wurden über - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Bestand keine Veranlassung dazu.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, man hatte ja erst Bedenken. Dann hat man sich überzeugen lassen, und dann wäre ja der nächste Schritt, zu sagen: Jetzt gucken wir mal, was die da genau machen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Na, der Vertrag war ja abgeschlossen, und damit war also klar: Es geht vom Ausland ins Ausland, und da gab es auch erst mal keine großen Probleme, solange man im Leitungsteil war. Das wurde erst dann wieder relevant, als die Paketverkehre dann als Mischverkehre aufkamen, und da hat Herr Alster dann auch Alarm geschrien.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie sich denn zur technischen Umsetzung informieren lassen? Wussten Sie, was dort in den Räumen des BND verbaut wird an Technik?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein. Ich wusste, dass es die Räume gibt. Die Räume waren aber abgeschlossen. Ich weiß, dass Lüftungstechnik reingebaut worden ist, weil da wohl irgendwelche technischen Gerätschaften drin waren, die halt entsprechende Wärme erzeugten. Aber was jetzt genau da an Einrichtungen oder so was drin war, weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Alster meinte, sich zu erinnern, dass neben dem Einbringen von Technik des BND in die drei Räume ebenfalls in den Betriebsraum 3 Technik des BND verbaut wurde. Haben Sie davon mal was gehört?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Sagt mir nichts. Vielleicht war das einer von den drei Räumen. Ich kenne nur drei Räume, die unten im zweiten Untergeschoss waren, mit entsprechenden Eisentüren, die verschlossen waren, und mehr weiß ich darüber auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie mal in den Räumen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ganz spät mal, 2012 in Begleitung von BND und Alster und Helfrich.

Martina Renner (DIE LINKE): Was war da der Anlass?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Keine Ahnung. Aber irgendwas Unbedeutendes.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist ja lange nach Ende des Projektes; deswegen frage ich.

2012, was macht man da in den Räumen? Das muss ja eigentlich alles abgebaut sein. War da noch was?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, der BND ist ja noch ganz normal im Zuge von G-10-Anordnungen da weiterhin vertreten.

Martina Renner (DIE LINKE): Und in dem Zusammenhang waren Sie 2012 mal - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Da war ich mal mit einem großen Besucherpulk - ich glaube, da war sogar ein Jurist vom BND auch noch mit dabei -, da bin ich da auch mal mitgegangen, weil ich da gerade auch in Frankfurt war.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen nicht mehr, was der Anlass war?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein. Irgendwas nicht großartig Relevantes jedenfalls.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Alster war dabei?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Herr Alster. Es waren mindestens zwei oder drei Leute vom BND. Ich weiß nicht, ob Helfrich auch noch mit dabei war. Also, das war, ich hätte schon fast gesagt, so eine Reisegruppe.

Martina Renner (DIE LINKE): Das muss ja dann ein besonderer Anlass gewesen sein, oder?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, eigentlich nicht. Ich weiß es wirklich nicht mehr. Sonst würde ich es sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, natürlich. Ich versuche nur, wenn Sie sagen, Sie waren nie da, nur einmal, und dann war eine große Reisegruppe da, irgendwie zu verstehen, was denn dann der Anlass war.

Der Kollege von Notz hat ja schon ein bisschen versucht, zu fragen, was Ihre juristische Bewertung des Vertrages auch in der Konsequenz angeht. Das fragen wir natürlich auch andere hier,



Nur zur dienstlichen Verwendung

andere Zeugen. Wir hatten den ehemaligen Datenschutzbeauftragten Herrn Schaar vor kurzem hier auch als Zeugen vernommen. Ich will Ihnen aus seiner Aussage kurz seine Bewertung vorlesen:

Die Frage ist, inwieweit die Deutsche Telekom möglicherweise auch rechtswidrig gehandelt hat: Also, es jetzt ja einerseits um die staatliche Seite, und auf der anderen Seite geht es um das Unternehmen. Das Bundesverfassungsgericht hat bei anderer Gelegenheit kürzlich festgestellt, dass es so ein Modell gibt, das sogenannte Doppeltürenmodell, wonach sozusagen für beide Seiten der Übermittlung jeweils eine Ermächtigungsgrundlage erforderlich ist. Das heißt, die Telekom kann, darf die entsprechenden Daten herausgeben, soweit sie dazu eine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage hat. Die bloße Aufforderung irgendeiner öffentlichen Stelle kann das nicht sein. Ein Vertrag, der möglicherweise privatrechtlicher Natur ist, kann sicher keine Durchbrechung des Fernmeldegeheimnisses, das ja auch einfachgesetzlich normiert ist, rechtfertigen. Insofern könnten sich auch die Telekom hier oder die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die da verantwortlich sind, auch strafrechtlich verantwortlich gemacht haben.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Sie erwarten von mir eine Auseinandersetzung mit der Argumentation von Herrn Schaar?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Ich erwarte von Ihnen eine Einordnung, inwieweit die von Ihnen zuerst geäußerten rechtlichen Bedenken, die wir ja auch in den Unterlagen finden, die ja dezidiert sich wenigstens in der sozusagen Ausgangsbewertung mit der von Herrn Schaar decken - nicht in den Konsequenzen vielleicht -, tatsächlich durch den Vertrag geheilt waren, weil ja weiterhin die einfachgesetzliche Grundlage fehlte. Da frage ich Sie noch mal als Jurist: Also,

wie kann ein privatrechtlicher Vertrag eine notwendige gesetzliche Grundlage ersetzen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Auf den Vertrag kommt es meines Erachtens nach in dem Augenblick gar nicht entscheidend an, sondern wir haben hier im öffentlichen Recht eine sogenannte Verwaltungshelferkonstruktion, und bei der Verwaltungshelferkonstruktion ist es so, dass die Behörde, die sich praktisch des Verwaltungshelfers bedient, allein verantwortlich für die Rechtmäßigkeit ist. Und das ist das, was hier zugrunde liegt. Insoweit spielt der Vertrag keine Rolle.

Martina Renner (DIE LINKE): War das Ihre Meinung, oder haben Sie diese Auffassung auch bei Ihnen im Haus diskutiert? Ist die von mehreren getragen worden?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das ist meine Meinung, auf die ich dann gekommen bin, nachdem ich vom Bundeskanzleramt den Brief bekommen habe oder das Schreiben zu Gesicht bekommen habe, dass aus Sicht des Bundeskanzleramtes rechtlich keine Bedenken bestehen. Da habe ich mich erst mal gefragt: Wie kann man das rechtfertigen? Die Diskussion „Fernmeldegeheimnis Eingriff oder Fernmeldegeheimnisrelevanz, ja oder nein“ wird ja heftig geführt, und aus Sicht der Telekom ist es schon so, dass hier eine Verwaltungshelferkonstruktion vorliegt, weil nämlich die maßgeblichen Anweisungen etc. pp. alle vom Bundesnachrichtendienst getroffen worden sind. Beim Verwaltungshelfer, wie ich eben schon sagte, ist die anordnende Stelle allein verantwortlich für die rechtliche Legalität.

Martina Renner (DIE LINKE): Nun ist aber ja die Telekom keine dem BND untergeordnete Behörde.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, aber sie hat in dem Fall die Weisung vom BND entgegengenommen und entsprechend umgesetzt.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Frage: Besteht Weisungsrecht des BND gegenüber der Telekom?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, aufgrund dann letztlich des Vertrages schon. Das hat aber so eine



Nur zur dienstlichen Verwendung

Verwaltungshelferkonstruktion letztlich so an sich.

(Zuruf des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist wie beim Abschleppunternehmer auch. Der selbstständige Abschleppunternehmer ist auch Verwaltungshelfer. Da hat man vorher auch kein Weisungsrecht der Behörde gegenüber dem Abschleppunternehmer.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber nicht so grundrechtssensibel! Nicht ganz!)

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie haben ja gleichzeitig vertragliche Bindungen mit Ihrem Kunden, -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - die ja bestimmte Erwartungen haben hinsichtlich ihrer Schutzrechte.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, aber die vertraglichen Bindungen des Kunden bewegen sich natürlich immer im Rahmen der geltenden Rechtsordnung.

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig. Die erwarten, dass es sozusagen Eingriffe auf Grundlage von einzelgesetzlichen Regelungen gibt. Wenn zum Beispiel bei Ihnen die Telekom Austria kommt und eine Strecke mietet für die Durchleitung von Transitverkehr durch die Bundesrepublik, dann ist dort sicherlich ja im Vertrag der Zugriff durch Dritte geregelt.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Grundsätzlich denke ich mal, wir sind jetzt hier von der Zeugenstellung ziemlich weit weg. Jetzt erörtern wir hier rechtliche Themen als solche, wo also sicherlich auch noch eine ganze Menge profunder Juristen im Hause Telekom einiges dazu sagen könnten. Denen möchte ich da nicht vorweggreifen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie hatten damals keine vertragsrechtlichen Bedenken, reine Bedenken hinsichtlich des Fernmeldegeheimnisses? Das halte ich für abwegig. Ich glaube, man kommt sofort auf vertragsrechtliche Bedenken, weil die Telekom sowohl mit anderen Providern als auch mit Geschäftspartnern, mit Einzelpersonen Verträge schließt, und in diese Verträge greifen Sie ja durch diesen Vertrag ein.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ich greife nicht unbedingt durch diesen Vertrag ein, sondern letztendlich unterliegen alle diese vertraglichen Beziehungen der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Jetzt sage ich es mal anders rum: Was nach der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist, das müssen sich die Vertragspartner schon gefallen lassen.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber auch nur das!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber nur das, was auf gesetzlicher Grundlage passiert, -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Darüber wird ja schon -

Martina Renner (DIE LINKE): - müssen die sich ja gefallen lassen.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: - lange und heftig diskutiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Sie halten die Auffassung von Herrn Schaar abwegig?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Da möchte ich mich nicht näher zu äußern.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie denn jetzt in letzter Zeit - Sie sind ja jetzt nicht mehr im Dienst - noch mal mit den damaligen Vorgesetzten oder den heute in dem Bereich Verantwortlichen Kontakt zu diesen Fragen gehabt?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nur mit meinem letzten Vorgesetzten. Der war aber erst seit 2010 mein Vorgesetzter.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Und haben Sie dann auch diese möglichen rechtlichen Konsequenzen erörtert?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie selbst Kontakt zu einem ausländischen Nachrichtendienst in Ihrer - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nie?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Jedenfalls hat sich bei mir kein ausländischer Nachrichtendienst als solcher vorgestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gibt ja zu diesem Vertrag auch eine ganze Menge sozusagen Nebenregelungen, was diese technischen Fragen, die personellen Fragen, die Legendierung usw. angeht. Waren Sie damit auch befasst? Wie kommt der BND ins Haus - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, das hat Frankfurt - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie fangen jetzt an, über Inhalte zu reden, würde ich sagen.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt fangen wir an, über Vertragsinhalte zu reden und was Nebenbestandteile des Vertrags sind, und der ist ja eingestuft.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann eine letzte Frage: Können Sie uns noch sagen, mit wem Sie aufseiten des Bundeskanzleramts gegebenenfalls Kontakt hatten in dieser Frage, oder haben Sie nur das Schreiben bekommen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ich hatte keinen Kontakt mit dem Bundeskanzleramt.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hatten keinen Kontakt. Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, dann wäre die Zeit auch durch. - Wir kommen dann zur Fraktion der CDU/CSU.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Keine Fragen. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Köbele, Sie hatten rechtliche Bedenken - das haben Sie ja vorher selber gesagt -, die ja offenbar auch beim BND nicht ganz fremd waren, und Sie waren der Jurist der Telekom - ein anderer Jurist ist mir jedenfalls nicht untergekommen; also, der verantwortliche Jurist der Telekom waren Sie -, hatten rechtliche Bedenken, und dann kommt ein Brief vom Kanzleramt, in dem ja mit keiner Silbe irgendein juristisches Argument gebracht wird, sondern nur, dass sie keine Bedenken haben. Das heißt, dem Telekom-Juristen, der rechtliche Bedenken hat - - dessen rechtliche Bedenken beseitigt man durch ein einfaches Schreiben: „Wir sehen keine Bedenken“, ohne irgendein Argument. Wenn die eine halbe Seite geschrieben hätten: „Aus den und den Gründen sehen wir das so und so“, und Sie sagen: „Überzeugt mich, habe ich geprüft, oder habe ich noch mit jemand besprochen“ - - Wollen Sie mir allen Ernstes sagen, dass Sie der Meinung waren, dass Sie damals der Meinung gewesen sind, dass das ausreicht, um Ihre rechtlichen Bedenken zu beseitigen? Sie waren ja jetzt nicht überzeugt, sondern es gab ja kein Argument, kein anderes. Jedenfalls kann ich den Akten keines entnehmen, sondern nur das Kanzleramt; vielleicht hätte es auch der Papst machen können. Ab welcher Stufe ist denn das für Sie dann Gesetz oder ändert Ihre gesetzlichen Bedenken?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ich antworte mal so: Kennen Sie den Spruch aus dem Süddeutschen: Der Ober sticht den Unter?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Der Ober sticht den Unter, und zwar in doppelter Hinsicht: Das Bundeskanzleramt hat ja nicht an mich geschrieben, sondern das Bundeskanzleramt hat an unseren Vorstand geschrieben, und der Vorstand hat gesagt: Ja, ausführen. - Welche Möglichkeit hätte ich dann noch haben sollen? Zum Vorstand gehen und sagen, was das - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Indem Sie Ihre rechtlichen Bedenken mitteilen.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Die Bedenken mitteilen und sagen, was das Bundeskanzleramt schreibt, ist aber falsch. Raten Sie mal, was der Vorstand dann gemacht hätte. Der hätte mir einen schönen „Edeka-Vermerk“ ausgestellt: Ende der Karriere.

(Heiterkeit)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren ja der Meinung, da ist möglicherweise eine Grundrechtsverletzung.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Möglicherweise für Millionen von Telekom-Kunden.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Grundrechtsverletzung von nicht irgendwas - kann man so oder so auslegen -, sondern eine Grundrechtsverletzung von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern hier in diesem Land, wo Sie diese Bedenken haben. Und nun kommt irgendeiner erst mal und sagt: Sehen wir anders. - Und dann, ohne dass der irgendein Argument sagt, ist das für Sie maßgeblich. Da ging es jetzt nur noch um Ihre Karriere, oder warum?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Also, ersetze „irgendeiner“ durch „Bundeskanzleramt“. Dass das Bundeskanzleramt, glaube ich, schon eine gewisse Autorität hatte, ist nachvollziehbar.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ging es um rechtliche Argumente oder staatliche Autorität?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: In dem Fall beides, respektive auch darum, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo leben wir denn?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: - wem mein Vorstand im Zweifel mehr glaubt. - So, und wenn da der Vorstand angeschrieben wird vom Bundeskanzleramt - noch dazu in dem ganzen Umfeld, was damals gerade herrschte; 9/11 und was weiß ich was alles - - Und dann soll also ein Jurist irgendwo aus der Etappe der Telekom - ich sage es mal ganz deutlich - dem Vorstand sagen: „Hör mal, was das Bundeskanzleramt sagt, ist aber falsch“, und der Vorstand sagt: „Ja, lieber Herr Dr. Köbele, selbstverständlich, Sie haben recht. Wir schreiben denen zurück: Nein, machen wir nicht“ - - ist ein bisschen weltfremd.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber dass Sie auch nur den Versuch unternehmen, mal zu sagen: Aus dem und dem Grund sehe ich das anders oder habe ich das anders gesehen, und ich kenne -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das hatte ich im Vorfeld schon getan.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - bisher auch keinen rechtlichen Grund. - Aber lassen wir das.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Hatte ich im Vorfeld schon getan, und das wurde ja dann -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müssen Sie verantworten.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: - entsprechend süffisant kommentiert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das sind die deutschen Beamten, auch wenn sie Jura studiert haben.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Wenn man halt nicht in dem entsprechenden Unternehmen arbeitet, kennt man auch die Hierarchien nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. So geht das. Da sind schon ganz andere Sachen möglich gemacht worden mit dieser Auffassung.

Jetzt haben Sie selber gesagt, hier ging es ja nur - „nur“ jetzt in Anführungsstrichen - um die grundsätzlichen Bedenken, die Sie hatten. Nun kam die Sache irgendwann mit der Paketvermittlung dazu. Waren Sie dann der Meinung, das ist jetzt auch vom Kanzleramt gedeckt?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ganz ehrlich, ich war der Meinung, das sind Mischverkehre. Wir haben das dem BND dann entsprechend auch mitgeteilt und haben gesagt: Dann brauchen wir eine entsprechende G-10-Anordnung. - Warum habe ich mir das gemerkt? Weil ich mit einer zweiten Anordnung vom Bundeskanzleramt gerechnet habe, die aber nicht kam.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, jetzt reicht schon nicht mehr ein Brief vom Kanzleramt, sondern ein vermuteter Brief. Es könnte ja noch einer kommen, der dann sagt: Paketvermittlung ist auch okay. Als Sie diesen Vertrag abgeschlossen - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Entschuldigung, ich habe nicht gesagt, Paketvermittlung ist auch okay, sondern ich habe gerade im Gegenteil gesagt: Bei Mischverkehren, wo also G 10 und Transit drin waren - nicht bei den paketierte -, haben wir dann die strengere Voraussetzung „G-10-Anordnung“ gefordert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Sie diesen Vertrag abgeschlossen haben, ging es da nur um den leitungsvermittelten oder auch den Paketverkehr?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Der Vertrag selber - - Soll ich zu Inhalten was sagen oder ist das - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich will gar nicht Vertragsinhalt - - sondern ich will wissen, um was es damals in der Diskussion ging. Ging es da auch schon um paketvermittelte oder nicht?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Zu dem Zeitpunkt, als der Vertrag geschlossen wurde, waren schwerpunktmäßig noch leitungsvermittelte Verkehre im Fokus.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ging es auch um paketvermittelte?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Spielte da noch keine große Rolle.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Spielte keine Rolle?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, paketvermittelte Verkehre - - Der Shift zwischen leitungs- und paketvermittelten Verkehren fand erst einige Zeit nach dem Vertragsschluss statt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist nicht da diskutiert worden?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, zu der Zeit noch nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, überhaupt nicht?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nicht, dass ich wüsste.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War gar nicht Thema?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nicht, dass ich wüsste.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. Haben Sie sich vorbereitet heute?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Sollte ich?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wäre immer gut.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Wie?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wäre gut. Indem Sie sich zum Beispiel das noch mal angucken bei der Telekom oder sonst wo und uns sagen könnten - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Wenn ich mich richtig entsinne, war der Vertrag gestuft. Ich war ab dem Jahre - - oder ab letztem Jahre war ich verpflichtet. Das heißt, ich hätte diesen Vertrag gar nicht mehr zur Kenntnis nehmen dürfen, ohne mich strafbar zu machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, aber vielleicht andere Informationen, die da waren. Da gab es ja einen reichlichen Schriftverkehr.

Und dann sind Sie - - Das Nächste war dann paketvermittelt, sagen Sie. Das tauchte dann irgendwann auf. Dann hatten Sie da Bedenken, und dann haben die eine G-10-Anordnung - - Haben Sie sich denn da mal Gedanken gemacht darüber, für was diese G-10-Anordnung eigentlich war und was die abdeckte und was sie nicht abdeckte?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Wie gesagt, die G-10-Anordnung war - - Dazu waren wir verpflichtet, die umzusetzen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber was stand denn da drin?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das weiß ich heute nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, inhaltlich ungefähr: Was durften Sie?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das weiß ich nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht mehr.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das ist zehn Jahre her.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das eine allgemeine Anordnung, wo gesagt wurde: „Ab heute können Sie alle paketvermittelten Verkehre über die und die Leitungen -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Noch mal: Weiß ich nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nehmen, auffangen“? - Wissen Sie nicht.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: So ist es.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder war das eine Einzelanweisung für bestimmte Fälle, für einen bestimmten Zeitraum?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das guckt man sich doch an, ob das eine Dauergenehmigung war oder - - Soweit ich weiß, sagt die G-10-Kommission immer das ganz limitiert für bestimmte Zeiten.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Wenn ich mich richtig erinnere - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich das richtig mitgekriegt habe, hat der Zeuge jetzt mehrmals gesagt, er weiß es nicht, und wenn er es wüsste, könnte er es wahrscheinlich gar nicht sagen, weil die eingestuft ist. Das müssten Sie doch wissen, Herr Kollege Ströbele.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, er kann das in der allgemeinen Form - - Aber so weit kommen wir ja gar nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein. Wenn er fünfmal gesagt hat, er weiß es nicht - und ich habe das Ding ja jetzt hier mit dem linken Auge im Blick; das müssten Sie auch wissen, dass die eingestuft ist -, und Sie ihn dazu verleiten, jetzt aus einer eingestuften G-10-Anordnung vorzutragen, das finde ich schon ein bisschen schräg.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich habe die hier nicht im Blick.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber dafür bin ich auch da.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt ist auch die Zeit um. Jetzt kommen wir zur nächsten Fraktion.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich noch eine Frage stellen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil Sie es sind, Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Frage, nämlich: Haben Sie damals in den Gesprächen mit dem BND unter anderem davon erfahren, dass von dem ausgeleiteten Verkehr auch ein Teil - viel, wenig, überhaupt was - an einen ausländischen Nachrichtendienst, sprich NSA oder irgendein anderer, weitergegeben werden soll?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, habe ich nichts erfahren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann haben Sie zum ersten Mal was davon gehört?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Aus der Presse.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt, also - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, Ende 2014, oder wann das war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Vorher haben Sie da irgendetwas - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen zur Fraktion der SPD.

Christian Flisek (SPD): Herr Zeuge, Sie haben gerade die Verwaltungshelferkonstruktion angesprochen und haben auch gesagt - - Also, wir sind ja einige Juristen hier; wir kennen das aus unseren Grundkursen im Verwaltungsrecht mit den Abschleppunternehmerfällen. Würden Sie das mal einordnen, inwieweit aus Ihrer Sicht jetzt das, was die Telekom in diesem Zusammenhang macht oder machen muss, wie immer man das jetzt auch sieht, vergleichbar ist tatsächlich, dass man das als eine Art Verwaltungshelfer bezeichnen könnte? Es ist auch nicht jedem bekannt, was ein Verwaltungshelfer ist. Vielleicht können Sie das einfach mal skizzieren und einordnen, wie Sie auf die Idee kommen, dass das da drunterfällt.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Also, ein Verwaltungshelfer, der klassische Fall ist der Abschleppunternehmer, mehr oder minder selbstständig, der von der Polizei die Aufträge kriegt, halt Autos entsprechend abzuschleppen, weil die falsch parken. Ich denke, das ist Common Sense, was so ein Verwaltungshelfer macht. Hier hat es sich so verhalten - - und wir sind jetzt außerhalb des G-10-Bereichs, weil Sie gerade eben sagten: „muss“; bei G 10 sind wir eh verpflichtet. Sondern hier geht es also jetzt wirklich um Transit, also Ausland zu Ausland, und hier haben wir die entsprechenden Anforderungen, Anordnungen vom BND gekriegt und haben die entsprechend



Nur zur dienstlichen Verwendung

umgesetzt, ähnlich wie ein Abschleppunternehmen auch. Das ist eigentlich der typische Fall des Verwaltungshelfers.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, Sie haben sich in dem - - Der Verwaltungshelfer, wie ich das verstanden habe, zeichnet sich ja dann aus, dass das, was da gemacht wird, eigentlich unmittelbar dem Staat dann zugerechnet wird.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, genau.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie sagen im Prinzip, Sie sind nur sozusagen der verlängerte Arm im Endeffekt dann in dem Fall des Bundesnachrichtendienstes gewesen.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und das hätte dann ja auch zur Konsequenz, dass Sie eigentlich in dem Bereich keinerlei Entscheidungsspielräume haben.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Also, wir haben nicht darüber entschieden, welche Leitungen oder Ähnliches da jetzt zusammengeschaltet, ausgeleitet werden oder Ähnliches.

Christian Flisek (SPD): Aber gab es auch in dem Bereich keinerlei Entscheidungsspielräume für die Telekom?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Also für uns als ausführende Stelle nicht, weil der Vorstand gesagt hatte: Bitte die erforderlichen Maßnahmen treffen!

Christian Flisek (SPD): Na ja, gut, erforderlich. Was ist erforderlich? Gab es da konkrete Anweisungen, was erforderlich ist alles, oder gab es da dann doch Spielräume?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Alles das, was erforderlich ist. Wenn man im juristischen Duktus bleibt, wäre es ein unbestimmter Rechtsbegriff, der Auslegung zugänglich, ja? Ich sage mal: alles das, was einen Vorstand nicht stört, wenn ich es mal so formulieren soll. Alles, was dem Vorstand Probleme macht, worüber er nachdenken muss, ist zunächst erst mal nicht willkommen.

Christian Flisek (SPD): Was wäre das hier in dem Fall, was hätte den Vorstand gestört, oder was hätte ihm Probleme machen können?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, vor Vertragsschluss möglicherweise halt noch mal die Darlegung der gesamten Rechtslage. Aber das war ja dann entsprechend, in Anführungszeichen, „abgetötet“.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie sagen, die Darlegung einer kritischen Rechtslage, also einer kritischen Rechtsauffassung?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das wäre sozusagen etwas, was der Vorstand nicht gewollt hätte dann?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Möglicherweise, ja.

Christian Flisek (SPD): Was ihn gestört hätte?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Was ihn hätte stören können; ich formuliere es mal so.

Christian Flisek (SPD): Okay, ich verstehe. - Haben Sie denn in Ihrer Tätigkeit bei der Telekom außerhalb dieses Vertrages, den wir jetzt hier besprechen und diskutieren im Rahmen dieses Projektes, auch bei anderen Projekten solche Verträge mal abgeschlossen, oder war das ein absoluter Einzelfall?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das war ein Einzelfall.

Christian Flisek (SPD): Ansonsten waren Sie nur mit - - Was heißt „nur“? Aber ansonsten waren Sie nur mit G-10-Anordnungen konfrontiert?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: G-10-Anordnungen und dann natürlich alles, was mit Strafprozessordnung, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: - Gefahrenabwehrrecht etc. pp. zu tun hatte, plus, sagen wir mal, die Gestaltung technischer Einrichtungen zur Ermöglichung der Telekommunikationsüberwachung



Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt im Individualüberwachungsbereich. Das lag auch bei uns.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Gab es bei der Telekom eine Sensibilisierung im Hinblick darauf, dass gegebenenfalls ja hier auch Informationen über die technischen Kapazitäten der Telekom - also, bei uns taucht das immer wieder auf als sogenannte Sachdaten, ja? -, dass solche Daten eventuell über so eine Maßnahme in falsche Hände geraten könnten?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Also der Begriff der Sachdaten sagt mir nichts.

Christian Flisek (SPD): Ich habe ihn auch erst in dem Kontext hier erst mal in dieser Form gesehen und gehört. Sachdaten sind halt Daten, die jetzt keinen Personenbezug haben, sondern sind halt Daten, die bei solchen Übermittlungen dann im Zusammenhang Informationen und Rückschlüsse darüber zulassen, was weiß ich, was technische Kapazitäten sind, also im Prinzip Leitungen, die die Telekom hat, Anlagen, die die Telekom betreibt, über die ja hier auch sozusagen dieser Zugriff erfolgt. Diese Sachdaten werden im Prinzip dort auch weitergeleitet oder können weitergeleitet werden?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das spielte bei uns keine Rolle, und es wurde diesbezüglich vom Netzmanagement bzw. von den Betriebsdienststellen auch nichts an uns herangetragen.

Christian Flisek (SPD): Okay. Sie haben ja gesagt, es gibt die Abteilung oder den Bereich Konzernsicherheit.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich denke mal, da wird es ja auch darum gehen, im Wesentlichen zu schützen, was sind Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, was sozusagen die Integrität von Strukturen des Unternehmens, des Konzerns betrifft. Gibt es da irgendwelche Handreichungen zum Beispiel für Sie, worauf Sie zu achten haben, wenn solche Projekte aufgesetzt werden, dass man sagt: „Unsere Interessenlage ist die und die, und dann setzen wir das technisch oder wie auch

immer um, und jeder unserer Mitarbeiter, der solch ein Projekt initialisiert oder betreut, hat darauf zu achten“? Gibt es so was?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Also, es gab zum damaligen Zeitpunkt den Bereich Unternehmenssicherheit bei der T-Com, nicht zu verwechseln mit der Konzernsicherheit bei der Deutschen Telekom AG, und aus dem Bereich der Unternehmenssicherheit gab es natürlich, ich sage mal, Verfahrensanweisungen, die aber mit uns jetzt eigentlich nichts zu tun hatten, sondern die an die entsprechenden Betriebsdienststellen, die also Netzmanagement und Ähnliches gemacht haben, gingen. Die waren also dann entsprechend dazu angehalten, die zu beachten.

Da wir ja jetzt auch nicht selber eigenhändig die entsprechenden T-Stücke und Ähnliches eingesteckt haben, sondern das letztlich auch durch die Betriebsdienststellen erfolgt ist, gehe ich mal davon aus, dass die Betriebsdienststellen diese entsprechenden Verfahrensanweisungen auch beachtet haben.

Christian Flisek (SPD): Letzte Frage von mir: Gab es in Ihrer Zeit irgendwelche Anhaltspunkte, dass die Telekom in dieser Zeit Opfer auch von Attacken, Wirtschaftsspionage gewesen ist? Gab es da irgendwelche Anhaltspunkte?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Weiß ich nichts drüber.

Christian Flisek (SPD): Da wissen Sie nichts drüber. Gut, dann war's das. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur nächsten Frageunde. Da fängt wieder an die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde gerne noch mal auf diesen Übergang zu paketvermitteltem Verkehr, Kommunikation, zu sprechen kommen. Wissen Sie denn, ob der auch Gegenstand des Vertrags war?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Meines Wissens nach waren paketierte Verkehre - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie können sich ja kurz beraten, insbesondere mit Ihrem Anwalt. Dafür ist der Anwalt, glaube ich, da. Diese Funktion müssen Sie haben.

(RA Dr. Eddo Compart: Wir glauben, dass das nicht-öffentlich ist, dass diese Frage nicht zulässig ist!)

- Nicht mit mir, sondern mit Ihrem Mandanten.

(RA Dr. Eddo Compart: Beziehungsweise zulässig ist sie schon, aber sie kann hier nicht beantwortet werden!)

Ich kann Sie sowieso nicht hören.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Also nichtöffentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann will ich noch eine Frage stellen. Ich habe ja versucht, das vorhin schon zu thematisieren. Sie schließen ja, gerade auch was die Transitverkehre angeht, Verträge mit weiteren Providern, die durch die Bundesrepublik durchleiten. Ist es denn richtig, dass es durchaus auch üblich ist, wenn diese die Kapazitäten nicht ausfüllen auf ihren Strecken, dass sie gegebenenfalls auch dann Kapazitäten weitervermieten können?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Da müssten Sie diejenigen fragen, die im internationalen Carrier Sales and Service unterwegs sind. Da kann ich nicht viel zu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wie da die Vertragsmodalitäten aussehen und Ähnliches, wissen Sie nicht Bescheid?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nein, das war nicht meine Zuständigkeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, dass diese Erfassungen auch Strecken internationaler Carrier betreffen könnten, über die Sie den Vertrag geschlossen haben - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Kann ich so nichts zu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie nichts sagen. - Ich will noch mal zu dieser Vertragshelphertheorie fragen, jetzt nicht als Juristin. Das meint ja im Kern: Man ist Werkzeug einer Behörde bei der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, so ungefähr.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist die Telekom Werkzeug des BND?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: In diesem Falle ja, weil die ganzen, ich sage mal, Anordnungen - das ist jetzt technisch belegt -, aber die ganzen Schaltungswünsche oder wie man es nennen soll, kamen ja alle vom BND. Die Telekom hat ja da kein Eigeninteresse dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie würden auch sagen, die monetäre Entschädigung war eher symbolisch?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, so viel kann man, glaube ich, sagen. Bei einem Unternehmen, das also Umsätze in zweistelliger Milliardenhöhe macht, brauche ich zu dem Weiteren nichts mehr zu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Da jetzt Ihr Anwalt auch schon kurz die Hand gehoben hat, würde ich dann gerne die Fragen zum Vertrag noch einmal eingestuft stellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. Ich frage jetzt mal in die Runde: Hat die Union noch Fragen? - Sie hat keine Fragen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat aber Fragen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Herr Köbele, ich wollte noch mal zu der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage zurückkehren dieser Verwaltungshelferfunktion, und jetzt nicht in der Hierarchiekette, die innerhalb der Telekom ist, weil das verstehe ich schon sozusagen bis zu einem gewissen Grad, sage ich mal, dass in so einem Unternehmen natürlich auch harte Hierarchien sind. Aber um es mal runterzubrechen und anschaulich zu machen: Wenn die Polizei einen Abschleppunternehmer anruft und sagt: „Schlepp das Auto ab!“, muss der Abschleppunternehmer das tun?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das muss er nicht; aber er könnte es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er könnte es. Aber musste die Telekom das tun?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das müssen Sie den Vorstand fragen, was ihn dazu bewogen hat, das mitzumachen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich kann Ihnen vielleicht mal sagen, was der sogenannte BND-Jurist dazu hier gesagt hat. Der hat hier in öffentlicher Sitzung - in unserem Protokoll 18/24, Seite 24 von 112 in der zweiten Spalte - gesagt:

Es ist natürlich auch so, dass die Betreiber nach dem G-10- und dem TKÜV-System, das wir ja eben schon besprochen hatten, verpflichtet sind, das zu tun, wenn es eine Beschränkungsanordnung gibt. Bei Routineverkehren wäre das ja nicht so. Man kann ja niemanden zwingen, das zu tun, sondern es käme dann auf die Kooperation der Betreiber an, ob die bereit wären, das zu tun. Beim G 10 wäre der Betreiber verpflichtet, das zu tun. Das ist ein Unterschied.

Das sehe ich genauso, Sie, so verstehe ich, auch. Also kommen Sie mit mir zu der Rechtsauffassung, die auch der BND so hier vertritt, dass die Telekom das nicht machen musste, sondern wie jeder Abschleppunternehmer hätte sie sagen können: Ja, das kann irgendjemand machen, aber den

Mercedes aus der Oeserstraße, den schleppe ich nicht ab.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Im Bereich Ausland-Ausland.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Rechtlich nicht verpflichtet, ja, d'accord.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und jetzt kommen wir zu Ausland-Ausland. Bezüglich - - Ja?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe gerade Ausland-Ausland auch bei Ihnen gehört. War das richtig?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat er gesagt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt kommen wir zu Ausland-Ausland. Er hatte eben gesagt, bei Ausland-Ausland.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, um zu unterscheiden, dass, wenn es Ausland-Deutschland respektive Deutschland-Ausland ist, wir uns allein im Artikel-10-Gesetz bewegen -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: - respektive TKÜV.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte nur nicht, dass ich das falsch verstanden habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, und jetzt kommen wir zu Ausland-Ausland bei paketvermittelten Verkehren. Gibt es das?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, also Mischverkehre gibt es in der Regel der Fälle; dass wir reines



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ausland-Ausland haben - das haben wir ja dann relativ schnell gemerkt -, das ist wohl ziemlich unwahrscheinlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also gibt es das?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Also, ob es das gibt? Ich bin kein Techniker.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie mussten ja nun juristisch beurteilen, was man macht. Die knifflige Kiste, die ja auch Teil des Gesamtprojekts war von Anfang an, war ja: Was ist mit der Paketvermittlung?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und irgendwie passte ja das, was man da rechtlich hatte als Eingriffsnorm, irgendwie nicht mehr mit der Realität zusammen.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Wie ich schon sagte: Wir hatten dann gegenüber dem BND entsprechend unsere Bedenken geäußert, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: - und bei diesen Mischverkehren - ich nenne die jetzt einfach mal so - haben wir dann gefordert: Es muss eine G-10-Anordnung her, also das strengere Regime.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und das ist eine interessante Frage, weil: Die G-10-Anordnung ist ja wofür eigentlich vom Gesetzgeber gemacht worden?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ausland-Inland, Inland-Ausland.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, für die G-10-Verkehre. Aber Sie wussten und der BND wusste und alle wussten, dass es darum gar nicht geht, sondern es geht um das Abfallprodukt, das eigentlich gar nicht Gegenstand einer G-10-Anordnung ist.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen die interessante Frage: Wie kommt man dazu, eine Norm, die gar nicht passt auf das, was da passieren soll, zu nehmen als Eingriffsnorm?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Weil das, was da praktisch über die Leitungen dann gerauscht ist, teils G-10- und teils Mischverkehr war, und das so ja gar nicht auseinanderzutrennen war. Deswegen hat man dann gesagt oder haben wir dann gesagt: Dann bitte besorgt euch eine Anordnung nach dem Artikel-10-Gesetz. - So, wenn die G-10-Kommission dem zustimmt, dann sind wir verpflichtet, sie umzusetzen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage mal zu dieser Frage: Das ist ja nun so eine BND-Auffassung, die hoch umstritten ist, also auch in der herrschenden Meinung. Wir hatten ja hier Staatsrechtler aller Couleur, die alle gesagt haben, das sei massiv abwegig, wie der BND das sieht, dass sie sagen: Also den Begriff der Routineverkehre, den gibt es ja überhaupt nicht - ja -, und dass eben Ausländer keinen Grundrechtsschutz genießen. Mir kommt das ja immer vor wie so eine These, die wir der NSA immer vorhalten. Also wir sagen, die NSA verhält sich uns gegenüber so, als hätten wir keine Grundrechte. Das ist ja ungeheuerlich, ja?

Aber wenn der BND jetzt mit so einem Wunsch bei Ihnen einreitet und sagt: All die Leute, die telefonieren, die das Pech haben, keine Deutschen zu sein - das sind ja eine ganze Reihe Menschen auf dem Planeten -, die aber sozusagen über diese Kabel der Deutschen Telekom gehen, die haben keinerlei Rechte. - Kam das der Deutschen Telekom nicht irgendwie schepp vor, also jetzt mal so als Konstrukt?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Da würde ich vielleicht noch mal an die Zeit erinnern, wann das Ganze stattgefunden hatte. Das war im Jahr 2003, 2004, wenn ich mich richtig erinnere. Da wirkte 9/11 noch ziemlich lange nach, ja? Dann gab es die Bombenanschläge von Madrid. Dass also dann ein Vorstand sich diesbezüglich schon, sagen wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal, vom Bundeskanzleramt beeindruckt lässt und einer Bitte nachkommt, halte ich erst mal für nachvollziehbar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die Umstände, die kann man immer erklären. Ich sage Ihnen: Das Bedürfnis, da zuzugreifen an diesem schönen Strang der Deutschen Telekom, das gab es schon deutlich länger. Der 11. September hat das dann sozusagen beschleunigt; aber die Interessen scheinen doch schon irgendwie länger unterwegs gewesen zu sein, nicht? Trotzdem Recht und Gesetz, ja, und die Frage: Passen die Normen, die wir hier verwenden auf das, was ich hier tatsächlich tue? Das ist ja eine Frage, die sich in Rechtsstaaten auch in schwierigen Situationen stellt.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das mag sein. Das ist aber keine Frage, worüber der Zeuge bekundet. Der Zeuge bekundet über Tatsachen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Wenn wir das rechtlich diskutieren wollen, dann können wir das gerne abends irgendwo beim Bier tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können wir auch noch machen. - Aber die Frage ist eben, solche Diskussionen, ja, also Ober sticht Unter, mag ja sein; aber auch in der Deutschen Telekom finden ja Diskussionen statt, und man erwägt, was man macht und was man nicht machen kann usw. Deswegen frage ich mich, ob es diesbezüglich nicht Diskussionen gegeben hat. Innerhalb anderer beteiligter Institutionen, das sage ich Ihnen, hat es eisenharte Diskussionen gegeben.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Hier hatte der Vorstand gesprochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Der Vorstand der T-Com, nicht, um das klar auseinanderzuhalten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorstand der T-Com?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, und nach Ihrem Kenntnisstand - das frage ich jetzt noch einmal sozusagen rück -: Jetzt so Menschen wie Ricke und so, die haben von all diesen Sachen nichts mitbekommen, das war nicht deren Bereich? Das lief alles - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das vermag ich nicht zu beurteilen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht nach Ihrer Kenntnis?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Noch mal: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau, das ist ja das, was ich sage. Sie haben davon nie was gehört?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ich weiß nicht, ob Ricke davon was wusste oder nicht. Er hat nicht mit mir gesprochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber man bekommt ja mit sozusagen, wer diese Diskussionen mitbekommt. Sie antworten da so ein bisschen - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Die Deutsche Telekom AG respektive der Vorstand der Deutschen Telekom AG war weit weg.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist auch kein Vorgang, wo Sie sagen: „Da müsste Brauner oder so Ricke informiert haben wegen der Relevanz oder so“? Können Sie nicht beurteilen, haben Sie nicht gehört?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Welche Verpflichtungen oder Gepflogenheiten dort oben herrschten zwischen den beiden Vorständen, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, noch mal eine ganz kurze Frage.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dieser Kontakt zwischen der Telekom und dem BND: Die Telekom hat im Jahr 2004 einen neuen Sicherheitschef bekommen. Ist das so?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Bei der Konzernsicherheit?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das könnte sein, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie noch den Namen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Könnte der Herr Kollege Steininger gewesen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist das, genau. Und können Sie sich erinnern an Treffen zwischen dem BND und der Deutschen Telekom, die von der Deutschen Telekom ausgingen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Mir nicht bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich Ihnen einmal eine Akte vorhalten, und Sie können mir sagen, ob das eventuell Ihr Name ist, der da steht? Ich kann es nämlich nicht beurteilen.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Müsste ich die Akte sehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich komme und bringe sie Ihnen.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Okay.

(Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begibt sich zunächst zu RD Philipp Wolff (BK) und legt dem Zeugen sodann eine Unterlage vor - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick und beraten sich)

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das kann sein; da würde ich nichtöffentlich sagen. Hat aber, glaube ich, mit BND nichts zu tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, aber dann können wir das vielleicht, wenn wir uns sowieso - - Ich stelle noch kurz die Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist damit der Fragebedarf - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ganz kurz. - Wir können das gerne vertiefen. Aber können Sie sich an Treffen erinnern, frage ich jetzt mal allgemein, unabhängig von diesem konkreten Datum, wo man sich getroffen hat auf Telekom- und BND-Ebene auf Betreiben der Telekom hin, einfach um mal so die Möglichkeiten und die Schwierigkeiten der modernen Telekommunikations- und Fernmeldeaufklärung miteinander zu besprechen?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Sind mir nicht bekannt. Von uns oder von meiner Abteilung gingen solche Initiativen nicht aus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ob Sie an einem Treffen teilgenommen haben können, das erinnern Sie jetzt - -

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das kann ich aus dem Stand nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder ob Sie teilgenommen haben, das erinnern Sie jetzt nicht konkret?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Nicht im Zusammenhang mit BND.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann müssten wir wieder weitergeben. Als Nächstes kommt jetzt die Fraktion der SPD dran. Kollege Zimmermann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, nur eine kurze Nachfrage noch mal zu möglichen anderen Verträgen und auch zur Organisation im Jahr 2003 oder auch in dem Zeitraum, den Sie überblicken können: Wenn es von einem anderen Staat - die Telekom ist ja auch in dem Zeitraum schon ein global agierendes Unternehmen gewesen -, wenn es dort vergleichbare Anweisungen, Verträge oder Kontakte gegeben hätte, wäre das über Ihren Schreibtisch dann auch gelaufen, oder hätte es da andere Bereiche im Konzern gegeben?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Also praktisch, wenn wir so eine vergleichbare Situation in anderen Staaten hätten, so habe ich Sie verstanden.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Richtig.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Das war nicht deutlich geklärt. Es hätte durchaus sein können, dass es auch bei der Konzernsicherheit aufgeschlagen wäre, bei der Deutschen Telekom AG und nicht bei uns in der T-Com.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Das war's schon. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der Linken. Frau Kollegin Renner hat keine weiteren Fragen?

Martina Renner (DIE LINKE): Nicht mehr in öffentlicher Sitzung. Nur noch in eingestuftem.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Dann die Fraktion der Union: Gibt es hier noch Fragen? - Ja. Kollege Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Herr Zeuge, nur noch mal, weil der Herr von Notz ganz spannende rechtliche Ausführungen gemacht hat, dass angeblich die Realität bei der paketvermittelten Kommunikation rechtlich nicht mehr passt. Sie haben dann richtig natürlich das mit dem Mischverkehr ein ganzes Stück festgestellt. Jetzt sollen Gesetzesgrundlagen nicht mehr passen. Er hat von Staatsrechtlern gesprochen, die hier gesagt haben, die BND-Praxis würde nicht stimmen. Da

gibt es solche und solche Meinungen; das wissen Sie als Jurist auch. Spannend wäre noch mal, weil Sie ja gesagt haben, was Sie als Zeuge bewusst wahrgenommen haben und wissen: Diese G-10-Anordnung, die Sie letztlich erhalten haben, war das für Sie eine ausreichende rechtliche Grundlage, um das zu liefern, was der BND letztlich wollte?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Sie meinen, bei den Mischverkehren jetzt?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja, weil die nicht voneinander zu trennen waren.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das ist eine ausreichende rechtliche Grundlage gewesen für Sie, das zu liefern?

Zeuge Dr. Bernd Köbele: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ich habe den Eindruck, dass die Union jetzt weiteren Fragen mehr hat. Dann kommen wir zu der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt frage ich mal in die Runde: Gibt es derzeit noch Fragen an unseren Zeugen im öffentlichen Teil? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen; denn ich habe vernommen, dass es einige Nachfragen im nichtöffentlichen oder eingestuftem Teil gibt. Ich schlage daher folgenden Beschluss vor: Für die weitere Vernehmung des Zeugen Dr. Bernd Köbele am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummern 3 und 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe



Nur zur dienstlichen Verwendung

des Wohls des Bundes entgegenstehen oder Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse zur Sprache kommen, durch deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzt würden. - Wer dafür ist, so zu beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit haben wir dies so einstimmig beschlossen.

Wir sind nun am Ende des öffentlichen Teils der Beweisaufnahme. Jetzt folgen die nichtöffentlichen Zeugenvernehmungen von noch zwei Zeugen. Dazu wechseln wir in einen anderen Beratungsraum.

Ich bedanke mich bei der Öffentlichkeit und der anwesenden Presse dafür, dass sie bei uns waren. Dem jetzt folgenden nichtöffentlichen oder eingestuftem Teil können Sie nicht mehr beiwohnen.

Ich unterbreche daher jetzt die Sitzung, damit wir in den entsprechenden Raum umziehen können. Ich wünsche Ihnen allen aber schon einmal einen schönen Abend. - Danke schön.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 21.26 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, Geheim)

ANLAGE 1



Bundesamt
für Sicherheit in der
Informationstechnik

Deutscher Bundestag
1. Untersuchungsausschuss
13. Feb. 2015
5503-04 70:214

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
Postfach 20 03 63, 53133 Bonn

Deutscher Bundestag
1. Untersuchungsausschuss PA25
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Martin Golke

HAUSANSCHRIFT
Bundesamt für Sicherheit in
der Informationstechnik
Godesberger Allee 185-189
53175 Bonn

POSTANSCHRIFT
Postfach 20 03 63
53133 Bonn

TEL +49 228 99 9582-
FAX +49 228 99 10 9582-

@bsi.bund.de
<https://www.bsi.bund.de>

Betreff: 1. Untersuchungsausschuss 33. Sitzung v. 29.01.15
hier: Ergänzungen zum stenografischen Protokoll

Bezug: Ihr Schreiben v. 03.02.15
Aktenzeichen: PA25 - 5503
Datum: 17.02.2015
Anlage: Sitzungsprotokoll der 33. Sitzung mit handschriftlichen
Ergänzungen

Sehr geehrter Herr Georgii,

anbei meine handschriftlichen Ergänzungen zum o.g. Sitzungsprotokoll.

Neben zahlreichen editorischen Änderungen war es mir wichtig, an zwei Stellen Sachverhalte näher zu erläutern und darzustellen als es mir in der Sitzung gelungen ist:

1. auf Seite 13 bzgl. der Dokumentenlage als Basis der Prüfung und
2. auf Seite 43 bzgl. der Prüftiefe und warum keine eigenen Tests für notwendig gehalten wurden sondern sich auf die Herstellertests abgestützt werden konnte.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Golke



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Ja, ich mache heute - - Das steht ja hier. Also, ich bin jetzt in der Abteilung Cybersicherheit und mache natürlich Sicherheit von Netzen, Prüfungen gemäß IT-Sicherheitsakkreditierung. Das ist ein Begriff, der noch nicht so - - Aber da sind auch Inspektionen zum Beispiel drin. Prüfungen von IT-Sicherheitsvorschriften auch, auch international, und natürlich dann noch internationale Fachgremien.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und um das, wo es hier geht, dieser Prüfbericht, das ist genau so etwas, wo man sagen würde: „Da geht es um so was“, was Sie da geprüft haben als Erfassungs- und Verarbeitungssystem. Das ist genauso was, was gemeint ist.

Zeuge Martin Golke: Ja, wie gesagt, das ist ja von 2005 jetzt hier, der Prüfbericht. Und, ja, soweit ich da nichts vergessen habe, bin ich da noch fit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich will nur fragen: Da sind Sie auch derjenige, der dazu was sagen kann? Das meine ich damit, mit dieser verkürzten Frage.

Zeuge Martin Golke: Das werden Sie ja sehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Nicht, dass Sie uns hinterher sagen, das haben Sie alles von Kollegen zusammengeschrieben, und eigentlich kennen Sie sich da gar nicht aus.

Zeuge Martin Golke: Nein, nein, nein. Also, das kriegen Sie schon mit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Schön, dass wir das zusammen hinkriegen.

Jetzt hatten Sie bei Ihrem Eingangsstatement gesagt: Im Einsatz sehen Sie das nicht mehr. Sie bewerten das, was Ihnen vorgelegt wird. - Sage ich jetzt mal mit eigenen Worten. Bitte korrigieren Sie mich. Ich möchte Ihnen nichts in den Mund legen. Ich hatte so ein bisschen den Eindruck: Vorher sehen Sie es nicht, bevor es eingebaut ist. Hinterher sehen Sie es nicht. Sie sehen die technischen Komponenten - bewerten das theoretisch - nicht im Einsatz. Habe ich das so richtig verstanden, oder ist das falsch wiedergeben?

Zeuge Martin Golke: Das ist richtig. Also, ich schaue mir auch schon lange nicht mehr irgendwie blinkende LEDs an, sondern es kommt wirklich auf das Innenleben an. Im Detail steckt die Sicherheit drin. Und da muss man halt sehr genau Beschreibungen lesen, muss da auch nachfordern.

Vielfach sind die, ich sage mal, die Kunden bzw. die Behörden natürlich oder Firmen - - Gerade wenn Firmen mit drin sind, dann muss man nachfordern. Und da haben wir einen Informationsbedarf, und der muss befriedigt werden. Da gibt es überhaupt nichts. Und bevor ich irgendwie irgendwohin fahre, will ich wirklich wissen, was los ist. Und da steckt das Wissen drin, und das muss ich wissen. Und da muss ich sorgen, dass ich da genug Kenntnis habe, sodass ich das beurteilen kann. Anders geht das nicht. Also, Geräte - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber dass die Geräte dann im Einsatz verändert werden, die Einbindung in einem System verändert wird, ist das ausgeschlossen? Oder sagen Sie, das können Sie nicht überprüfen, weil das auch nicht Ihr Prüfauftrag ist? Nur, um das schon mal vorab klarzumachen: Könnte es theoretisch sein, dass Sie zwar etwas zertifizieren, dann das ganze System aber vor Ort ganz anders aufgebaut wird mit andere Optionen, zum Beispiel Datenströme abzuleiten? Könnte das der Fall sein, oder ist das eher unwahrscheinlich, technisch gar nicht so möglich?

Zeuge Martin Golke: Es könnte alles der Fall sein. Also, wir machen natürlich auch Laboruntersuchungen. Wir nehmen auch die Firmware, Software, machen da so Softwarestände, die wir uns behalten. Aber natürlich nur da, wo es Sinn macht. Wenn wir jetzt irgendwie zertifizieren - das ist „certify and go“ -, dann sehen wir ja nichts mehr, also weil wir keine Inspektionsrechte haben. Also, das machen wir hauptsächlich bei Kryptogeräten usw., wo wir dann so eine Referenzgeschichte haben. Die kommen aber auch wirklich in die Labore. Das sind natürlich die Sachen, die am strengsten und am tiefsten auch angeguckt werden oder angeguckt werden müssen. Aber so eine - - Also, das war - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Liveprüfung, mit anderen Worten: vor Ort, so etwas hat es nicht gegeben?

Zeuge Martin Golke: Das sind diese Inspektionen, die ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hinterher bei den Empfehlungen.

Zeuge Martin Golke: Hm?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das bei den Empfehlungen in Ihrem Prüfbericht, oder wo? Die Inspektionen sprachen Sie gerade an.

Zeuge Martin Golke: Ja, die wir nicht hatten hier, also die ich im anderen Bereich mache. Wir machen das auch - angemeldet, nicht angemeldet -, alles, was halt gewünscht wird.

Und hier ist das aber, wie ich meine, so wie ich die TKÜV verstanden habe, also, Zertifizierung ist nicht irgendwo was Operationelles, sondern Zertifizierung ist wirklich was - - Bevor die Sache in den Einsatz geht, wird geguckt: Entspricht das ...? Sind die Sicherheitsfunktionalität, ist sie da? Ist die Vertrauenswürdigkeit da? Also, tut es das, was es soll? Tut es nichts, was es nicht soll? Und das muss angeguckt werden. Und dann ist das Ding, wenn das okay ist, dann ist das Ding halt weg. Dann ist es im Einsatz nach dem Zertifikat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und so ist es auch in anderen Fällen gehandhabt worden?

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Martin Golke: Also, früher - - Heute befristet man ja schon mal Zertifizierungen. Früher - das ist jetzt zehn Jahre her - wurde das weniger gemacht, weil - - Ich sage mal, die IT, die ist so schnelllebig. Also, keiner will ja irgendwie alte Technik haben. Also, da überlebte sich so eine Zertifizierung von selbst sozusagen. Und heute geht man schon dran, wie auch die letzte Zertifizierungsordnung vom BSI, die beinhaltet dann

auch eine Befristung. Das war damals - - Vor zehn Jahren hätte man das natürlich machen können. Aber da habe ich keinen Anlass für gesehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ist ja nur gut zu wissen, wie dieser Prüfrahen aussieht. Und deswegen haben Sie ja auch angefangen, uns den zu beschreiben, dass wir uns einfach ein Bild machen können, wie so eine Zertifizierung aussieht. Also, ich glaube nicht, dass jemand von uns das schon so mitgekriegt hat.

Ich komme dann mal zu Ihrem Prüfbericht. Auf Seite 2 stehen unter anderem die Dokumentationen zu den Entwicklungsvorhaben aufgeführt, nämlich den Entwicklungsvorhaben EVN G 10 III, zum Entwicklungsvorhaben Separator sowie DAFIS. Sind da aufgezählt die Bezugsdokumente und Weiteres. Ich nehme an, dass es sich hierbei um die im Rahmen der von Ihnen vorgenommenen Prüfung zu unterscheidenden Operationen oder Systeme des BND handelt. Ist das richtig? Oder was soll ich unter diesen Bezugsdokumenten EVN G 10 III, Separator und DAFIS verstehen?

Zeuge Martin Golke: Das sind die - - Das ist das, was vom BND geschickt worden ist, um unseren Informationsbedarf zu decken, teilweise vom BND bzw. von der Herstellerfirma.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das letzte Wort habe ich nur etwas undeutlich verstanden.

Zeuge Martin Golke: Vom BND bzw. wohl von der Herstellerfirma dann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herstellerfirma.

Zeuge Martin Golke: Indirekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie wird so was geschickt? Mal eine rein pragmatische Frage: Wie kommt denn so was? Per Paket? Oder wie ist so was?

Zeuge Martin Golke: Es gibt ja eine initiale Besprechung. Da haben die dann schon mal diesen



Nur zur dienstlichen Verwendung

[richtige Antwort wäre gewesen: nein]

ersten Foliensatz, den sie da sehen, um das einfach mal zu beschreiben: Wo wird das eingesetzt usw.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt Foliensatz? Powerpoint-Folien oder wie?

Zeuge Martin Golke: Powerpoint-Folien, wo die dann kommen und sagen: Hier, so und so. Da setzen wir es ein. Das haben wir vor. - Ja. Und bringen, glaube ich - - Haben die damals schon? Ich weiß nicht. Das geht aus den Unterlagen hervor, ob die dann da schon - - Doch. Die haben, glaube ich, gerade dieses EVN - - Also, für das System haben sie da schon eine Beschreibung mitgebracht. Und das andere haben sie nachgeliefert. Das kam teilweise auch per verschlüsselter Mail, weil das alles NfD-Sachen sind. Die schickt man jetzt nicht so und jetzt ja sogar noch höher eingestuft wurden, weil NfD für sie praktisch wie offen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist denn neben Powerpoint-Folien Ihnen noch was geliefert worden, auf Grundlage derer Sie prüfen können?

Zeuge Martin Golke: Das steht alles im Prüfbericht drin. Bezugsdokumente und erfolgte Prüftermine in Kapitel 2. Da ist alles das drin. Da sollte auch alles das mit verzeichnet sein, was ich vor zehn Jahren zur Verfügung hatte. Da sollte alles verzeichnet sein, außer natürlich Telefonate, Rückfragen und so was. Das ist natürlich da nicht drin. Oder obwohl, ich habe, glaube ich, auch einmal so ein Beispieltelefonat da aufgeführt. Wenn Sie da in Kapitel 2 gucken: Das müsste da sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe das hier gerade vor mir liegen. Ich frage deswegen: Das ist ja die Aufzählung. Da gab es die initiale Besprechung, wie Sie gerade beschrieben haben. Sie können da auch gerne gleich noch mal reinschauen, wenn Sie es noch mal sehen möchten. Dann gab es eben Korrespondenz. Dann steht da: technische Dokumentation. Da sagten Sie gerade: Das war auch schon bei der Initialbesprechung, Powerpoints. - Muss ich jetzt den Punkt „technische Dokumentation“ als Powerpoint-Präsentation verstehen?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Martin Golke: Entschuldigung. Habe ich jetzt gerade nicht mitgekriegt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auf dieser Auflistung steht halt, dass es die initiale Besprechung gab. Dann steht: Es gab technische Dokumentationen zum Entwicklungsvorhaben EVN G 10 III. - Da hatten Sie gerade erwähnt, dass das Powerpoint-Folien gewesen seien. Und da würde mich halt interessieren: Gab es darüber hinaus zu diesen Vorhaben EVN G 10 III, Separator, DAFIS, über diese technische Dokumentation hinaus, wo Sie erwähnten, das seien Powerpoint-Folien, noch hinausgehende Dinge? Weil hier steht mehrmals: technische Dokumentation.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Telefonate etc. Da interessiert mich natürlich, was alles Ihnen so mitgeteilt worden ist beim BSI.

Zeuge Martin Golke: Das haben Sie alles - - Müssten Sie alles vorliegen haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie es noch mal erläutern?

Zeuge Martin Golke: Ja. Gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, die Powerpoints brauchen Sie jetzt nicht einzeln durchzugehen mit mir.

Zeuge Martin Golke: Also, ich gehe mal vielleicht die Punkte durch, die Referenzpunkte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gerne.

Zeuge Martin Golke: Also, eins ist initiale Besprechung, hier vom Datum 2005.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Geschenk.

Zeuge Martin Golke: Dann Korrespondenz BND, auch 2005, mit technischer Dokumentation zum Vorhaben EVN G 10 III.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was steckt da drin, unter dem Begriff „Korrespondenz technische Dokumentation“? Waren das wieder Powerpoints?

Zeuge Martin Golke: Ich glaube, das sind die Powerpoints. Das dürften die Powerpoint-Sachen sein. Drei ist die Beschreibung dazu, ^{auch} also Gesamtdarstellung im Überblick.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt -- Ist das so ein Handbuch, oder was ist das?

Zeuge Martin Golke: Ja, das ist das Ihnen vorliegende Handbuch. Also, erst kommen ja die Folien, dann kommt das Handbuch. Das ist hier die laufende Nummer 3 - Version 1.0a. Ich glaube, das ist auch -- Da habe ich nie irgendwie was Aktuelles bekommen dann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie nicht bekommen?

Zeuge Martin Golke: Da habe ich nichts Aktuelleres bekommen als die 1.0a, die Sie hier vorliegen haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha, okay, gut.

Zeuge Martin Golke: Also, das ist immer noch --

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Version.

Zeuge Martin Golke: -- die aktuelle, also die Version. Vielfach kommen ja schon mal Updates. Da kriegt man irgendwie mal so einen Preliminary-Entwurf da, mit dem man natürlich schon mal arbeiten kann. Man muss sich einarbeiten in die Sache, und dann liefern die später dann neuere Versionen, die dann wirklich den Iststand des Gerätes dann umfassen.

Punkt 4 ist dann also hier, dass der sogenannte Separator -- Ich glaube, das darf man auch sagen: die technische Dokumentation, also 47 Seiten Spezifikationen inkl. 5 Seiten Testumgebung vom BND. Punkt 5 ist dann hier DAFIS; hatten Sie auch schon genannt. Die liegt Ihnen auch vor, sind 2 Seiten Korrespondenz

und 16 Seiten Spezifikationen, also der Punkt
Korrespondenz, Technik, und dann 6: Das kann sein, dass das eine neuere Version dann ist, 1.0.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, ich habe es verstanden. Und das sind dann die Dokumente, anhand derer Sie die Prüfung vornehmen. Richtig?

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, die Powerpoints, dieses Handbuch: Das habe ich mir auch gerade mal angeguckt; so diese Beschreibung, um was es da geht. Das Handbuch hat, glaube ich, dann der auftraggebende BND zur Verfügung gestellt.

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und eben noch weitere Powerpoints, Telefonate etc.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. -- Ich frage deswegen, um zu verstehen, auf welcher Grundlage Sie dann Ihre Prüfpunkte durchführen können.

Zeuge Martin Golke: Ja, ganz richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt ist da ein Punkt, da steht drin -- bei 8. --: „Vor-Ort-Prüftermin“.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie mir den etwas genauer erklären? Weil den finde ich interessant.

Zeuge Martin Golke: Ja. Also, wie gesagt -- das hatte ich ja schon erläutert --: Irgendwann kommt es dann auch zu so einem Vor-Ort-Termin, wo ich mir das dann mal anschau, die Gerätschaften, soweit sie da schon fertig entwickelt sind. Das ist einmal in diesem Labor.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welches Labor ist das?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Das sind die Entwicklungslabors vom BND bzw. Tarnbehörden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und dann haben Sie sich das im Labor angeguckt. Und wie läuft so ein Termin ab? Weil das andere habe ich alles jetzt schon verstanden, glaube ich. Wie läuft so ein Vor-Ort-Prüftermin ab?

Zeuge Martin Golke: Ja, meistens ist das so eine Besprechung. Man fährt da hin, verabredet sich und fährt dann mit der Bahn hin. Das waren jetzt hier zwei Tage, genau. Dann haben wir den ersten halben Tag angefahren, und dann kommt so eine Besprechung. Da trifft man sich. Was liegt an? Wie weit ist meine Prüfung? Was meine ich noch, zu brauchen? Und, ja, später nimmt man die Geräte in Augenschein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Der Teil interessiert mich am meisten. Die Bahnfahrt jetzt noch nicht so.

Wie schaut es denn bei der Inaugenscheinnahme dieser Geräte aus? Da geht man ins Labor und sieht die Gerätschaften, die Sie ja beschreiben auch als ein größeres System mit Frontend usw., sieht die sozusagen in vitro, also in einer Testlandschaft des Labors. Sehe ich das richtig, oder ist das anders? Korrigieren Sie mich ruhig. Also, ich bin Laie.

Zeuge Martin Golke: Ja, das ist zehn Jahre her, hören Sie mal. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich habe da wirklich nur meine Dokumente noch, an die ich mich jetzt so - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie können gerne den Prüfbericht zur Hilfe nehmen. Ich weiß nicht: Haben Sie ihn vor sich liegen? - Nehmen Sie sich Zeit! Weil das finde ich eben zur Reichweite dieser Prüfung schon interessant.

Zeuge Martin Golke: Was haben Sie denn da für Fragen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im Endeffekt hätte ich gern erläutert, wie so ein Tag der Prüfung vor Ort im Labor aussieht, also was man da macht, ob man sich - ich sage mal: Sie müssen

sich anscheinend irgendwelche Geräte eingebaut anschauen - - ob man sich da Datenflüsse anschaut, ob man sich da - - Also, was überhaupt - - Das ist reine Fantasie jetzt. Ich war noch nie bei so was dabei. Also, was man sich im Grunde aus Ihrer Sicht des BSI vor Ort anschaut. Was wollten Sie wissen? Wie gesagt, Sie können mir jetzt alles erzählen. Ich habe so was noch nie erlebt, aber mich interessiert halt, wie so ein Tag aussieht - im Labor jetzt.

Zeuge Martin Golke: Also nach der Bahnfahrt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Da kommen wir dann nach der Sitzung gerne noch mal drauf zu sprechen.

Zeuge Martin Golke: Also, das ist zehn Jahre her. Also, unabhängig davon - - Also, wie gesagt, das sind drei Verarbeitungsstufen, glaube ich, hier gewesen, und dementsprechend - - Die stehen ja dann in so einem Rack drin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Also, Sie können es gerne aufschlagen zur Hilfe. Ich habe es auch aufgeschlagen.

Zeuge Martin Golke: Ja, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das da aufgebaut, das Frontend, das Verarbeitungssystem?

Zeuge Martin Golke: Das sollte da aufgebaut sein, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Fände ich auch.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn man sich schon die Mühe macht, dahin zu fahren mit der Bahn.

Zeuge Martin Golke: Aber fragen Sie mich jetzt nicht nach dieser speziellen Prüfung. So viel weiß ich da nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Sie machen wahrscheinlich viele Prüfungen, nehme ich an.

Zeuge Martin Golke: Ja, gut. Wie gesagt, also, das ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wie gesagt, wenn Sie sich nicht mehr erinnern, hilft auch nichts - - Haben Sie denn vergleichbare Prüfungen vorgenommen, dass Sie grundsätzlich mal sagen können, wie so ein Vor-Ort-Termin aussieht? Also, für mich ist das ein sehr wichtiger Bestandteil, wo ich als Laie sagen würde: Sie zertifizieren ein System. Weil anhand von Powerpoints, einem relativ mageren Dokumentationshandbuch, zu entscheiden: „Das läuft alles tipp-topp“, wäre doch wahrscheinlich nicht so auch in Ihrem Sinne gewesen. Da werden Sie doch auch als Prüfer sicherlich mal nachgefragt haben, weil von einem Powerpoint-Sheet aus zu entscheiden: „Das Separieren von Daten etc. läuft alles einwandfrei“, kann ja nicht Aufgabe eines Technikers sein. Das ist ja mehr eher dann Zusammenfassen von gelieferten Dokumenten. Das kann auch, wer Textanalyse gut kann.

Also, Sie müssen doch wahrscheinlich mit Ihrer technischen Expertise sich jetzt dieses System mal angeguckt haben und auch eine Analyse vorgenommen haben vor Ort. Deswegen waren Sie ja wahrscheinlich vor Ort, und das ist eben der Punkt, wo ich dann hinterher bewerten würde: „Mensch, da kann man dieser Expertise auch über den Weg trauen“, um es mal knallhart zu sagen. Keine Sorge, ich stelle Sie jetzt nicht infrage, aber ich muss schon ein gutes Gefühl hinterher haben.

Zeuge Martin Golke: Ja, vielen Dank für Ihre Darstellung. - Also, das ist ja nicht nur Powerpoint. Das sind ja - - Ich hatte ja schon darauf hingewiesen, dass wir durchaus einen Informations hunger auch haben, und der muss natürlich beschrieben sein. Wie gesagt, ich müsste mich jetzt wiederholen. Also, blinkende LEDs mir anzuschauen, das bringt mir nichts. Ich bin wirklich daran interessiert: Was passiert in den Geräten? Das kann ich nicht, indem ich angucke oder eine Vernetzung: Das ist ja trivial. Oder - - Verstehen Sie? Da sehen

Sie nicht viel. Da wird Vertrauen aufgebaut im Grunde, dass ich das Gefühl habe: Die machen das auch so, wie das da steht in den Dokumenten.

Ich lerne meine Pendants, die Ingenieure vom BND, die Techniker, kennen, ja, auf Arbeitsebene, und da ist es wichtig, was für ein Gefühl habe ich da auch. Wissen Sie, da werden Sie nur immer Racks finden. Da geht ein Kabel nach unten, eins nach oben, und verschiedene LEDs blinken.

Gut. Oder - - Ich sage es mal anders: Ich mache natürlich auch andere Prüfungen, zum Beispiel diese ~~IT~~-Sicherheitsakkreditierung zum Beispiel für - - Ich weiß nicht, soll ich da - - Moment, wir versuchen, hier mal so weiterzukommen. IT-

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, dann frage ich mal was anderes.

Zeuge Martin Golke: Ja, gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich das richtig verstehe, dann erfolgt also Ihre Prüfung anhand der ausgewiesenen Dokumente, -

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - anhand einer Ortsprüfung, wo Sie im Labor ein System sich anschauen, -

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und, ich sage mal, aufgrund auch von Ihrer hohen Erfahrung, die dann die Dokumente auch bewerten kann, -

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - was ich zum Beispiel als Laie überhaupt nicht kann. Ich nehme die zur Kenntnis, kann die Seitenzahl noch bemessen, aber was drin steht, da komme ich schnell an die Grenze. Das kann ich verstehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Doch, doch, das können Sie schon; ein bisschen können Sie das schon.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dafür haben Sie das studiert und ich was anderes.

Wenn ich jetzt mal frage: Dieses Ding - ich komme gleich auch noch auf Separator zu sprechen - EVN G 10 III: Für was war das eigentlich gut nach Ihrer Überzeugung? Was sollte das können?

Zeuge Martin Golke: Da geht es um die strategische IP-Aufklärung des Bundesnachrichtendienstes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und ganz konkret? Welche Leistungen sollte EVN G 10 III erbringen?

Zeuge Martin Golke: Ja, das habe ich ja schon im Eingangsstatement gesagt: also § 27 TKÜV, die fünf Prüfpunkte, die ich da identifiziert habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Entschuldigung, dass ich Sie jetzt dann noch mal frage, obwohl Sie es schon gesagt haben. Können Sie es noch mal wiederholen? Was sollte das leisten, EVN G 10 III? Dann mit Ihren eignen Worten: Wofür wurde diese Komponente, dieses System genutzt?

Zeuge Martin Golke: Ja, für die strategische IP-Überwachung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, es wurden Daten dadurch abgegriffen. Oder?

Zeuge Martin Golke: Ja, natürlich, sicher, natürlich. Beim Provider werden dann da, sagte ich ja, in den - - Die Geräte werden dann da eingestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie Nachsehen mit mir. Wie gesagt: Laie. Haben Sie Nachsehen, auch wenn ich Sachen doppelt frage.

Zeuge Martin Golke: Nein, ich finde gut, dass Sie fragen und dass ich dadurch so ein bisschen darauf gestoßen werde, um da - - Sie müssen es ja -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Verstehen, genau.

Zeuge Martin Golke: - verstehen, und deswegen ist es richtig, dass ich da immer wieder drauf gestoßen werde, dass ich da auch die richtigen Antworten gebe, die Sie weiterbringen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das EVN G 10 ist eher ein Projekt gewesen für ein Erfassungs- und Verarbeitungssystem in Gänze, könnte man sagen.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Deswegen heißt es auch EVN. Okay.

Separator: Was ist das dann nach Ihrer Kenntnis?

Zeuge Martin Golke: Ja, wir haben ja ein Netz des BNDs. Diese Geräte sind die Geräte an der Kopfstelle, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Martin Golke: - die Rohdaten dann übernehmen vom Provider. Also, die werden ja rückwirkungsfrei ^{wirkend} ~~wirkend~~ ^{übernommen} ~~übernommen~~. Dafür muss die Bundesnetzagentur - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was werden die? Entschuldigung, habe ich nicht - -

Zeuge Martin Golke: Die werden rückwirkungsfrei übernommen vom Provider.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: „Rückwirkungsfrei“. Was heißt das: „rückwirkungsfrei“?

Zeuge Martin Golke: Das muss die Bundesnetzagentur oder früher RegTP, Regelungsbehörde für Telekom und Post, sicherstellen. Das ist wie so ein „one way“, wie so eine Einbahnstraße. Also, es kommen Daten in das BND-Netzwerk rein, direkt auf den Separator. Das ist sozusagen das Kopfglied.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die laufen da auf.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Genau. - Und das sind - - Und die werden dann übernommen in das BND-Netz mit diesem Separator und werden dann der ersten Verarbeitungsstufe sozusagen zugeführt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie noch mal genau aus dem, was Sie wissen, beschreiben, was so ein Separator macht? Nach den Ausführungen des Zeugen Reinhardt Breiffelder in der Sitzung vom 18. Dezember 2014 handelt es sich bei einem Separator um ein Gerät, welches im Rahmen der leitungsgebundenen Erfassung den einlaufenden Datenstrom nach G-10- und Nicht-G-10-Verkehren, also sogenannte Routineverkehren, trennt. So hat er es gesagt. Also ist das der Separationsprozess, dass dieser Datenstrom gefiltert wird nach G 10 und Nicht-G-10? Ist es das?

Zeuge Martin Golke: Das ist richtig. Der Separator hat einen Eingang - - bzw., Entschuldigung, zwei natürlich. Es gibt ja immer zwei Richtungen: eine Hinrichtung, eine Rückrichtung. Die werden natürlich getrennt vom Provider per Glasfaser ausgeschleust und eingeschleust. Also, es sind dann zwei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ein Ein- und ein Ausgang, könnte man sagen.

Zeuge Martin Golke: Ja, beim Provider haben Sie auf jedem Kabel eine Hinrichtung und eine Rückrichtung, und die werden getrennt. Also Sie haben also zwei Mal zum Beispiel 10 Gigabit pro Sekunde Glasfaserkabel.

Und dieser Eingang - - Also, der Separator hat einen Eingang und zwei Ausgänge. Ein Ausgang ist bezeichnet mit - wie der BND das nennt - „Routine“. Das ist also das, was er gesetzlich machen darf, also Auslandsaufklärung. Da sind dann keine deutschen Staatsbürger, keine Leute mit deutschem Pass irgendwie involviert.

Und alles andere muss durch den G-10-Zweig. Das heißt, da wird irgendwas übertragen, was mit deutschen Firmen oder mit Deutschen - - Auch im Ausland übrigens - egal wo. Also, der deutsche Pass reicht, und dann muss das durch den

G-10-Zweig, und dann gelten unsere gesetzlichen Anforderungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie ganz kurz vorher sagen - hat jetzt eigentlich nichts damit zu tun, aber das interessiert mich schon seit längerem -: Dieses Ausleiten an den Separator, da muss ja erst mal irgendwie vom normalen Kabelstrang ein Strang - - irgendetwas abgezweigt werden. Da darf ja nichts verloren gehen. Der normale Datenfluss muss ja normal weiterlaufen.

Zeuge Martin Golke: Beim Provider?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Uns hat man das mal mit als T-Stück beschrieben.

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das - - Das klingt mir so laienhaft, wie so ein Koaxial-T-Stück, wenn ich zwei Fernseher ans Koaxialkabel anschließen will. Ist das so, dass man da einfach so eine Art T-Stück einbaut? Oder? Das muss ja vor dem Separator sein. Richtig?

Zeuge Martin Golke: Das ist vor dem - - Das ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder ist der Separator das T-Stück?

Zeuge Martin Golke: Nein, der Separator ist nicht das T-Stück, nein, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So denke ich es nämlich auch.

Zeuge Martin Golke: Beim Provider: Der hat ja da Kabelstränge, also Glasfaser, und die werden dann mit diesem T-Stück - - Ach, Mensch, wie heißt es denn jetzt? - Splitter! Also, mit diesen optischen Splittern werden die dann ausgekoppelt. Das ist einfach ~~so~~ ein Ding, das hat einen Eingang, einen optischen Eingang, und zwei Ausgänge, wobei die eigentlich einfach dupliziert sind. Es wird sozusagen Licht einfach ausgekoppelt. Einer geht ganz normal zum Provider hin - da, wo es hin soll - und einer geht weiter zur Kopfstelle des BNDs, der BND-Kopfstelle.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Und käme als Nächstes, nach dem Teil, der vom T-Stück an den BND geleitet wird, schon der Separator? Richtig?

Zeuge Martin Golke: Richtig. Da muss der Separator stehen mit seinem Eingang. Und nach dem - - Also da - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gibt es dann den G-10-Strang und den Routinestrang?

Zeuge Martin Golke: Richtig. Also, der ist erst mal dazu da: Datenreduktion. Also, der schmeißt unheimlich viel weg erst mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Noch mal ganz kurz, wo ich Sie gerade hier habe: Der Splitter: Sind das Standardgeräte? Wissen Sie das? Oder wenn Sie es nicht wissen, brauchen Sie jetzt auch nichts dazu sagen.

Zeuge Martin Golke: Das ist eine Sache, die Ihnen am besten die RegTP erzählen kann bzw. - - ja, genau, die Bundesnetzagentur.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Martin Golke: Gut, das ist natürlich - - Das ist Standard, würde ich sagen. Aber wenn ich als Zeuge hier gefragt werde - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hätte ja sein können. Wenn Sie da jetzt Fachwissen haben, dann würden wir es gerne mit Ihnen jetzt mal klären. Weil das sind für uns komplizierte Fragen. - Okay.

Kommen wir wieder zum Separator. Also der - -

Zeuge Martin Golke: Es ist -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, ich wollte Sie nicht unterbrechen.

Zeuge Martin Golke: - aber rückwirkungsfrei. Das geht dann nur in Richtung des BND-Netzwerkes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist dann, wenn ich das richtig verstehe, die Funktion der

Trennung in G-10- und Routineverkehre die einzige Funktion des Separators, oder hat der noch irgendeine andere Aufgabe?

Zeuge Martin Golke: Der hat vor allen Dingen Datenreduktionsfunktion. Also, da wird ja auch viel Müll übertragen oder Dinge, die den BND erst mal gar nicht interessieren, und die verschwinden im Separator, kann man sagen. Also, es gibt - - Da gehen - - Gigabyteweise kommen die Daten da an, und raus geht auch Routine. Da ist schon ganz viel raus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also der filtert schon mehr als nur die Trennung G 10/Routine. Der schmeißt quasi bei den Routineverkehren auch schon was raus.

Zeuge Martin Golke: Absolut! Muss!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was schmeißt der da raus?

Zeuge Martin Golke: Da gibt es diese Tabelle da, die Sie da - - Also, Müll zum Beispiel, was man schon erkennen kann. Oder es gibt ja diese Regionalgeschichte, dass man sich auf spezielle Regionen - - Der BND muss sich auf spezielle Regionen beschränken. Das heißt, er hat ganz bestimmte IP-Ranges, und nur die zieht er raus. Und das andere guckt er sich kurz an: Das ist die und die IP-Range; interessiert mich nicht, wird überhaupt nicht weiterverarbeitet, wird sofort sozusagen gelöscht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt stelle ich mir das mal ganz laienhaft vor: So ein Separator ist ein Kasten, ist ein Gerät, und da ist die Software drauf auf bestimmten Chips. Richtig?

Zeuge Martin Golke: Das ist kommerzielle Hard- und Firmware, die praktisch - - wo man Software dazugestrickt hat. Das ist im Grunde - - Das wird hardwaremäßig verdrahtet, weil da diese hohe Geschwindigkeit da ist, dass - - Praktisch die Software bestimmt dann, wie die Hardware, die ASICs verdrahtet sind, sodass das ganz schnell geht. Die und die IP-Adresse: Zack, weg damit. Also, im Grunde - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber die Software ist da fest eingebunden. Das ist keine Software im Sinne eines - - Früher hat man ja ROM und RAM mal unterschieden. Also, die ist nicht da draufgespielt, sondern die ist fest auf dem Chip installiert. Oder ist die richtig draufgespielt? Kann man die verändern, zum Beispiel nach Filterkriterien? Oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Martin Golke: Die Hardware, wie gesagt, ist kommerziell. Die Firmware ist, soweit ich das weiß, kommerziell. Da können Sie jetzt noch Packages zukaufen von der Herstellerfirma oder was Eigenes stricken, wie der BND halt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, man kann theoretisch den Separator je nach Lage, könnte man sagen, optimieren. Man könnte zum Beispiel sagen: Jetzt wollen wir eine andere Region haben.

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kann ich den Separator auch, sagen wir mal, optimieren. Ich muss dann nicht ein neues Gerät da hinstellen. Also, ein Separator ist je nach Wunsch modifizierbar.

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt - - Langsam kriege ich da wirklich ein klareres Bild. Das ist schön.

Zeuge Martin Golke: Das macht die Software, die Software, die Sie dann aufspielen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wie steuert man die dann? Die steuert man dann auch online? Oder muss man da rausfahren mit einem USB-Stick und da was Neues draufspielen? Oder wird so was - -

Zeuge Martin Golke: Also, grundsätzlich können Sie das - - Das geht ja ganz einfach: Da gehen Sie mit dem Laptop hin, an die Konsole, verbinden sich damit, und dann können Sie Passwords, also Codes, eintippen, und dann können Sie da neue

Software draufspielen, ^{oder} ~~also~~ zum Beispiel neue IP-Ranges oder irgendwelche neue Listen da reinspielen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber da fährt man schon dann mit dem Laptop hin? Das erfolgt nicht von irgendwo online? Also, ich könnte mich jetzt nicht mit meinem Laptop, wenn ich die Daten und Zugangscodes hätte, von hier auf einen Separator irgendwo in Deutschland draufschalten und verändern? Das wird anders praktiziert?

Zeuge Martin Golke: Der Separator hat auch noch einen LAN-Port, und der ist auch vernetzt für - das habe ich also erlaubt - passive Zugriffe, also, zum Beispiel, um zu schauen: „Leben die Geräte überhaupt noch?“, also, dass sie sich da melden können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Martin Golke: Also praktisch über so einen Managementport.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Fehlfunktionen oder so was.

Zeuge Martin Golke: Richtig. Und man will ja auch wissen: „Ist der schon an der Kapazitätsgrenze?“, wenn wir wieder irgendeine Spamwelle haben oder so. Muss ich vielleicht hin? Oder ist vielleicht Hochsommer, und die Lüftung ist ausgefallen? Dass ich dann schon sehe, von der Temperatur her: Moment, da muss ich jetzt was machen, sonst verliere ich die Geräte. Also, solche Dinge habe ich dann - -

Es gibt ja auch da diesen Prüfpunkt „Fernzugriff ist ausgeschlossen“. Da habe ich dann also schon unterschieden und habe gesagt: Also, diese Dinge, die „state of the art“ sind, von, ich sage mal, Managementkontrolle, die erlaube ich, aber alles, was G-10-relevant ist, habe ich ja ausdrücklich dann - da gibt es ja auch einen Satz, dass ich - - Weitere Zugriffe sind nicht - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Das ist - - Das sehe ich nicht als mein - - Ja, Treu und Glauben?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Martin Golke: Das sehe ich - - Da würde ich gar nicht mit „Treu und Glauben“ sagen, da würde ich sagen: Das ist nicht meine - - Sorry, aber da endet irgendwo meine Zuständigkeit.

Wir machen Prüfungen, wenn wir Krypto^{geräte} zerlegen ~~wir~~ im Labor. Also, das machen wir richtig, aber das ^{sind} wirklich dann Geräte, die - - Das ist was anderes als TKÜV.

Martina Renner (DIE LINKE): Apropos „zerlegen“: Ich weiß ja immer noch nicht, wie das aussieht. Also, ich habe kein Bild dazu. Aber vielleicht sagen Sie uns noch mal was zu dieser Prüfung unter den Laborbedingungen. Wie viele Stunden haben Sie sich mit dem Gerät befasst? Haben Sie das auch auseinanderggebaut?

Zeuge Martin Golke: Dieses im Rahmen dieser -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, bei dem Besuch.

Zeuge Martin Golke: Nein, nein, habe ich nicht auseinanderggebaut. Ich sage doch: Also, die Dokumentation ist das - - Also, eine Hardwareprüfung, dass wir jetzt gucken - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Martin Golke: Also, Software mit Analyse^{geräten zu testen} (akustisch unverständlich), Assemblierung usw. nur bei wirklich - - Also nicht ^{an} TKÜV. Also, das - - Vor allen Dingen, wenn wir überhaupt keine Möglichkeit nachher haben mehr, das irgendwie zu verifizieren, dass das auch ^{so eingesetzt} wird. Stellen Sie sich mal vor, ich hätte noch viermal mehr Zeit da reinvestiert, und ich habe ja eh keine Möglichkeit, das im Betrieb ^{zu verifizieren} - - Da habe ich kein Prüfmandat für die operationelle Phase.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt so ein bisschen auf die Uhr gucken.

Martina Renner (DIE LINKE): Letzte Frage zu dieser Laborsituation: Wurde da eine Datenverarbeitung simuliert?

Zeuge Martin Golke: Die haben Simulationen, die haben ein Testsystem, wo die - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, als Sie dort waren, ob da eine Datenverarbeitung simuliert wurde. Nicht der - -

Zeuge Martin Golke: Da kann ich mich nicht mehr dran erinnern, tut mir leid. Das ist zehn Jahre her, sorry.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt in der ersten Fragerunde zur Fraktion der SPD. Der Kollege Flisek, nehme ich an, wird fragen.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Golke, ich würde vielleicht starten mit einer Anregung, wenn es möglich wäre. Sie hatten ja ein sehr ausführliches und auch ausformuliertes Eingangsstatement hier abgegeben. Wäre es möglich, dass Sie uns das bereits jetzt zur Verfügung stellen könnten, dass die Obleute das bekommen?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Martin Golke: Also, angesichts der tollen Infrastruktur, die Sie hier haben, gehe ich davon aus, dass das nicht nur mitgeschrieben wurde, sondern mitgeschrieben werden muss. Der Vorsitzende hat auch schon darauf hingewiesen, dass es auch mitgeschnitten wird. Insofern sehe ich jetzt keine Notwendigkeit, das einzige Exemplar, was ich habe, hier aus den Händen zu geben.

Christian Flisek (SPD): Nein. Es geht darum, dass wir das vervielfältigen können und dass die Obleute das dann bekommen. Das wäre - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)



Nur zur dienstlichen Verwendung

RA Dr. Johann M. Plöd: Darf ich kurz was dazu sagen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei rechtlichen Punkten natürlich.

RA Dr. Johann M. Plöd: Das Problem ist, dass in diesem Statement handschriftliche Änderungen enthalten sind und insoweit also praktisch das Original, so wie es hier vorgetragen worden ist, in ausgedruckter Form nicht vorliegt. Wir wären natürlich bereit, dass praktisch dieses Statement vorgelegt wird, wenn das Ganze überarbeitet ist und diese handschriftlichen Anmerkungen herausgenommen worden sind.

Christian Flisek (SPD): Nein, der Zweck meiner Frage ist ja jetzt einfach nur: Wir hätten gerade noch mal diese Punkte gerne gehabt, auch im Rahmen der Zeugenvernehmung. Dass wir das im Nachgang dieser Sitzung bekommen, das ist uns selber klar, sondern ich hätte das gerne hier noch mal gehabt jetzt während der Zeugenbefragung in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung, um daraus auch Fragen abzuleiten.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

RA Dr. Johann M. Plöd: Können wir kurz unterbrechen, damit wir diese Frage schnell klären können?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, machen wir fünf Minuten Unterbrechung. Ich denke, das sollte reichen.

RA Dr. Johann M. Plöd: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Sitzung ist damit für fünf Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung von 12.14 bis 12.24 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr geehrte Damen und Herren, ich würde gern weitermachen - dazu müssten wir die Tür schließen -, weil die fünf Minuten sind schon deutlich überschritten. Unser Zeuge ist da, und die Fraktion der SPD

hat das Recht, Fragen zu stellen. Ich glaube, die eine Frage, dieser Punkt, ist inzwischen geklärt. Herr Kollege Flisek, ich gebe Ihnen direkt das Wort für weitere Fragen.

Christian Flisek (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch noch mal herzlichen Dank, dass uns das jetzt kurzfristig zur Verfügung gestellt wurde.

Ich hätte jetzt zunächst einmal eine Frage. Bei der Zertifizierung - - Ich meine, das BSI zertifiziert ja so einiges, auch privater Anbieter. Wenn es jetzt darum geht, Dinge zu zertifizieren, die einen geheimdienstlichen Kontext haben, ist da spezielles Know-how aufgebaut worden, oder - ich sage es jetzt mal lapidar - ist das eine Zertifizierung 08/15 wie jede andere auch?

Zeuge Martin Golke: Ja, es ist schon ein spezielles Verfahren. Es ist dafür speziell entwickelt worden. Die Anforderung, so wie ich die TKÜV verstanden und interpretiert habe, unterscheidet sich schon grundlegend. Also, ich meine, Zertifizierung, das ist schon - - Also, bei den Zertifizierungen, bei denen ich beteiligt war - - Das ist ja nach diesen Kriterienwerken - - Das sind schon umfangreiche Werke. Das sind dann aber auch umfangreiche Softwareprodukte, die auch, ich sage mal, strukturiert werden müssen. Der Ingenieur teilt immer: Teile und herrsche. Da ist dann richtig vorgeschrieben, was wer an welcher Stelle zu tun hat, und dann kann ich das so teilen und Zeit einsparen. Und hier habe ich ja nur fünf Prüfpunkte gehabt: eins, zwei, drei, vier, fünf. Insofern konzentriere ich mich natürlich auf die und prüfe die und - -

Christian Flisek (SPD): Gut. - Also, es ist aber so, dass da spezielles Know-how für aufgebaut wird und auch, ich sage mal, wenn solche Fälle dann immer wieder mal auftauchen, auch gepflegt wird; okay.

So eine Konformitätserklärung - - Ist Ihnen bekannt, dass da bei der Prüfung, also bei diesen Prüfungsverfahren nach TKÜV, schon mal was verweigert wurde? Oder haben Sie das selber schon mal erlebt, dass Sie im Prüfergebnis gesagt



Nur zur dienstlichen Verwendung

werden an das - - zum Beispiel, nicht dass da - - weil der fehlt ja überhaupt. Also, ich habe den einmal gesehen, diesen dicken Ordner da. Das ist so ein dicker, wo dann die ganzen Dinge dann drin sind, die dann wirklich - - was Sie sagen: die Grundrechtseingriffe. Und das fehlt ja überhaupt. Wir zertifizieren und dann - - Das ist ja eine Sache, die - - So was könnte ich mir zum Beispiel vorstellen, dass das sichergestellt wird, dass auch nur das wirklich in den Geräten ist.

Und dieser Rückkanal - - Da meine ich natürlich, dass dann irgendjemand wirklich prüft, Prüfrechte bekommt vor Ort, sich das anguckt und dann auch berichten kann: Ja - - oder die Modifikation oder Protokollierung zum Beispiel, dass da Dinge protokolliert werden, die sich irgendjemand angucken kann und dann überprüfen kann: Entspricht das wirklich den Anordnungen? Also, so könnte man ja dann so eine Kette, die dann sicherstellt, dass auch wirklich - - Wenn man jetzt so viel Misstrauen hat gegenüber - -

Christian Flisek (SPD): Na ja, wie gesagt, das ist auch keine Frage jetzt grundsätzlich des Misstrauens. Das ist natürlich eine Frage der parlamentarischen Kontrolle. Das ist eine Frage auch des Grundrechtsschutzes in dem Fall natürlich vor allen Dingen; aber gut. Ich nehme das jetzt einfach mal so mit.

Ich hätte mal eine Frage. Wenn jetzt in der TKÜV zum Beispiel dort steht: Zugriffskontrollen sind einzusetzen nach dem Stand der Technik - - „Stand der Technik“ ist ja jetzt ein unbestimmter Rechtsbegriff; zumindest würden Juristen das so nennen. Sie sind jetzt Techniker. Wie füllen Sie diesen Begriff denn aus? Was ist aus Sicht des BSI bei einer Zertifizierung Stand der Technik?

Zeuge Martin Golke: Also, vor zehn Jahren, würde ich sagen, ein normaler Zugriffsschutz mit Wissen, dass ich ja irgendwie den Zugangscode weiß. Und heute gehen wir ja schon also auch mit Besitz so ein bisschen - - also dass wir irgendwelche Chipkarten haben, mit denen wir dann noch zusätzliche Sicherheit bieten, wo ich dann irgendeine PIN eintippen muss oder so. Also, da entwickelt sich das schon. Also, da

würde ich heute anders drüber denken als vor zehn Jahren.

Christian Flisek (SPD): Verstehe ich das richtig: Das ist Ihnen als Prüfer überlassen, das zu füllen? Oder gibt es dort Standards, Richtlinien innerhalb Ihres Hauses, auf die Sie dann bei solchen Prüfungen zurückgreifen und die, ich sage mal, fortlaufend auch aktualisiert werden und der technischen Entwicklung angepasst werden?

Zeuge Martin Golke: Da gibt es mit Sicherheit irgendwas, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich will nur mal ergänzen, dass Sie anfangs von einschlägigen Kriterienwerken gesprochen hatten. Vielleicht hilft Ihnen das - und uns.

Zeuge Martin Golke: Ja, wir verlassen jetzt so ein bisschen unseren Fokus auf den Untersuchungsgegenstand. Wir sind schon ziemlich - -

Christian Flisek (SPD): Nein, wir sind haarscharf drin. Also, das ist - - Glauben Sie es mir.

Zeuge Martin Golke: Okay. - Sicher, also, da gibt es mit Sicherheit Expertise, wie, nach welchem Schutzbedarf und dann - - welche Technik daraus folgen soll. Das gibt es mit Sicherheit, ja.

Christian Flisek (SPD): Ja, jetzt noch mal bei den Zertifizierungen, die Sie durchgeführt haben: Haben Sie da auf Regelwerke zurückgegriffen, wenn es zum Beispiel bei der Prüfung - - Oder haben Sie selber das dann mir Ihrer Expertise ausgefüllt, weil Sie die Regelwerke kannten oder weil Sie einfach gesagt haben - ich sage es jetzt mal, wie es die Bayern sagen -: „Das passt schon“?

Zeuge Martin Golke: Nein, das ist ja - - Stand der Technik ist das ^{des} Passwortschutz - - Das ist ja nichts. Das ist schon fast - - Ja, das ist ja Grundlage. Also, das ist „state of the art“ sozusagen damals.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Martin Golke: Also nicht, dass man - - Also, Zugang ohne Zugriffscodes, dass man da



Nur zur dienstlichen Verwendung

keinen Zugang zu den Geräten bekommt, also mit diesem Wissen des Passwortes - - Und wie diese Passwortlängen sind usw. - - Ich weiß nicht, wie das damals - - wie ich das - - Das ist jetzt zehn Jahre her. Das kann ich jetzt nicht mehr sagen. Also, jetzt mittlerweile hat man ja - - Ich kann bestimmen, wie lang es sein muss, wie viele Ziffern, Großbuchstaben, Kleinbuchstaben usw., wie man sich das merken kann usw. Man muss die Nutzer auch mitnehmen; das ist ganz wichtig. Also, man kann nirgendwo gegen den Nutzer arbeiten, sondern man muss Dinge auch anbieten können.

Christian Flisek (SPD): Also, Nutzer ist in dem Fall dann der Bundesnachrichtendienst.

Zeuge Martin Golke: Der jeweilige Mitarbeiter da, natürlich.

Christian Flisek (SPD): Genau. - Bei diesen Gesprächen, die auch geführt werden, Initialgespräche und Telefonate, kriegen Sie irgendwelche Informationen, auch vielleicht nur entferntester Natur, über die eigentliche Operation, die dahinter steht? - Gar nichts?

Zeuge Martin Golke: Nein. Also, wo die Geräte eingesetzt werden, wird mir nicht gesagt und - - Braucht ja auch nicht. Ich meine, das ist - - Kenntnis nur, wenn nötig. Das wissen teilweise auch meine Pendanten auf Arbeitsebene auch nicht. Das ist wieder ein ganz anderer Bereich beim BND. Das ist ja dieses „Kenntnis nur, wenn nötig“. Also, jeder darf nur das wissen, was er auch wissen muss zur Erfüllung seiner Arbeit. Das wird ja da ganz streng dann durchgehalten. Also, das musste ich nicht wissen für diese Arbeit.

Christian Flisek (SPD): Wir haben ja bei dem Komplex, den wir hier untersuchen, vor allen Dingen ja auch ein wenig das Problem, dass es da im Prinzip ja zwei Informationsstränge, sage ich mal, gibt. Das sind eben G-10-relevante Daten und zum anderen eben die Routineverkehre, reine Ausland-Ausland-Kommunikation. Diese Zertifizierung, die dort gemacht wird durch Sie, bezieht die sich auch auf diese Routineverkehre,

auf die Ausland-Ausland-Kommunikation? - Nein?

Zeuge Martin Golke: Nein. Da sind ja nicht Deutsche betroffen von, und dann ist das außerhalb meines Fokus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann jetzt auch wahrscheinlich von der Zeit her erst mal die letzte Frage. Wir kommen zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Golke, wozu machen Sie die Prüfungen, die Sie machen? Also, warum ist so eine Prüfung durch das BSI notwendig?

Zeuge Martin Golke: Also, ich mache sie, weil es da diese Verordnung gibt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber warum gibt es diese Verordnung?

Zeuge Martin Golke: Ich nehme an, weil irgendwann das mal beschlossen wurde so.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist mit Sicherheit richtig. Ich wüsste jetzt auch das Datum nicht genau; aber genau.

Also, der Gesetzgeber hat meiner Ansicht nach das gemacht, weil es um einen grundrechtsrelevanten Vorgang geht bei diesen Eingriffen und man das nicht nur - ich sage das jetzt ganz undemagogisch - dem Geheimdienst überlassen wollte. Deswegen hat man, glaube ich, gesagt, dass man so eine Prüfung macht.

Würden Sie mir zustimmen, dass Sie im Grunde so etwas wie eine Schlüssigkeitsprüfung machen? Vielleicht - wenn ich das beschleunigen kann -: Sie haben vorhin das so schön beschrieben: Das Rack letztlich, es steht da, ein monolithischer Block mit grünen und was weiß ich was für kleinen LED-Lämpchen, und unten geht



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Vielen Dank für Ihre Erläuterungen. - Wir haben es - - Oder Sie nannten das Beispiel von einem Trojanerangriff. Ein Trojaner muss irgendwann Kontakt mit seiner Zentrale aufnehmen können. Sonst ist der - - Der ist gekapselt. Diese Kapselung - - Sie kommen ja da nicht raus ^{aus} diesem geschlossenen ^{System} - - Um ~~ihn~~ ^{herum} Sie herum sind Mauern. Sie kommen nicht drum ^{herum}. Also, was Sie vielleicht noch machen können, wäre Denial of Service, so was. Deswegen sage ich: Nordkorea wäre schon eine andere Geschichte. Ich sage mal - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum wäre Nordkorea da eine andere Geschichte? Das verstehe ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danach müssen wir an die nächste Fraktion übergeben.

Zeuge Martin Golke: Weil - - Wegen des Denial of Service.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wegen des?

Zeuge Martin Golke: Denial-of-Service-Attacks.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Vielleicht kann da der Kollege Kiesewetter weiter nachhaken, weil jetzt wäre die nächste Fraktion mit Fragen dran, die CDU/CSU. Ich glaube, Kollege Kiesewetter fängt an.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich möchte zunächst aber auf ein paar Punkte kommen, die bereits der Kollege Flisek angesprochen hat und die sich mir nicht so ganz erschließen, was Ihre Antworten angeht, bzw. so können wir das vielleicht auch klären.

Zunächst sprechen Sie, auch in dem, was uns verteilt wurde - - dass Sie als Prüfer geladen worden sind und dass Sie Prüfungen machen. Wenn wir aber in die TKÜV schauen, dann geht es um Zertifizierungen. Würden Sie noch mal deutlich machen: Verstehen Sie unter Prüfung das, was unter Zertifizierung fällt? Oder was bedeutet für Sie der Begriff „Prüfung“ und „Zertifizierung“?

Zeuge Martin Golke: Eine Zertifizierung setzt eine Prüfung voraus. Zertifizierung ist der Endpunkt der Prüfung, sozusagen das Endergebnis.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Sie prüfen Geräte. Ist das richtig?

Zeuge Martin Golke: Ja. Gerätesysteme, Komponenten, ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Auch Leitungen?

Zeuge Martin Golke: Jetzt allgemein oder hier für diesen - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gemäß Ihrem offensichtlichen Prüfauftrag.

Zeuge Martin Golke: Nach TKÜV? Prüfe ich auch Leitungen? Netzwerkleitungen gehören dazu, ja. Also ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also, zunächst halte ich mal fest: Das, was Sie prüfen, endet in einer Zertifizierung. Aber es ist nicht umgekehrt: Sie zertifizieren etwas und prüfen dann, wie das eingesetzt wird.

Zeuge Martin Golke: Nein, nein. Das wäre ja völlig unsinnig. Nein, nein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja. Mir geht es nur um diese Unterscheidung. Also, das, was Sie prüfen, führt zur Zertifizierung.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dann kriegt das ein Zertifikat, wie auch immer das bezeichnet wird.

Zeuge Martin Golke: Richtig, ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Und mit diesem Zertifikat ist dann gemäß TKÜV das Gerät oder das Netzwerk für den Einsatz zugelassen.

Zeuge Martin Golke: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ist das der Fall?

Zeuge Martin Golke: Ja. Also, das ist - - Genau. Gut, es gibt - - „Zulassung“ ist wieder ein anderer Begriff, so ein behördlicher. Also, Kryptogeräte werden *zugelassen*

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was bedeutet es dann, wenn etwas zertifiziert ist? Was darf dann mit diesem Netzwerk oder diesem Gerät geleistet werden?

Zeuge Martin Golke: Wir zertifizieren ja gegen irgendwas, zum Beispiel hier gegen die TKÜV. Damit ist - - Mit dieser TKÜV-Zertifizierung bestätigt das BSI, dass die Sicherheitsvorgaben nach TKÜV eingehalten werden, mit den Auflagen. Also, ich sage mal, wenn jetzt die Auflagen eingehalten werden, dann - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was bedeutet das dann? Darf dann der BND das entsprechende Gerät in den entsprechenden Liegenschaften einsetzen?

Zeuge Martin Golke: Ja. Also - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Mit dieser Zertifizierung?

Zeuge Martin Golke: Ja, mit dieser Zertifizierung - - den Zweck des Gerätes, der dargestellt wurde - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Prüfen Sie jedes einzelne Gerät?

Zeuge Martin Golke: Nein, ich habe ja - - Nein, nein, Zertifizierung - - Es ist nicht üblich, jedes einzelne Gerät zu prüfen, sondern Zertifizierung *bezieht sich* immer ^{auf} ein Muster.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet, Sie prüfen ein Muster, und anhand dieses Musters werden die anderen Geräte justiert bzw. sind analog. Und wenn ein Gerät zertifiziert ist, gilt das dann für alle anderen auch.

Zeuge Martin Golke: Richtig, das ist ja der - - Wenn zum Beispiel ein Betriebssystemhersteller sein Betriebssystem nach was weiß ich zertifizieren lässt, dann wird das einmal zertifiziert und kann dann beliebig vervielfältigt werden. Mit Geräten ist es genauso; genau, ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dann, Herr Zeuge, noch eine andere Unklarheit - zumindest habe ich das noch nicht ganz verstanden -: Es wurde mehrfach, auch von Kolleginnen und Kollegen, hier angesprochen, wie das sei mit Geräten der NSA oder anderer Dienste. Nun heißt es hier in der TKÜV - § 27 Absatz 3 -:

Der Verpflichtete hat in seinen Räumen die Aufstellung und den Betrieb von Geräten des Bundesnachrichtendienstes zu dulden ...

Und die weiteren Einlassungen beziehen sich dann auf diese Geräte. Bedeutet das, dass der Zertifizierungsgegenstand ausschließlich Geräte des Bundesnachrichtendienstes umfasst?

Zeuge Martin Golke: Ja, das denke ich schon.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet also: Geräte, die die NSA möglicherweise den Diensten zur Verfügung stellt, sind nicht Gegenstand der Zertifizierung?

Zeuge Martin Golke: Wie soll ich das verstehen? Die TKÜV macht ganz klare Vorgaben, und die prüfe ich. Wie kommen Sie jetzt auf Geräte, die die NSA zur Verfügung stellt?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Nein, es sind ja - - Kollegen vor mir haben Fragen gestellt, -

Zeuge Martin Golke: Ach so, okay.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): - und eine der Fragen war: Wie ist das, wenn Geräte eines anderen Dienstes zur Verfügung gestellt werden?

Für mich ist der Punkt folgender: Gemäß TKÜV ist der Betrieb von Geräten des Bundesnachrichtendienstes zu dulden, wenn bestimmte Voraus-



Nur zur dienstlichen Verwendung

setzungen vorliegen, die hier in fünf Punkten niedergelegt sind. Für mich ist jetzt der Punkt: Handelt es sich dabei ausschließlich um Geräte des BND, oder können es auch Geräte sein, die der BND von anderen Diensten zur Verfügung gestellt bekommen hat, die dann als BND Ihnen zur Zertifizierung vorgelegt werden?

Zeuge Martin Golke: Das wäre grundsätzlich möglich. Ich meine, woher das kommt, das weiß ich ja nicht. Also, es ist in der Tat so, dass manchmal auch selbst ~~in der~~ Herstellerfirma — dann nicht genannt wird, also nicht immer. Manchmal hat man mir den bereitwillig mitgeteilt, aber manchmal eben auch nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich halte es für sinnvoll, dass wir im Untersuchungsausschuss diese Frage betrachten, weil laut Gesetz - hier: laut TKÜV - es sich um Geräte des BND handelt. Nur, es kann ja durchaus sein - das halte ich auch für überlegenswert -, dass der BND Geräte, die ihm zur Verfügung gestellt werden, einer Zertifizierung unterzieht, auch wenn es Geräte sind, die dem BND zur Verfügung gestellt sind; denn im Grunde handelt ja der BND als Alleiniher in diesen Bereichen im Inland. Und wenn er Geräte von Partnerdiensten nutzt, müsste er sie ja einer Zertifizierung unterziehen. Sehen Sie das genauso?

Zeuge Martin Golke: Sofern die - hier - TKÜV-relevant ist, natürlich.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Noch einmal bitte, ich habe Sie unterbrochen.

Zeuge Martin Golke: Sofern die TKÜV-relevant ist, natürlich. Im Rahmen dieser Verordnung stattfindet - - Wenn wir als BSI da irgendwas zertifizieren sollen, dann natürlich.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ist Ihnen aus Ihrer Prüfungstätigkeit bekannt, dass außer Geräten, die der BND in Deutschland beschafft hat bzw. die zum BND gehören, der BND Ihnen Geräte zur Zertifizierung vorgelegt hat, wo Sie wussten oder erkennen konnten, dass sie anderen Ursprungs sind?

Zeuge Martin Golke: Ich verstehe die Frage nicht so richtig. Also, wir haben hier - wie gesagt, das habe ich ja schon gesagt - kommerzielle Hardware und kommerzielle Software von einem Hersteller. Also wir - - Die Firma, die blinden wir ^{Firmen} ~~immer~~ aus, weil das sind Firmen. ^{hier grundsätzlich} ~~nicht~~ genannt werden sollen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Aber es gibt ja nicht nur kommerzielle Produkte. Es gibt ja auch Produkte, die selbstentwickelt sind. Sind auch diese selbstentwickelten Produkte oder von woanders her beschafften Produkte, die ja eingesetzt werden, möglicherweise im Rahmen der TKÜV auch zu zertifizieren?

Zeuge Martin Golke: Wenn sie - bezüglich G 10 - unter die TKÜV fallen, ja, okay.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet also de facto: Wenn Geräte entwickelt wurden, sei es innerhalb des BND mit Komponenten, die sicherlich der BND nicht selbst herstellt, erstens, oder zweitens der BND Komponenten oder Geräte von anderen Diensten erhalten hat, die im Rahmen der TKÜV eingesetzt werden, sind sie grundsätzlich oder immer TKÜV-relevant von Ihnen zu zertifizieren? Das ist die Kernfrage.

RA Dr. Johann M. Plöd: Herr Vorsitzender, darf ich einen rechtlichen Einwand bringen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, sagen Sie mal.

RA Dr. Johann M. Plöd: Ich will bloß hinweisen auf den Text der Telekommunikations-Überwachungsverordnung.

(Zuruf: Mikro!)

- Entschuldigung. - Ich will bloß darauf hinweisen auf den Text der Telekommunikations-Überwachungsverordnung. Im § 27 Absatz 3 heißt es wortwörtlich:

Der Verpflichtete hat in seinen Räumen die Aufstellung und den Betrieb von Geräten des Bundesnachrichtendienstes zu dulden, die nur von hierzu besonders er-



Nur zur dienstlichen Verwendung

mächtigen Bediensteten des Bundesnachrichtendienstes eingestellt und gewartet werden dürfen und die folgende Anforderungen erfüllen: ...

Der Gesetzestext spricht nur von Geräten des Bundesnachrichtendienstes. Es wird keine Unterscheidung getroffen dahin gehend, woher diese Geräte letztendlich stammen, ob es sich um eine kommerzielle Software handelt oder ob der BND diese Geräte möglicherweise von anderer Stelle bezogen hat. Es geht nur darum, dass zur Zertifizierung Geräte vom Bundesnachrichtendienst vorgelegt werden, und das fällt in den Prüfbericht des Herrn Golke.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja, Herr Rechtsanwalt, genau da liegt ja der Hase im Pfeffer.

RA Dr. Johann M. Plöd: Ist schon klar.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Und das ist eben nicht klar; denn wenn jemand etwas vorlegt, ist es der BND; richtig. Aber was legt der BND vor? Was bedeutet „ein Gerät des BND“? Ist ein Gerät des BND ein Gerät, das von befreundeten Diensten zur Verfügung gestellt wird, ja oder nein? Darauf haben wir keine Antwort erhalten. Ich gehe davon aus, dass alle Geräte, die der BND hat, Geräte des BND sind, auch wenn sie von anderen zur Verfügung gestellt wurden. Deshalb - und Sie nicken - gehe ich auch für das Protokoll davon aus, dass der BND Geräte, die nicht vom BND sind, sondern sich im Besitz des BND befinden - - dass diese Geräte im Rahmen der Zertifizierung über das BSI laufen. Das ist gern eine Feststellung, die ich treffen möchte.

RA Dr. Johann M. Plöd: Das hat Herr Golke nicht zu prüfen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Bitte?

RA Dr. Johann M. Plöd: Das hat Herr Golke nicht zu prüfen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Generell ist aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das muss aber dann jetzt Herr Golke wieder beantworten, was er prüft, weil das wird wahrscheinlich nur Herr Golke wissen, außer Sie haben schon eine frühere Mandatierung erhalten, wovon ich jetzt nicht ausgehe.

Helfen kann wahrscheinlich auch die uns vorliegende technische Dokumentation; da würde ich einfach mal drauf hinweisen an alle. Dort stehen Dinge drin, die einiges erklären können, was vor Ort eingesetzt wird. Mehr möchte ich in öffentlicher Sitzung dazu nicht sagen. Aber das erklärt vielleicht einiges, was man hier in öffentlicher Sitzung - vielleicht auch Sie, Herr Golke - zur Klärung auf die Fragen beitragen könnte.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also, ich habe die Informationen, die ich wissen wollte, in öffentlicher Sitzung erhalten, oder haben Sie da noch etwas zu ergänzen, Herr Golke, in diesem Zusammenhang?

Ich gehe davon aus, dass alle Geräte, die Ihnen vorgelegt werden, im Besitz des BND sind. Sie können aus unterschiedlichen Quellen stammen. Sie sind durch Sie zu zertifizieren. Das heißt, alle Geräte, die der BND im Rahmen der TKÜV einsetzt, sind, egal woher sie stammen, vom BSI zu zertifizieren. Das ist die Feststellung, die ich aus Ihren Aussagen entnehme. Ist daran etwas aus Ihrer Sicht hinzuzufügen?

Zeuge Martin Golke: Ich weiß noch nicht so richtig, wie ich es ausdrücken soll.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Falls Sie sich beraten wollen: gerne.

Zeuge Martin Golke: Das ist mir ja eigentlich - - Ich weiß gar nicht, worauf Sie hinauswollen, ehrlich gesagt. Das ist mir immer noch nicht so klar. Deswegen ist das alles irgendwie - - Mir ist das eigentlich - - Also, der BND stellt mir Geräte vor und sagt: Das muss jetzt, weil ich das im Rahmen G 10 einsetzen will - - dafür brauche ich eine TKÜV-Zertifizierung. - Punkt. Wo ist das Problem?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Nein, ich habe nur eine Feststellung gemacht und kein Problem geäußert. - Vielen Dank.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich komme zu den weiteren Fragen. Ich möchte jetzt zum Ablauf der Zertifizierung des Systems zur IP-Erfassung kommen. Der von Ihnen verfasste Prüfbericht vom 13. Oktober 2005 befasst sich mit dem „Erfassungs- und Verarbeitungssystem (IP) für strategische Kontrollmaßnahmen nach dem novellierten G 10-Gesetz“. Das war die TKÜV von 2002. So bezeichnen Sie zumindest das geprüfte System im Titel Ihres Berichts. Bitte schildern Sie uns noch mal kurz, um was für ein Erfassungssystem es sich dabei handelt. Und aus welchen Komponenten bestand oder besteht dieses System?

Zeuge Martin Golke: Ja, das ist alles schon mal gelaufen hier. Also, da haben wir erst mal an der Rohdatenübernahme diesen Separator. Der Separator - die Aufgaben haben wir auch schon gesagt -, der hat zwei Ausgänge: Routineverkehr, den wir nicht weiter betrachten; dann haben wir den G-10-Verkehr. Der G-10-Verkehr kommt in die nächste Verarbeitungsstufe. Das ist DAFIS. Da werden dann Protokolle, Sessions usw. - - müssen *zusammen gesetzt werden* sein ja - So. Die letzte Stufe von DAFIS ist dann diese G-10-Konformität. Also, das sind diese Anordnungen, von denen wir ja gesprochen haben, wo die greifen müssen, soweit man das automatisiert machen kann. Da fällt auch schon mal alles weg, und das, was ich dann wirklich haben will, das geht dann weiter an die Zentrale. Das sind die *Komponenten* - - Also, Separator und DAFIS, *das sind die* *es macht* *andere* *Netzwerk* *komponenten* *das* *lassen* *wir* *mal*. Also, das sind die Hauptkomponenten, die der G-10-Verkehr nimmt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja, danke. - Auf der ersten Seite Ihres Prüfberichts vermerken Sie als Prüfungszeitraum Juli 2005 bis Oktober 2005, eine Art Chronologie. Unter der Überschrift „3. Bezugsdokumente und erfolgte Prüftermine“ auf der Seite 2 des Berichts lässt sich aber entnehmen, dass es schon am 30. März 2005 eine

initiale Besprechung zwischen BSI und BND gegeben hat. Wie lang hat also die Zertifizierung des IP-Erfassungssystems des BND gedauert, rund sechs Monate oder vier Monate?

Zeuge Martin Golke: Wenn man die initiale Besprechung dazunimmt, dann sind es - - Drei bis zehn sind - - Einen Moment. Da kann man schon sagen: sechs, sieben Monate. Ich nehme an - - Hier steht: Prüfungszeitraum sozusagen Juli 2005. Also, da hat man dann, oder da habe ich - - Also, die initiale Besprechung - - Es ist ja so: Bei uns läuft alles immer bei der Beratung auf. Das sind so die, die Level 1, Level 2, Support machen, die schon mal vieles abhalten, und immer dann, wenn sie tiefere Expertise brauchen, dann wird jemand von den Fachabteilungen dazugezogen. Bei dieser initialen Besprechung, das war auch noch so von der - - Da waren noch die beiden Leute von der BSI-Beratung mit dabei, die das, ich sage mal, so ein bisschen eingefädelt haben. Und ich sage mal so: Im Juli 2005 hat dann der Prüfer, also ich, das so richtig begonnen. Deswegen diese - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also muss man quasi unterscheiden zwischen dem Vorgang an sich, dem Gesamtvorgang TKÜV, und dann den konkreten Zertifizierungsschritten, die Sie dann gemacht haben.

Zeuge Martin Golke: Ja, ich habe - - Das ist so ein kleiner - - Da haben Sie recht, das ist so eine kleine - wie sagt man? - Ungenauigkeit.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Sie haben es ja erklärt, okay.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Markiert der Abschluss Ihrer Prüfung das Ende des Zertifizierungsvorgangs? Also, ist der Abschluss der Prüfung zugleich auch das Ende des Zertifizierungsvorgangs nach § 27, oder setzt erst nach Abschluss der Prüfung die Zertifizierung ein?

Zeuge Martin Golke: Ich habe mal gelesen in irgendeiner Interpretation des Gesetzes: Das Bundesamt teilt dem BND das Prüfergebnis mittels



Nur zur dienstlichen Verwendung

Prüfbericht mit. - Also, der Prüfbericht ist dann die Zertifizierung, wenn er positiv verlaufen ist.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay. - Was mich auch interessiert, ist: Wie groß war denn an Ihrer Arbeitszeit der Anteil dieser Prüfungen? War das Ihre hauptsächliche Tätigkeit, diese Prüfung zu machen?

Zeuge Martin Golke: Nein, das ist maximal 20 Prozent. Ich schätze mal 5 bis 10 Prozent.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Bitte nochmal!

Zeuge Martin Golke: 5 bis 10 Prozent, würde ich sagen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also ist das quasi ein Routinevorgang, den man in den normalen Arbeitsprozess mit integriert bei dem, was Sie sonst zu tun haben, so eine Zertifizierung und Prüfung?

Zeuge Martin Golke: Das sind so - - Ich meine, es gibt natürlich Tage, wo man 100 Prozent dafür arbeitet. Man muss sich auch tiefer einarbeiten. Aber dieser lange Zeitraum von vier Monaten, der - - Da habe ich also nicht 100 Prozent daran gearbeitet, nein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Mich interessiert dann der weitere Verlauf. Auf der besagten Seite 2 Ihres Prüfberichts findet sich auch unter der Überschrift „Bezugsdokumente und erfolgte Prüftermine“ die von mir eben angesprochene Chronologie.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dort steht unter anderem auch: Korrespondenz BSI vom 23.09.2005 mit Prüfbericht Version 0.1 zur Abstimmung. - Bitte erläutern Sie mal, was das bedeutet: Prüfbericht zur Abstimmung.

Zeuge Martin Golke: Das mache ich immer. Also, bevor ich den Prüfbericht offiziell rausschicke, hat die prüfende [sic!] Stelle noch mal Gelegenheit, dazu sich zu äußern. Und ab da müssen sie

halt schweigen. Das ist ihre Gelegenheit, noch mal zu sagen: „Moment, da stimmt was nicht“, oder „Da sind wir nicht mit einverstanden“, und um auch, ich sage mal, das beiderseitig zum Abschluss zu bringen; da können sie dann noch mal Einspruch erheben, oder: „Das da habe ich falsch gesehen“, oder so. Das ist die Gelegenheit der geprüften Stelle, da noch mal Stellung zu nehmen. Dann bringe ich das mit rein.

Und hier - Moment, 23.09. bis 12.10. -, da war wohl dann nicht so viel mehr, dass man am 12.10. dann hier diesen abschließenden Prüfbericht schicken konnte.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das führt mich genau zum nächsten Punkt. Offensichtlich ist das ein Routinevorgang; denn Sie sprachen es gerade an, 12.10., unter der laufenden Nummer 10: Anmerkungen des BND. - Hat dort der BND dann Stellung genommen zu Ihrem Bericht?

Zeuge Martin Golke: Zu dem Prüfbericht?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Zu dem Prüfbericht.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gab es da gravierende Änderungen? Können Sie etwas dazu in öffentlicher Sitzung sagen, wie der BND auf den Prüfbericht reagiert hat?

Zeuge Martin Golke: Also, das sind meistens kleine Sachen. Also, das waren kleine Sachen. Das ist ja auch, glaube ich - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also ein Routinevorgang?

Zeuge Martin Golke: Das ist ein Routinevorgang. Das sind also keine großen Dinge. Moment, 12.10., wann habe ich - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

13.10., sehen Sie: Ich habe am nächsten Tag schon die Version rausgeschickt, die richtige. Das



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist nur ein Tag. Da kann überhaupt - - Das sind meistens so editorische Sachen, die - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie oft kommt es denn vor, dass Sie solche Geräteprüfungen gemacht haben? Oder: Wie oft - - Weil Sie sagen: Routinevorgang. - Ist das etwas, was mehrfach im Jahr geschieht?

Zeuge Martin Golke: Also, früher noch, als Kryptogeräteevaluierer, habe ich natürlich richtig - ^{a/s} ~~ach so~~ - sehr tief - - Da habe ich teilweise 100 Prozent irgendwelche Kryptogeräte angeguckt und wirklich hardwaremäßig auseinandergenommen, softwaremäßig geprüft, mit Analyzern gegangen und so. Das ist aber in den ersten Jahren vom BSI gewesen, und jetzt später würde ich so sagen: zwischen null und 50 Prüfungen. Wenn Sie jetzt - ich mache ja auch Vorschriftenlagen und so - jede Prüfung auf Vorschriftenlage, also wirklich nur Papierlage - - dann 50, ansonsten, wenn Sie jetzt wirklich sagen „Labor“, würde ich teilweise null sagen. Also ich - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gab es mal - bezogen auf den Untersuchungsgegenstand natürlich nur - Einwände oder wo Sie eine Zertifizierung nicht erteilt haben?

Zeuge Martin Golke: Das habe ich, glaube ich, schon beantwortet. Das war die Frage - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Tut mir leid, ich musste vorhin mal zu einem Gespräch raus. Dann habe ich das nicht mitbekommen.

Zeuge Martin Golke: Sorry.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dann lese ich es im Protokoll nach. Dann brauchen wir das nicht zu duplizieren.

Zeuge Martin Golke: Okay, ich danke Ihnen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte nun auf das Ergebnis Ihrer Prüfung des IP-Erfassungsergebnisses kommen. Sie haben vorhin schon mehrfach über das Prüfergebnis gesprochen. In einem Schreiben, mit dem Sie den Prüfbericht am 9. November 2005, also wieder einen

Monat später, an die geprüfte Stelle übersenden, das auch dem Ausschuss vorliegt, schreiben Sie dazu - ich zitiere -:

Der Prüfbericht kommt zusammenfassend zu dem Schluss, dass die geforderten Anforderungen in ausreichendem Maße erfüllt sind und damit die Konformität mit den gesetzlichen Bestimmungen in der dargelegten Tiefe nachgewiesen wurde.

Zitat Ende. - Bitte erläutern Sie uns diese Ausführungen. Was heißt denn in allgemein verständlicher Sprache „in ausreichendem Maße“, Prüfungstiefe, Grad der Durchdringung usw.?

Zeuge Martin Golke: Gut, das geht ja aus den Punkten „Prüfergebnis und resultierende Empfehlungen“ im Prüfbericht hervor. Die geforderten Anforderungen sind die Anforderungen nach TKÜV, die fünf Prüfpunkte, die ich identifiziert hatte. „In ausreichendem Maße“ heißt, dass das Zertifikat erteilt werden kann. Und die „Konformität mit den gesetzlichen Bestimmungen“: Ja, ist klar, das ist die TKÜV. Und „in der dargelegten Tiefe nachgewiesen“ heißt: Das habe ich ja im Prüfbericht genau auseinandergelegt, in welcher Tiefe ich das praktisch dann angeschaut habe. Da ist also nichts verschwiegen oder so, sondern das ist wirklich transparent, so wie eine Prüfung auch sein muss: wirklich jeder Termin auch, alles aufgeschrieben. Da ist nichts irgendwie - - Das ist - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was natürlich den geneigten Leser auch mit Fragezeichen versieht, ist: Warum steht da „in ausreichendem Maße“ und nicht „hervorragend“ zum Beispiel?

Zeuge Martin Golke: Ja, gut. Das ist natürlich kein - - Wie sagt man, wenn man jetzt ein Arbeitszeugnis kriegt? Das dürfen Sie jetzt nicht vergleichen, sondern das heißt für mich, dass ich das Zertifikat erteilen kann. Sie wissen ja, in welcher dargelegten Tiefe ich das geprüft habe. „Ausreichend“ ist immer noch bestanden. Und damit - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay. - Ich glaube, die Versammelten im Raum wären mit einer ausreichenden Bewertung über sich in ihren Zeugnissen nicht so glücklich gewesen. Aber ich habe den Hinweis verstanden.

Was mich aber dennoch interessiert, auch mit dem Blick auf die Bewertung damals: ausreichend. Wir haben ja seit Sommer 2013 eine sehr intensive Diskussion über Datenschutz. Würden Sie aus Ihrer heutigen Sicht diese Feststellung „ausreichend“ noch mal treffen? Oder haben Sie aus heutiger Sicht und in Kenntnis auch der öffentlichen Diskussion an Ihrer damaligen Bewertung etwas zu relativieren oder zu ergänzen?

Zeuge Martin Golke: Das ist eine schwierige Frage. Aber wir müssen einfach angesichts der erhobenen Vorwürfe und auch des entstandenen Misstrauens - ich meine, das tut unserer Republik ja nicht gut - da auch irgendwo nicht - wie soll ich sagen? - Konsequenzen ziehen oder so, aber ich wäre da jetzt nicht abgeneigt, da auch Änderungsbedarf - - Ich weiß nicht, wie ich es ausdrücken soll.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich würde Sie gerne - meine Frage wird Sie vielleicht nicht überraschen - heute noch einmal befragen - und wenn Sie sagen „nichtöffentlich“, dann werde ich Sie auch nichtöffentlich befragen -, wo Sie sich Verbesserungsvorschläge vorstellen können. Sie haben vorhin schon einmal Andeutungen gemacht, dass man das eine oder andere heute anders sieht. Hinterher ist man immer etwas weiser, als wenn man im laufenden Bereich ist. Aber ich möchte schon, dass Sie, wenn möglich öffentlich, aber in jedem Fall für diesen Untersuchungsausschuss und den Untersuchungsgegenstand, dort, wo Sie als Zertifikator Verbesserungsvorschläge haben, die benennen. Das wäre sehr hilfreich. Ich fordere es nicht jetzt von Ihnen, aber wir haben ja noch Zeit. Und ich hielte es schon für sinnvoll, dass wir noch einmal auf dieses Thema zurückkommen.

In dem besagten Schreiben, mit dem Sie den Prüfbericht versehen haben, heißt es auch - ich zitiere -:

Auf die abschließenden Empfehlungen in Kapitel 7 des Prüfberichts wird hingewiesen.

Wären Sie bereit, hier kurz den Inhalt dieser Empfehlungen darzustellen, insbesondere auch, welche Auflagen aus Ihrer Sicht erforderlich sind?

Zeuge Martin Golke: Ja, das sind die, wie ich ja schon in meinem Eingangstatement sagte, resultierenden Empfehlungen, die sich natürlich dann auf die operationelle Phase, auf die Betriebsphase beziehen. So, Wir haben ja die erste Anforderung - ^{aus der} ~~das ist die~~ TKÜV -, das ist die Begrenzung der Region. Da habe ich - - Die Güte dieser Begrenzung hängt direkt ab von den Informationen über IP-Adressen und deren Zuordnung zu Regionen. Diese sind natürlich möglichst aktuell zu halten. - Das ist die erste Empfehlung.

Dann: Anteil Reduktion des Gesamtverkehrs. Die kann also nicht allein mit den implementierten IT-Maßnahmen garantiert werden. Da habe ich auch - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Also, das muss dann mit anderweitigen Maßnahmen sichergestellt werden. Diese 20 Prozent - - Das kann man ja auch im Kabel machen sozusagen. Das muss mit anderen organisatorischen Mitteln abgefangen werden. Diese Forderung ist - - Also, nicht mit IT-Maßnahmen umgesetzt.

Die Löschung der nicht benötigten Überwachungsdaten - - Ja, das ist eingehalten, zwar nicht durch Überschreiben, aber das ist alles „on the fly“. Da ist ja nichts mit Festplatte oder so. Das sind ja so schnelle Datenraten. Man muss möglichst schnell reduzieren und dann möglichst schnell weiter in die nächste Verarbeitungsstufe, und die überschreiben sich immer wieder, die Daten. Also, die müssen nicht - - Ich habe nicht gefordert explizit, die zu überschreiben, weil die werden sowieso von den nächsten Daten sofort wieder überschrieben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Herr Zeuge, meine Zeit ist fast - zumindest die Fragezeit - abgelaufen. Haben Sie Kenntnisse darüber, inwieweit Ihre Empfehlungen umgesetzt wurden?

Zeuge Martin Golke: Nein, das ist ja die operationelle Phase, wo ich da keinen - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das heißt, Sie bekommen kein Feedback über das, was Sie an Empfehlungen ausgesprochen haben?

Zeuge Martin Golke: Nein, kann ich ja nicht. Das ist, das sind - - Das ist nicht der Fall.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Zeuge.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir sind damit am Ende der ersten Fragerunde. Bevor wir in die zweite Fragerunde einsteigen, Herr Zeuge, eine Frage, die ich organisatorisch wichtig finde. Können Sie mir noch einmal sagen, wie sich Ihr Name ausspricht?

Zeuge Martin Golke: Ja, ich höre inzwischen auf viele Namen.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich möchte ihn so aussprechen, dass er richtig ist. Deswegen frage ich nach.

Zeuge Martin Golke: Golké.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie schreibt der sich?

Zeuge Martin Golke: Wie Wolke mit G.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gut. - Sie hatten gesagt, dass Sie Ihr Statement selber verfasst haben - richtig? -, das, was Sie uns abgetippt gegeben haben.

Zeuge Martin Golke: Das habe ich selber verfasst, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wieso schreiben Sie Ihren Namen da G-o-l-l-k-e-e?

Zeuge Martin Golke: Damit ich das auch so buchstabiere und nicht aus Versehen Gólke sage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie schreiben sich, statt wie Sie sich eigentlich schreiben, mit zwei l und zwei e, obwohl Sie sich gar nicht so schreiben?

Zeuge Martin Golke: Nein, das ist Lautsprache.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Martin Golke: Das ist Lautsprache, was Sie da haben.

RA Dr. Johann M. Plöd: Das ist eine Hilfe fürs Vorlesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Hilfe fürs Vorlesen. Weil ich hatte nämlich eingangs auch Golké gehört, hätten Sie gesagt. Deswegen frage ich noch mal nach: Sie heißen aber ~~doch nicht~~ Golké? *[macht anders keinen Sinn]*

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und so spricht man es auch aus, oder?

Zeuge Martin Golke: Ja. Aber, wie gesagt, also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, mir geht es gar nicht mal um die Aussprache. Das soll jedem überlassen sein, wie Sie das möchten. Das ist Ihr Ding. Mir geht es nur darum, dass Sie Ihr Eingangsstatement - - Haben Sie schon selber verfasst?

Zeuge Martin Golke: Das habe ich selber verfasst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und auch selber ausgedruckt? Ausgedruckt kann es was weiß ich wer haben.

Zeuge Martin Golke: Nein, das habe ich selber - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mir ging es darum, dass Sie nicht ein vorgefasstes Eingangsstatement erhalten haben.

Zeuge Martin Golke: Um Himmels willen, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wundere mich halt nur, weil Sie Ihren Namen anders schreiben, als er ist. Das ist ja nicht ganz - - Passt halt nicht jeden Tag. Aber gut. Wenn das eine Aussprachehilfe für Sie sein soll, -

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dann war das meine Nachfrage. - Ich würde an die Fraktion Die Linke wieder übergeben für die nächsten Fragen. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

RA Dr. Johann M. Plöd: Herr Vorsitzender, könnten wir eine Pause machen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gerne.

RA Dr. Johann M. Plöd: Der Zeuge wünscht eine Pause.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, na klar. - Dann fangen wir jetzt die nächste Runde erst nach der kurzen Pause an. Vielleicht kann man die auch noch mal zur Besprechung nutzen. Ich würde sagen - - Wie lange reicht Ihnen? Zehn Minuten? Ich weiß nicht, ob Sie etwas essen wollen.

Zeuge Martin Golke: Zehn Minuten sind okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zehn Minuten. Dann fangen wir zwanzig vor wieder an. - Danke schön.

(Unterbrechung von
13.28 bis 13.42 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die unterbrochene Ausschusssitzung wird fortgesetzt. Vorab vielleicht als Information: Wir haben natürlich noch

mal den Personalausweis angeschaut. Daraus ergibt sich, dass Sie Herr Golke sind. Das ist schon mal gut. Da hatte ich an der Sache grundsätzlich auch keinen Zweifel. Ich frage Sie jetzt noch einmal, damit das geklärt werden kann: Sie sprechen sich also Goké aus, und das ist der Sinn des Ganzen gewesen, oder?

Zeuge Martin Golke: Ja, genau. Ich habe hier - - Wenn ich das alles so ernst nehmen würde wie Sie, dann wäre ich hier heute gar nicht erschienen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch, da haben Sie wenig Möglichkeiten.

Zeuge Martin Golke: „Berlin, 8. Januar 2015. Sehr geehrter Herr Gohlke ...“ (?)

(Der Zeuge hält ein
Schriftstück hoch)

Da bin ich als Herr „Gohlke“ (?) hier. Wenn ich sagen würde: „Das bin ich nicht“, dann wäre ich heute gar nicht hier.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch, deswegen haben wir ja auch telefoniert, -

Zeuge Martin Golke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dass Sie der gemeinte Herr Golke sind.

Zeuge Martin Golke: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da haben wir dann auch schon Klarheit geschaffen.

Zeuge Martin Golke: So, deswegen ist es gut, Herr Vorsitzender, dass Sie da jetzt wirklich mal Klarheit - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich weiß schon, was das Sekretariat macht.

Zeuge Martin Golke: Und dass ich durch das von mir freiwillig gegebene Statement - hier zum Kopieren - dazu beitragen konnte, dass diese Sache



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann ihren geregelten Verlauf nimmt, also das sind dann - - Ich gehe darüber hinweg.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein.

Zeuge Martin Golke: Sonst müsste ich - - Sonst hätte ich Grund gehabt, hier gar nicht zu erscheinen, weil ich das ja dann nicht bin. Also, so ernst nehme ich das natürlich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, doch, wir nehmen das schon ernst. Jetzt deswegen die Frage noch mal: Also da sind einfach von Ihnen aus, als Sie es getippt haben, ein „l“ und ein „e“ zu viel reingeschrieben worden? Das ist eigentlich nur der Grund?

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Martin Golke: Eventuell sogar zwei „e“ zu viel. Müsste ich jetzt gucken. Das ist einfach, um - - Das ist Aussprache. Das ist das so, wie ich das jetzt hier vortragen wollte, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Martin Golke: - wenn ich vielleicht ein bisschen nervös bin. Dann schreibe ich mir wirklich jedes Wort so auf und auch mit der Betonung. Das ist Lautsprache. Und das ist von mir geschrieben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Martin Golke: Und deswegen eigentlich auch nicht zum Verteilen gedacht worden. Das ist also kein Misspell von irgendjemandem, der da vielleicht meinen Namen nicht kannte und das ausgedruckt hat. Nein, ich habe das geschrieben, und ich habe es auch ausgedruckt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das reicht mir.

Zeuge Martin Golke: Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dass Sie der Herr Golke sind, haben wir auch nachgeprüft.

Damit wäre ich so weit im Reinen und würde jetzt für Fragen an die Fraktion Die Linke abgeben - Frau Kollegin Renner; Entschuldigung, Herr Kollege Hahn - in der zweiten Fragerunde.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich will eingangs nur sagen, dass ich einigermaßen erstaunt bin über die mangelnde Tiefgründigkeit - zumindest, wie sich das für mich darstellt - der Prüfung durch das BSI, zumindest im vorliegenden Fall.

Ich versuche, das mal zusammenzufassen, und möchte dann von Ihnen wissen, ob das so zutreffend ist. Also, Sie erhalten Unterlagen, Informationen, Handbücher, prüfen das, gucken sich das an - Unterlagen zum Beispiel auch vom BND. Das ist dann für Sie plausibel, technisch nachvollziehbar; Sie wissen aber gar nicht, was die Maschine macht, was die Software macht, wirklich macht, und erteilen dafür dann trotzdem eine Zertifizierung? Habe ich das jetzt so richtig zusammengefasst?

Zeuge Martin Golke: Das sind nicht meine Worte.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, nein, das sind meine Worte. Aber ich wollte das ja mal auf den Punkt bringen.

Zeuge Martin Golke: Das können Sie natürlich gerne machen. Es ist natürlich hier so, dass die Worte des Zeugen natürlich hier Relevanz haben. Deswegen kann ich die jetzt nicht so - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das stimmt schon. Ich habe Sie ja gefragt, ob das zutreffend ist: Sie prüfen Unterlagen, bekommen welche, auch von einem Geheimdienst, halten das für plausibel, technisch nachvollziehbar, wissen nicht, was die Maschine macht, kennen sie nicht, haben sie nicht von innen gesehen, haben die Software nicht geprüft und erteilen dann anschließend eine Zertifizierung. - Ob das so vom Kern zutrifft? Das können Sie doch beantworten, natürlich mit Ihren Worten.



1. Untersuchungsausschuss

① Die Kernfunktionalität der G10-Weiche des Separators beruht auf kommerzieller Hard- und Firmware und beruht damit auf einem Mechanismus, der vom Hersteller bei der Qualitätssicherung bereits geprüft wurde und zweckdienlich von der Festumgebung des BND.
Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Ich habe - - Sie haben - - Haben Sie den Prüfbericht vorliegen, die neun Seiten?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, natürlich. Da komme ich auch gleich drauf zurück.

Zeuge Martin Golke: Da steht drin, was ich gemacht habe. Und, ja - - Also, ich sage mal so: Wer jetzt da eine tiefere Prüfung erwartet hätte oder befürwortet - - Natürlich kann man immer noch doppelten, vierfachen und wahrscheinlich auch zehn- und zwanzigfachen Aufwand reinstecken; aber was wäre denn großartig am Ergebnis - - was hätte das denn großartig am Ergebnis geändert? Das sollte man dann auch mal hier sagen. Denn die Schwachstellen habe ich ja benannt. Und dass ich keinen - - Das ist ja schon benannt. Wenn ich jetzt - - Was soll man denn da noch prüfen? Es liegt doch alles da. Ich habe da kein Prüfmandat in der - - Ich habe keine Inspektionsrechte. Das habe ich auch schon gesagt. Also: Was will ich mehr - - Da hapert es doch nach meinem Verständnis und nicht an der Tiefe des Reinguckens.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Mich irritiert, dass Sie die Technik und die Software praktisch auch im Labor offenbar nicht geprüft haben.

Zeuge Martin Golke: Das stimmt, haben wir nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, das haben Sie nicht. - Und jetzt will ich auf diese Vor-Ort-Termine oder den Termin hinkommen. Sie haben schon gesagt, Sie sind mit dem Zug hingefahren und auch wieder zurückgefahren. Für mich hat sich noch nicht erschlossen, was Sie denn dort gemacht haben. Also, da steht eine Maschine. Gucken Sie, ob die jetzt silbern ist oder blau oder schwarz und ob ein Stromanschluss da ist und die Lampe blinkt? Das war ja vorhin auch so ein Punkt, der da genannt worden ist. Was machen Sie dort bei diesem Laborbesuch? Was ist da konkret Ihre Tätigkeit?

Zeuge Martin Golke: Also, da werden die Geräte in Augenschein genommen. Da fallen Besprechungen - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Von außen?

Zeuge Martin Golke: Ich werde die nicht aufschrauben oder so. Also das - - Wir machen solche - - Noch mal: Wir machen Prüfungen, tiefe Prüfungen nur für - also, wie ich das kenne, früher - Kryptogeräte. Da, wo es sich lohnt. Da, wo ich die Geräte irgendwann auch wiedersehe. Da, wo ich irgendwie, wenn ich zum Beispiel die Firmware, die Software mir runterspiele, ein Back-up mache, wo ich irgendwie eine Chance habe, dass ich das Ding noch mal zu Gesicht kriege und dann vergleichen kann, wo wir irgendwo ein Mandat haben. Aber Zertifizierung - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich frage deshalb auch ein bisschen hartnäckig nach: Es geht ja auch um Grundrechtseingriffe.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es geht um G-10-Fragen. Und deshalb ist für mich nicht klar, warum es nicht einen Testlauf zum Beispiel mit diversen Daten gegeben hat, und am Ende stellen Sie möglicherweise fest: Da sind massenhaft G-10-relevante Daten trotzdem hinten noch drin. Und dann können Sie sagen: Also, so geht es nicht, Freunde, wir müssen das anders regeln. - Aber einen solchen Testlauf haben Sie doch nicht gemacht. Warum nicht?

Zeuge Martin Golke: Moment. Die Testumgebung ist ja beschrieben in den Dokumenten, Entschuldigung. Das ist auch bei der Zertifizierung durchaus Usus, dass der Hersteller selber prüft. Dass die Zertifizierungsstelle guckt - - weil das ist ja Aufwand. ^{Dagegen} Nach wenn wir ein Kryptogerät haben, dann lassen wir uns die Entwicklungsumgebung des Herstellers auf den Tisch stellen. Das wird teilweise in Verträgen schon so gemacht: Junge, du hast hier auch alles, deine Laborumgebung hier zur Verfügung zu stellen. ②

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie zertifizieren doch, dass die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Das zertifizieren Sie. Und wie können Sie das tun, wenn Sie überhaupt nicht geprüft haben, was das Gerät macht?

② Aber hier ist die Güte der G10-Weiche abhängig von Einstellungen, die erst im Einsatz erfolgen, das hängt von der Güte der IP-Kanäle ab, aber da kommen wir sicher noch drauf zu sprechen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Ich habe es auf die Papierlage geprüft. Und die ist - - Das fand ich ganz richtig, dass der Herr sagte: Schlüssigkeit. Und, ja - - Das ist die Tiefe, die für mich da sinnvoll ist, weil - - Also Misstrauen - - Mit Misstrauen - - Da habe ich zu wenig Hebel, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Da fehlt mir das Prüfmandat, um da irgendwo Sinn zu erkennen, weil da kann ich so tief prüfen, wie ich will, da können die da hinten Geräte zusammenstöpseln, wie die wollen, das war für mich - - Da habe ich andere Arbeit, die ich erledigen muss, oder - - Das ist blöd gesagt, aber ich sehe nicht so richtig, was das wirklich bringen sollte. Ich habe mich damals so - - Damals haben wir das so gemacht, wie wir es gemacht haben, und fanden das sinnvoll. Diesen Hebel, den wir da haben, der ist so schwach, dass das nicht plausibel wird, sondern man muss sich eh auf die geprüfte Stelle verlassen. Und dann kann ich auch sagen - - Das habe ich ja im Eingangstatement ganz klargemacht. Da habe ich ja gesagt - - Sie haben es ja jetzt vorliegen. Wo ist es denn? - Passen Sie mal auf. - Ach, wo habe ich das denn jetzt?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Sehen Sie: So ist das, wenn hier irgendwas rausgeht, da findet man - - Ach, hier vorne. Da findet man es nachher selber nicht wieder. - Wo haben wir es denn? - So, Seite 2:

So wie ich die TKÜV verstanden und angewendet habe, ist also meine Prüfung eine unabhängige Dienstleistung für die geprüfte Stelle, die ihr zeigt, **wie** sie TKÜV-Konformität **erreichen kann**, aber nicht, **ob** sie auch tatsächlich TKÜV-konform **gewesen ist** und sich an die Auflagen **gehalten hat** oder nicht.

Also das ist - - Ja, jetzt komme ich hier schon - - meine Prüfung zu verteidigen, in so ein Ding. Aber - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das bleibt nicht aus in so einem Ausschuss.

Zeuge Martin Golke: Ja, okay, will ich gern tun, aber das ist mein Standpunkt da.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut. Dann lassen Sie mich noch mal auf das zurückkommen, was Herr Kiesewetter schon versucht hat vorhin anzusprechen. Zu den Dingen, die zu prüfen sind, gehören doch auch die Regeln des G-10-Gesetzes, also diese Beschränkung bei der Telekommunikationserfassung auf 20 Prozent der Übertragungskapazität. Das ist ja ein Punkt, der auch sehr wichtig ist. Und da haben Sie geschrieben in Ihrem Prüfbericht, dass das seitens des BND nicht mit IT-Maßnahmen umgesetzt wurde, und es habe für Sie keine Hinweise gegeben damals, wie das Programm gesteuert, umgesetzt wurde.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da will ich noch mal nachfragen: Heißt das im Ergebnis, dass Sie gar nicht prüfen oder feststellen konnten, ob diese gesetzlichen Voraussetzungen durch das Erfassungssystem oder den BND eingehalten wurden?

Zeuge Martin Golke: Nein, sie wird nicht programmtechnisch umgesetzt. Das heißt nicht, dass sie mit anderweitigen, zum Beispiel organisatorischen Maßnahmen umgesetzt werden kann [sic!].

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie haben doch das Gerät zertifiziert am Ende.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und nach dem BND-Gesetz § 27 Abs. 3 Punkt 1 [sic!] sind Sie auch zuständig für die Einhaltung dieser Punkte. Wie können Sie also eine Zertifizierung geben, wenn Sie gar nicht wissen, wie diese 20-Prozent-Regel umgesetzt wird? Man hat es Ihnen ja offenbar auch nicht mitgeteilt. Warum haben Sie trotzdem ein Zertifikat erteilt?

Zeuge Martin Golke: Weil ich - - Als Prüfer kann ich nicht sagen, wie jemand Konformität erreichen kann, sondern ich kann nur prüfen, gucken: Wie hat er es gemacht? Ist das für mich, in meinem Ermessensspielraum okay oder nicht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Langsam geht mir jetzt die Konzentration weg, aber ich versuche, jetzt noch mal den Punkt genauer zu fassen. Da spielen immer so viele Dinge eine Rolle. Da könnte ich Ihnen immer seitenweise die Dinge erklären; aber - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich will ja versuchen, Ihnen zu helfen. Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, wie man diese G-10-Sache sicherstellen kann. Hier ist aber überhaupt keine angezeigt worden - weder technisch noch hat Ihnen der BND gesagt, wie er das macht -, und Sie haben die Zertifizierung gegeben.

Zeuge Martin Golke: Okay, jetzt muss ich vielleicht doch ein bisschen ausholen -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist aber die letzte Frage in der Zeit.

Zeuge Martin Golke: - und das ein bisschen im Zusammenhang mal bringen. Das IP-Protokoll, das paketierte ja, das zerhackt eine Session in mehrere - - oder eine Lieferung in verschiedene Pakete. Wenn Sie da jetzt 20 Prozent nehmen - sprich: jedes fünfte Paket -, was kommt raus? Sie kriegen nur Bruchteile von einer Mail. Da ist nichts. Das kann ich Ihnen garantieren: Da sehen Sie nichts am Ende.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Genau!)

Sie müssen erst das Protokoll zusammensetzen und die Session zusammensetzen, also alle Pakete einer Lieferung zusammensetzen. Ja? Also, Sie können eh nicht die 20 Prozent wirklich jetzt als ersten Verarbeitungsschritt machen. Das geht nicht. Das ist diese Sache - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber da muss man erst mal alles nehmen und zusammensetzen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich aber doch ein bisschen bremsen. Wir sind deutlich über die Zeit. Von daher wäre ich jetzt bei der nächsten Fraktion mit Fragen.

Zeuge Martin Golke: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist die Fraktion der CDU/CSU, Herr Kollege Kieseewetter.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich komme wieder zurück auf den Prüfbericht vom 13. Oktober 2005. Sie betrachten darin insbesondere den sogenannten Separator. Dieser Separator, heißt es da, ist im IP-Erfassungssystem des BND, das Sie geprüft haben, auf der Verarbeitungsstufe 1 angesiedelt. Ich habe es so verstanden, dass es sich beim Separator um eine Art Router handelt, dessen Steuerungssoftware vom BND eigens entwickelt wurde, so schreiben Sie es ja auch auf der Seite 3 Ihres Prüfberichts.

Dieser Router führt auf der allerersten Verarbeitungsstufe, also direkt am Erfassungskopf, eine Art Grobtrennung der Kommunikationsverkehre durch. Er trennt dann den Gesamtdatenstrom in zwei Datenströme, und zwar in den Datenstrom, der aus dem durch Artikel 10 Grundgesetz geschützten Verkehren besteht, und in einen weiteren Strom, bei dem es sich um sogenannte Routineverkehre, also Ausland-Ausland-Verkehre handelt. Habe ich das so richtig verstanden?

Zeuge Martin Golke: Richtig.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Inwiefern war es für Sie als Prüfer wichtig, dass die Steuerungssoftware für den Separator/Router vom BND selbst entwickelt wurde?

Zeuge Martin Golke: Das war für mich da nicht wichtig. Also, wie gesagt: Selbst wenn jetzt ein Trojaner da drin wäre von irgendeinem fremden Nachrichtendienst, sofern das jetzt nicht wirklich Feinde sind, die - - Also, kaputtmachen können sie ihn natürlich. Deswegen sage ich: Das macht ja keinen Sinn für einen befreundeten Nachrichtendienst. Der will natürlich Informationen haben, aber er will nichts kaputtmachen, weil dann fliegt er ja auf. Insofern ist diese Sache gekapselt hier drin. Also, selbst wenn Sie jetzt im Separatorherz, sage ich mal, drei Buchstaben erkennen würden, dann würde das für mich als Prüfer keinen Unterschied machen, weil dieser Trojaner kann zu seinem C&C-Server, also Command-and-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Control-Server - - Er kann nicht nach Hause telefonieren. Er kann keine Information absetzen, ^{da} Ich habe ~~als~~ diese Mauern um dieses BND-Netzwerk. ^{offenen Zugang} Ich habe nur einen bei der Rohdatenübernahme. Aber da kommt ja alles nur in meine ^{Nicht raus} - Ich kriege gar keine Informationen raus. Und damit ist dieser Trojaner für den Angreifer wertlos. Das ist diese Kapselung, die wir auch immer wieder, bei vielen anderen Dingen immer wieder anwenden.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das halte ich für einen sehr wichtigen Punkt.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte beim Prüfbericht bleiben, und zwar komme ich noch mal zurück auf die Empfehlungen, Sie in Kapitel 7 gegeben haben. Wir haben vorhin schon mal was von Fernzugriffen gehört. Auf der letzten Seite unter der Überschrift „Verhinderung von Fernzugriffen“ empfehlen Sie Folgendes - ich zitiere -:

Die Möglichkeit, den Separator-router „in-band“ zu steuern, also über den Zugang, den der Verkehr nimmt, ist zu sperren.

Bitte erläutern Sie uns, was dies bedeutet. Und was genau ist eine „in-band“-Steuerung?

Zeuge Martin Golke: So ein Router lässt sich auf ^{verschiedene Arten steuern} drei ^{zwei} - Moderne Router haben drei Schnittstellen: einmal diese Konsolenschnittstelle, wo er dann beschickt werden kann mit Software, dieser LAN-Port, wo man auch schon mal Fernzugriffe machen kann, Managementprotokolle laufen lassen kann, und moderne Router sind auch in der Lage, „in-band“, das heißt, ^{das} den Weg, den der Traffic, den der Verkehr nimmt ^{gejagt zu werden} - - So ein Router kann ja auch eine IP-Adresse haben. Das heißt: Der Router steht irgendwo im Internet; dann kann ich den anpollen und kann mich mit dem unterhalten.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wo liegen denn die Risiken einer solchen Steuerungsmöglichkeit?

Zeuge Martin Golke: Die Risiken liegen darin, dass jemand da Dinge manipulieren kann. Das ist ja auch schon - - Wenn Sie jetzt selbst einen Router zu Hause haben, dann empfiehlt man ja auch schon, die Schnittstelle von außen zu deaktivieren. Nichts anderes ist das hier auch. Das ist ja ganz üblich. Da, wo man halt die Möglichkeit hat, Schwachstellen zu minimieren, da muss man das auch tun. Das ist hier diese „in-band“-Steuerung. Und die kann man dann wirklich abschalten, konfigurationsmäßig, und dann kann da nichts passieren. Dann kann niemand damit irgendwie Unsinn machen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gibt es noch andere Steuerungsmöglichkeiten außer der genannten „in-band“?

Zeuge Martin Golke: Ja, das ist über die Konsole und über den LAN-Port.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was sind die Nachteile davon, bzw. warum wurde bewusst „in-band“ gewählt?

Zeuge Martin Golke: Also, „in-band“ wird ja deaktiviert. - Haben Sie es?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Martin Golke: Das ist ja deaktiviert, weil ^{aus} da die meisten Angriffsmöglichkeiten sind, weil da ja der Traffic geht. Also der Nachrichtenverkehr geht da drüber.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also das Datenaufkommen.

Zeuge Martin Golke: Das Datenaufkommen, der Verkehr geht da drüber.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wissen Sie, wie mit Ihrer Empfehlung - ich habe das in einem anderen Zusammenhang schon mal gefragt - konkret in diesem Fall umgegangen wurde? Wurde ihr gefolgt? Können Sie dazu etwas sagen?

Zeuge Martin Golke: Das ist zehn Jahre her. Meistens ist die Sache: „Certify and go“. Ich kann das nur immer wieder sagen. Also, Zertifizierung



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist, einen Stempel zu geben, und dann darf das eingesetzt werden. Gerade jetzt im nachrichtendienstlichen Bereich, da hört man dann - - Oder sagen wir mal so: Ich habe nichts weiter - - Ob jetzt jemand anderes vom BSI, das kann ich nicht sagen. Aber ich jetzt als Zeuge habe nichts weiter darüber gehört.

Roderich Kiewewetter (CDU/CSU): Welche Stelle im BSI beschäftigt sich denn mit der Umsetzung oder Verfolgung von Empfehlungen? Also mit der Prüfung, ob Empfehlungen des BSI auch umgesetzt wurden?

Zeuge Martin Golke: Jede Abteilung. Also die, die solche Empfehlungen aufstellen - -

Roderich Kiewewetter (CDU/CSU): Aber Sie waren damit nicht unmittelbar betroffen?

Zeuge Martin Golke: Nein. Meines Wissens wurde da nicht - - Also, wie gesagt: Die Betriebsphase ist nicht Teil - -

Roderich Kiewewetter (CDU/CSU): Also wurde nach Ihrem Wissen -

Zeuge Martin Golke: Nach meinem Wissen nicht.

Roderich Kiewewetter (CDU/CSU): - keine Empfehlungsüberprüfung durchgeführt?

Zeuge Martin Golke: Nach meinem Wissen nicht. Möglicherweise vielleicht doch, aber nach meinem Wissen nicht.

Roderich Kiewewetter (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich komme auf das Thema „Routineverkehre“. Das beginnt bereits auf Seite 3 Ihres Prüfberichts. Dieser Routineverkehr wurde von Ihnen - ich zitiere wörtlich -: „nicht weiter betrachtet und die betreffenden weiterführenden Verarbeitungszweige nicht weiter behandelt“. Zitat Ende. Diesen Ausführungen entnehme ich, dass Sie davon ausgingen, dass der im Rahmen einer G-10-Maßnahme anfallende Routineverkehr in einem anderen Verarbeitungsstrang weiterbearbeitet werden sollte oder zumindest werden könnte. Ist diese Annahme richtig? Beziehungsweise vielleicht erläutern Sie auch zunächst einmal, was Sie unter

„Routineverkehr“ verstehen, damit wir wissen, ob wir von derselben Sache sprechen.

Zeuge Martin Golke: Also, Routineverkehr ist der Ausland-Ausland-Verkehr, wo also keine deutschen Staatsbürger oder deutschen Firmen oder wie auch immer mit beteiligt sind. Da hat der BND natürlich - - Das ist seine Aufgabe, da aufzuklären. Ich bin ja nur im Spiel, wo es um deutsche Staatsbürger geht, um G-10-Verkehr. Das ist meine Aufgabe gewesen, meine Tätigkeit.

Roderich Kiewewetter (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Martin Golke: Also ich habe mit Routineverkehr - das steht dann da auch - nichts weiter zu tun gehabt.

Roderich Kiewewetter (CDU/CSU): Okay. Gut, das klärt auch meine nächste Frage, weil ich auch wissen wollte, warum dieser weitere Verarbeitungszweig von Ihnen als BSI-Prüfer nicht zu klären war. Aber das ist einleuchtend.

Auf welche rechtliche Grundlage hätte eine weitere Verarbeitung des anfallenden Routineverkehrs durch den BND Ihrer Meinung nach gestützt werden können? Hätten Sie als Prüfer zum Beispiel grundsätzliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer solchen Weiterverarbeitung von Routineverkehren durch den BND gehabt? Wir gehen von Ausland-Ausland-Verkehr aus und damit nicht von G 10. Das ist Ihre Grundlage.

Zeuge Martin Golke: Ja, das sind - - Ich denke mal, das führt wieder zurück auf die Anordnungen, die es gibt, da den Fernmeldeverkehr zu beschränken. Also: Wie setze ich diese vom BMI und dem Parlamentarischen Kontrollgremium bestätigten oder erlaubten Zugriffe - - Wie verifiziere ich das, dass das wirklich und nichts Weiteres da technisch vollzogen wird?

Roderich Kiewewetter (CDU/CSU): Hatten Sie da mal grundsätzliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit, oder wurde das im BSI erörtert?



Nur zur dienstlichen Verwendung

oder wie viel auch immer G-10-Verkehre auch in den Routineverkehren drin waren?

Zeuge Martin Golke: Vielen Dank für Ihre Frage. - Wie schon angedeutet, hängt das an dieser Problematik, die ich versucht habe zu erklären. Selbst geprüft habe ich es im Rahmen dessen, was ich aufgeschrieben habe. Darüber hinaus habe ich nicht geprüft. Es ist aber, wie auch schon gesagt: Gerade bei der Zertifizierung greifen wir auch auf die Prüfumgebung des Herstellers zurück. Es ist teilweise wirklich so bei der Zertifizierung, gerade bei der Produktzertifizierung von Firmen, dass der Hersteller zeigen muss anhand der Dokumentation, dass er das geprüft hat. Und das können Sie auch entnehmen, der - - Also ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also kann ich das so zusammenfassen - ich habe nämlich wenig Zeit beim Fragen; deshalb dränge ich ein bisschen -:-

Zeuge Martin Golke: Okay, Entschuldigung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Sie haben nicht geprüft. Sie haben sich darauf verlassen: Das, was der Hersteller sagt, stimmt. - Können wir uns darauf einigen?

Zeuge Martin Golke: Ja, im Rahmen seiner Darstellungen, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Hatten Sie irgendeinen Hinweis oder Anhaltspunkt dafür, als Sie diese Prüfung vorgenommen haben, dass es hier auch um Verkehre ging, die nicht nur der BND verarbeiten wollte - in welcher Strecke auch immer -, sondern auch ein anderer Nachrichtendienst, beispielsweise die NSA oder irgendein anderer? Wussten Sie das? Hatten Sie dafür einen Hinweis? Hatten Sie eine Ahnung oder sonst was?

Zeuge Martin Golke: Nein, das war damals überhaupt kein Thema.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War kein Thema. - Sie wussten nicht, dass

der BND Daten abgreift und dann teilt, sage ich mal, oder weiterleitet an die NSA?

Zeuge Martin Golke: Was die mit den Daten machen, das bleibt mir ja verborgen. Also, was die in den weiteren Verarbeitungszweigen - - wie die mit den Daten umgehen, das - - Wie gesagt: Auf die operationelle Phase - - Das habe ich ja schon erläutert, dass ich da auch gar keinen Einblick hatte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und ob sie vielleicht diese ganzen Routineverkehre an die NSA weitergeben?

Zeuge Martin Golke: Da habe ich keine Erkenntnisse zu.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie keine Erkenntnisse.

Zeuge Martin Golke: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, dann einschließlich der G-10-Verkehre, möglicherweise. Sie können es ja nicht sagen. Sie sagen nur: Der Hersteller wird es schon wissen.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie dort selber gar keine eigentlichen Prüfungen durchgenommen haben - auch das fasse ich jetzt mal vielleicht ein bisschen polemisch zusammen -, hätten Sie nicht auch all das, was Sie da geprüft haben, in Ihrer Dienststelle prüfen können, indem Sie die Papiere, die Beschreibung der Hersteller, die Beschreibung der Maschinen, sich in Ihrer Dienststelle durchguckt hätten? War nicht der Besuch - das haben Sie vorhin mal so angedeutet - beim BND, also bei der Stelle dort, eher - - Galt der mehr, um mal mit den Kollegen zu reden und mal zu sehen, wie die so sind, oder wäre es Ihnen in der Sache möglich gewesen, das auch alles zu prüfen - also die Prüfung, die Sie vorgenommen haben - in Ihrer Dienststelle?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Selbstverständlich war der Großteil der Prüfungen im Büro.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Ihrem? BSI?

Zeuge Martin Golke: Natürlich. - Das waren die zur Verfügung gestellten Dokumente. Wie schon - - Ich finde diese Plausibilität - - Ich weiß gar nicht mehr, wer das reingebracht hat. Das ist schon richtig; Also, das umfasst wirklich einen Großteil meiner Prüfungen. Aber wir kommen um Vor-Ort-Termine nicht drum herum. Ich mache das ja auch bei vielen anderen Gelegenheiten. Es ist schon so, dass der Kontakt wichtig ist und dass man sich da Ungereimtheiten anguckt und einfach guckt, wie - - und auch, dass so eine geprüfte Stelle - also jetzt komme ich ein bisschen weg von der TKÜV-Zertifizierung - auch sieht: Da kommt jemand und da prüft jemand. Und nicht - - ^{wahrscheinlich} Da müssen - - ^{wahrscheinlich} Nicht? ^{da} Da wird schon geputzt und gewienert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Martin Golke: Das ist schon wichtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

(Heiterkeit beim Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und beim Zeugen)

- Das ist ja zum Lachen.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie sahen Ihre Aufgabe darin: Ich gehe dahin, damit die auch sehen: Die können da nicht machen, was sie wollen; da kommt ja jemand vom BSI, und der guckt sich das an.

Zeuge Martin Golke: Es geht nicht um Misstrauen. Da ging es damals überhaupt nicht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Martin Golke: Es ging nicht um Misstrauen oder so.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein.

Zeuge Martin Golke: Da ging es damals überhaupt nicht drum.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Misstrauen war Ihnen fremd?

Zeuge Martin Golke: Ja. Das gibt die Prüfung nicht her. Wenn ich da mit Misstrauen reingehe, dann - - Sie finden ja gar kein Ende mehr. Wie wollen Sie denn das - - Dann müssten Sie ja wirklich Inspektionsrechte haben: angemeldete, eventuell sogar nicht angemeldete. ^{Inspektionsrechte machen können}

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Martin Golke: Da geht es dann richtig zur Sache, hören Sie mal. Da müssten Sie das Personal haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Martin Golke: Dann müssten Sie mal hier meiner Dienststelle sagen: Hier, so und so, da braucht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das halten Sie für völlig absurd, diese Vorstellung?

Zeuge Martin Golke: Also, das ist - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Martin Golke: Also, mit Misstrauen da ranzugehen, das ist - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Dann muss ich wirklich einen anderen Hebel auch haben. Und wenn ich den nicht habe, dann muss ich mich als nachgeordnetes BSI da entsprechend positionieren. Und ich gebe Empfehlungen ab.

Wer sich TKÜV-Konformität auf die Fahne schreiben will, der muss diese Empfehlungen einhalten. Wenn er diese Empfehlungen nicht einhält: Das heißt noch lange nicht für mich persönlich jetzt, dass er dann nicht TKÜV-konform war; aber bei ihm liegt die Beweispflicht, die liegt nicht mehr bei mir. So sehe ich das.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich glaube, das ist ein guter Ansatz für die nächste Fragerunde, dass man da nachhakt. Zumindest gehen wir hoffentlich mit einer gewissen Neugier an die Thematiken heran. Ich denke, so wird das auch die Fraktion der SPD, die jetzt mit Fragen an der Reihe ist, handhaben. Wer macht es? - Kollege Zimmermann hat das Wort.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Was die Filter des Verkehres angeht, würde mich interessieren: Es gab ja schon 2002 entsprechende Vereinbarungen, auch Verkehr von US-Bürgern auszuschließen. Da würde mich interessieren, ob Ihnen durch Ihre Prüfung bekannt ist, ob die vorliegenden Filtersysteme das auch hergeben, ob das da eingerichtet ist, ob Sie das da sehen könnten. Oder das ist einfach die Frage: Kann das sichergestellt werden? - Wir haben ja jetzt schon mehrfach über die IP-Ranges gesprochen. Ist das am Ende eine reine Software-Konfigurationsfrage, dass man sagt: „Okay, da nimmt man noch mehr Ranges rein“? - Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen.

Zeuge Martin Golke: Das ist in der Tat so. Das hängt dann letztlich von der Kapazität dieses Routers ab, was der kann. Das sind natürlich - - Wie gesagt, der war damals schon, vor zehn Jahren, ziemlich zerstückelt, dieser IP-Adressraum. Wie gesagt, IPv4, und wir sind noch lange nicht bei IPv6. Und das ist natürlich eine lockere - - Ja, US-Adressraum, da kann ich jetzt natürlich nicht - - Ich weiß ungefähr, wie viele IP-Ranges es für Deutschland gab, aber US, da kann ich wirklich nichts zu sagen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Da geht es wahrscheinlich um sehr viel Datenverkehr, wenn man bedenkt, wie viele Services auch in den USA gehostet werden. Weil Sie gesagt haben, das hängt auch von der Kapazität des Routers ab: Halten Sie es für plausibel, dass das wirklich dann auch möglich war mit der Hardware, wie sie dort verbaut wurde?

Zeuge Martin Golke: Das kann durchaus möglich sein. Das ist wirklich Einstellungssache. Das müsste aber - - Ich meine, der BND setzt ja da - - Wie gesagt, das sind diese Anordnungen, die er - - Moment, Sie sagten Routineverkehr. Moment, das wissen Sie als parlamentarisches Kontrollgremium gar nicht. Muss Ihnen das gemeldet werden, wenn da jetzt IP² - Das weiß ich gar nicht. Also, ich hatte jetzt gerade den Gedanken gehabt, das könnte man ja gucken. Aber das weiß ich nicht. Also, möglich ist es. Man kann durchaus da noch alle möglichen Länder mit hereinnehmen - sicher -, Afghanistan usw., was man da halt suchen will, natürlich. Routineverkehr, was denn sonst? Und herausfiltern, herausfiltern aus dem Routineverkehr jetzt - natürlich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dann würde ich gern noch mal auf die Hardware zurückgehen. Mir ist auch, wie ich im Prüfbericht gelesen habe, natürlich dieser LAN-Port aufgefallen. Das schreit ja irgendwie nach externem Zugriff. Dazu haben Sie auch schon einiges gesagt, dass der softwareseitig deaktiviert wird. Sie haben gesagt, wir haben hier ja zum Teil auch Standardhardware verbaut, wo die, sage ich mal, Firmware auch nach Aktenlage, wenn überhaupt, überprüft wird. Da stellt sich für mich einfach die Frage: Könnte in der verbauten Hardware nicht auch von einem externem Hersteller der - - Wir wissen nicht so genau, was alles darin verbaut ist. Ich meine, das sind ja auch die Bedrohungsfragen, die in der allgemeinen Diskussion eine Rolle spielen. Könnte es nicht sein, dass Sie sagen: „Okay, ich deaktiviere softwareseitig diesen LAN-Port, aber ich habe in der Firmware einen Backdoor drin, oder ich habe hardwareseitig einen Backdoor drin, und dann kann mir das jemand anderes wieder anknietsen“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Martin Golke: Jetzt als nachrichtendienstlicher Angriff, oder? Das verstehe ich jetzt nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, zum Beispiel. Ich habe gedacht, darum geht das mitunter in diesem Ausschuss. Aber ich bin neu, vielleicht bin ich auch auf dem Holzweg.

Zeuge Martin Golke: Worauf zielen Sie ab? Ich hatte die Frage ja schon beantwortet.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich frage mich einfach: Wir haben hier auf deutschem Gebiet das Ding irgendwo stehen, wir wollen den Datenverkehr ja auch entsprechend filtern. Aber ich habe hier dieses Gerät, und wenn ich jetzt ein - egal welcher - ausländischer Dienst wäre und mir Gedanken machen würde, wo wir hier ansetzen könnten, dann ist ein LAN-Port doch, finde ich, einfach ein guter Punkt, um vielleicht an - - Ich habe das im Gegensatz zu Ihnen nicht studiert, deswegen können Sie mir auch sagen, es ist einfach Blödsinn, was ich sage. Aber das war einfach meine Frage.

Zeuge Martin Golke: Der LAN-Port ist ja wieder in unserem geschützten BND-Netzwerk. Da hat ein Angreifer - - Also, da geht nichts ohne Wissen des BND raus. Also, sorry, wenn, dann ist das - - Da geht nichts als nachrichtendienstlicher Angriff. Da hätte man entweder technisch was ganz schön verkehrt gemacht oder man will es halt so.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Aber dieser LAN-Port ja für die Fernwartung gedacht.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber ich frage: Fern-? Was heißt denn Fern-? Heißt das, in irgendeinem Büro vor Ort, oder geht es dann was weiß ich wohin?

Zeuge Martin Golke: Es geht natürlich in die Nachrichtenzentrale, wo dann - - Wie gesagt, die Dinge habe ich ja erlaubt, also Temperaturüberwachung, gucken, wie der Durchsatz ist, ob die Maschine noch läuft und so was.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie würden aber einschätzen, dass die Tunnel, über die das läuft, so sicher sind, dass da keine Möglichkeit wäre?

Zeuge Martin Golke: Das ist alles verschlüsselt drumherum, deswegen die Mauer. Also, da gibt es einen Tunnel, einen Kryptogerätetunnel zur Zentrale. Kryptogeräte sind die Geräte, die am intensivsten ^{geprüft werden} - - Da haben wir nämlich wirklich Laborprüfungen, die sich teilweise Monate hinziehen, wirklich mit allem Drum und Dran, auf Herz und Nieren, bis auf Quellcodeebene. Da kann nichts rauskommen nach menschlichem Ermessen. Also dann an anderer Stelle, das ist ein Szenario. Ich sage mal, diesen Trojaner im Separator, das macht hier keinen Sinn. Ein Trojaner muss immer ein freies Internet vor sich haben, wo er an seinen Controlserver kommt. Wenn er das nicht kann, dann - - Diese gekapselte Geschichte, also da kann man höchstens noch was kaputt machen, indem man irgendwie eine Sequenz da hinschickt. Aber dann habe ich mich eh verraten, dann ist eh Schluss.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt in der dritten Frageunde zu den Fragen der Linken. Frau Kollegin Renner fängt an.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage noch mal mit Blick auf Schlussfolgerungen für den Untersuchungsausschuss, weil ja am Anfang auch diskutiert wurde: Haben wir irgendeine Regelungslücke im Gesetz, die es zu schließen gilt, damit in Zukunft auch vor Ort bei der installierten Technik geprüft werden kann? - Ich glaube, die gibt es nicht, wenn ich mir die BSI-Zertifizierungsverordnung angucke. Dort heißt es unter § 11 Absatz 2:

Zur Zertifizierung von informationstechnischen Systemen obliegt es dem Antragsteller

- also in diesem Fall dem BND - ,

dem Bundesamt und der sachverständigen Stelle kostenfrei Zugang zum installierten informationstechnischen System und zu den



Nur zur dienstlichen Verwendung

relevanten Standorten zu gewährleisten ...

Also, es gibt die Möglichkeit, sich die Technik vor Ort installiert in der Endversion anzusehen. Es ist dann eine Entscheidung des BSI, dass man von diesen Möglichkeiten nicht Gebrauch macht. Deswegen meine Frage - Sie haben ja auch an anderer Stelle Technik des BND in Zusammenhang mit Erfassung von Kommunikationsverkehren geprüft -: Hat man immer lediglich im Entwicklungsstadium an einem Laborstandort oder an einer Außenstelle des BND sich das angeguckt, oder gibt es irgendeinen Fall, an den Sie sich erinnern, wo das BSI auch sozusagen am Standort des Providers in der Endversion die Technik geprüft hat?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sehe eine Wortmeldung der Bundesregierung. Herr Akmann, bitte.

MR Torsten Akmann (BMI): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich will die Zeugeneinvernahme nicht stören, erlauben Sie mir aber den Hinweis: Das, was Sie gerade angesprochen haben, Frau Renner, gilt seit Dezember 2014. Insoweit kann das zum damaligen Zeitpunkt nicht gegolten haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.- Frau Kollegin.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Frage ist dann trotzdem: Gab es vorher eine ähnliche Regelung, dass es eine Obliegenheit gegeben hätte, dass man Zugang gewährt, und hat man davon Gebrauch gemacht?

Zeuge Martin Golke: Also, ich nicht, nein. Ich habe, wie gesagt, fünf Prüfpunkte zu prüfen. Das habe ich gemacht. Und dann kann ich nicht sagen, ich will noch sechs, sieben, acht, neun, zehn sehen. Das ist ja im nachrichtendienstlichen Bereich sehr, sehr schwierig, weil ich dazu wirklich ein Mandat brauche. Gerade da kann ich nicht einfach hingehen und sagen: So! - Ich glaube nicht, dass ich das bekommen hätte. Und zu Hause kann ich das auch nicht verkaufen. Da heißt es: Wie, du hast nicht nur fünf Prüfpunkte,

sondern sechs, sieben, acht, neun, zehn? - Wir brauchen dich hier für was anderes.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist deswegen aus Blick des Untersuchungsausschusses interessant, weil ja teilweise andere parlamentarische Gremien, die sich mit der Kontrolle der Geheimdienste befassen, sich natürlich auch ein Stückweit auf die BSI-Prüfung und -Zertifizierung verlassen haben in der Vergangenheit und sicherlich nicht im Kern wussten, wie die Abläufe sind. Deswegen ist vielleicht zu erklären, mit welcher Intensität wir sozusagen zu diesem Prüfverfahren auch nachhaken.

Ich hätte jetzt allerdings noch eine Frage zum Bericht. Sie haben vorhin ja kurz geschildert, dass es eine explizite Löschung nicht verwendeter Daten nicht gegeben hat, sondern dass diese überschrieben wurden. In Ihrem Bericht schreiben Sie selbst auf Seite 7 unter „Löschung der nicht benötigten Überwachungsdaten“:

In der Verarbeitungsstufe 1 (Separator-Frontend) werden die verworfenen Überwachungsdaten nicht explizit in einer eigenen Routine gelöscht (d. h. überschrieben), sondern im Rahmen der Programmabarbeitung naturgemäß nach gewisser Zeit von selbst überschrieben. Dies wird angesichts der ausnahmslos benutzten flüchtigen Speicher und der kurzen Überschreibzyklen aufgrund der verarbeiteten Datenflut als ausreichende Maßnahme angesehen.

Können Sie mir zu dem „nach gewisser Zeit“ eine Auskunft geben, was damals Ihre Erkenntnisse waren, was dieser Zeitrahmen ist, in dem die nicht benötigten Überwachungsdaten überschrieben werden? Mit „nach gewisser Zeit“ kann ich überhaupt nichts anfangen.

Zeuge Martin Golke: Das ist 1 durch 10 Gigabit pro Sekunde. Ich weiß gar nicht, wie viel das ist. Das müssten - - Mir fehlt jetzt da die Konzentration. Ich habe auch keinen Rechner dabei. Das sind Mikrosekunden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Das gilt auch für die G-10-Verkehre? Die sind auch drin?

Zeuge Martin Golke: Ja. Das sind ja, Moment, wie viel? - Es sind teilweise Nanosekunden.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie können sich auch Zeit nehmen. Das ist keine Frage.

Zeuge Martin Golke: Es sind teilweise Nanosekunden, im Nanosekundenbereich, je nachdem. Also, es ist so kurz, dass - - Also, das ist wirklich - *vernachlässigbar*.

Wichtiger ist, wenn Sie die Komponenten ausmustern - also da, wo zum Beispiel Festplatten sind -, bevor die den Sicherheitsraum verlassen, wenn die zum Beispiel ausgemustert werden. Aber die sind ja alle Geheim eingestuft; deswegen müssen die Platten ja vernichtet werden. Das sind wieder andere Vorschriften, darum muss ich mich nicht kümmern. Hier geht es wirklich nur um die Geräte, die - ich sage mal - mit einem ganz schnellem Durchsatz möglichst diesen Datenfluss reduzieren und die Daten automatisch - - Ich habe ja nur - - Wie viel Gigabyte RAM habe ich da? - Da geht es ganz schnell durch, die werden ganz schnell überschrieben. Da brauche ich keine eigene Löschroutine. Die hemmt das Ganze ja, die teilt mir meinen Durchsatz ja durch zwei.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will ja nur darauf hinaus: Was wird überschrieben: der von Ihnen genannte Müll, oder werden auch die G-10-Verkehre sofort überschrieben?

überschrieben
Zeuge Martin Golke: Die G-10-Verkehre werden natürlich auch - - Die gehen durch, werden als G-10-Verkehre - - Wie eine heiße Kartoffel: Die gehen sofort weiter, und dann kommt sofort - - Das ist so ein ... (akustisch unverständlich), das ist so ein Hardwarebaustein, Hardware wird verdrahtet mit Software. Diese ganzen IP-Ranges usw., das geht zack, zack, zack, sobald sie erkannt sind, das ist die und die IP-Range, gehen die entweder Routine raus oder G 10 raus, und dann kommt sofort das nächste. Diesen Durchsatz will ich ja haben an der Stelle. Oder es wird verworfen; das ist die dritte Möglichkeit. Das meiste wird verworfen, über 90 Prozent.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Bundesnetzagentur hat sich ja auch mit dem System befasst. Kennen Sie die Zuarbeiten der Bundesnetzagentur dazu?

Zeuge Martin Golke: Die Bundesnetzagentur muss dafür sorgen, dass die Rohdatenübernahme rückwirkungsfrei passiert. Das weiß ich zum Beispiel. Ich muss aber sagen, dass bei meinen Besuchen beim BND bzw. wenn der BND bei uns war, die Bundesnetzagentur bei dieser Prüfung nicht dabei war. Die haben extra Termine gemacht. Das ist völlig an mir vorbeigelaufen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das kennen Sie gar nicht, inwieweit sich - -

Zeuge Martin Golke: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und auch nicht, dass es da gegebenenfalls auch Vorschläge zur technischen Umsetzung einer vollständigen Spaltung von G-10-Verkehren und Routineverkehren gab, also dass es dort auch technische Anregungen gab, wie man dies gewährleisten könnte?

Zeuge Martin Golke: Sind die auch an BSI gegangen?

Martina Renner (DIE LINKE): Das frage ich Sie. Das kann ich doch nicht wissen.

Zeuge Martin Golke: Ich weiß davon nichts. Das höre ich zum ersten Mal. Das ist ja interessant.

Martina Renner (DIE LINKE): Und es gab von dort auch Anregungen, was die 20-Prozent-Regelung angeht. Sie hatten ja vorhin zu Recht dargestellt, dass es technisch gar nicht möglich ist, von vornherein eine 20-Prozent-Begrenzung bei dieser sozusagen in kleine Päckchen aufgesplitteten Kommunikation vorzunehmen. Auch dazu hat sich die Bundesnetzagentur mit Vorschlägen geäußert.

Zeuge Martin Golke: Interessant. Ich weiß nicht, wo das steckengeblieben ist oder ob die vielleicht BSI gar nicht bedacht haben. Keine Ahnung. Das höre ich zum ersten Mal, interessant.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Also Sie sind bei diesem Kommunikationsdreieck BND-Bundesnetzagentur-BSI nicht eingebunden?

Zeuge Martin Golke: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum heißt es in der technischen Dokumentation „vermutlich G-10-Verkehre“ und „vermutlich Routineverkehre“?

Zeuge Martin Golke: Das ist die Sache mit den IP-Ranges, also mit der Fragmentierung des IP-Adressraumes. Der ist nur so breit, und da muss ich natürlich die ganze Welt reinpacken. Es ist wie eine Festplatte: Am Anfang ist es alles schön geordnet, zum Schluss wird mal was frei, und das stückelt sich immer mehr. Und dann habe ich jedes Mal - - Am Anfang kann ich noch sagen: Das ist deutscher Verkehr mit irgendeiner IP. Das steht ziemlich weit vorne, da habe ich richtig große Adressräume. Nachher habe ich nur noch kleine Adressräume, muss aber jedem dieser Adressräume eine eigene Zeile geben. Dann habe ich nachher Hunderttausende von Zeilen, die so ein Router abarbeiten muss.

Martina Renner (DIE LINKE): Für den Gesetzgeber reicht „vermutlich G-10-Verkehre“ nicht. Das ist schon klar.

Zeuge Martin Golke: Und bei IP-Adressen ist es natürlich auch nicht - - Da können Sie jetzt nicht wie bei einer Telefonnummer gucken: Ist das ein Deutscher? Hat der einen ^{deutschen} Pass, ja oder nein? - Das ist bei einer IP-Adresse - die werden ja auch dynamisch vergeben teilweise - natürlich in der Tat eine Problematik. Wobei ich da jetzt nicht von einem 100-Prozent-Ansatz ausgehen kann, weil dann müsste ich ja wieder - - Dann wäre ich wieder die Brechstange, um dem BND zu sagen: Du darfst überhaupt nicht arbeiten. - Ich meine, dann muss der Gesetzgeber auch seine Konsequenzen ziehen und - was weiß ich - den BND verbieten oder so etwas. Aber ich bin nicht die Brechstange dafür.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt ist die Fragezeit um. - Wir sind jetzt bei der nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. Ich glaube,

dort gibt es keine weiteren Fragen im öffentlichen Teil. - Dann kämen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war eben ja ein sehr interessanter Punkt. Ich will noch mal an die Fragen der Kollegin Renner anschließen: Konnten Sie bei der Prüfung, die Sie gemacht haben, denn ausschließen, dass bei diesem schnellen Teilen durch diese Hardwarekomponenten in den Routineverkehren noch G 10 war?

Zeuge Martin Golke: Nein, das kann ich nicht ausschließen, wie gesagt. Diesen 100-Prozent-Ansatz - habe ich doch gerade gesagt -, wenn man den fahren will, dann heißt es im Grunde: BND kann danach gar nichts, dann ist alles G 10.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sagen Sie: 100 Prozent. - Wie viel Prozent können Sie denn garantieren?

Zeuge Martin Golke: Das ist eine Frage. Bezieht sie sich auf 2005 oder auf 2014? Wie die Sachlage heute ist, darüber habe ich mich nicht mehr schlau gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Heute ist wahrscheinlich auch schwierig, aber damals: Sie haben gesagt, dass man nicht 100 Prozent garantieren kann. Wie viel kann man denn garantieren?

Zeuge Martin Golke: Übrigens, 100 Prozent - darf ich das kurz sagen? - kann man auch beim Telefon nicht garantieren. Wenn Sie jetzt nach Frankreich gehen und holen sich ein französisches Mobiltelefon, da weiß der BND ja auch nicht, dass Sie kein Franzose sind, sondern Deutscher. Aber das ist immer der Fall.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Problem ist uns voll bewusst. Aber die interessante Frage war - - Ich will mich der Sache noch mal anders annähern. Sie haben ja gesagt, dass bei der Paketvermittlung diese Daten ja zerstückelt sind in kleine Pakete.

Zeuge Martin Golke: Richtig, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie funktioniert das dann eigentlich genau an der Stelle, an diesem Abgriffs-/Ausleitungspunkt? Wird dann sozusagen Paket für Paket angeguckt? So muss es ja eigentlich sein.

Zeuge Martin Golke: *Ja, es werden die* Die haben ja gleiche Empfangs- und Sende-IP-Adresse. *angeguckt.*

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das geht nur über die IP-Adresse? Über nichts anderes? Sie können nicht Sprache - - Sie haben nur die IP-Adresse, die diese Filterfunktion da ganz nah am Abgriffspunkt - -

Zeuge Martin Golke: Es ist mehr. Es ist nicht nur die IP-Adresse, es ist natürlich mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nämlich?

Zeuge Martin Golke: IP-Adresse ist Schicht drei, es ist auch Schicht vier ... *(akustisch unverständlich) also die Transportschicht, geht.*

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen ein bisschen deutlicher sprechen. Ich verstehe Sie nicht.

Zeuge Martin Golke: Entschuldigung. - Es ist nicht nur die IP-Adresse, die an dieser Stelle dafür sorgt, den Datenfluss zu reduzieren. Ich bin ja daran interessiert, möglichst nur 1 oder wahrscheinlich nur 0,01 Prozent dessen rauszuholen an dieser Stelle, was ich brauche. Und da schaue ich mir natürlich auch die Applikationen an. Also, wenn ich zum Beispiel am Anfang 2005 - - Da ging es auch nur um Mail. Dann filtere ich schon an dieser Stelle, an dieser Kopfstelle alles andere heraus und gucke mir nur die Mail an. Und das kann ich an dieser Stelle.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie machen Sie das? Ich habe das so verstanden, dass unterschiedliche Daten unterschiedlich behandelt werden, dass es Maildaten gibt, dass es Voice- und Fax-over-IP-Daten gibt, dass es Metadaten gibt, dass es Netzwerkdaten gibt, diese vier unterschiedlichen Daten. Laufen

die alle durch Ihren G-10-Filter am Anfang? Oder reden wir beide jetzt gerade nur über Mail?

Zeuge Martin Golke: Alles läuft darüber. Alle Applikationen, Anwendungen müssen darüber laufen, natürlich. Die werden dann natürlich parallelisiert. Es können durchaus unterschiedliche Geräte sein, aber mit gleicher Software, die das dann - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war in dem Fall auch so?

Zeuge Martin Golke: Die müssen den G-10-Zweig nehmen. Also, wenn ... (akustisch unverständlich)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? Sie müssen ein bisschen näher ans Mikrofon gehen, sonst können wir Sie nicht verstehen.

Zeuge Martin Golke: Die werden also nicht nur aufgrund der IP-Adresse erkannt, diese Reduzierung, sondern natürlich auch aufgrund der Applikation auf höheren Schichten. Beim Auspacken packe ich ja immer höhere Schichten aus, bis ich zum Kern der Information komme, die wir dann verstehen können am Ende, als Mail oder Text oder so. Das durchläuft alles - muss ja - die Filter, natürlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen: Es muss. - Die interessante Frage ist, ob es das auch tat. Ich sage Ihnen den Hintergrund meiner Frage: Es gibt berechtigte Annahmen, dass im Hinblick auf die Metadaten man an einer Vorfilterung eigentlich nicht so total interessiert war.

Zeuge Martin Golke: Entschuldigung, an Metadaten? Jetzt von IP, oder?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Insgesamt, an den kompletten Verkehrsdaten, dass man da eigentlich nicht so filtern wollte. Deswegen: Sie sagen jetzt: Es muss. - Das klingt so, als wenn Sie sagen: Nach der Gesetzeslage muss das. - Das teile ich. Aber die Frage ist, ob bei der Anlage, die Sie geprüft haben, die Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit § 5 G 10 nur maximal ein Anteil von 20 % der zu überwachten Telekommunikation erfasst wird. Aufgrund welcher Stellgrößen die Begrenzung auf 20 % realisiert werden kann, war in dem Konzept noch nicht enthalten und ist noch abzustimmen. Aus meiner Sicht wäre ein möglicher Ansatz z. B., die in der Anordnung genannte prozentuale Beschränkung auf der Applikationsebene anzuwenden, indem z. B. die Anzahl der E-Mail, Webseiten usw. bei der Nachverarbeitung (SELMA) um die erforderliche Anzahl nach einem Zufallsprinzip durch automatisches Löschen reduziert wird.

Man hat das Problem gesehen, was Sie ja vorhin auch beschrieben haben, dass das ja technisch nicht geht. Deswegen hat man gesagt, man geht da quasi einmal rein und löscht nach Zufallsprinzip einfach raus.

Zeuge Martin Golke: Das wäre eine mögliche Maßnahme, wie man das programmtechnisch umsetzen könnte, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber diesen Vorschlag hatten Sie nie gehört?

Zeuge Martin Golke: Nein, habe ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, ob an anderer Stelle - Sie sich ja noch an anderer Stelle mit solchen Erfassungssystemen befasst - mal über eine solche Lösung nachgedacht wurde, um die 20-Prozent-Regel aus § 5 G 10 einzuhalten bei paketvermittelter Kommunikation?

Zeuge Martin Golke: Bei paketvermittelter? - Das ist, glaube ich, die einzige Prüfung gewesen, die auf Paketvermittlung basiert, die ich gemacht habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie selbst Vorschläge entwickelt, wie man die 20 Prozent einhalten kann?

Zeuge Martin Golke: Nein. Ich kann ja nicht als Prüfer sagen: Jetzt macht ihr das und das so, und nehmt bitte dieses Gerät, weil vielleicht mein Schwager da mal eine Firma hat. - Das geht natürlich nicht. Ich muss mich wirklich ganz sachlich orientieren. Die übergeben mir Unterlagen, und ich sage, was ist jetzt noch grün und was rot; Punkt. Das ist der Prüfauftrag. Ich darf gar keine Vorschläge machen, weil das ist ja Beeinflussung; das geht ja gar nicht. Die machen Sachen, und ich muss gucken: Ist das noch so? - Hier haben sie das so gesagt. Diese 20 Prozent, das sind ja riesige Datenraten. Dieses Internet, das ist ja - - Da muss man mal gucken, wie viel die überhaupt - - Mir wurde immer gesagt, die können maximal 5 Prozent sowieso nur auf - -

Martina Renner (DIE LINKE): Von was? Von welcher Bezugsgröße? 5 Prozent von was?

Zeuge Martin Golke: Damals. Ich spreche von vor zehn Jahren. Aber vielleicht führt das auch zu weit.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein. Also von dem konkreten Abgriffsort, also von der Leitung, die dort erfasst wird, von dem Kapazitätsweg? Also von was 5 Prozent?

Zeuge Martin Golke: Aller Leitungen, die da - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, nicht der konkreten Leitung, sondern aller Leitungen.

Zeuge Martin Golke: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie viel war es bei der konkreten Leitung?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nun meldet sich die Bundesregierung, Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Herr Vorsitzender, wir kommen jetzt zunehmend in Bereiche, die Geheim eingestuft sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Was heißt zunehmend? Schon fast?



Nur zur dienstlichen Verwendung

MR Torsten Akmann (BMI): Schon zwei, drei Minuten.

Martina Renner (DIE LINKE): Noch gülden, oder schon rot?

MR Torsten Akmann (BMI): Dunkelrot.

Martina Renner (DIE LINKE): Dunkelrot. - Gut, dann habe ich eine letzte Frage - wir werden auch zur Abstimmung gerufen; wahrscheinlich ist es im Interesse aller, dass wir zügig rüberkommen -: Sie haben irgendwann mal zu Ihrer Arbeitsmethode, vielleicht auch zu Ihrem Anspruch so ein Motto genannt, das ich eigentlich eher aus Geheimdiensten kenne: „need to know“; also nur wirklich das wissen, was man unbedingt braucht. Wieso ist das Politik beim BSI?

Zeuge Martin Golke: Das ist keine geheimdienstliche Geschichte, sondern das „need to know“ ist allgemein im Verschlusssachenbereich so. Wir haben auch mit Geheim eingestuftem Dokumenten zu tun; da ist es einfach so, dass da nur ein begrenzter Wissenskreis das wissen darf. Der es nicht wissen muss, der darf es dann auch nicht wissen. So ist das Spielchen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt die Unterbrechung der Sitzung machen; denn es steht jetzt eine namentliche Abstimmung an. Das gibt Ihnen die Chance, an diese Stelle eine kleine Pause zu machen, wie auch den Zuhörern und der Öffentlichkeit insgesamt. Wir gehen zur namentlichen Abstimmung. Die Sitzung ist so lange unterbrochen, wie die namentliche Abstimmung dauert. Das kann man auf den Punkt nicht so genau sagen. Aber wir werden uns beeilen, zügig wieder hier zu sein.

Zeuge Martin Golke: Geht das dann mit der öffentlichen Sitzung weiter?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das geht dann mit der nächsten Fraktion weiter. Ich vermute, mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

wenn andere Fraktionen nicht inzwischen wieder Fragen haben. Wir machen öffentlich weiter hier an diesem Ort. - Die Sitzung ist damit unterbrochen.

(Unterbrechung von
14.57 bis 15.25 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Die letzten Fragen hat die Fraktion Die Linke gestellt. Wir kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Von der habe ich gehört, es gibt keine weiteren Nachfragen. Dann sind wir jetzt bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz, gibt es weitere Fragen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es gibt weitere Fragen. - Sie sagten vorhin, bei den Kriterien Ihrer Prüfung: „So wie ich die TKÜV auslege und verstehe“, ja, sozusagen nach den Kriterien - - Da habe ich überlegt: Gibt es im Hinblick auf diese Kriterien andere Auslegungen, oder gab es die damals, wie diese Zertifizierung zu erfolgen hat? Gab es da vielleicht einen Streit oder irgendwie unterschiedliche Auffassungen, wie man das zu interpretieren hat?

Zeuge Martin Golke: Ja, sicher. Das ist so ein Einschwingvorgang. Da kriegt man irgendeine Aufgabe und muss sich natürlich damit auseinandersetzen. Und dann setzt sich, ich sage mal so, eine Meinung praktischerweise durch. Man kann ja nicht unendlich diskutieren, sondern irgendeiner muss mal sagen: Jetzt machen wir das so, und das können wir gut begründen, und dann wird das so.

Also, dieser Begriff „Zertifizierung“: Da gab es am Anfang natürlich schon - - weil damals war Zertifizierung wirklich eine sehr umfangreiche Geschichte, wie gesagt, mit diesen Kriterienwerken mit Hunderten von Seiten, wo man große Softwareprojekte mit strukturieren kann und das dann verarbeitbar wird. Und hier bei fünf Prüfpunkten braucht man keine Riesenkriterienwerke zu lesen; da muss man einfach ~~einmal~~^{mal} anfangen und das machen.